Masterarbeit

Universität Zürich

Institut für Banking and Finance

Vollgeldreform

Monetäre Reformation am Beispiel des Vollgeld Konzepts und dessen mögliche Auswirkungen auf die Schweiz unter Einbezug der Resultate einer Bevölkerungsbefragung und der kritischen Diskussion von Expertenmeinungen.

Professor: Prof. Dr. Marc Chesney

Betreuerin: Dr. oec. publ. Brigitte Maranghino-Singer

Eingereicht von: Silvan Nietlisbach

+41 79 604 75 26 | silunietli@hotmail.com

Haldenweid 26 | 6214 Schenkon

09-719-766 | Betriebswirtschaftslehre

Datum des Einreichens: 29. Januar 2015

Executive Summary

Problemstellung

Die im Jahr 2007 in Gang getretene Finanzkrise offenbarte, wie instabil das heutige Bankensystem ist. Um dieses widerstandfähiger zu machen und den Ausbruch einer nächsten Krise zu verhindern, wurden verschiedene Regulierungsmassnahmen eingeführt. Doch trotz dieser Reformen ist das heutige System genauso gefährlich und instabil wie vor Ausbruch der Krise[1]. Verschiedene Autoren argumentieren, dass die wiederkehrenden Instabilitäten nicht behoben werden können, solange nichts Grundlegendes an der Ausgestaltung des gegenwärtigen Geldsystems verändert wird[2]. Das gegenwärtige Geldsystem ist ein fraktionales Reservesystem mit multipler Giralgeldschöpfung der Banken. Dieses System erlaubt den Banken, selber Giralgeld in der Höhe eines Vielfachen ihrer Reserven herzustellen. Obwohl die Schöpfung gesetzlicher Zahlungsmittel alleine den Zentralbanken und den Staaten obliegt, wird inzwischen die grosse Mehrheit des existierenden Geldes von den Banken als elektronisches Giralgeld erzeugt. Je nach Land macht dieses Giralgeld zwischen 80 und 97 Prozent der Publikumsgeldmenge M1 aus[3]. Die Giralgeldmenge wird von den Banken über die Kreditvergabe direkt gesteuert. Es wird kritisiert, dass sich die Giralgeldschöpfung dadurch faktisch verselbständigt und der effektiven Kontrolle der Zentralbanken entzogen hat[4]. Das Geldmonopol ist von einer den gesamtwirtschaftlichen Zielen verpflichteten Institution grösstenteils an eine Gruppe privater, ihrem eigenen Nutzen verpflichteten Unternehmen übergegangen.
So werden mit der Funktionsweise des heutigen Geldsystems folgende Probleme in Verbindung gebracht: Kontrollverlust der Zentralbanken über die Geldmengen, prozyklische Verstärkung von Krisen und Spekulationsblasen, Bank-runs, zunehmende öffentliche und private Verschuldung und privat vereinnahmte Geldschöpfungsgewinne[5]. Das Vollgeldkonzept nach Huber ist eine monetäre Reformtheorie, welche diese aus dem heutigen Geldsystem erwachsenden Probleme zu lösen verspricht. Durch die Lancierung der „Vollgeld-Initiative“ im Juni 2014 könnte die Schweiz das erste Land auf der Welt werden, das dieses System einführt. Die Vollgeld-Initiative will den Banken verbieten, eigenes Geld herzustellen und das alleinige Geldmonopol stattdessen an den Staat übertragen. Umfragen[6] haben gezeigt, dass so ein System mehrheitsfähig ist. Sie haben aber auch offenbart, dass die Menschen grösstenteils nicht

[1] Admati und Hellwig (2013, S. xii)
[2] Huber (2013), Huber & Robertson (1998), Fisher (1935/2007), Senf (2012), Benes & Kumhof (2012)
[3] Huber (2013, S. 20)
[4] Huber (2013, S. 68)
[5] Huber (2013), Huber & Robertson (1998), Fisher (1935/2007), Senf (2012), Benes & Kumhof (2012)
[6] Dysen (2014, S. 1-9), Tagesanzeiger (2014), Dohmen (2013, S. 1).

wissen, wie das heutige Geldsystem funktioniert. Es fehlt bisher jedoch eine gross angelegte und flächendeckende Studie über diese Fragen.

Vorgehen

Diese Arbeit leistet deshalb folgendes: Zuerst werden einige für das weitere Verständnis der Arbeit elementare Begriffe definiert. Der zweite Teil zeigt detailliert auf, wie die Giralgeldschöpfung und nachgelagerte Refinanzierung mit Zentralbankgeld im fraktionalen Reservesystem funktioniert. Dazu wird einerseits der rechtliche Unterschied zwischen dem Giral- und Zentralbankgeld herausgearbeitet und andererseits werden die der Geldschöpfung zugrunde liegenden buchhalterischen Abläufe erklärt. Auf diesem theoretischen Fundament aufbauend, werden in einem nächsten Schritt die aus dem fraktionalen Reservesystem erwachsenden Probleme verdeutlicht. Es wird aufgezeigt, warum die Geldreformatoren der Meinung sind, dass das gegenwärtige System einer grundlegenden Überarbeitung bedarf. Dies leitet dazu über, mittels welcher Veränderungen die Vollgeldreform verspricht, die dargelegten Probleme zu lösen. Abgerundet wird der Theorieteil, indem das Vollgeldkonzept in seine historischen Zusammenhänge eingebettet wird. So wird überblicksmässig aufgezeigt, wie bereits in den 1930er Jahren von grossen Ökonomen wie M. Friedman oder I. Fisher die Forderung nach einer grundlegenden Reform des Geldwesens aufgestellt wurde.

Um die bereits angekündigte Forschungslücke zu schliessen, wurde eine flächendeckende Online-Umfrage über alle Kantone der Schweiz hinweg durchgeführt, an der 1146 Personen teilnahmen. Der Datensatz wurde so gewichtet, dass sämtliche Kantone anteilsmässig in der Stichprobe vertreten sind. Es sollte herausgefunden werden, ob die Menschen unser Geldsystem verstehen, ob sie das gegenwärtige System als ein wünschenswertes erachten und es sollten Rückschlüsse gezogen werden, ob das Grundanliegen der Vollgeld-Initiative mehrheitsfähig ist. Abgerundet wird die Arbeit, indem das Vollgeld-Konzept einer kritischen Expertendiskussion zwischen Befürwortern und Gegnern ausgesetzt wird. So wird geprüft, ob die theoretischen Verheissungen der Vollgeld-Initiative einer praktischen Prüfung standhalten können. Das Augenmerk wurde darauf gerichtet, welche wirtschaftlichen Konsequenzen es nach sich tragen würde, wenn die Vollgeld-Initiative angenommen würde und die Schweiz in einer unter globalem Wettbewerb stehenden Welt fortan als einziges Land dem Vollgeldsystem unterstellt wäre. Dies erlaubte, im Sinne einer Abstimmungsempfehlung ein Fazit über die Sinnhaftigkeit einer Annahme der Vollgeld-Initiative zu ziehen.

Resultate

Neues Geld entsteht, wann immer eine Bank einem ihrer Kunden einen Kredit gewährt und den entsprechenden Betrag auf dessen Konto gutschreibt. Banken verleihen demzufolge nicht bereits existierendes Geld in Form der Ersparnisse ihrer Kunden, sondern erschaffen das für die Kreditvergabe benötigte Geld per Knopfdruck gleich selber. Dieser Vorgang stellt aus buchhalterischer Sicht eine Bilanzverlängerung dar. Sowohl die Guthaben der Bank, als auch ihre Schulden steigen simultan um den Betrag des gesprochenen Kredits an. Genauso wie neues Geld über die Vergabe eines Kredits entsteht, wird es durch dessen Rückzahlung wieder vernichtet. Dies entspricht einer Bilanzverkürzung. Die Geldversorgung des Wirtschaftssystems hängt somit direkt vom Volumen gesprochener respektive zurückbezahlter Kredite ab. Erst in einem zweiten Schritt unterlegt die Bank einen Bruchteil des neu erschaffenen Geldes mit gesetzlichen Reserven bei der Zentralbank. Da die Zentralbank den Banken zum vorgegebenen Zinssatz jede gewünschte Menge an Reserven bereitstellt, stellen die Reservevorschriften für die Banken keine Beschränkung ihrer Geldschöpfungstätigkeit dar.[7]

Die Geldvermehrung und Geldverringerung hat sich somit in den Händen der Banken weitgehend verselbstständigt[8]. In der Schweiz beträgt der Anteil des von den Banken erschaffenen Giralgeldes an der Geldmenge M1 mittlerweile 89 Prozent, so dass das Zentralbankgeld immer mehr verdrängt wird[9]. Damit eine Zentralbank die umlaufende Geldmenge jedoch wirksam steuern, das heisst zielgerichtet beeinflussen kann, müsste sie diese kontrollieren können. Dies ist in einem System, in dem die Mehrheit des Geldes von Banken geschöpft wird, jedoch nicht möglich. Die Zentralbanken haben ihr Geldmonopol damit weitgehend an die Banken abgetreten. Notgedrungen beschränken sich die Zentralbanken darauf, über die Zinsen die Giralgeldschöpfung indirekt zu beeinflussen[10]. Heute sind die Zinsen jedoch vielerorts bei null angelangt, so dass Experten die Zentralbanken in der Liquiditätsfalle angekommen sehen[11]. Die Zinspolitik der Zentralbank verfügt in so einer Situation über keine Macht mehr[12]. Den Zentralbanken ist daher die Kontrolle über die Geldmenge zusehends entglitten[13].

Ob und wie viel Geld die Banken über die Kreditvergabe in die Wirtschaft geben, hängt von ihren Renditemöglichkeiten ab. In wirtschaftlichen Hochphasen werden Kredite sehr optimistisch gesprochen und die Wirtschaft mit Geld überversorgt. In Krisenphasen hingegen steigt das Misstrauen, die Kreditvergabe wird auf ein Minimum reduziert und der Wirtschaft damit

[7] McLeay et al. (2014, S. 15-16)
[8] Huber (2013, S. 74)
[9] SNB (2014b, S. 26)
[10] Huber (2013, S. 149, 68)
[11] Börse-Express (2014, S.1-2)
[12] Blanchard & Illing (2009, S. 774, 686)
[13] Huber (2013, S. 68), Benes & Kumhof (2012, S. 10)

das dringend benötigte Geld vorenthalten. So werden normale Börsen- und Wirtschaftszyklen durch die prozyklische Geldschöpfung akzentuiert und in Extreme geschaukelt, die sie sonst nicht erreichen würden. In Hochphasen bedeutet dies Spekulationsblasen, während die Wirtschaft in Krisenzeiten in eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale gerät[14].

Als weiteres Problem kommt hinzu, dass Giralgeld rechtlich gesehen kein Geld, sondern nur das Versprechen auf die Auszahlung von Geld darstellt. Die Banken sind jedoch verpflichtet, Giralgeld jederzeit und vollumfänglich in Bargeld umtauschen zu können[15]. Da das Bargeld nur einen Bruchteil des Giralgeldes ausmacht, können die Banken dieser Verpflichtung bei einer kurzfristig überdurchschnittlich hohen Bargeldnachfrage unmöglich nachkommen. Dies kann eine Bank zusammenbrechen lassen. Man spricht in diesem Fall von einem Bank-run.

Da das Geld im heutigen System von den Banken – und nicht etwa von den Staaten – hergestellt wird, sind Letztere gezwungen, sich bei privaten Geldgebern zu verschulden. Die daraus resultierenden, heutzutage immer stärker anwachsenden Zinszahlungen werden vom Steuerzahler bezahlt[16]. Zu Ende gedacht ist es der Steuerzahler, der den Banken ein regelmässiges, sicheres Einkommen finanziert.

Die Vollgeldreform verspricht, alle diese Probleme zu lösen. So wird den Banken die Geldherstellung verboten und stattdessen sämtliches Geld nur noch von der Zentralbank erschaffen. Diese bekommt damit die Steuerungsfähigkeit über die Geldmengen zurück. Das neu geschöpfte Geld übergibt sie zinsfrei an den Staat, welcher dieses über öffentliche Ausgaben in Umlauf bringt. Der daraus resultierende Geldschöpfungsgewinn gehört dem Staat, der damit seine Schulden erheblich abbauen kann[17]. Da Banken nur noch bereits existierendes Geld verleihen können, hat das Volumen ihrer vergebenen Kredite keinen Einfluss auf die Geldmengen mehr[18]. Spekulationsblasen und einer in Krisenzeiten monetär austrocknenden Wirtschaft kann die Zentralbank wieder wirkungsvoll entgegenwirken[19].

Die Bevölkerungsbefragung hat ergeben, dass die Menschen ein Vollgeldsystem als optimal erachten. So finden 78 % der Befragten, dass das Geld einzig und alleine durch eine öffentliche, dem Allgemeinwohl verpflichtete Institution hergestellt und verteilt werden sollte. Lediglich 4 % möchten, dass dies – wie im heutigen System üblich - mehrheitlich durch private, gewinnorientierte Unternehmen geschieht. Zudem erklären sich nur 24 % der Teilnehmer mit einem System einverstanden, in dem Banken ihren Kunden mehr Geld versprechen können, als sie tatsächlich besitzen. Demzufolge wird die Ausgestaltungsweise des derzeitigen Sys-

[14] Huber (2013, S. 70, 76)
[15] Siedenbiedel (2012, S. 2), DBB (2007, S. 83)
[16] Huber (2013, S. 79-80)
[17] Huber (2013, S. 9-10, 101, 182)
[18] Huber & Robertson (2008, S. 38)
[19] Huber (2013, S. 154)

tems nur von einer Minderheit als optimal erachtet. Es herrschen aber erhebliche Wissenslücken und sehr viel Aberglauben darüber, wer unser Geld erschafft. So sind sich bloss 13 % darüber im Klaren, dass die Banken die Mehrheit des Geldes erschaffen. Stattdessen glauben 73 %, das Geld werde im heutigen System einzig und alleine vom Staat oder von der Zentralbank erschaffen. In einem Vollgeldsystem wäre dies so. Die Studienteilnehmer glauben daher überwiegend, wir würden bereits heute unter einem Vollgeldsystem leben. Der Bank-run Problematik sind sich hingegen 88% bewusst. Schliesslich zeigt sich, dass 57 % der befragten Stimmberechtigten einer Volksinitiative zustimmen würden, welche einzig und alleine dem Staat respektive der Schweizerischen Nationalbank erlaubt, Geld herzustellen und den Banken dies hingegen untersagt. Der Kerninhaltspunkt der Vollgeld-Initiative ist folglich mehrheitsfähig. Der wichtigste Grund für die Ablehnung einer solchen Initiative ist für 48 % der Teilnehmer die Angst vor negativen wirtschaftlichen Konsequenzen. Ob diese Angst begründet ist, wurde über die Durchführung von Experteninterviews erörtert.

Der Autor ist der Meinung, dass diese Angst begründet ist. Während ausländische Banken weiterhin ihr eigenes Geld erschaffen können, müssten sich Schweizer Banken dieses gegen die Bezahlung eines Zinses auf den *vollen* Kreditbetrag am Kapitalmarkt besorgen. Diese höheren Finanzierungskosten vermindern die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Banken. Es ist davon auszugehen, dass die Banken zumindest ein Teil dieser Kosten in Form von höheren Kreditzinsen und Bankgebühren an die Kunden weitergeben. In einer globalisierten Welt mit weitgehend freiem Kapitalverkehr ist es realistisch, dass die Kunden deshalb zu ausländischen Banken abwandern. Bei diesen nehmen sie ihre Kredite zu günstigeren Zinskonditionen auf oder sie lassen sich von ihnen den Zahlungsverkehr gebührenfrei abwickeln. Es ist daher anzunehmen, dass der Finanz- und Wirtschaftsstandort Schweiz durch die Vollgeld-Initiative geschwächt werden würde.

Allgemeine Beurteilung

Der Autor erachtet das fraktionale Reservesystem als ein problematisches System und die Vollgeldreform als ein in der Theorie schlüssiges Konzept mit zahlreichen, positiven Verheissungen. Das Vollgeld sollte daher eingeführt werden - aber nicht in einem *einzelnen* Land, sondern dies müsste zeitgleich über mehrere Länder hinweg geschehen. Würden nur die Schweizer Banken dem Vollgeldsystem unterstellt, so setzt dies die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Banken- und Finanzplatzes aufs Spiel. Obwohl der Autor die durch die Initiative angestossene Diskussion über das Geldsystem sehr unterstützt, wird er die Vollgeld-Initiative ablehnen, weil er einen diesbezüglichen Alleingang der Schweiz als zu gefährlich ansieht.

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary I

Inhaltsverzeichnis VI

Abbildungsverzeichnis IX

Tabellenverzeichnis X

1 Einleitung 1

2 Definitionen 5

2.1 Mindestreserve und Zahlungsreserve 5

2.2 Geldmengendefinitionen 7

3 Das fraktionale Reservesystem mit multipler Giralgeldschöpfung 9

3.1 Giralgeld ist kein gesetzliches Zahlungsmittel 10

3.2 Giralgeldschöpfung und fraktionale Refinanzierung mit Zentralbankgeld 12

3.2.1 Buchhalterische Betrachtungsweise 15

3.3 Interbanken Clearing und Settlement 18

4 Funktionsprobleme des heutigen Geldsystems 21

4.1 Kontrollverlust der Zentralbanken über die Geldmenge 23

4.2 Prozyklisch verstärkte Konjunkturzyklen 28

4.3 Den Staaten entgehen Geldschöpfungsgewinne 31

4.4 Zunehmende öffentliche und private Verschuldung 35

4.5 Gefahr von Bank-runs 39

5 Wie die Vollgeldreform die Probleme des heutigen Geldsystems zu lösen verspricht 42

5.1 Zentralbank erlangt Kontrolle über die Geldmenge zurück 43

5.2 Abbau der öffentlichen und privaten Verschuldung 44

5.3 Geldschöpfungsgewinne gehören der Allgemeinheit 47

5.4 Gemässigtere Konjunkturzyklen 49

5.5 Bank-runs sind nicht mehr möglich 51

6 Historische Entwicklung des Vollgeldes 54

7 Bevölkerungsbefragung über die Funktionsweise des Geldsystems 58
7.1 Methodik und Versuchsaufbau 60
7.2 Messung und Analyse 64
7.3 Resultate der Bevölkerungsbefragung 65
7.3.1 Die Menschen meinen, wir würden bereits in einem Vollgeldsystem leben 65
7.3.2 Das Vollgeldsystem wird mehrheitlich als optimal erachtet 70
7.3.3 Die Vollgeld-Initiative hat gute Chancen, angenommen zu werden 72
7.4 Diskussion der Umfrageergebnisse 77
8 Experteninterviews über die praktischen Auswirkungen der Vollgeld-Initiative auf die Schweiz 80
8.1 Methodik und Versuchsaufbau 81
8.2 Resultate der Experteninterviews 83
8.2.1 Generelle Ansichten zur Vollgeld-Initiative 84
8.2.2 Reaktion der Finanzmärkte 85
8.2.3 Auswirkungen auf Zinsen, Bankgebühren und Kreditmenge 86
8.2.4 Unabhängigkeit der Nationalbank und Inflation 88
8.3 Diskussion der Experteninterviews 90
9 Persönliches Gesamtfazit 94
10 Literatur- und Quellenverzeichnis 96
11 Anhang 103
11.1 Zitate berühmter Persönlichkeiten über die Geldschöpfung 103
11.2 Fragebogen der Bevölkerungsbefragung – Deutsche Version 108
11.3 Fragebogen der Bevölkerungsbefragung – Französische Version 114
11.4 Interviewleitfaden `Vollgeld` 120
11.5 Gewichtungstabelle 125
11.6 Expertendiskussion: Zusammenfassung 126
11.6.1 Erzielte Renten aus der Geldschöpfung und Ethik 126
11.6.2 Giralgeldschöpfung als Ausfluss der Vertragsfreiheit? 127

11.6.3 Fraktionales Reservesystem 128

11.6.4 Geldpolitik der Nationalbank 129

11.6.5 Verhinderung von Spekulationsblasen und Krisen 131

11.6.6 Stärkung der Realwirtschaft anstatt der spekulativen Finanzwirtschaft 132

11.6.7 Schulden 134

11.6.8 Bank-run 134

11.6.9 Andere Regulierungen 135

12 Eidesstaatliche Erklärung 137

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wie kommt Geld in die Welt? (Quelle: Siedenbiedel, 2012, S. 2) 13
Abbildung 2: Bilanzielle Darstellung der Geldschöpfung (stilisierte Eigendarstellung: stark vereinfachte Bilanzen mit fiktiven Zahlen und Grössenverhältnissen) 16
Abbildung 3: Clearing und Settlement (stilisierte Eigendarstellung, fiktive Zahlen) 18
Abbildung 4: Das zweistufige Bankensystem am Beispiel der Schweiz (stilisierte Eigendarstellung) 25
Abbildung 5: Gefahr von (kollektiver) Insolvenz aufgrund der Kreditgeldschöpfung (stilisierte Eigendarstellung, fiktive Zahlen) 35
Abbildung 6: Das durch den Zinseszinseffekt bedingte exponentielle Wachstum von Geldvermögen (GV) und Verschuldung (VS) treibt zwangsläufig Entwertungsprozesse hervor (Quelle: Senf, 2012, S. 41) 36
Abbildung 7: Keine Trennung in Publikums- und Interbankenkreislauf mehr (Eigendarstellung) 48
Abbildung 8: Kreditvergabe und Geldschöpfung sind im Vollgeldsystem voneinander getrennt (Eigendarstellung, stilisierte Bankbilanz mit fiktiven Grössenverhältnissen 51
Abbildung 9: Wer erschafft unser Geld? (Frage 9), N=1146, gewichtete Daten 66
Abbildung 10: Wenn eine Bank einem ihrer Kunden einen Kredit gibt, entsteht neues Geld, das vorher noch nicht existierte? (Frage 10), N=1146, gewichtete Daten 67
Abbildung 11: Wenn alle Kunden einer Bank gleichzeitig ihr Geld abheben würden: Wäre dann für alle genügend Geld vorhanden? (Frage 11), N=1146, gewichtete Daten 67
Abbildung 12: Verstehen Sie, woher unser Geld kommt - sprich, wer unser Geld herstellt und wie es in die Wirtschaft kommt? (Frage 8), N=1146, gewichtete Daten 68
Abbildung 13: Subjektiv wahrgenommenes Verständnis der Geldschöpfung (Frage 8) verglichem mit dem tatsächlichen Verständnis (Fragen 9 und 9.1), N=1146, gewichtete Daten 69
Abbildung 14: Wenn Sie sich ein optimales Finanzsystem vorstellen: Wer sollte unser Geld herstellen und verteilen dürfen? (Frage 12), N=1146, gewichtete Daten 70
Abbildung 15: Wären Sie mit einem System einverstanden, in dem Banken mehr Geld verleihen dürfen, als sie tatsächlich besitzen? (Frage 13), N=1146, gewichtete Daten 71
Abbildung 16: Haben Sie das Gefühl, die Banken haben einen zu grossen Einfluss auf die Wirtschaft und Gesellschaft?(Frage 14), N=1146, gewichtete Daten 71

Abbildung 17: Interessiert es Sie, woher unser Geld eigentlich kommt - sprich, wer unser Geld herstellt und wie es in die Wirtschaft gelangt? (Frage 7), N=1146, gewichtete Daten ...72
Abbildung 18: Würden Sie einer Volksabstimmung zustimmen, die fordert, dass einzig und allein der Staat, genauer gesagt die Schweizerische Nationalbank, Geld herstellen darf und den Banken die Geldherstellung verboten wird? (Frage 15), N=1146, gewichtete Daten 73
Abbildung 19: Warum würden Sie bei einer Volksabstimmung "Nein" stimmen? (Frage 15.1), N=1146, gewichtete Daten 73
Abbildung 20: Abstimmungsverhalten (Frage 15) in Abhängigkeit des Verständnisses der Geldschöpfung (Frage 8), N=1146, gewichtete Daten 75

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Geldmengendefinition der Schweizerischen Nationalbank 7
Tabelle 2: Verkehrsgleichung 22
Tabelle 3: Geldmengenwachstum im Vergleich zum Wirtschaftswachstum 30
Tabelle 4: Grössere Krisen von 1970 bis 2007, weltweit 31

1 Einleitung

Die Finanzkrise hat die Welt erschüttert[20]. Von Amerika ausgehend wurde im Jahr 2007 die gesamte Finanzwelt vom Strudel erfasst und mit hinabgezogen. Über Jahre hinweg wurde der Hypothekarmarkt mit Bankkrediten aufgepumpt, bis die Blase schlussendlich platzte und die zuvor so euphorischen Marktteilnehmer auf dem harten Boden der Realität aufschlugen. Der verheerende Krisenhöhepunkt war im Kollaps der amerikanischen Investment Bank Lehman Brothers im Herbst 2008 zu sehen. Da sich die verunsicherten Banken fortan mit der Kreditvergabe zurückhielten, kam die Geldversorgung ins Stocken und die gesamte Wirtschaft wurde in eine tiefe Depression hineingezogen. Die Zentralbanken drehten verzweifelt an der Zinsschraube, waren aber augenscheinlich nicht im Stande zu verhindern, dass eine anfängliche und alleinige Krise des Bankensektors auf weitere Wirtschaftssektoren übergriff und letzten Endes die gesamte Weltwirtschaft in eine tiefe und lang anhaltende Krise stürzte. Der hilflos dastehenden und um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Gesellschaft wurde in tragischer Weise die Fragilität des heutigen Weltfinanzsystems vor Augen geführt. Das wertvollste Gut der Banken, nämlich das Vertrauen der Gesellschaft in ihre Aktivitäten, war auf einen Schlag zerstört. Als das fehlende Vertrauen zwischen den Banken drohte den Interbanken Zahlungsverkehr zum Erliegen zu bringen und die Gefahr von Bank-runs immer realer wurde, sprangen die Nationalstaaten als Feuerwehrleute und Retter in der Not ein. Um das Vertrauen der Kunden in die Banken wiederherzustellen und damit einem globalen Systemkollaps zuvorzukommen, fühlten sie sich gezwungen, die Gelder der Kunden staatlich zu garantieren und den kurz vor dem Zusammenbruch stehenden Banken mit milliardenschweren Staatsbeiträgen unter die Arme zu greifen. So mündete die globale Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2010 in die Staatsschuldenkrise mit hoch verschuldeten, in ihren Handlungsspielräumen zusehends eingeschränkten, von ihren Gläubigern abhängig gewordenen Nationalstaaten und in eine stetig steigende, vom Steuerzahler getragene Schuldenlast aus Zinsen und Zinseszinsen[21]. Ein dementsprechend immer grösserer Anteil der Steuergelder muss für die Bezahlung der Schuldzinsen an die Banken verwendet werden, so dass dieses Geld beispielsweise bei Sozialleistungen eingespart werden muss. Die grössten Gläubiger vieler Nationalstaaten sind die Banken – die Allgemeinheit ist also bei ebendiesen Akteuren verschuldet, welche einen erheblichen Anteil an der Finanzkrise

[20] Die Chronologie zur Weltfinanzkrise bieten: Blanchard & Illing (2009, S. 28-35; S. 659-661; S. 668-671) und Deutsche Bundesbank (2014, S. 104-119)

[21] Diese Ausführungen beziehen sich auf Huber (2013, S. 79-82)

haben und die gar nicht mehr am Wirtschaftsleben teilhaben könnten, wenn sie nicht mit staatlichen Rettungspaketen aus dem selbst angerichteten Schlamassel gezogen worden wären. Aber nicht nur die öffentliche, sondern auch die private Verschuldung erhöht sich in zunehmendem Masse. Voller Unverständnis und Entrüstung fragt sich die Bevölkerung noch heute, wie es kommen konnte, dass das Schicksal von Nationalstaaten und der gesamten Gesellschaft dermassen stark mit dem Schicksal des Bankensektors verwoben ist. Der allgemeine Tenor von Banken, Zentralbanken und Bankenaufsicht ist, dass eine der grössten Wirtschaftskrisen dieses Planeten weder vorhersehbar, noch zu verhindern gewesen sei. Systemversagen ist ein oft genanntes Wort in diesem Zusammenhang. Um solch einem Systemversagen in Zukunft vorzubeugen, wurden einige Regulierungsmassnahmen ergriffen. Beispiele dafür sind Veränderungen in der Bankenaufsichtsstruktur oder das Basel III Abkommen mit seinen veränderten Eigenkapitalanforderungen. Dass diese Massnahmen ihr Ziel nicht erreichen, bringen Admati und Hellwig[22] dezidiert zum Ausdruck: „Today`s banking system, even with proposed reforms, is as dangerous and fragile as the system that brought us the recent crisis". Dies ist einerseits sicherlich derer wenig konsequenten Ausgestaltung geschuldet, andererseits lassen die bisherigen Regulierungen eine wesentliche Ursache der Finanzkrise unangetastet. So sehen verschiedene Autoren[23] den Grund für die aktuelle Krise und für die Unvermeidbarkeit weiterer, schwerwiegender Krisen in der Ausgestaltung des Geldschöpfungssystems, welches als fraktionales Reservesystem erbaut ist. Das fraktionale Reservesystem bedeutet, dass eine Bank selber Geld in der Höhe eines Vielfachen ihrer Zentralbankreserven herstellen kann. Versteht man, wie das derzeitige Geldsystem ausgestaltet ist, so wird nach Ansicht der Autoren die Finanz- und Staatsschuldenkrise erst in ihrer tieferliegenden Ursache begreifbar.

Diese Arbeit sucht die grundlegenden Ursachen der Finanz- und Staatsschuldenkrise daher nicht bei den gierigen Managern, nicht bei fehlkonstruierten Finanzinnovationen und auch nicht bei den Fehleinschätzungen der Ratingagenturen. Zweifellos spielten diese auch eine wichtige Rolle bei der aktuellen Krise. Diese Arbeit stellt die These auf, dass die fundamentale Ursache der verheerenden Krise viel eher im dysfunktionalen Geldsystem zu finden ist, auf dem das gesamte Wirtschaftssystem aufbaut. Dieses fraktionale Reservesystem mit multipler Giralgeldschöpfung ermöglicht den Banken, mit selber erschaffenem Geld Kredit- und Finanzmarktblasen zu befeuern, die Staatsverschuldung in haltlose Dimensionen hinauf zu treiben und die ef-

[22] Admati & Hellwig (2013, S. xii)

[23] z.B.: Huber (2013), Fisher (1935/2007), Senf (2012), Benes & Kumhof (2012)

fektive Kontrolle der Zentralbanken über die Geldmenge zu untergraben. Solange das Geldsystem so bleibt, wie es ist, sind gemäss den Autoren stabilisierte Finanzmärkte nicht möglich und eine erneute, diesmal vermutlich umso heftigere Krise die notwendige Folge. Banken- und Finanzmarktregulierungen werden sich nur dann als effektiv erweisen können, wenn sie auf einem soliden, krisenresistenten Geldsystem fussen. Daher werden die Stimmen lauter, die eine Reform des Geldwesens fordern. Die Vollgeldreform nach Huber[24] ist eine solche monetäre Reformtheorie. Sie versteht sich nicht als Allheilmittel, jedoch als Grundlage, auf der ein solides, krisensicheres Finanzsystem erwachsen kann, das sich wieder in den Dienst der Menschen stellt. Dieses Thema ist in der Schweiz hochaktuell, hat doch der überparteiliche Verein `Monetäre Modernisierung` (MoMo)[25] im Juni 2014 die Unterschriftensammlung für die Vollgeld-Initiative[26] lanciert. Bringen die Initianten die erforderlichen 100`000 Unterschriften bis im Dezember 2015 zusammen, so werden die Schweizer Bürger und Bürgerinnen im Jahr 2019 an der Urne über das Vollgeld abstimmen dürfen. Gerade im Hinblick darauf ist es von grossem Interesse, den Ideen, Versprechungen und Argumentationssträngen der Vollgeldreform theoretisch nachzugehen, über eine Bevölkerungsbefragung weiterführende praktische Erkenntnisse zu gewinnen, wie die Menschen über das Vollgeld denken und dieses schliesslich einer kritischen Expertendiskussion auszusetzen.

Die vorliegende Arbeit leistet daher Folgendes: Im ersten Teil der Arbeit werden für das Verständnis der Thematik grundlegende Begriffe definiert und erklärt. Im zweiten Teil der Arbeit wird detailliert aufgezeigt, wie das heutige Geldsystem funktioniert und welche Probleme daraus erwachsen können. Der dritte Teil legt dar, wie das Geldsystem nach der Vollgeldreform funktionieren würde und wie es die Probleme des gegenwärtigen Geldsystems zu lösen verspricht. Im vierten Teil wurde weltweit erstmalig eine gross angelegte Umfrage über das Vollgeld durchgeführt. Es nahmen 1146 Schweizer Stimmberechtigte an der Online Befragung teil. Dadurch konnte der Wissensstand der Bevölkerung über das derzeitige Geldsystem geprüft werden, es konnte erfragt werden, was für eine Ausgestaltung eines Geldsystems die Menschen sich wünschen würden und es konnten die Chancen der Vollgeld-Initiative bei einer Volksabstimmung abgeschätzt werden. Die gewichtete Online-Umfrage erreichte Repräsentativität hinsichtlich der Kantonszugehörigkeit der Teilnehmer, so dass jeder Kanton der Schweiz anteilsmässig in der Stichprobe vertreten ist. Abgerundet wird die Arbeit durch Experteninterviews, welche mit Befürwortern und Gegnern des Vollgeldes geführt wurden. Da das Vollgeld bisher

[24] Huber (2013)
[25] www.vollgeld.ch/index.php
[26] www.vollgeld-initiative.ch

noch keiner intensiven öffentlichen Diskussion ausgesetzt war, leistet die vorliegende Arbeit einen wichtigen Beitrag dazu, indem die Argumente der Befürworter und Gegner im Sinne einer kritischen Diskussion einander gegenübergestellt werden. Dies gewährt einen ersten Einblick in die öffentliche Debatte, welche während eines allfälligen Abstimmungskampfes zu erwarten sein wird. Da das Vollgeld bisher in keinem Land auf der Welt eingeführt worden ist, sind auch keine konkreten, empirischen Rückschlüsse auf seine Auswirkungen hin möglich. Die Gespräche mit den hochkarätigen Interviewpartnern erlaubten dem Autor jedoch, die theoretischen Versprechungen einer praktischen Prüfung hinsichtlich seiner möglichen Auswirkungen auf die Schweiz, ihren Bankenplatz und das Geschäftsmodell einer Bank zu unterziehen. Aber nicht nur über die im letzten Kapitel zusammengefassten Experteninterviews, sondern auch an verschiedenen anderen Stellen in der Arbeit war es dem Autor ein Anliegen, den konkreten praktischen Bezug zu den sich momentan überstürzenden Ereignissen an den Finanzmärkten herzustellen.

2 Definitionen

Um das gegenwärtige Geldsystem in seiner Komplexität begreifen zu können, muss man dessen elementare Begrifflichkeiten verstehen. Bevor vertieft in die Thematik eingetaucht werden kann, sollen daher zuerst einige allgemeine Ausdrücke konkretisiert und definiert werden. Im ersten Teil dieses Kapitels wird erläutert, was unter den Mindest- und Zahlungsreserven zu verstehen ist. Der zweite Teil zeigt anhand der Geldmengendefinitionen der Schweizerischen Nationalbank auf, dass nicht alles Geld einfach gleich ist, sondern vielmehr unterschiedliche Abgrenzungen zwischen den Geldmengen existieren.

Wird in dieser Arbeit vom Geldsystem gesprochen, so ist damit genau genommen das Geld-*schöpfungs*system gemeint, also von wem und auf welche Art und Weise neues Geld geschöpft und in den Wirtschaftskreislauf eingespeist wird. Wenn von den Banken geredet wird, so sind damit stets die Geschäftsbanken und nicht etwa die Zentralbanken gemeint. Wird aufgrund eines besseren Leseflusses von der Zentralbank im Singular geredet, so ist damit stets auch der Plural gemeint, da das Geldsystem praktisch überall auf der Welt nach demselben Prinzip funktioniert und sich auch das Vollgeldsystem überall auf der Welt vom Prinzip her dieselben Auswirkungen hätte. Der besseren Lesbarkeit zuliebe wurde zudem auf eine geschlechtsneutrale Formulierung verzichtet. So beziehen sich alle geschlechtsspezifischen Begriffe sowohl auf Männer als auch auf Frauen. Wird in der Folge beispielsweise von einem Kreditnehmer gesprochen, so sind damit auch alle Kreditnehmer*innen* gemeint.

2.1 Mindestreserve und Zahlungsreserve

Wie in der Einleitung bereits dargestellt, schöpfen die Banken im heutigen System selber Geld. Um die detaillierten Erklärungen dazu in Kapitel 3 verstehen zu können, muss dem Leser zuerst dargelegt werden, was unter den Mindest- und Zahlungsreserven verstanden wird. Dies ist wichtig, weil die Giralgeldschöpfung der Banken unter anderem über die Höhe der Mindestreserven als auch der Zahlungsreserven beeinflusst wird[27]. Die Mindestreserve ist das *Minimum* an Zentralbankgeld, das die Bank als gesetzliche Pflichteinlage für die Besicherung der Einlagen ihrer Kunden bei der Zentralbank hinterlegen muss. Gemäss Art. 18 des Nationalbankgesetzes (NBG) vom 03. Oktober 2003, SR 951.11 gelten als Mindestreserven in Schweizer Franken lautende, von den Banken bei der Nationalbank gehaltene Noten, Münzen und Giroguthaben. Die genaue Höhe des Mindestreservesatzes wird von der Nationalbank bestimmt. Gemäss

[27] Huber, 2013, S. 45

Art. 15 der Nationalbankverordnung (NBV) vom 01. Juli 2013, SR 951.131 beträgt der Mindestreservesatz heute 2.5 Prozent. In Art. 16 NBV ist weiter festgeschrieben, dass die Banken alle drei Monate den Nachweis an die Zentralbank erbringen müssen, dass sie ihre relevanten Verbindlichkeiten[28] mit genügend Mindestreserven gedeckt haben. Es fällt hierbei auf, dass die relevanten Verbindlichkeiten zuerst geschaffen werden und die Banken diese erst nachträglich, sprich alle drei Monate, mit Mindestreserven bei der Zentralbank unterlegen müssen. Hält eine Bank die Mindestreservevorschriften nicht ein, so muss sie nach Art. 17 NBV für jeden Tag, an dem die Anforderungen nicht erfüllt werden, Strafzinsen in der Höhe von 4 Prozent bezahlen.

Die Mindestreserven dürfen jedoch nicht mit den Zahlungsreserven verwechselt werden. Die Mindestreserven sind von Gesetzes wegen vorgeschriebene, bei der Zentralbank fix hinterlegte und nicht verfügbare Pflichteinlagen. Die Zahlungsreserven sind darüber hinausgehende, freiwillige Einlagen der Banken, welche das *Maximum* an Zentralbankgeld darstellen, das einer Bank im Notfall zur Verfügung steht. Die Zahlungsreserven werden begrifflich weiter in die Barreserven und die unbaren Überschussreserven unterteilt. Die Barreserven sind die von Banken gehaltenen Noten, die sie benötigen, um Barabhebungen von Kunden an Geldautomaten nachzukommen oder um den Bargeld-Zahlungsverkehr zu tätigen. Die unbaren Überschussreserven werden für den bargeldlosen Zahlungsverkehr benötigt[29]. Banken halten somit aus zwei hauptsächlichen Gründen über die Mindestreserven hinausgehende Zahlungsreserven: Erstens, um die Bargeldnachfrage ihrer Kunden befriedigen zu können. Zweitens, um das Zentralbankgeld zu bewegen, das für die Ausführung von Zahlungen an Personen benötigt wird, die ihr Konto bei einer *anderen* Bank haben[30]. Zusammengefasst enthalten die Zahlungsreserven dasjenige bare und unbare Geld, das die Banken für die Sicherstellung des täglichen Geschäftsverkehrs benötigen. Wird im weiteren Verlauf der Arbeit von Reserven gesprochen, so sind darin sowohl die gesetzlichen Mindestreserven als auch die darüber hinaus gehenden Zahlungsreserven zusammengefasst. Wie viele Reserven eine Bank hält, ergibt sich als Optimierungsentscheid zwischen den Kosten der Reservehaltung (Zinszahlungen an die Zentralbank) und dem Nutzen, den eine ausreichend hohe Reservebasis mit sich bringt (Sicherstellung des täglichen Zahlungsverkehrs, Vermeidung von Strafzinszahlungen an die Zentralbank für nicht erfüllte Mindestreserveanforderungen)[31].

[28] Relevante Verbindlichkeiten gemäss Art. 14 NBV sind: Kurzfristige (bis 90 Tage) Verbindlichkeiten in Franken, sowie 20% der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform in Franken.

[29] Huber (2013, S. 12-15, 45)

[30] Blanchard & Illing (2009, S. 127)

[31] Huber (2013, S. 29)

2.2 Geldmengendefinitionen

Um ihre Geldpolitik ausführen zu können, benötigen die Zentralbanken Zielgrössen, auf die sie ihre geldpolitischen Massnahmen ausrichten können. Das von den Zentralbanken dazu verwendete Messkonzept ist die Geldmenge. Die nachfolgend dargestellten Abgrenzungen zwischen den Geldmengen erscheinen in der Theorie klar und schlüssig. Es sei aber darauf hingewiesen, dass in der Praxis eine trennscharfe Abgrenzung der Geldmengen nicht möglich ist. Der Übergang zwischen Geld als Tausch- und Zahlungsmittel (M1) und als Wertaufbewahrungsmittel (M2, M3) ist fliessend. Dementsprechend variieren auch die internationalen Definitionen der Geldmengen, die sich je nach Zentralbank und Währungsraum unterscheiden können[32]. Der vorliegenden Arbeit liegen die Geldmengendefinitionen der Schweizerischen Nationalbank zugrunde.

Tabelle 1: Geldmengendefinition der Schweizerischen Nationalbank[33]

Geldmenge M0	▪ Notenumlauf im Publikum ▪ Zahlungsreserven der Geschäftsbanken ○ Barreserven ○ Unbare Überschussreserven ▪ Mindestreserven	Zentralbankgeld
Geldmenge M1	▪ Bargeldumlauf im Publikum ▪ Giralgeld ○ Sichteinlagen ○ Transaktionskonten	Publikumsgeld
Geldmenge M2	▪ Geldmenge M1 ▪ Spareinlagen	
Geldmenge M3	▪ Geldmenge M2 ▪ Termineinlagen	

Das gesamte existierende Geld kann demzufolge in zwei Kategorien eingeteilt werden: Bargeld und unbares Geld. Das Bargeld besteht aus den gesamten existierenden Noten und Münzen. Das unbare Geld besteht einerseits aus dem Giralgeld des Publikums[34] auf Bankkonten und andererseits aus den Guthaben der Banken auf Zentralbankkonten[35]. Giralgelder sind unbare Geldguthaben, die jederzeit verfügbar, also vollständig liquide sind[36]. Im Gegensatz zum Bargeld stellt das Giralgeld keinen sicht- und anfassbaren Wert dar. Es hat keine physische Existenz, sondern ist lediglich als Zahl auf einem Computer abgespeichert[37]. Wie aus Tabelle 1

[32] Deutsche Bundesbank (2014, S.73)
[33] Schweizerische Nationalbank (2014f, S.1), Huber (2013, S. 12)
[34] Publikum = Nichtbanken = Private Haushalte (Privatpersonen), Firmen und öffentliche Haushalte (z.B. der Staat)
[35] Huber & Robertson (2008, S. 76)
[36] Huber (2013, S. 13)
[37] Deutsche Bundesbank (2014, S. 17)

ersichtlich ist, wird weiter zwischen dem Publikumsgeld und dem Zentralbankgeld unterschieden. Das Zentralbankgeld wird oft auch als Geldbasis, high powered money oder kurz M0 bezeichnet.[38] So enthält die Zentralbankgeldmenge M0 alles von der Zentralbank emittierte Geld. Dieses Zentralbankgeld setzt sich zusammen aus dem Notenumlauf im Publikum und den von Banken bei der Zentralbank gehaltenen Reserven in Form der Zahlungs- und Mindestreserven[39]. In den Publikumskreislauf gelangen von der Zentralbankgeldmenge M0 nur die Noten. Die Zahlungs- und Mindestreserven zirkulieren hingegen einzig zwischen der Zentralbank und den Banken[40].

Nicht zur Zentralbankgeldmenge, sondern zur Publikumsgeldmenge gezählt werden in der Schweiz die Münzen. Der Grund liegt darin, dass die Schweizerische Nationalbank gemäss Art. 4 NBG das alleinige Recht zur Ausgabe der Banknoten hat – nicht aber der Münzen. So werden gemäss Art. 4 und 5 des Bundesgesetzes über die Währungs- und Zahlungsmittel (WZG) vom 22. Dezember 1999, SR 941.10 die Münzen zwar von der Schweizerischen Nationalbank im Auftrag des Bundes in Umlauf gebracht, geprägt werden sie jedoch vom Bund, genauer gesagt von der Eidgenössischen Münzstätte Swissmint[41]. Aus den obigen Ausführungen wird bereits ersichtlich, dass das heutige Geldsystem aus zwei voneinander abgetrennten Geldkreisläufen besteht, die sich – mit Ausnahme der Noten – nicht miteinander vermischen. Auf dieses zweistufige Bankensystem und die Probleme, die daraus entstehen können, wird dann in Kapitel 4.1 näher eingegangen.

Das Publikumsgeld ist der Geldbestand in den Händen der Nichtbanken. Es besteht in der Schweiz aus den Geldmengen M1, M2 und M3. Die Geldmengen M1, M2 und M3 sind additiv, das heisst, dass beispielsweise die Geldmenge M1 sowohl in der Geldmenge M2, als auch in der Geldmenge M3 hinzugerechnet wird[42]. Das Kriterium für die Zuordnung zu den jeweiligen Geldmengen ist der Liquiditätsgrad der Finanzaktiven, also die Verfügbarkeit des Geldes für den Kunden. So ist die Geldmenge M1 die einzige vollständig liquide Geldmenge, da sie diejenigen Finanzaktiven enthält, die im täglichen Zahlungsverkehr eingesetzt werden können. Werden Güter gekauft, so geschieht dies stets mit Geldern aus der Geldmenge M1. Zur Geldmenge M1 zählen die Banknoten, Münzen und das Giralgeld. Als Giralgeld gelten die vollständig liquiden, unbaren Guthaben in Form der Sichteinlagen und der Guthaben auf Transaktionskonten. Transaktionskonten sind Konten, die vorwiegend zur Abwicklung von Zahlungen verwendet werden[43].

[38] Deutsche Bundesbank (2014, S. 74)
[39] Huber & Robertson (2008, S. 78)
[40] Huber & Robertson (2008, S. 74-75)
[41] www.swissmint.ch
[42] Huber (2013, S. 38)
[43] Schweizerische Nationalbank (2007, S. 9-11)

Mit den Geldmengen M2 und M3 hingegen kann nicht an der Ladentheke bezahlt werden. Sie sind deshalb nicht als Geld, sondern vielmehr als Geldsubstitute zu verstehen, da sie erst dann als Zahlungsmittel verwendet werden können, nachdem sie in eine liquide Form umgewandelt worden sind. Die Geldmengen M2 und M3 enthalten daher mehrheitlich Finanzaktiven, bei welchen nicht der tägliche Zahlungsverkehr, sondern die Wertaufbewahrung in Form des Sparens (Spareinlagen) oder der vorübergehenden Vermögensanlage (Termineinlagen) im Vordergrund steht[44]. Termineinlagen sind Gelder, die bei einer Bank für einen bestimmten Zeitraum (ein paar Monate bis zu zwei Jahre) zu einem festen Zins angelegt werden. Über die Gelder kann in dieser Zeit nicht verfügt werden und die vorzeitige Kündigung ist mit Strafzahlungen verbunden. Spareinlagen sind für bis zu drei Monate gebunden und erst nach Ablauf dieser Kündigungsfrist frei verfügbar[45]. Den Geldmengen M2 und M3 ist daher gemeinsam, dass sie Investments darstellen, die hauptsächlich Zinsen abwerfen sollen[46]. Da einige wichtige Fachbegriffe in diesem Kapitel geklärt werden konnten, kann nun im folgenden Kapitel der Aufbau und die Funktionsweise des heutigen Geldsystems vertieft erklärt werden.

3 Das fraktionale Reservesystem mit multipler Giralgeldschöpfung

Im derzeitigen Geldsystem wird zwischen drei Akteuren unterschieden, nämlich den Zentralbanken, den Banken und dem Publikum[47]. Die Zentralbanken sind dabei öffentlichen Interessen verpflichtet. Ihre Kernaufgabe ist die Wahrung der Preisstabilität. Sie alleine sind berechtigt, gesetzliche Zahlungsmittel in Umlauf zu bringen. Die Banken hingegen sind kommerzielle, privatwirtschaftliche Unternehmen, deren primäre Aufgabe es ist, Finanzdienstleistungen für ihre Kunden zu erbringen. Dazu zählen die Entgegennahme von Kundengeldern, die Bereitstellung von Krediten, das Ausführen von Zahlungsaufträgen und die Beratung in finanziellen Fragen[48]. Diese Akteure (Zentralbanken, Banken, Publikum) sind die bestimmenden Kräfte des gegenwärtigen, fraktionalen Reservesystems mit multipler Giralgeldschöpfung (Huber & Robertson, 2008, S. 7). Wird in der Arbeit von Geldschöpfung geredet, so ist damit der Vorgang gemeint, durch den neues Geld geschaffen und an einen Erstbenutzer herausgegeben wird[49].

[44] Schweizerische Nationalbank (2007, S. 9-11)
[45] Blanchard & Illing (2009, S. 780)
[46] Huber & Robertson (2008, S. 78)
[47] Huber (2013, S. 14)
[48] Deutsche Bundesbank (2014, S. 89)
[49] Huber (2013, S.17)

Seit über 500 Jahren funktioniert das Geldsystem praktisch überall auf der Welt nach dem Prinzip des fraktionalen Reservesystems[50]. Der Name rührt daher, dass Banken nur einen Bruchteil (eine Fraktion) ihrer Kundeneinlagen in Form von Reserven bei der Zentralbank halten müssen. Dies ermöglicht ihnen, Giralgeld in der Höhe eines Vielfachen (ein Multiples) ihrer Zentralbankreserven herzustellen[51]. Es kann daher festgehalten werden, dass im heutigen System einerseits die Zentralbanken aufgrund ihres Notenmonopols Geld schöpfen. Nebst der Zentralbank erzeugen aber auch die Banken über die Kreditvergabe Giralgeld[52]. Um 1900 lag der Anteil des Giralgeldes noch ungefähr bei einem Drittel der Geldmenge M1. Angetrieben durch die technologische Unterstützung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs (Bsp.: EC-Karte, E-banking, Kreditkarte) und die Globalisierungs- und Deregulierungswelle des Geld- und Kapitalverkehrs hat das Giralgeld relativ zum Zentralbankgeld in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen[53]. So bestand im Jahr 2014 die Publikumsgeldmenge M1 zu 89 Prozent aus von Banken selber erschaffenem Giralgeld und nur noch zu 11 Prozent aus Zentralbankgeld[54]. In Deutschland macht das Giralgeld gar rund 95 Prozent der Publikumsgeldmenge aus[55]. Dies zeigt, dass das staatliche Geld (Zentralbankgeld) zusehends vom privaten Bankengeld (Giralgeld) verdrängt wird. Im heutigen System sind es demzufolge die Banken, welche die grosse Mehrheit unserer Zahlungsmittel herstellen und damit direkt für den Grossteil der Geldversorgung in der Wirtschaft verantwortlich sind. Um zu verstehen, warum die Bankengeldschöpfung möglich ist, muss man sich die unterschiedliche, rechtliche Wesensnatur des Giral- und Zentralbankgeldes vergegenwärtigen. Dies geschieht im folgenden Kapitel.

3.1 Giralgeld ist kein gesetzliches Zahlungsmittel

Huber[56] definiert Geld als „offizielles und allgemein gebräuchliches Zahlungsmittel in der Währung, die im Hoheitsgebiet eines Staates gilt“. Gemäss Art. 2 des Bundesgesetzes über die Währungs- und Zahlungsmittel (WZG) vom 22. Dezember 1999, SR 941.10, gelten als gesetzliche Zahlungsmittel die vom Bund ausgegebenen Münzen, die von der Nationalbank ausgegebenen Banknoten und die auf Franken lautenden Sichtguthaben bei der Schweizerischen Nationalbank. Es fällt auf, dass das von den Banken geschöpfte Giralgeld hier nicht erwähnt wird

[50] Huber & Robertson (2008, S. 7)
[51] Huber (2013, S. 15)
[52] Schweizerische Nationalbank (2014h), Deutsche Bundesbank (2014, S. 83)
[53] Huber & Robertson (2008, S. 38)
[54] Schweizerische Nationalbank (2014b, S. 26)
[55] Huber & Robertson (2008, S. 8)
[56] Huber (2013, S. 11)

und daher aus rechtlicher Sicht gar kein gesetzliches Zahlungsmittel darstellt. Gesetzliche Zahlungsmittel sind lediglich das Zentralbankgeld, also die Geldmenge M0, welche ausschliesslich von der Zentralbank an die Geschäftsbanken ausgegeben wird und die vom Staat geprägten Münzen[57]. Dies hat praktische Auswirkungen: Da Bargeld im Gegensatz zum Giralgeld als gesetzliches Zahlungsmittel gilt, geht damit eine unbeschränkte Annahmepflicht einher: Bezahlungen in Bargeld dürfen vom Verkäufer nicht abgewiesen werden. Für Giralgeld hingegen besteht keine gesetzliche Annahmepflicht[58]. Trotzdem wird Giralgeld längst und problemlos so benutzt, *als ob* es ein gesetzliches Zahlungsmittel *wäre:* Bezahlt beispielsweise der Arbeitgeber den Lohn per E-banking auf das Konto des Arbeitnehmers ein, so wird Giralgeld übertragen und der Arbeitnehmer wiederum kann sich mit diesem Giralgeld ganz selbstverständlich Güter kaufen[59]. Nicht per Gesetz, sondern aufgrund seiner faktischen Verwendung als solches, ist Giralgeld inzwischen ebenso zu Geld geworden.

Wie bereits angetönt, dürfen gesetzliche Zahlungsmittel nur vom Staat beziehungsweise von der Zentralbank hergestellt werden. Den Banken ist es von Gesetzes wegen verboten, Noten zu drucken oder Münzen zu prägen. Würden die Banken sich nicht daran halten, so würde dies als Straftat geahndet. Trotzdem erschaffen die Banken die Mehrheit unseres Geldes. Wie ist das möglich? Die Giralgeldschöpfung der Banken ist gerade deshalb möglich, weil Giralgeld kein echtes Geld, sondern nur das Versprechen auf die Auszahlung von echtem Geld ist[60]. Man bezeichnet Giralgeld daher als ein Geldsurrogat, also einen Geldersatz[61]. Es stellt eine Parallelwährung dar, ein von den Banken selber erschaffenes Privatgeld[62]. Die Banken sind jedoch verpflichtet, Giralgeld jederzeit und vollumfänglich in Bargeld umtauschen zu können[63]. Die Geldmenge M1 besteht heute jedoch zu rund 90 Prozent aus Giralgeld und nur zu 10 Prozent aus Bargeld. Es drängt sich daher die Frage auf, wie die Banken ihrer Verpflichtung nachkommen können, sämtliches Giralgeld jederzeit und vollumfänglich in Bargeld umtauschen zu können, wenn das Giralgeld das neunfache Volumen des Bargeldes ausmacht? Die simple Antwort ist: Sie können es nicht! Ihre Giralgeldschöpfung beruht auf der Spekulation darauf, dass stets nur wenige Kunden gleichzeitig von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen wollen. Bildhaft gesprochen, verspricht die Bank 100 Leuten, jedem von ihnen jederzeit einen Franken ausbezahlen zu können, obwohl sie in Tat und Wahrheit nur rund 10 Franken besitzt. Gerade für die in Kapitel 4.5 behandelte Bank-run Problematik ist diese Feststellung relevant.

[57] Huber & Robertson (2008, S. 75)
[58] Danthine (2014, S. 6)
[59] Siedenbiedel (2012, S. 2)
[60] Siedenbiedel (2012, S. 1-2)
[61] Huber & Robertson (2008, S. 10)
[62] Huber & Robertson (2008, S. 75)
[63] Siedenbiedel (2012, S. 2), Deutsche Bundesbank (2014, S. 83)

Schlussfolgernd sollte der Leser aus diesem Kapitel mitnehmen, dass das staatliche Geld (Zentralbankgeld) ein gesetzliches Zahlungsmittel darstellt, während das von den Banken geschaffene Giralgeld selber kein Geld, sondern nur ein Versprechen der Bank an den Kunden ist, seine Giroguthaben jederzeit und vollumfänglich in gesetzliche Zahlungsmittel umtauschen zu können. Dieser rechtliche Unterschied ermöglicht den Banken, selber Giralgeld herzustellen. Es ist nun geklärt, dass die grosse Mehrheit des Geldes von den Banken erschaffen wird. Die englische Zentralbank stellt jedoch fest, dass es viel Irrglauben darüber gibt, wie dieses Geld erschaffen wird[64]. Im folgenden Kapitel wird deshalb detailliert erklärt, wie die Geldschöpfung sowohl bei der Zentralbank als auch bei den Banken funktioniert. Vertieft wird dieses Verständnis im Unterkapitel 3.2.1, indem dort die hinter der Geldschöpfung liegenden buchhalterischen Vorgänge belichtet werden.

3.2 Giralgeldschöpfung und fraktionale Refinanzierung mit Zentralbankgeld

Die Banken schöpfen neues Giralgeld, indem sie einem ihrer Kunden einen Kredit vergeben und den entsprechenden Betrag auf dessen Girokonto gutschreiben. Dieser Vorgang wird als Kreditgeldschöpfung bezeichnet. Der Begriff der Kreditgeldschöpfung ist jedoch erweitert aufzufassen, denn nicht nur durch die Kreditvergabe wird neues Giralgeld geschöpft, sondern auch wenn die Bank ihre Aktivseite durch andere Geschäfte ausweitet und diese Beträge mit Giralgeld begleicht. Dies geschieht beispielsweise, wenn die Bank einem Kunden Staatsanleihen oder Wertpapiere abkauft. Die buchhalterischen Vorgänge sind dabei vom Prinzip her dieselben wie bei der Vergabe eines Giralkredits[65]. Das auf diese Art geschöpfte Geld wird auch als Kreditgeld oder Bankengeld bezeichnet[66]. Aus den obigen Ausführungen geht hervor, dass Banken entgegen der weit verbreiteten Annahme nicht einfach die Ersparnisse des einen Kunden an den anderen weiterreichen[67]. *Würden* sie bei der Kreditvergabe die Ersparnisse des einen Kunden an den anderen weiterleiten, so entstünde kein neues Geld. In Wirklichkeit arbeiten Banken mit den Geldern auf den Kundenkonten nämlich genau so wenig wie mit dem Geld, das die Kunden in ihren Brieftaschen herumtragen[68]. Ebenso reichen die Banken nie ihre Zentralbankreserven an Privatkunden weiter. Das können sie schon gar nicht, denn wie in Kapitel 2.2 dargelegt,

[64] McLeay et al. (2014, S. 14)
[65] Deutsche Bundesbank (2014, S. 76), McLeay et al. (2014, S. 17)
[66] Karwat (2009, S. 2)
[67] Siedenbiedel (2012, S. 2), McLeay et al. (2014, S. 14)
[68] Huber & Robertson (2008, S. 74)

gehören die Reserven zur Zentralbankgeldmenge M0, das Giralgeld hingegen zur Publikumsgeldmenge. Diese beiden Kreisläufe vermischen sich nicht[69]. In Wahrheit existiert das Geld, das die Bank einem Kunden als Kredit auf sein Girokonto überweist, noch gar nicht, sondern wird von der Bank vollumfänglich aus dem Nichts erschaffen[70]. Schon vor langer Zeit brachte dies Fisher[71] treffend auf den Punkt: „Unsere Umlaufmittel hängen von der Gnade der Kredittransaktionen der Banken ab. Und deshalb sind unsere unzähligen Banken in Wahrheit unzählige private Gelddruckereien“. In Abbildung 1 ist dargestellt, wie diese Geldherstellung der Banken und die anschliessende fraktionale Refinanzierung bei der Zentralbank funktionieren.

Im Beispiel vergibt die Bank einem ihrer Unternehmenskunden einen Kredit in der Höhe von 10`000 Euro und schreibt diesen Betrag auf dem Girokonto des Unternehmens gut. Damit erschafft die Bank neue Giroguthaben in der Höhe von 10`000 Euro (1a). Da Giralgeld zur Pub-

Abbildung 1: Wie kommt Geld in die Welt? (Quelle: Siedenbiedel, 2012, S. 2)

likumsgeldmenge M1 zählt, erhöht sich diese um den Kreditbetrag. Nur einen kleinen Bruchteil dieses neu geschöpften Giralgeldes muss die Bank im Nachhinein als Mindestreserve mit Zentralbankgeld hinterlegen (1b)[72]. In unserem Beispiel beträgt der Mindestreservesatz ein Prozent des Kreditbetrages, also 100 Euro[73]. Die Mindestreserve muss in Zentralbankgeld hinterlegt werden. Dieses beschafft sich die Bank bei der Zentralbank, indem sie von ihr einen Kredit

[69] Huber (2013, S. 21-22), McLeay et al. (2014, S. 16)
[70] Siedenbiedel (2012, S. 2), Benes & Kumhof (2012, S. 4), McLeay et al. (2014, S. 15)
[71] Fisher (1935/2007, S. 13)
[72] Siedenbiedel (2012, S. 2), McLeay et al. (2014, S. 15)
[73] In der Realität halten die Banken zusätzliche, über die Mindestreserve hinausgehende Reserven bei der Zentralbank. In der Schweiz beträgt die Reservehaltung im Normalfall zwischen 4 bis 10 Prozent (SNB, 2014b, S. 22, 26)

ausgestellt bekommt. Im Gegenzug ist muss die Bank den Leitzins bezahlen und Sicherheiten in Form von Wertpapieren hinterlegen[74].

An dieser Stelle wird bereits ersichtlich, warum das gegenwärtige Geldsystem ein fraktionales Reservesystem mit multipler Giralgeldschöpfung der Banken ist: Die Banken haben nur einen Bruchteil (eine Fraktion) ihrer Kundeneinlagen mit Reserven (Mindest- und Zahlungsreserven) bei der Zentralbank gedeckt. Das von den Banken erschaffene Giralgeld beträgt daher ein Vielfaches (ein Multiples) ihrer Reserven[75]. Die Bank verleiht ihren Kunden demzufolge Geld, das zu 99 Prozent gar nicht existiert und das sie weder physisch besitzt noch von irgendjemandem bekommen hat, sondern aus dem Nichts heraus erschaffen hat. Zudem verlangt sie Zinsen darauf und die Tilgung des Kreditbetrages. Sollte der Kunde nicht im Stande sein, den Kreditbetrag zurückzubezahlen, so bekommt die Bank die vom Kunden hinterlegte Sicherheit zugesprochen. Bei einem Hypothekarkredit beispielsweise stellt das Haus diese Sicherheit dar. Im vorliegenden Beispiel (vgl. Abbildung 1) wird der Kredit jedoch produktiv genutzt und gelangt so in den Wirtschaftskreislauf (2), wo das „virtuelle Geld“ in reale Güter getauscht wird (3) und so die Wirtschaft ankurbelt. Schliesslich bezahlt das Unternehmen den Kredit an die Bank zurück (4), womit das elektronische Geld wieder aufhört zu existieren und die Geldmenge M1 um den entsprechenden Betrag schrumpft. Wie dieses Beispiel illustriert, ist Bankengeld ein Geld, das von einem Moment auf den anderen erschaffen wird und genauso schnell wieder im Nichts verschwinden kann[76].

Wenn die Banken ihr eigenes Geld herstellen können, so drängt sich die Frage auf, weshalb sie dies dann nicht in unbeschränkter Höhe tun. Gründe dafür können beispielsweise sein, dass den Banken zu wenige rentable Investitionsmöglichkeiten zur Verfügung stehen oder aber dass sie die Investitionsrisiken als zu hoch einschätzen. Ein weiterer Grund können die durch die Zentralbank mitgesteuerten Zinsbedingungen an den Märkten sein[77]. Die bisherigen Erklärungen haben beim Leser ein Grundverständnis für die Frage geschaffen, wer unser Geld herstellt und wie es in den Wirtschaftskreislauf gelangt. Im folgenden Kapitel geht es nun darum, dieses Wissen aus einer buchhalterischen Perspektive zu vertiefen und mit neuen Erkenntnissen anzureichern.

[74] Deutsche Bundesbank (2014, S. 75, 78), Siedenbiedel (2012, S. 2)
[75] Huber (2013, S. 15)
[76] Kumhof (2012, S. 9), Deutsche Bundesbank (2014, S. 75), McLeay et al. (2014, S. 16)
[77] McLeay et al. (2014, S. 17)

3.2.1 Buchhalterische Betrachtungsweise

Um die im vorherigen Kapitel erklärten Abläufe tiefer zu verstehen, ist die Kenntnis der dahinterliegenden buchhalterischen Vorgänge unerlässlich. Dazu eignet sich eine Veranschaulichung anhand der stilisierten Bilanzen einer beispielhaften Bank, der Zentralbank und dem Kreditnehmer. Analog zum vorherigen Beispiel vergibt die Bank einem ihrer Kunden einen Kredit in der Höhe von 10`000 Euro und schreibt den Kreditbetrag auf dessen Girokonto gut. Wie im vorherigen Beispiel beträgt der Mindestreservesatz der Zentralbank ein Prozent. Die bilanziellen Abläufe sind in Abbildung 2 dargestellt. Die entsprechenden Buchungssätze werden zuerst anhand der Kreditgeldschöpfung der Bank (1) und danach anhand der Refinanzierung des Kredits mit Zentralbankgeld (2) erklärt. Das buchhalterische Prinzip sowohl zur Schöpfung des Giralgeldes als auch des Zentralbankgeldes ist jedoch ein und dasselbe. So ist die Geldschöpfung im Grunde nichts anderes als ein einfacher, buchhalterischer Bilanzeintrag[78]. Dieser Vorgang wird als Bilanzverlängerung bezeichnet[79]. Demzufolge erhöhen sich durch die Kreditvergabe sowohl die Guthaben (Aktiven), als auch die Schulden (Passiven) gleichermassen um den Kreditbetrag. Aus Sicht der Bank lautet der Buchungssatz für die Kreditvergabe an einen Kunden (1) daher:

(1) Geldschöpfung: Kreditvergabe an einen Kunden	
Forderungen an Kunden / Täglich fällige Verbindlichkeiten	10`000 Euro

Die Logik hinter diesem Buchungssatz wird verständlich, wenn man die Giralgeldschöpfung als einen doppelten Kredit begreift, der eine wechselseitige Verbindlichkeit sowohl des Kunden gegenüber der Bank, als auch der Bank gegenüber dem Kunden begründet: Einerseits hat die Bank ein Guthaben gegenüber dem Kunden (Forderungen an Kunden), da der Kunde verpflichtet ist, den auf seinem Girokonto eingebuchten Kreditbetrag zurück zu bezahlen. Andererseits verpflichtet sich die Bank, da Giralgeld kein gesetzliches Geld, sondern nur ein Versprechen auf die Auszahlung von gesetzlichem Geld ist, das elektronische Geld jederzeit und vollumfänglich in Bargeld umtauschen zu können (täglich fällige Verbindlichkeiten). Bezahlt der Kunde seine Rechnungen nun per E-banking oder Kreditkarte, so wird Giralgeld übertragen. Der Kunde bezahlt demzufolge mit einer Forderung auf Bargeld - anstatt mit Bargeld. Indem er auf die Bargeldauszahlung verzichtet, macht er von seinem Umtauschrecht nicht Gebrauch. Genau genommen stellt der Kunde der Bank damit einen Bargeldkredit aus[80].

[78] Deutsche Bundesbank (2014, S. 76)
[79] Huber (2013, S. 21-22).
[80] Gesamter Abschnitt gemäss: Huber & Robertson (2008, S. 27)

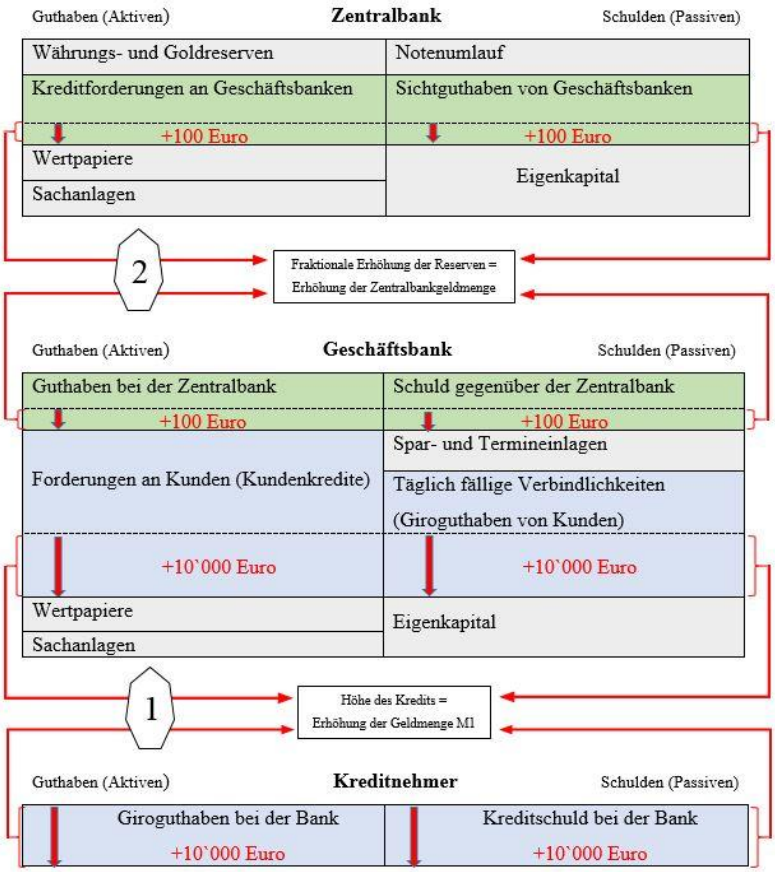

Abbildung 2: Bilanzielle Darstellung der Geldschöpfung (stilisierte Eigendarstellung: stark vereinfachte Bilanzen mit fiktiven Zahlen und Grössenverhältnissen)

Wie bereits dargelegt wurde, weitet sich die Geldmenge durch die Kreditvergabe genauso aus, wie sie durch die Kreditrückzahlung wieder schrumpft[81]. Die Kreditrückzahlung ist aus buchhalterischer Sicht daher eine Bilanzverkürzung: Sowohl die Guthaben (Aktiven) als auch die Schulden (Passiven) vermindern sich um den Kreditbetrag. Das zurückbezahlte Giralgeld wird aus der Bilanz gelöscht, die Publikumsgeldmenge schrumpft um den entsprechenden Betrag[82]. Der Buchungssatz für die entsprechende Ausbuchung des Kreditbetrages aus der Bilanz lautet somit aus Sicht der Bank:

<u>(1) Geldvernichtung: Kreditrückzahlung eines Kunden</u>	
Täglich fällige Verbindlichkeiten / Forderungen an Kunden	10`000 Euro

Wir wenden uns nun der Entstehung von Zentralbankgeld zu (2). Wie bereits dargelegt, refinanzieren sich die Banken im Nachhinein bei der Zentralbank, um ihrer gesetzlichen Pflicht zur Einhaltung der Mindestreservevorschriften nachzukommen und je nach dem freiwillige, darüber hinausgehende Zahlungsreserven bei der Zentralbank zu halten. In unserem Beispiel hinterlegt die Bank nur die gesetzlichen Mindestreserven in der Höhe von einem Prozent des von ihr neu geschaffenen Giralgeldes. Das dafür benötigte Zentralbankgeld wird von der Zentralbank nach demselben Prinzip wie das Giralgeld erschaffen. So stellt die Zentralbank der Bank einen verzinsten Kredit aus und schreibt den Geldbetrag auf dem Betriebskonto der Bank gut[83].

[81] Kumhof (2012, S. 9), Deutsche Bundesbank (2014, S. 75), McLeay et al. (2014, S. 16)
[82] Huber (2013, S. 21-22)
[83] Huber (2013, S. 17)

Wiederum erhöhen sich die Guthaben (Aktiven) als auch die Schulden (Passiven) gleichermassen[84]. Die Zentralbankbilanz als auch die Bankbilanz verlängert sich um den Kreditbetrag[85]. Damit ist neues Zentralbankgeld geschaffen worden. Wir betrachten den entsprechenden buchhalterischen Vorgang (2) aus der Perspektive der Zentralbank. Der Buchungssatz in der Zentralbankbilanz lautet demzufolge:

(2) Schöpfung von Zentralbankgeld: Fraktionale Refinanzierung des Giralgeldes	
Kreditforderungen an Geschäftsbanken / Sichtguthaben von Geschäftsbanken	100 Euro

Die Logik hinter diesem Buchungssatz ist analog zu derjenigen bei der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken: Einerseits hat die Zentralbank ein Guthaben gegenüber der Bank, da diese verpflichtet ist, das Zentralbankgeld wieder retour zu bezahlen (Kreditforderungen an Geschäftsbanken). Andererseits ist die Zentralbank verpflichtet, der Bank jederzeit Bargeld in der Höhe ihrer Zentralbankguthaben (Sichtguthaben von Geschäftsbanken) bereitzustellen[86].

Aus den bisherigen Ausführungen lassen sich vier Haupterkenntnisse ziehen, die hierbei zusammengefasst werden:

● Die Banken können über die Kreditvergabe Giralgeld aus dem Nichts erschaffen. Die fraktionale Refinanzierung bei der Zentralbank erfolgt erst im Nachhinein[87].

● Weil die Geldschöpfung an die Kreditvergabe gekoppelt ist, spricht man von Kreditgeldschöpfung: Über die Vergabe von Krediten versorgen die Banken die Wirtschaftsteilnehmer mit neuem Giralgeld, das vorher noch nicht existierte und über die Rückzahlung der Kredite wird dem Wirtschaftskreislauf dieses Geld wieder entzogen[88]. So hängt die Versorgung des Publikums mit Geld im heutigen System fast ausschliesslich von der Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe ab[89].

● Unser Geldsystem ist ein Schuldgeldsystem[90]. Die buchhalterische Darstellung hat gezeigt, dass mit jeder Kreditgeldschöpfung die Gesamtverschuldung im Wirtschaftssystem ansteigt. Würde jedermann seine Schulden abbezahlen, so würden die Bilanzen um die entsprechenden Beträge verkürzt und es gäbe gar kein Geld mehr in der Wirtschaft.

● Aus Abbildung 2 wird ersichtlich, dass das fraktionale Reservesystem unter systembedingter Instabilität leidet. In Krisenzeiten mit erhöhter Bargeldnachfrage gerät es schnell in arge Liquiditätsschwierigkeiten. Giralgeld ist nämlich kein gesetzliches Zahlungsmittel, sondern

[84] Blanchard & Illing (2009, S. 123)
[85] Huber (2013, S. 17)
[86] Huber (2013, S. 17)
[87] Kumhof (2012, S. 9), McLeay et al. (2014, S. 16)
[88] Kumhof (2012, S. 9), Deutsche Bundesbank (2014, S. 75), McLeay et al. (2014, S. 16)
[89] Benes & Kumhof (2012, S. 5)
[90] Benes & Kumhof (2012, S. 17)

ein Versprechen der Bank, die Giroguthaben der Kunden jederzeit und vollumfänglich in gesetzliche Zahlungsmittel (Zentralbankgeld) umtauschen zu können. Aus Abbildung 2 wird jedoch ersichtlich, dass dies nicht möglich ist. Den von den Banken selbst geschaffenen, täglich fälligen Verbindlichkeiten auf der Passivseite der Bankbilanz steht nämlich nur ein Bruchteil an täglich verfügbarer Liquidität in Form von Zentralbankgeld (Guthaben bei der Zentralbank) auf der Aktivseite gegenüber[91]. Trotz dieser minimalen Reservebasis kann die Bank ihren Geschäftsverkehr aufrechterhalten. Dass dies funktioniert, verdankt die Bank dem Clearing und Settlement. Im nachfolgenden Kapitel wird deshalb erklärt, warum das Clearing und Settlement für das Funktionieren des heutigen Systems von enormer Bedeutung ist.

3.3 Interbanken Clearing und Settlement

Wie wir nun wissen, arbeiten Banken nicht mit dem Geld ihrer Kunden, sondern nur mit dem Zentralbankgeld, sprich mit ihren Reserven bei der Zentralbank. Dies sind jedoch relativ zur gesamten Geldmenge sehr kleine Beträge[92]. So basiert das Geschäftssystem der Banken darauf, mit einem möglichst keinen Kern an Reserven (Zentralbankgeld) eine möglichst grosse Giralgeldmenge in Umlauf zu halten. Eine grundlegende Funktion erfüllt dabei das Clearing und Settlement. Unter Clearing wird die fortlaufende Verrechnung der Ein- und Auszahlungen verstanden. Das Settlement ist die Überweisung des resultierenden Saldos am Ende des Tages[93]. In Abbildung 3 ist dargestellt, wie das Clearing und Settlement funktioniert. So kann die Bank A elektronische Zahlungsaufträge an Kunden der Bank B in der Höhe von 45`000 Franken ausführen und braucht dazu lediglich 5`000 Franken an Reserven zu bewegen. Dies funktioniert, weil sich die Ein- und Auszahlungen zwischen der Bank A und B über den Tag hinweg in etwa die Waage halten. Betrachtet man das Verhältnis zwischen der Bank A und C, so kann die Bank A gar Auszahlungen an die Bank C in der Höhe von 78`000 Franken vornehmen, ohne auch nur einen Franken an Reserven bewegen zu müssen. Im Gegenteil: Da die Einzahlungen von Kunden der Bank C an

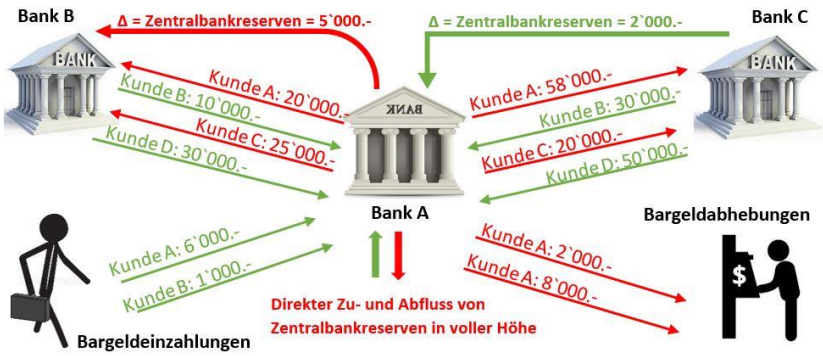

Abbildung 3: Clearing und Settlement (stilisierte Eigendarstellung, fiktive Zahlen)

[91] Karwat (2009, S. 2), Deutsche Bundesbank (2014, S. 90)

[92] Huber & Robertson (2008, S. 74)

[93] Huber (2013, S. 28-29)

die Kunden der Bank A höher sind als die Auszahlungen, resultiert am Ende des Tages ein positiver Saldo in der Höhe von 2`000 Franken an Reserven, die die Bank A von der Bank C überwiesen bekommt. Dies ist möglich, weil beim elektronischen Zahlungsverkehr kein direkter Geldfluss vom Konto des einen Bankkunden zum Konto des anderen Kunden erfolgt. Stattdessen werden lediglich rein elektronische, buchhalterische Gutschriften und Lastschriften ausgetauscht. Ein effektiver Reserven-Geldfluss findet nur mit dem resultierenden Saldo am Ende des Tages zwischen den einzelnen Banken statt[94]. Wird hingegen Bargeld abgehoben, so muss die Bank dieses vollumfänglich bereitstellen. Da Bargeld – im Gegensatz zum Giralgeld - zur Zentralbankgeldmenge M0 zählt, bedeutet dieser Bargeldabfluss einen gleichzeitigen Abfluss von Zentralbankreserven. Bezieht ein Kunde 2`000 Franken Bargeld, so findet ein direkter Reserveabfluss in voller Höhe statt. Bezahlt ein Kunde 6`000 Franken Bargeld ein, so fliessen der Bank aber auch Bargeldreserven in der vollen Höhe zu. So stehen den Bargeldabhebungen im Tagesverlauf wiederum Bargeldeinzahlungen gegenüber, wodurch sich auch hier die Ein- und Auszahlungen in etwa die Waage halten. So kann auch der Bargeldumsatz einer Bank ein Vielfaches der Barreserven betragen, genauso wie der Giralgeldumsatz ein Vielfaches der unbaren Reserven beträgt[95]. Der Bargeldumsatz ist jedoch relativ zum unbaren Zahlungsverkehr volumenmässig verschwindend klein. So betrug im Jahr 2013 das Total der Umsätze an Geldautomaten lediglich 231 Millionen Franken, was 0.000007 Prozent des gesamten jährlichen Zahlungsverkehrs in der Höhe von 32 Billionen Franken entspricht[96]. Betrachtet man im Jahr 2013 das Total der Zentralbankreserven (327 Milliarden Franken) im Verhältnis zum Volumen des gesamten jährlichen Zahlungsverkehrs (32 Billionen Franken), so wird einem offenbart, dass die Banken den täglichen Zahlungsverkehr mit einer höchst fraktionalen Reservebasis aufrechterhalten können. Diese Reservebasis beträgt durchschnittlich rund ein Prozent des gesamten jährlichen Zahlungsverkehrs[97]. Durch die Ausführungen dieses Kapitels wird auch verständlich, warum der Tagesgeldmarkt für das Bankensystem eine derart immens wichtige Rolle spielt: Banken, die am Ende des Tages einen Überschuss an Reserven haben, verleihen diesen am Tagesgeldmarkt an Banken, die über zu wenige Reserven verfügen[98]. Vertrauen sich die Banken gegenseitig nicht mehr, kommt der Tagesgeldmarkt und mit ihm der Zahlungsverkehr zum Erliegen, da die Banken nicht mehr fähig sind, die für den kurzfristigen Liquiditätsausgleich benötigten Mittel aufzubringen.

[94] Huber (2013, S. 27)
[95] Huber (2013, S. 28-29)
[96] Schweizerische Nationalbank (2014b, S. 32)
[97] Schweizerische Nationalbank (2014b, S. 22, 29)
[98] Blanchard & Illing (2009, S. 135)

Die im obigen Abschnitt gemachten Ausführungen beziehen sich auf Barabhebungen und Zahlungsaufträge zwischen zwei *verschiedenen* Banken. Begleichen jedoch zwei Kunden *derselben* Bank untereinander eine Rechnung über das elektronische Zahlungssystem, so bedeutet dies für die Bank sozusagen nichts, weil der Saldo der Girokonten innerhalb der Bank unverändert bleibt: Was beim einen Kunden eine Belastung ist, stellt beim anderen eine Gutschrift in gleicher Höhe dar. Die Bank braucht für solche bankinterne Buchungen keine Reserven zu bewegen. Sie bucht den Betrag lediglich vom einen Konto auf das andere um[99]. Angenommen, es gäbe in unserem Wirtschaftssystem nur eine einzige „Megabank", so würde diese ihren Zahlungsverkehr aufrechterhalten können, ohne auch nur einen einzigen Franken Zentralbankgeld bewegen zu müssen. Aus diesen Ausführungen ergibt sich, dass Grossbanken ihren Geschäftsverkehr mit einer verhältnismässig viel kleineren Reservebasis meistern können und dadurch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber kleinen Banken haben. Je kleiner eine Bank nämlich ist, desto kleiner ist ihre Kundenbasis und desto seltener sind bankinterne Zahlungen. Zudem sind bei kleinen Banken die Ein- und Auszahlungen hinsichtlich ihres Volumens und ihrer Häufigkeit viel unregelmässiger und damit weniger gut planbar. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Zahlungssaldo unausgeglichen bleibt, ist bei kleinen Banken daher höher als bei Grossbanken[100]. Kleine Banken benötigen für ihren Geschäftsverkehr deshalb tendenziell höhere Reserven als Grossbanken, womit ihnen viel begrenztere Möglichkeiten zur Giralgeldschöpfung offenstehen. Zudem wird aus diesen Ausführungen nachvollziehbar, warum die Banken ein Interesse daran haben, dass die Kunden ihr Giralgeld auf Spar- und Terminkonten übertragen und über eine längere Zeit hinweg still legen. Das Risiko von kurzfristigen Geldabflüssen zu einer anderen Bank wird damit vermindert und die Bank kommt dadurch mit weniger Reserven zurecht. Die Bank macht den Kunden diese Stilllegung mit der Bezahlung eines Zinses schmackhaft[101].

Da nun weitgehend geklärt ist, wie das heutige Geldsystem funktioniert, stellt sich automatisch die Frage, ob es denn überhaupt irgendwelche Probleme gibt, die aus dessen Ausgestaltung erwachsen. Darauf sollen in den folgenden Kapiteln Antworten gefunden werden. Es drängt sich ausserdem die Frage auf, welche Rolle den Zentralbanken in einem System bleibt, in dem sie sich nur noch für die Schöpfung eines Bruchteils der umlaufenden Geldmenge verantwortlich zeichnen können. Um diese Frage überprüfen zu können, muss zuerst definiert werden, auf welche geldpolitische Zielgrösse eine Zentralbank sinnvollerweise hinarbeiten sollte, um eine

[99] Huber (2013, S. 23)
[100] Huber (2013, S. 29)
[101] Deutsche Bundesbank (2014, S. 80-81)

grösstmögliche wirtschaftliche Stabilität zu garantieren. Dies wird im folgenden Abschnitt gemacht.

4 Funktionsprobleme des heutigen Geldsystems

Seit 1999 die Golddeckung des Schweizer Frankens vollständig aufgehoben wurde, ist unsere Währung eine Fiat-Währung. Fiat leitet sich aus dem lateinischen „fiat“ („es werde“) ab und bedeutet, dass Fiat-Geld seit der Aufhebung der Edelmetalldeckung quasi aus dem Nichts erschaffen werden kann. So kann im heutigen Fiat-Geldsystem theoretisch in unbegrenzter Menge und praktisch kostenlos Geld hergestellt werden[102]. Da seitdem weder die Banknoten noch das Giralgeld einen materiellen Gegenwert haben, besteht der Wert des Geldes einzig und alleine in seiner Kaufkraft. Diese leitet sich aus der Knappheit des Geldes im Verhältnis zum Güterangebot ab. Gerät dieses Gleichgewicht in Schieflage, so mündet dies in Inflation oder Deflation. Deflation ist der Rückgang des Preisniveaus und Inflation ist der Anstieg des Preisniveaus. Inflation entlastet die Schuldner auf Kosten der Gläubiger, während Deflation das Gegenteil bewirkt. Beiden Phänomenen ist gemeinsam, dass das Vertrauen in das Geld und die Akzeptanz der Währung verloren gehen[103]. Gemäss Danthine[104] basiert das heutige Geldsystem einzig auf Vertrauen. Es ist daher der gesetzliche Auftrag der Zentralbanken, die Geldwertstabilität und damit das Vertrauen in die Währung und das Funktionieren des Geldsystems sicherzustellen. Mit der Geldwertstabilität ist nicht nur die inländische Kaufkraft des Geldes, also keine oder nur geringe Inflation, sondern auch der Aussenwert der Währung, sprich die Stabilität des Wechselkurses, gemeint[105]. So obliegt der Schweizerischen Nationalbank gemäss Art. 5 NBG der gesetzliche Auftrag, bei ihrer Geld- und Währungspolitik die Preisstabilität zu gewährleisten und dabei dem Gesamtinteresse des Landes und der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen[106]. Zwischen September 2011 und Januar 2015 war die Verteidigung des Euromindestkurses von 1.20 Franken pro Euro zum Mandat der Schweizerischen Nationalbank hinzugekommen[107]. Das für die Preisstabilität wichtige Gleichgewicht zwischen dem Geldangebot und der Geldnachfrage wird von der in Tabelle 2 dargestellten Verkehrsgleichung erfasst[108].

[102] Deutsche Bundesbank (2014, S. 17), Kloter (2007, S. 2)
[103] Deutsche Bundesbank (2014, S. 17-18, 139)
[104] Danthine (2014, S. 4)
[105] Huber (2013, S. 149)
[106] Schweizerische Nationalbank (2014d)
[107] Tagesanzeiger (2015, S. 1)
[108] Huber (2013, S. 23)

Tabelle 2: Verkehrsgleichung

M x V = P x T **Geldangebot = Geldnachfrage**	
M = Geldmenge (liquide Geldmenge M1) V= Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes	P = Preisniveau T = Anzahl aller Transaktionen

Die linke Seite der Verkehrsgleichung stellt das Geldangebot (M x V) dar, die rechte Seite die Geldnachfrage (P x T). Das Geldangebot ist der Faktor aus der liquiden Geldmenge M1 (M) und ihrer Zirkulationsgeschwindigkeit (V). Die Zirkulationsgeschwindigkeit widerspiegelt, wie oft das Geld vom Publikum in einem Zeitraum benutzt wird. Würde das Geld beispielsweise auf dem Privatkonto gehortet, so würde sich die Zirkulationsgeschwindigkeit verkleinern. Eine Beschleunigung der Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes hat zwar keine Geldmengenausweitung zur Folge, aber denselben Effekt. Eine Verlangsamung der Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes hingegen hat denselben Effekt wie eine Verminderung der Geldmenge. Die Zirkulationsgeschwindigkeit folgt jedoch einem langfristig stabilen Durchschnittstrend und weist auch kurzfristig keine grossen Schwankungen auf, so dass auf der Geldangebotsseite die Geldmenge M1 die zentrale Steuerungsgrösse darstellt[109]. Dies stellte bereits Milton Friedman fest, indem er sagte: „Inflation is always and everywhere a monetary phenomenon“[110].

Für die Geldnachfrage (P x T) wird oftmals das BIP verwendet, sprich der durchschnittliche Preis der Transaktionen (P) multipliziert mit der Anzahl aller Transaktionen (T). Da die Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes (V) stabil ist, muss die Geldmenge im gleichen Ausmass wie die Wirtschaft mitwachsen. Der Anstieg der liquiden Geldmenge M1 muss also dem Anstieg des BIP (P x T) entsprechen[111]. Wächst die Geldmenge synchron mit der Gütermenge, so können weder Inflation noch Deflation auftreten. Das Geldmengenwachstum und das Wirtschaftswachstum befinden sich im Gleichgewicht. Damit eine Zentralbank die Geldmengen und damit monetäre Phänomene wie Inflation und Deflation wirksam steuern, das heisst zielgerichtet beeinflussen kann, müsste sie die umlaufende Geldmenge kontrollieren können. Früher versuchten die Zentralbanken noch die Geldmenge – anstatt die Zinssätze - zu steuern. Sie verfehlten jedoch regelmässig ihr Geldmengenziel und mussten sich eingestehen, dass sie die Publikumsgeldmenge im gegenwärtigen System gar nicht kontrollieren können[112]. Die Zentralbankgeldmenge ist die einzige Geldmenge, die unter der direkten Kontrolle der Zentralbank steht[113].

[109] Huber (2013, S. 32-34)
[110] Perumal (2014, S. 1)
[111] Huber (2013, S. 32-34)
[112] Blanchard & Illing (2009, S. 781-782)
[113] Blanchard & Illing (2009, S. 132)

Im heutigen System macht diese jedoch nur noch einen Bruchteil des Geldes aus. Sämtliche Bemühungen der Zentralbanken, die Geldmenge zu steuern, werden durch die Ausgestaltung des heutigen Systems und die eigenwillige Giralgeldschöpfung der Banken untergraben. Auf diesen Verlust der Steuerungshoheit der Zentralbanken wird im nachfolgenden Kapitel eingegangen. Es wird dort auch erklärt, mittels welchen anderen Steuerungsinstrumenten die Zentralbanken die Giralgeldschöpfung der Banken zu beeinflussen versuchen und welchen Limitierungen diese unterliegen.

4.1 Kontrollverlust der Zentralbanken über die Geldmenge

Obwohl die Zentralbanken rechtlich das Geldmonopol besitzen, haben sie es faktisch an die Banken abgetreten[114]. Wie bereits aufgezeigt wurde, besteht die Publikumsgeldmenge in der Schweiz zu 89 Prozent aus von Banken geschaffenem Giralgeld und nur noch zu 11 Prozent aus Zentralbankgeld. Die Geldvermehrung und Geldverringerung hat sich somit in den Händen der Banken weitgehend verselbstständigt[115]. Notgedrungen beschränken sich die Zentralbanken heute darauf, über die Zinsen die Geldschöpfung der Banken indirekt zu beeinflussen[116]. Die Zentralbanken steuern demzufolge nicht die Geldmenge, sondern den Zinssatz. Man spricht deshalb von Zinssteuerung anstatt von Geldmengensteuerung[117]. Für die Zinssteuerung bedienen sich die Zentralbanken ihrer geldpolitischen Instrumente[118]. Das von den meisten modernen Zentralbanken dazu verwendete Instrument sind die Offenmarktgeschäfte[119]. So legen die Zentralbanken die Höhe des Leitzinssatzes fest[120], zu dem sich Banken bei ihr neue Reserven in unbeschränkter Höhe besorgen können. Zusätzlich zu den Zinszahlungen sind die Banken zur Hinterlegung von Sicherheiten in Form von Wertpapieren verpflichtet[121]. Damit die Steuerungsprobleme der Zentralbanken besser verstanden werden können, muss das Zusammenspiel der Zentralbank mit den Banken und dem Publikum genauer erklärt werden. Erst aus dieser Kenntnis heraus wird ersichtlich, weshalb den Zentralbanken ihre Einflussmöglichkeiten zusehends zu entgleiten scheinen.

Das heutige Geldsystem ist ein zweistufiges. Auf der ersten Stufe finden Transaktionen zwischen der Zentralbank und den Banken statt (Interbankenkreislauf), auf der zweiten Stufe finden Transaktionen zwischen den Banken und dem Publikum statt (Publikumskreislauf). Diese beiden Kreisläufe vermischen sich nicht. Eine Zentralbank handelt demzufolge nur mit den

[114] Huber, 2013, S. 68
[115] Huber (2013, S. 74)
[116] Huber (2013, S. 149)
[117] Blanchard & Illing (2009, S. 125)
[118] Schweizerische Nationalbank (2014h)
[119] Blanchard & Illing (2009, S. 125)
[120] Blanchard & Illing (2009, S. 665)
[121] Blanchard & Illing (2009, S. 125, 785)

Banken. Das Publikum wiederum interagiert ausschliesslich mit den Banken, nie jedoch direkt mit der Zentralbank. Daher gelangt das Zentralbankgeld nie direkt an das Publikum, sondern es zirkuliert nur zwischen den Banken und der Zentralbank[122]. Einzig das Bargeld kann zwischen dem Interbanken- und dem Publikumskreislauf hin und her wechseln (vgl. auch Kap. 2.2). Aber auch für dieses gilt, dass es nie direkt von der Zentralbank an das Publikum gelangt, sondern stets über die dazwischengeschalteten Banken. Wie vorher dargelegt wurde, nehmen die Zentralbanken über die Festlegung der Leitzinsen direkten Einfluss auf die Reservenachfrage der Banken. Die Reservenachfrage der Banken alleine hat in diesem zweistufigen System aber noch keine Auswirkungen auf die Publikumsgeldmengen. Da die Reserven zur Geldmenge M0 zählen, verändert eine schwankende Reservenachfrage nur die Zentralbankgeldmenge. Wie wir in Kapitel 4 festgestellt haben, ist für die Sicherstellung der Geldwertstabilität jedoch die Publikumsgeldmenge M1 massgebend. So schreibt Fisher[123], dass ein fraktionales Reservesystem gerade in Krisenzeiten seine Grenzen erreicht, weil die Banken zwar zu günstigen Konditionen ihre eigenen Reserven erhöhen, dieses Geld aber nicht an das Publikum weitergeben. Es ist daher für die Effektivität der geldpolitischen Impulse der Zentralbanken entscheidend, dass sich diese auf die Publikumsgeldmengen übertragen[124]. Die Entscheidung, wie viel Geld in den Wirtschaftskreislauf gelangt, liegt im heutigen System nämlich nicht bei den Zentralbanken - sondern bei den Banken und dem Publikum, je nachdem wie viele Kredite die Banken an das Publikum zu vergeben bereit sind, respektive vom Publikum nachgefragt werden. Die Zentralbanken können die Publikumsgeldmenge daher nicht direkt, sondern lediglich indirekt steuern[125]: Wenn sie die Leitzinsen senken, so gehen sie davon aus, dass die Banken ihre Kredit-Zinssätze ebenfalls senken. Dadurch soll die Nachfrage des Publikums nach Bankkrediten angeregt werden, wodurch sich wiederum die Menge an neu geschöpftem Publikumsgeld erhöht. Gleichermassen soll über eine Zinserhöhung die Geldversorgung der Wirtschaft gedrosselt werden[126]. Neben der Zinssteuerung können die Zentralbanken die Geldschöpfung der Banken über die Festlegung der Mindestreservevorschriften beeinflussen[127]. Darauf wird dann am Ende dieses Kapitels näher eingegangen. Die Zusammenhänge, die sich aus den obigen Ausführungen ergeben haben, sind in Abbildung 4 grafisch dargestellt.

[122] Huber (2013, S. 14-17)
[123] Fisher (1935/2007, S. 75)
[124] Huber & Robertson (2008, S. 20)
[125] Siedenbiedel, 2012, S. 3
[126] Huber & Robertson (2008, S. 20)
[127] Schweizerische Nationalbank (2014h)

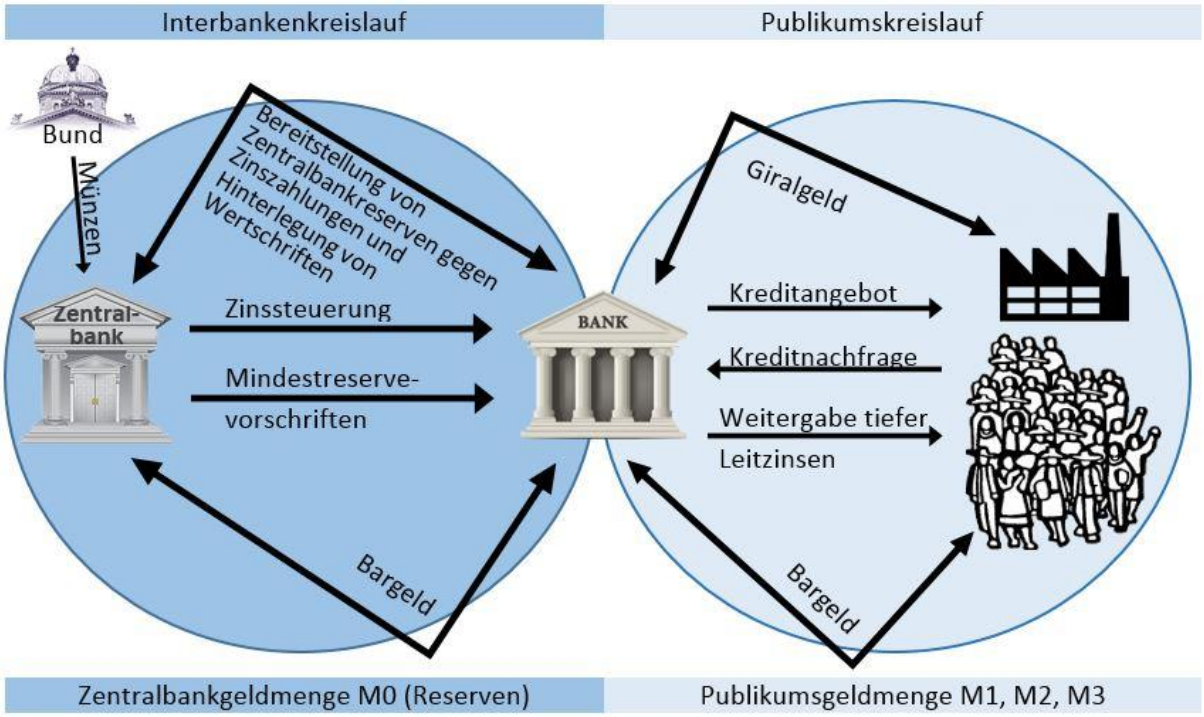

Abbildung 4: Das zweistufige Bankensystem am Beispiel der Schweiz (stilisierte Eigendarstellung)

Aktuell senken die Zentralbanken die Leitzinsen von einem Rekordtief auf das nächste. So hat die Europäische Zentralbank im September 2014 ihre Leitzinsen auf das Rekordtief von 0.05 Prozent gesenkt. In der Schweiz und Amerika lagen die Leitzinsen im Juni 2014 zwischen 0 und 0.25 Prozent[128]. Mittlerweile hat die Schweizerische Nationalbank gar Negativzinsen eingeführt[129]. Die rekordtiefen Zinsen wie auch die Negativzinsen sind aus Sicht des Autors als ein Zeichen der Hilflosigkeit der Zentralbanken zu verstehen, welche verzweifelt versuchen, die Kredittätigkeit anzukurbeln, aber die Transmission in den Publikumskreislauf am ungenügenden Willen zur Geldschöpfung bei den Banken und dem Publikum scheitert. Durch diese tiefen Leitzinsen entwaffnen sich die Zentralbanken aber zusehends selber. Der Zinssteuerung der Zentralbanken sind nämlich Grenzen gesetzt: Befindet sich der Leitzinssatz bei Null, so sind die Zentralbanken in der Liquiditätsfalle angelangt[130]. In einer solchen Situation besteht die Gefahr, dass eine expansive Geldpolitik über keine Macht mehr verfügt, weil die Wirtschaft nicht mehr stimuliert werden kann[131]. Aufgrund der nahezu bei Null angelangten Leitzinsen sehen Experten die Zentralbanken bereits in der Liquiditätsfalle angekommen[132]. Die Zentralbanken sind nunmehr ihrer wichtigsten geldpolitischen Instrumente beraubt. Kommt die Kreditgeldschöpfung trotz der Nullzinsen nicht in Gange, so bleiben den Zentralbanken nur noch

[128] Börse-Express (2014, S.1-2), Hypothekenbörse AG (2014, S. 1)
[129] Hypothekenbörse AG (2015, S.1)
[130] Blanchard & Illing (2009, S. 769)
[131] Blanchard & Illing (2009, S. 774, 686)
[132] Börse-Express (2014, S.1-2)

unkonventionelle Mittel der Geldpolitik wie beispielsweise das sogenannte quantitative easing, um vereinfacht gesprochen die ausbleibende Kreditvergabe der Banken durch staatliche Kreditschöpfung aufzufangen[133]. Beim quantitative easing kauft die Zentralbank den Finanzinstituten und Grossinvestoren haufenweise Vermögenswerte (z.B. Staatsanleihen) ab und bezahlt diese in Zentralbankgeld. Die Investoren sollen dadurch angeregt werden, ihre eigenen Investitionen ebenfalls auszubauen und den Wirtschaftsmotor damit anzukurbeln[134]. Blanchard & Illing[135] schreiben dazu, dass die Zentralbank durch die Vermögenskäufe dem Finanzsektor auch erhebliche Solvenzrisiken abnimmt und diese stattdessen in ihre eigene Bilanz übernimmt. „Dies ist normalerweise jedoch nicht die Aufgabe einer Zentralbank (S. 674)", denn mögliche Verluste müssen vom Steuerzahler getragen werden. Die Zentralbanken begeben sich mit dieser unkonventionellen Geldpolitik auf einen schmalen Grat mit der Gefahr, entweder in die Deflations- oder Inflationsspirale abzurutschen[136]. In der Realität sieht dieses quantitative easing dann beispielsweise so aus: Die Europäische Zentralbank kauft Anleihen im Wert von insgesamt 1.14 Billionen Euro, verteilt auf monatliche Tranchen in der Höhe von 60 Milliarden Euro[137]. In Amerika hat die FED seit Ausbruch der Finanzkrise Wertpapiere in der Höhe von rund vier Billionen Dollar (rund 3.6 Billionen Euro) gekauft[138]. Insgesamt kaufen die beiden Zentralbanken den Finanzinstituten und Grossinvestoren Wertpapiere im Volumen von 4.74 Billionen Euro ab. Es kann angenommen werden, dass nur eine kleine Oberschicht und einige globale Grossbanken Wertpapiere in diesem Ausmass halten und folglich direkt von den Käufen der EZB profitieren. Um die Grössenordnung dieser Beträge besser begreiflich zu machen, sei hierbei die kritische Frage erlaubt, wie die Welt wohl aussähe, wenn dieses Geld nicht vorwiegend vermögenden Personen, sondern gleichmässig auf jeden Erdenbürger verteilt würde. Verteilt auf die 7.2 Milliarden Menschen auf diesem Planeten, bekäme jeder 660 Euro ausbezahlt. Würde das Geld auf diejenigen 2.5 Milliarden Menschen verteilt, die von weniger als 2 Dollar pro Tag leben, so würden jedem einzelnen 1`896 Euro (rund 2`125 Dollar) ausbezahlt. Dies würde ausreichen, um deren tägliches Einkommen über drei Jahre hinweg auf vier Dollar zu verdoppeln. Die Armut wäre beseitigt. Sinn und Zweck dieses Vergleichs ist es, den Leser zum Nachdenken anzuregen und ihm einen Eindruck über die ungeheuren Summen zu geben, die eine Zentralbank heute einsetzen muss, um die Wirtschaft überhaupt noch stimulieren können.

[133] McLeay et al. (2014, S. 21), Blanchard & Illing (2009, S. 674)
[134] McLeay et al. (2014, S. 21)
[135] Blanchard & Illing (2009, S. 674)
[136] Blanchard & Illing (2009, S. 675)
[137] Dohms (2015, S. 1-3)
[138] Ganslmeier (2015, S. 1)

Wie bereits angedeutet, können die Zentralbanken nicht nur über die Zinssteuerung, sondern auch über die Festlegung der Mindestreservesätze die Kreditgeldschöpfung der Banken beeinflussen[139]. Die dahinterliegende Theorie ist das Kreditmultiplikatormodell, welches besagt, dass die Zentralbank zuerst neue Reserven in das System injiziert und daraus nachher die Publikumsgeldmenge um ein Vielfaches ansteigt. Der Kreditmultiplikator entspricht dem Kehrwert des Mindestreservesatzes ($\frac{1}{Mindestreservesatz}$). Je tiefer der Mindestreservesatz ist, desto höher ist demzufolge der Kreditmultiplikator. So entspricht der Theorie zufolge das gesamte Geldangebot im Wirtschaftssystem dem von der Zentralbank injizierten Zentralbankgeld multipliziert mit dem Geldschöpfungsmultiplikator[140]. Der Mindestreservesatz beträgt in der Schweiz bekanntlich 2.5 Prozent. Würde die Zentralbank einen Franken neues Zentralbankgeld emittieren, so würde sie damit eine Erhöhung der Publikumsgeldmenge um 40 Franken ($\frac{1}{0.025}$) bewirken. Dieses Modell stellt jedoch die in Kapitel 3.2 erklärten Tatsachen auf den Kopf. Es unterstellt, die Geldmengen würden auf Initiative der Zentralbank kreiert, indem diese Zentralbankgeld in das Bankensystem injiziert und sich dieses über die Kreditvergabe der Banken multipliziert[141]. Dass dieser vom Kreditmulitplikatormodell suggerierte Ablauf ein Irrglaube ist, wird selbst von der englischen Zentralbank bestätigt[142]. In Wahrheit ist der Ablauf, wie in Kapitel 3.2 dargelegt, gerade umgekehrt: Die Banken vergeben zuerst Kredite und refinanzieren diese *nachgelagert* bei der Zentralbank. Die Zentralbank injiziert daher niemandem Geld, sondern die Banken alleine bestimmen, wie viel Zentralbankgeld sie benötigen. Die Zentralbank stellt den Banken zu dem von ihr festgesetzten Zinssatz sodann *jede* von den Banken nachgefragte Menge an Zentralbankgeld bereit. Die Mindestreservevorschriften der Zentralbank haben daher nur einen sehr begrenzten Steuerungseinfluss auf die Publikumsgeldmenge[143]. Hinzu kommt, dass die Anhebung respektive Absenkung von Mindestreserven in ihrer Wirkung sehr eingeschränkt ist, weil sich die Reserveveränderungen im heutigen System bloss auf die Zentralbankgeldmenge M0 auswirken[144]. Die Mindestreservesätze sind mit 2.5 Prozent in der Schweiz, 1 Prozent in der EU und 0 Prozent in Grossbritannien zudem sehr gering sind und werden nur sehr selten und wenn, dann bloss geringfügig verändert[145]. Das Instrument wird daher faktisch kaum benützt. Aus allen diesen Gründen muss eine effektive Steuerung über die Mindestreserven stark in

[139] Schweizerische Nationalbank (2014h)
[140] Blanchard & Illing (2009, S. 138)
[141] Benes & Kumhof (2012, S. 10)
[142] McLeay et al. (2014, S. 15-16)
[143] Benes & Kumhof (2012, S. 10), Huber (2013, S. 47), McLeay et al. (2014, S. 15-16, 21)
[144] Fisher (1935/2007, S. 74)
[145] Huber (2013, S. 47), Kuepper (2012, S. 1)

Frage gestellt werden. So hält die englische Zentralbank fest, dass Mindestreservevorschriften für die meisten modernen Zentralbanken keine wichtige Rolle mehr spielen[146].

Schlussfolgernd lässt sich festhalten, dass die Zentralbanken die Steuerungshoheit über die Giralgeldschöpfung der Banken weitgehend verloren haben. Die von den Zentralbanken zur Beeinflussung der Bankengeldschöpfung verwendeten konventionellen Instrumente scheinen weitgehend ausgeschöpft zu sein. So sind die Zentralbanken in der Liquiditätsfalle angelangt, die Mindestreservevorschriften sind wenig wirksame Instrumente und im zweistufigen Bankensystem unterliegt die Schöpfung von Publikumsgeld nicht der Kontrolle der Zentralbank – sondern wird von den Banken und dem Publikum bestimmt, je nachdem wie viel Geld diese Akteure über die Kreditvergabe zu schöpfen bereit sind. Die bestimmende Kraft der Geldschöpfung sind im heutigen System die Banken - den Zentralbanken ist die Kontrolle über die Geldmenge zusehends entglitten[147]. So ist Huber[148] der Meinung, dass dies keine stabile Grundlage einer gut funktionierenden Real- und Finanzwirtschaft sein kann. Auf diese Thematik wird im folgenden Kapitel eingegangen.

4.2 Prozyklisch verstärkte Konjunkturzyklen

Während die Zentralbanken dem Allgemeinwohl, ihrem verfassungsmässigen Auftrag und den gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen verpflichtet sind, unterliegen die Banken keiner demokratischen Kontrolle, sind weder gesamtwirtschaftlichen noch gesellschaftlichen Zielen verpflichtet und vorwiegend ihren Aktionären Rechenschaft schuldig. Wie jeder andere gewinnorientierte, privatwirtschaftliche Akteur richten sie ihr Handeln auf den grösstmöglichen Nutzen für die eigene Firma aus. Die Entscheidung ob und wie viel Kredit vergeben wird, basiert auf profitorientierten Einschätzungen über die Bonität der Schuldner, die Rentabilität und das Risiko einer Geldanlage. Diese Einschätzungen schwanken synchron mit den Wirtschaftszyklen, so dass in wirtschaftlich guten Zeiten euphorisch ein Übermass an Krediten vergeben wird, währenddessen in wirtschaftlich schlechten Zeiten das Misstrauen steigt und die Bereitschaft zur Kreditvergabe abnimmt[149]. Das alles wäre kein Problem, wenn die Banken damit nicht gleichzeitig über die Geldversorgung der Wirtschaft bestimmen würden. Da im heutigen System die Kreditvergabe und die Geldversorgung aneinandergekoppelt sind, geht jede Kreditvergabe mit

[146] McLeay et al. (2014, S. 21)
[147] Huber (2013, S. 68), Benes & Kumhof (2012, S. 10)
[148] Huber (2013, S. 99)
[149] Huber (2013, S. 70)

einer Geldmengenausweitung und jede Kreditrückzahlung mit einer Verringerung der Geldmenge in gleicher Höhe einher[150]. Gesamtwirtschaftlich wäre in gewissen Zeiten eine antizyklische Geldmengenausweitung angezeigt, um die Übertreibungen nach oben wie nach unten zu glätten. Für die gewinnmaximierenden Banken ist jedoch gerade eine prozyklische Kreditpolitik am lukrativsten. Das Resultat ist, dass in wirtschaftlichen Hochphasen ein Geldüberangebot herrscht, in Krisenphasen hingegen Geldmangel. In Hochphasen bedeutet dies Preisinflation und Spekulationsblasen an den Finanzmärkten, währenddessen die Wirtschaft in Krisenphasen in eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale gerät und monetär austrocknet[151]. So schreiben Blanchard & Illing[152], dass in einer allgemeinen Krise keine Bank ihre Kreditvergabe erhöhen wird, denn „wer auch immer die Bank um neue Kredite bittet, wird abgewiesen". Das Resultat ist eine Kreditklemme, welche die Versorgung von Unternehmen und Privatpersonen mit Krediten weitgehend zum Erliegen bringt oder diese nur noch zu enorm hohen Zinsen gewährt werden[153]. Erschwerend kommt hinzu, dass Bankkunden in wirtschaftlich schlechten Zeiten ihre Kredite zu tilgen versuchen oder zumindest keine neuen Kredite aufnehmen wollen[154]. Der Wirtschaft wird dadurch nicht nur das in Krisenzeiten besonders dringend benötigte neue Geld vorenthalten, es wird ihr durch die Kreditrückzahlungen zu allem Übel auch noch entzogen. Ein Beispiel für eine solche rasante Geldvernichtung ist die Grosse Depression, in welcher der Wirtschaft zwischen 1929 und 1933 rund ein Drittel (8 von 23 Milliarden Dollar) des existierenden Giralgeldes entzogen wurde. Fisher[155] sieht darin den Hauptgrund für die wirtschaftliche Depression mit Arbeitslosigkeit und Firmenkonkursen. Auch nach dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 scheuten sich die Banken, überhaupt noch Kredite zu vergeben[156]. Die Geldversorgung der Wirtschaft kam dadurch auf einmal ins Stocken. Das Gegenextrem dazu ist der durch eine übermässige Kreditgeldschöpfung ermöglichte Hypothekarboom vor Ausbruch der Finanzkrise[157]. Die Folge dieser Übertreibungen war die Finanzkrise, welche massive Wertberichtigungen und Abschreibungen von Vermögenswerten nach sich zog[158]. Sinn und Zweck dieser praktischen Beispiele ist es zu zeigen, dass normale Börsen- und Wirtschaftszyklen durch die prozyklische Kreditgeldschöpfung akzentuiert und in Extreme geschaukelt werden können,

[150] Benes & Kumhof (2012, S. 5)
[151] Huber (2013, S. 70)
[152] Blanchard & Illing (2009, S. 659)
[153] Blanchard & Illing (2009, S. 659)
[154] Huber & Robertson (2008, S. 41)
[155] Fisher (1935/2007, S. 13)
[156] Deutsche Bundesbank (2014, S. 105)
[157] Blanchard & Illing (2009, S. 28-29), McLeay et al. (2014, S. 20)
[158] Huber (2013, S. 76-77)

die sie sonst nicht erreichen würden[159]. Das Ausmass und Tempo von Konjunktur- und Börsenzyklen wird dadurch verstärkt[160]. Huber[161] bringt diese Zusammenhänge pointiert zum Ausdruck: „Die Krise nährt die Krise, wie zuvor die Hausse die Hausse genährt hat".

Aus der Verkehrsgleichung aus Kapitel 4 wissen wir, dass die Geldmenge synchron mit der Wirtschaftsleistung (BIP) wachsen muss, damit das Geldangebot und die Geldnachfrage im Einklang sind und weder Inflation noch Deflation entstehen können. Dass dieses Gleichgewicht in der Realität bei weitem nicht erfüllt ist, wird aus Tabelle 3 ersichtlich. Im Zeitraum von 2002 bis 2012 ist die Geldmenge M1 sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz fast viermal stärker als das nominale BIP gewachsen. Das Wachstum der Geldmenge M1 war in Deutschland gar rund achtmal und in der Schweiz rund fünfmal höher als dasjenige des realen BIP.

Tabelle 3: Geldmengenwachstum im Vergleich zum Wirtschaftswachstum[162]

Deutschland: Wachstum 2002 bis 2012		**Schweiz: Wachstum 2002 bis 2012**	
Geldmenge M1	+ 101%	Geldmenge M1	+ 110%
BIP Nominal	+ 25%	BIP Nominal	+ 32%
BIP Real	+ 12%	BIP real	+ 24%

Offenbar entfernt sich das Geldmengenwachstum immer weiter von der Realwirtschaft[163]. Trotzdem kann derzeit keine aussergewöhnlich hohe Inflationsrate festgestellt werden[164]. Der Grund dafür ist, dass der Grossteil des Geldes nicht in die Realwirtschaft, sondern direkt in die spekulativen Finanzmärkte abfliesst. Im BIP werden Finanztransaktionen jedoch nur teilweise erfasst[165]. Die Folge dieser erhöhten Geldversorgung der Finanzmärkte sind Asset inflation und Asset price inflation, also eine Mengenausweitung und Preisaufblähung von Finanzaktiven wie Aktien, Immobilen, Derivaten oder Staatsanleihen[166]. Die Inflation zeigt sich daher nicht in der Realwirtschaft – sondern auf den Vermögensmärkten, deren Börsenkurse von Rekord zu Rekord steigen[167]. Dass sich die Finanzmärkte tatsächlich in astronomischen Höhen bewegen, wird nicht zuletzt am weltweiten Derivatvolumen ersichtlich, welches auf unglaubliche 700 Billionen Dollar geschätzt wird. Dies ist rund zehnmal mehr, als auf der gesamten Welt in einem Jahr an Gütern hergestellt wird (das Zehnfache des Welt-BIP)[168]. Je weiter sich die Vermögensmärkte aufblähen, desto krisenanfälliger wird aber auch die Wirtschaft. Je grösser die

[159] Huber (2013, S. 76)
[160] Huber (2013, S. 70)
[161] Huber (2013, S. 77)
[162] Statista (2013), Deutsche Bundesbank (2012, 2013a, 2013b), Bundesamt für Statistik (2012a), Schweizerische Nationalbank (2014b, S. 127)
[163] Huber (2013, S. 74-75)
[164] Straubhaar (2013, S.1)
[165] Huber, 2013 (S. 35-36)
[166] Huber (2013, S. 35-36)
[167] Straubhaar (2013, S.1)
[168] Hübner (2014, S.1)

systembedingten Übertreibungen in der Hochphase, desto tiefer und verheerender wird bei einem wirtschaftlichen Abschwung der Fall[169]. Dass schwerwiegende Finanzkrisen auch in jüngerer Zeit häufig sind, ist an verschiedenen Beispielen ersichtlich: Die verfestigte Finanzkrise Japans seit Anfang der 1990er Jahre, die Dotcom Krise 2000-01, die Subprime Krise 2007-09 und schliesslich die Staatsschuldenkrise seit 2010 sind Beispiele dafür. Tabelle 4 zeigt, dass es allein in den Jahren 1970 bis 2007 weltweit zu 514 systemischen Finanzkrisen gekommen ist[170].

Tabelle 4: Grössere Krisen von 1970 bis 2007, weltweit[171]

▪ 124 Bankenkrisen ▪ 326 Währungskrisen ▪ 64 Staatsschuldenkrisen
⇨ 514 Finanzkrisen

Diese oftmals durch Spekulation mit imaginären Werten verursachten Übertreibungen haben reale Konsequenzen. So werden die Folgen von der Gesellschaft in Form von Firmenkonkursen, Arbeitsplatzverlusten, Lohneinbussen und Privatinsolvenzen getragen. Trotzdem unterstützen Banken mit einer in wirtschaftlichen Hochphasen überschiessenden Kreditgewährung die Blasenbildung an den Finanzmärkten. Es wird daher aus diesen Ausführungen geschlossen, dass die Geldschöpfung durch gewinnorientierte, privatwirtschaftliche Unternehmen im Konflikt zu den gesamtwirtschaftlichen, dem Allgemeinwohl dienenden Notwendigkeiten stehen kann. Hudson[172] bringt dies folgendermassen zum Ausdruck: „Wenn die Banken alleine auf ihre Gewinne achten, zerstören sie tendenziell die Wirtschaft“.

4.3 Den Staaten entgehen Geldschöpfungsgewinne

Die Staatseinnahmen aus der Geldschöpfung bezeichnet man als Seignorage[173]. Huber[174] unterscheidet zwischen der originären Seignorage und der Zinsseignorage. Eine originäre Seignorage würde erzielt, wenn das Geld über öffentliche Ausgaben direkt durch den Staat in Umlauf gebracht würde. Die originäre Seignorage ist definiert als die Differenz zwischen der Kaufkraft und den Herstellungskosten des Geldes[175]. Eine originäre Seignorage erzielen die Staaten im heutigen Geldsystem nur noch auf die Münzen, deren Prägung alleine den Finanzministerien zusteht[176]. Aufgrund der hohen Herstellkosten und der relativ kleinen Münzmenge handelt es sich dabei aber um sehr kleine Beträge[177]. Die grossen Beträge würden mit der

[169] Huber (2013, S. 75, 77)
[170] Huber (2013, S. 74)
[171] Bundeszentrale für politische Bildung (2010).
[172] Hudson (2011a, S. 5)
[173] Huber & Robertson (2008, S. 7)
[174] Huber (2013, S. 19-20)
[175] Huber (2013, S.19-20)
[176] Huber (2013, S. 19)
[177] Blanchard & Illing (2009, S. 774)

Herstellung von Bargeld und Giralgeld erzielt, da die Nennwerte dort viel grösser und die Herstellkosten viel tiefer sind[178]. Beim Bargeld und Giralgeld erzielen die Staaten jedoch keine originäre Seignorage, sondern lediglich eine viel tiefere Zinsseignorage in Form des Zentralbankgewinnes. Dies ist so, weil die Zentralbanken das Geld nicht über Staatsausgaben, sondern per verzinstem Kredit in Umlauf bringen. Damit fliesst der Öffentlichkeit nicht die Differenz zwischen dem Nennwert und den Herstellungskosten des Geldes zu (originäre Seignorage), sondern lediglich die Zinserträge (Zinsseignorage) auf das neu geschöpfte Kreditgeld[179]. Die Zinsseignorage der Zentralbank berechnet sich dabei nur auf die Zentralbankreserven der Banken. Diese Reserven entsprechen im heutigen fraktionalen Reservesystem jedoch nur einem Bruchteil der Publikumsgeldmenge[180]. Anhand eines Beispiels sollen dem Leser die oben genannten Begrifflichkeiten besser verständlich gemacht werden. Es soll gezeigt werden, wie dem Staat im fraktionalen Reservesystem Einnahmen entgehen respektive warum die Banken im heutigen Geldsystem Finanzierungskosten einsparen. Zudem sind diese Erklärungen für das Verständnis des Vollgeldsystems unentbehrlich. Es sei hierbei aber bemerkt, dass sich das Ganze in der Realität nicht so einfach berechnen lässt wie im nachfolgenden Beispiel dargestellt. Auf diese Einschränkungen wird am Ende des Kapitels eingegangen. An der konzeptionellen Erklärungskraft der folgenden Äusserungen ändert dies aber nichts.

Das Beispiel verdeutlicht die mit der Kreditgeldschöpfung einer Bank einhergehenden Mindereinnahmen für den Staat. So schöpft die Bank in unserem Beispiel neues Geld, indem sie einem Kunden einen Giralkredit in der Höhe von 100 Franken auf seinem Girokonto gutschreibt. Damit erhöhen sich die Giroguthaben des Kunden um den Kreditbetrag. Für Gelder auf Girokonten vergütet die Bank nur niedrige oder gar keine Zinsen, weshalb die Zinskosten für die Bank vernachlässigbar sind[181]. Die Bank verlangt vom Kunden hingegen 2 Prozent Zinsen auf den Kreditbetrag (fiktiver, für dieses Beispiel angenommener Wert). Ihre Zinseinnahmen betragen folglich 2 Franken. Einen Bruchteil dieser neu geschöpften Giroeinlagen muss die Bank mit Reserven bei der Zentralbank unterlegen. Nehmen wir an, der Reservesatz betrage 10 Prozent, so dass die Bank 10 Franken als Reserve bei der Zentralbank hinterlegt. Auf die fraktionale Reserve von 10 Franken – und nicht auf den vollen Kreditbetrag von 100 Franken – verlangt die Zentralbank von der Bank einen Zins. Dieser Zins beträgt in unserem Beispiel 1 Prozent, also 10 Rappen. Die Bank erzielt somit Zinseinnahmen auf den vollen

[178] Huber (2013, S. 18)
[179] Huber (2013, S.19-20)
[180] Huber (2013, S. 87-88)
[181] Deutsche Bundesbank (2014, S. 76)

Kreditbetrag, bezahlt selber jedoch nur auf die fraktionale Reserve Zinsen. Die Zinseinnahmen der Bank betragen daher 2 Franken, ihre Zinszahlungen an die Zentralbank jedoch nur 10 Rappen. Diese 10 Rappen entsprechen der Zinsseignorage (Zinseinnahmen) der Zentralbank. Wie dieses Beispiel illustriert, entgeht der Zentralbank im heutigen Geldsystem eine Menge an Geld (im Beispiel nämlich 90 Rappen). Die Banken hingegen sparen den gleichen Betrag an Kosten ein (im Beispiel ebenfalls 90 Rappen), da sie nur auf einen Bruchteil des Kredits Zinsen an die Zentralbank bezahlen müssen – anstatt auf den vollen Kreditbetrag. Huber[182] bezeichnet diese vermiedenen Kosten als Extragewinn der Banken. Der Extragewinn ist definiert als die Finanzierungskosten, die eigentlich fällig wären, im fraktionalen Reservesystem jedoch vermieden werden können. Je weniger Reserven die Banken für die Unterlegung ihrer Kundengelder benötigen und je weniger Zinsen sie dafür bezahlen, desto höher fällt ihr Extragewinn aus der Geldschöpfung aus[183]. Müsste die Bank in unserem fiktiven Beispiel bei einem Zinssatz von einem Prozent nämlich auf den vollen Kreditbetrag (100 Fr.) Zinsen an die Zentralbank bezahlen, so würden diese Zinszahlungen 1 Franken betragen. Der Extragewinn der Bank beträgt somit 90 Rappen (1 Franken Zins, der auf den vollen Kreditbetrag fällig wäre minus den von der Bank effektiv bezahlten Zins auf die fraktionale Reserve).

Dem Staat entgehen dadurch diejenigen Einnahmen, die er erzielen *könnte*, wenn die Giralgeldschöpfung der Banken unterbunden würde und alles Geld von der Zentralbank, beziehungsweise vom Staat kommen würde. Der Staat könnte dieses Geld sodann entweder über die Vergabe von Kredit oder über öffentliche Investitionen in Umlauf bringen. Würde er dieses per verzinstem Kredit in den Wirtschaftskreislauf einschleusen, so würde er eine Zinsseignorage auf den *vollen* Kreditbetrag erzielen. In unserem fiktiven Beispiel würde dies einer Zinsseignorage in der Höhe von 1 Franken (anstatt von 10 Rappen im fraktionalen Reservesystem) entsprechen.

Würde das Geld hingegen direkt über öffentliche Investitionen in den Wirtschaftskreislauf gebracht, so würde der Staat eine originäre Seignorage erzielen[184]. Die originäre Seignorage wird wiederum anhand unseres fiktiven Beispiels illustriert: Es sei angenommen, die Herstellungskosten für eine 100er Note betragen 30 Rappen. Die Zentralbank stellt diese 100er Note her und übergibt sie dem Staat zins- und tilgungsfrei zur Erstverwendung. Der Staat nutzt diese 100 Franken für öffentliche Investitionen. Die originäre Seignorage beträgt somit 99.70 Franken, berechnet als Kaufkraft des Geldes minus dessen Herstellungskosten. Gemäss einer

[182] Huber (2013, S. 87-88)
[183] Huber & Robertson (2008, S. 35)
[184] Huber (2013, S. 87-88)

eigenen Schätzung des Vollgeld-Initiativkomitees könnte der Schweizer Staatshaushalt durch die Wiedererlangung des staatlichen Geldmonopols jährliche Mehreinnahmen in der Grössenordnung von 15 Milliarden Franken erzielen[185].

Dass der Staat im heutigen System einer Gruppe privatwirtschaftlicher Akteure diese Geldschöpfungsgewinne überlässt, wirft vor allem die Frage nach der ethischen Legitimität auf. Hierbei muss aber relativiert werden, dass die Banken selber auch Kosten und Risiken tragen, die ihren Ertrag aus der Geldschöpfung schmälern. Erstens setzt sich die Bank durch die Kreditvergabe einem Kreditausfallsrisiko aus. Dieses kann sie aber minimieren, weil der Kreditnehmer oftmals zur Verpfändung einer dinglichen Sicherheit verpflichtet ist. Zweitens trägt die Bank ein Zinsänderungsrisiko, da ihre eigenen Refinanzierungskosten steigen können, während der Kreditzins, den sie vom Kreditnehmer bekommt, für eine lange Zeitdauer festgelegt ist. Drittens fallen bei der Bank im Zusammenhang mit der Kreditbewirtschaftung, Bonitätsprüfung und Ausführung von Zahlungsaufträgen Kosten an[186]. Reichen die mit der Geldschöpfung verbundenen Einnahmen gerade aus, um diese Kosten und Risiken zu decken, so erzielt die Bank keinen Geldschöpfungsgewinn. Es gibt in der Praxis widersprüchliche Meinungen darüber, ob Banken einen Gewinn aus der Geldschöpfung erzielen oder nicht. Die Mehrheit der vom Autor interviewten Personen ist jedoch der Meinung, dass die Banken einen Gewinn aus der Geldschöpfung erzielen. Die Diskussion dazu kann in Anhang 11.6.1 detaillierter nachgelesen werden. Huber[187] hält in diesem Zusammenhang klar fest, dass die Banken Gewinne aus der Geldschöpfung erzielen. Die genaue Höhe derselben könne aber nur mit aufwendigen Nachforschungen ermittelt werden. In der vorliegenden Arbeit wird jedoch von der Prämisse ausgegangen, dass die Banken einen Gewinn aus der Geldschöpfung haben. Ein System, das den Banken solche Gewinne erlaubt, ist für Huber[188] jedoch illegitim und den marktwirtschaftlichen Gesetzen widersprechend. Die Banken kriegen nämlich etwas umsonst, was anderen Wirtschaftsteilnehmern nicht zusteht. Weil die Banken selber per Knopfdruck Geld erschaffen können, steht ihren Geldschöpfungsgewinnen kein adäquater Aufwand gegenüber. Dies ist aus der Sicht von Huber[189] ein privat angeeigneter Free-Lunch, wie es ihn in einer leistungsgerechten, marktwirtschaftlichen Ordnung nicht geben dürfte[190]. Zudem ist der Verfasser dieser Zeilen der Meinung, dass die Banken im heutigen System einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Nichtbanken haben, da es nur dem Bankensektor möglich ist, mit selbst erschaffenem Geld Geschäfte zu machen. Wenn eine Versicherung Aktien kauft, so

[185] Vollgeld-Initiative (2014, S. 26)
[186] Deutsche Bundesbank (2014, S. 76, 80)
[187] Huber (2013, S. 87)
[188] Huber (2013, S. 94)
[189] Huber (2013, S. 94)
[190] Huber (2013, S. 94)

kann sie das nur mit dem Geld ihrer Versicherungskunden, denen sie Zinsen bezahlen muss. Wenn eine Bank Aktien auf eigene Rechnung kauft, so bezahlt sie mit selbst gebuchtem Geld und hat nur fraktionale Finanzierungskosten. Zu Ende gedacht bevorzugt dies die Investmentbanken auf Kosten ihrer Konkurrenten (Pensionskassen, Versicherungen, Investmentfonds, etc.), denen das Privileg der Geldschöpfung nicht zusteht. Huber[191] ist aus allen diesen Gründen der Meinung, dass die Geldschöpfungsgewinne nicht nur einigen privilegierten Akteuren zufliessen, sondern gleichmässig zwischen allen Staatsbürgern aufgeteilt werden sollten[192].

4.4 Zunehmende öffentliche und private Verschuldung

Im derzeitigen System wird Geld über verzinste Kredite geschöpft. Diese Kreditgeldschöpfung bedingt eine zunehmende öffentliche und private Verschuldung, denn wie in Kapitel 3.2.1 gezeigt wurde, wird die Bilanz mit jeder Kreditgeldschöpfung auf beiden Seiten verlängert: Die Aktivseite wächst synchron mit der Passivseite, die Guthaben und die Schulden steigen gleichermassen an. Bei der Schöpfung von neuem Geld über die Kreditvergabe wird der Schuldner nicht nur zur Tilgung des Kreditbetrags, sondern auch zu regelmässigen Zinszahlungen verpflichtet. Der Zweck des Zinses liegt darin, dass er einerseits die Bank für das Ausfallrisiko und die mit der Kreditbewirtschaftung verbunden Kosten entschädigt. Andererseits setzt der Zins den Kreditnehmer einem finanziellen Anreiz aus, sich nur dann zu verschulden, wenn er wirtschaftlich dazu in der Lage ist. Der Schuldner wird unter Druck gesetzt, den Geldbetrag produktiv zu nutzen, um aus dem resultierenden Ertrag die Zinsen bezahlen zu können. Somit fördert der Zins Investitionen, erhöhte Produktion und volkswirtschaftliche Wertschöpfung[193]. Einzelwirtschaftlich scheint der Zins deshalb sinnvoll und wichtig zu sein, gesamtwirtschaftlich wirft er jedoch Fragen auf, die selten gestellt werden. So wird bei der Geldschöpfung stets nur

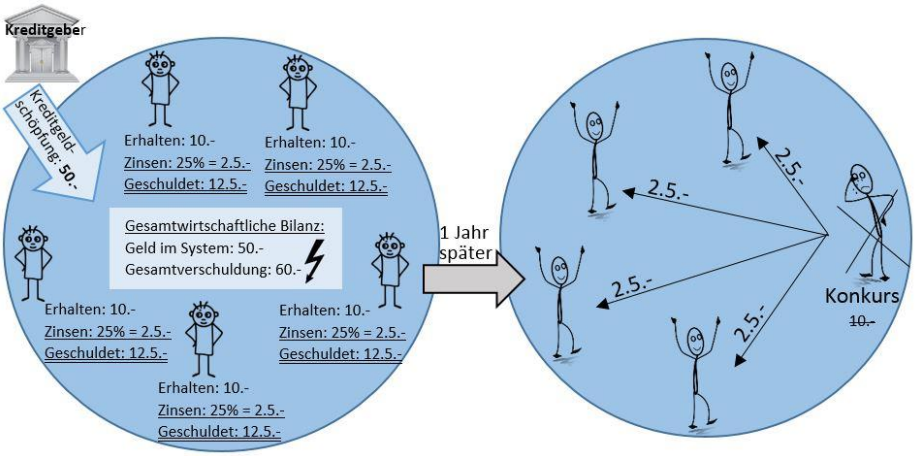

Abbildung 5: Gefahr von (kollektiver) Insolvenz aufgrund der Kreditgeldschöpfung (stilisierte Eigendarstellung, fiktive Zahlen)

[191] Huber (2013, S. 94)
[192] Huber (2013, S. 94)
[193] Deutsche Bundesbank (2014, S. 82)

das für die Tilgung des Kreditbetrages benötigte Geld - nicht aber dasjenige für die Zinszahlungen - erschaffen. Es wird von den Wirtschaftsteilnehmern somit mehr Geld gefordert, als im gesamten Wirtschaftssystem existiert[194]. Dies sei anhand des illustrativen Beispiels in Abbildung 5 erklärt. Fünf Wirtschaftsteilnehmer (z.B. Privatpersonen, Nationalstaaten) haben einen Kredit in der Höhe von je 10 Franken zu 25% Zinsen bei einem Kreditgeber (Zentralbank, Bank) aufgenommen. Es befinden sich demzufolge 50 Franken (5 x 10 Franken) im System. Die Wirtschaftsteilnehmer schulden ihrem Kreditgeber jedoch insgesamt 60 Franken (5 x 12.5 Franken). Es ist deswegen im Vorhinein ausgeschlossen, dass alle Wirtschaftsteilnehmer den zur Tilgung und Verzinsung ihres Kredits benötigten Betrag aufbringen können. Angenommen, alle Kreditnehmer wirtschaften während einem Jahr genau gleich gut, so dass bei keinem ein Gewinn oder ein Verlust entsteht, so verfügt ein Jahr später jeder nach wie vor über 10 Franken. Verschuldet sind aber alle mit 12.5 Franken. Keiner von ihnen kann folglich das für die Tilgung und Zinszahlungen benötigte Geld aufbringen. Das Resultat ist eine kollektive Insolvenz. Da jeder seine eigene Haut retten will, sind die Schuldner systematisch in die Konkurrenz gegeneinander getrieben: Damit die einen gewinnen, müssen andere verlieren[195]. Dies ist im rechten Kreis in Abbildung 5 dargestellt: Ein Wirtschaftsakteur macht schlechte Geschäfte und fährt bei seinen Konkurrenten einen Verlust von je 2.5 Franken ein. Er geht in der Folge Konkurs, was dafür allen anderen ermöglicht, ihre Zinsen inklusive der Tilgung zurück zu bezahlen. Dieses fiktive Beispiel verdeutlicht, dass das heutige Kreditgeld-System unter chronischer Geldknappheit leidet. In der Realität zögern die Zentralbanken und die Banken eine (kollektive) Insolvenz hinaus, indem sie der Wirtschaft fortlaufend neues Kreditgeld bereitstellen. Dieses lässt jedoch die Gesamtverschuldung und die Zinslasten wiederum ansteigen. Die Schuldenspirale beginnt sich immer schneller zu drehen[196]. Diese Ausführungen könnten auch einen Erklärungsansatz dafür liefern, warum die Zentralbanken immer gigantischere Beträge (vgl. Kapitel 4.1) in den Wirtschaftskreislauf einfliessen lassen müssen. So könnte man vermuten, dass diese Geldbeträge gerade deshalb nötig sind, um der durch den Zinsmechanismus entstandenen, stetig zunehmenden Geldknappheit entgegenzuwirken und somit einer kollektiven Insolvenz vorzubeugen. Dies erfordert von der Zentralbank jedoch

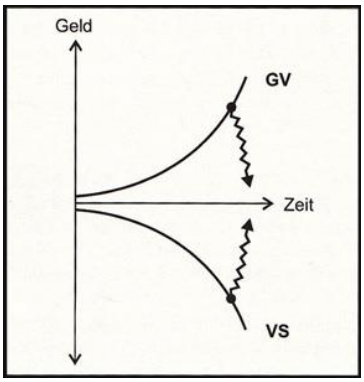

Abbildung 6: Das durch den Zinseszinseffekt bedingte exponentielle Wachstum von Geldvermögen (GV) und Verschuldung (VS) treibt zwangsläufig Entwertungsprozesse hervor (Quelle: Senf, 2012, S. 41).

[194] Senf (2012, S. 55)
[195] Senf (2012, S. 55)
[196] Senf (2012, S. 55)

von Jahr zu Jahr immer grösser werdende Beträge. Warum dies so ist, wird im folgenden Abschnitt erklärt.

Werden die jährlichen Zinslasten nämlich nicht fortlaufend abbezahlt, sondern auf dem Konto belassen und ebenfalls mitverzinst, so kommt als weiteres Problem der Zinseszinseffekt hinzu. Dieser lässt die Verschuldung mit exponentiellem Wachstum ansteigen[197]. Da jede Verschuldung ein gleich hohes Vermögen anderer Wirtschaftsakteure bedingt, steigen sowohl die Gesamtschulden als auch die Gesamtvermögen exponentiell an[198]. Benes und Kumhof[199] sehen in der Überschuldung den Hauptgrund wirtschaftlicher Krisen. Dies wird anhand der obigen Ausführungen verständlich, denn in einer begrenzten Welt ist kein unbegrenztes Wachstum möglich. Das Wirtschaftswachstum kann daher auf Dauer unmöglich mit dem exponentiellen Wachstum der Zinslasten mithalten. So `fressen` die Zinszahlungen einen immer grösseren Teil des Wirtschaftsprodukts auf. Dies ist der Moment, in dem es zu einer Wirtschaftskrise kommt. Über Inflation, Revolution oder Krieg muss die Schuldenlast entwertet werden. Damit werden die Geldvermögen und die Verschuldung einander wieder angeglichen[200]. In Abbildung 6 sind diese Zusammenhänge verbildlicht. Es sei hierbei aber angemerkt, dass auch das Vollgeld dieses Problem nur ansatzweise zu lösen vermag. So wird im Vollgeldsystem neues Geld zins- und tilgungsfrei geschöpft. Die Wirtschaftsteilnehmer werden somit bei der Geldbasis von den Zinszahlungen befreit. Abgesehen von der Geldbasis soll der Zins für den Rest der Wirtschaft als wichtiges Anreizinstrument erhalten bleiben.

Die soeben dargestellten, negativen Konsequenzen des Kreditgeldsystems werden von den Nationalstaaten und der Allgemeinheit getragen. Der Finanzsektor und insbesondere die Banken sind nach Ansicht des Autors zu den Profiteuren dieses Systems zu zählen. Schliesslich ist es der Bankensektor, der als einziger Wirtschaftsakteur das Recht zur Geldschöpfung hat und daher weniger unter den Zinszahlungen leidet, sondern im Gegenteil davon profitiert. Gerade für das Verständnis der Staatsschuldenkrise ist es von besonderer Relevanz, dass die Nationalstaaten eines ihrer wichtigsten Souveränitätsrechte, das Geldmonopol, an die Banken verloren und sich damit von deren Gunst abhängig gemacht haben[201]. Geld, das die Staaten selber herstellen könnten, müssen sie sich von den Finanzinstituten holen – verzinst auf Kosten der Steuerzahler[202]. So betrug die stetig steigende Verschuldung im Jahr 2012 in Ländern wie Griechenland, Italien, Portugal oder Irland bereits rund 120 bis 160 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts

[197] Senf (2012, S. 39)
[198] Senf (2012, S. 40)
[199] Benes & Kumhof (2012, S. 17)
[200] Senf (2012, S. 40-41)
[201] Huber (2013, S. 80)
[202] Huber (2013, S. 79)

(BIP)[203]. Reichen Wirtschaftswachstum, Steuererhöhungen und Sparprogramme nicht aus, um die Zinsen auf diese enorm hohe Schuldenlast bezahlen zu können, so sind die Nationalstaaten gezwungen, sich über die erneute Ausgabe von Staatsanleihen zusätzlich zu verschulden[204]. Das Feuer wird gelöscht, indem noch mehr Benzin hineingegossen wird und die Nationalstaaten begeben sich in eine immer tiefere Schuldenabhängigkeit hinein. Das Resultat dieser Überverschuldung ist, dass das Wachstum der Staatsschulden über alle Länder der EU hinweg gesehen zwischen 2003 und 2013 rund 1.7-fach grösser war als das Wachstum der Wirtschaft[205]. Diese Tatsachen lassen die Tilgung der Schuldenberge für die betroffenen Länder zu reiner Fiktion verkommen[206]. Die Schuldzinsen müssen aber trotzdem bezahlt werden. So betragen die staatlichen Schuldzinszahlungen in den meisten OECD Staaten inzwischen 3-5 Prozent des BIP. Je nach Land werden rund 15 bis 20 Prozent der Steuereinnahmen benötigt, um die Zinsen an die Gläubiger bezahlen zu können[207]. Die Kosten der Verschuldung werden somit auf den Steuerzahler abgewälzt. In vielen Ländern ist der Bankensektor der grösste Geldgeber der Nationalstaaten[208]. Zu Ende gedacht ist es somit der Bürger, der den Banken ein regelmässiges, sicheres Zinseinkommen finanziert und den Bankensektor damit subventioniert. Diese Gelder fehlen Nationalstaaten sodann für dringend benötigte realwirtschaftliche Investitionen und Sozialausgaben. Dies geht soweit, dass die Gläubiger vom verschuldeten griechischen Staat beispielsweise den Ausverkauf von Staatsvermögen wie Land, Wasser, Häfen sowie Kürzungen der Löhne, Renten, Sozial- und Krankenversicherungen fordern[209]. Dies zeigt, dass der Handlungsspielraum der vormals starken und freien Nationalstaaten durch die Verschuldung zusehends eingeengt wird[210].

Diese Ausführungen legen nahe, dass das gegenwärtige Geldsystem nicht im Dienst der Menschen steht. Doch welchen Ausweg hält das heutige System bereit? Die Länder scheinen die Wahl zu haben, sich weiter kaputt zu verschulden - oder kaputt zu sparen. Weil keiner dieser beiden Wege Begeisterungsstürme auslöst, wird der Ruf nach einem Schuldenerlass in den betreffenden Ländern immer lauter[211]. Unter der gegenwärtigen Ausgestaltung des Geldsystems ist es ein Fakt, dass jemand Verluste akzeptieren muss. Entweder der Staat und die Bevölkerung – oder deren Gläubiger[212]. In Anbetracht dessen fragt man sich vielleicht, wieso sich die Staaten nicht selber von der erdrückenden Last der Staatsschulden befreien, indem sie die Geldschöpfung zu einer rein staatlichen Aufgabe erklären und das neu geschöpfte Geld sodann zins- und

[203] Deutsche Bundesbank (2014, S. 107)
[204] Huber (2013, S. 82)
[205] Guggenbühl (2014, S. 1)
[206] Huber (2013, S. 79)
[207] Huber (2013, S. 82)
[208] Huber (2013, S. 81)
[209] Hudson (2011b, S. 1)
[210] Hudson (2011a, S. 5)
[211] Hudson (2011a, S. 2)
[212] Hudson (2011b, S. 7)

tilgungsfrei in den Wirtschaftskreislauf einspeisen. Die Staatsverschuldung der Schweiz könnte dadurch nach Rechnungen von Huber[213] rund zweifach getilgt werden, diejenige in den anderen europäischen Ländern zu ungefähr 60 Prozent[214]. Es scheint also auch den dritten Weg zu geben, der verspricht, dass beide Seiten weitgehend verlustfrei aus der Krise kommen: Der Wechsel zum Vollgeldsystem, der dann in Kapitel 5 behandelt wird.

4.5 Gefahr von Bank-runs

Das Giralgeld ist im heutigen System per Konstruktion unsicheres Geld. Wie in Kapitel 3.1 dargelegt, ist Giralgeld nämlich genau genommen kein Geld, sondern ein Geldsurrogat. Es ist das Versprechen der Bank an den Kunden, dessen Giroguthaben jederzeit und vollumfänglich in Bargeld umtauschen zu können. Da im fraktionalen Reservesystem nur ein kleiner Bruchteil (eine Fraktion) des Giralgeldes mit Zentralbankgeld gedeckt ist, können die Banken dieser Verpflichtung nicht mehr nachkommen, sobald kurzfristig überdurchschnittlich viele Kundengelder abgezogen werden. Ein Blick in die Statistik der Schweizerischen Nationalbank zeigt, dass die Reservehaltung der Banken aktuell sehr hoch ist. So waren die Giralgelder der Kunden im Jahr 2014 zu 64 Prozent mit Zentralbankreserven gedeckt. Dies ist jedoch nur aufgrund der gross angelegten Devisenkäufe der SNB zur Verteidigung des Mindestwechselkurses gegenüber dem Euro der Fall. Die Bank-run Problematik hat in der Schweiz aufgrund dieser speziellen Umstände *derzeit* erheblich an Relevanz verloren. Wäre der Wechselkurs jedoch nicht künstlich tief gehalten worden, so würde die Reservehaltung der Schweizer Banken deutlich niedriger liegen. So hatten diese im Jahr 2010 rund neun Prozent und im Jahr 2005 rund vier Prozent der Giralgelder mit Zentralbankgeld gedeckt[215]. In Deutschland liegen diese Werte mit rund 5 Prozent im Jahr 2013 in einer vergleichbaren Grössenordnung[216]. In normalen Zeiten kann daher davon ausgegangen werden, dass die Banken zwischen vier bis zehn Prozent der Giroguthaben ihrer Kunden mit gesetzlichem Geld gedeckt haben Die Banken versprechen ihren Kunden folglich rund 10 bis 25-mal mehr Geld, als sie überhaupt haben. Oder anders ausgedrückt würde eine durchschnittliche Bank zusammenbrechen, wenn in kurzer Zeit mehr als zehn Prozent der Giroguthaben von den Kunden abgezogen würden. Die Menschen müssten dann erfahren, dass die grosse Mehrheit des Geldes, das sie in ihrem Eigentum zu wissen glaubten, in Wirklichkeit gar nie vorhanden war[217]. Fisher[218] schreibt dazu pointiert: „Banken leihen

[213] Huber (2013, S. 177)
[214] Huber (2013, S. 177)
[215] Schweizerische Nationalbank (2014b, S. 22, 26)
[216] Deutsche Bundesbank (2014, S. 89)
[217] Huber (2013, S. 85-86)
[218] Fisher (1935/2007, S.13, 36)

kein Geld aus, sondern versprechen nur, Geld auf Verlangen zu liefern – ein Geld, das sie nicht haben (S. 13). Kein ernstzunehmender Geschäftsmann würde jemals ein Geschäft mit einer Bilanz betreiben, wie sie eine ganz normale Bank hat. Wenn er das versuchen würde, bekäme er von keiner Bank Geld geliehen (S. 36)“. Die Banken betreiben im heutigen System folglich ein lukratives Spekulationsgeschäft mit dem Geld ihrer Kunden. Sie wetten darauf, dass stets nur wenige Menschen gleichzeitig ihre Giroguthaben in Bargeld umtauschen wollen. Dies macht auch verständlich, warum der Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank, Jean-Pierre Danthine sagt, dass das heutige Geldsystem einzig auf Vertrauen basiert[219]. Ist das Vertrauen weg, rennen alle panikartig zur Bank, um ihr faktisch unsicheres Giralgeld in sicheres Bargeld einzutauschen. So ein Bank-run könnte aufgrund der starken Vernetzung der Banken das gesamte Finanzsystem zum Zusammenbruch bringen. Geht eine Bank Konkurs, so gehen aber auch alle Ersparnisse der Kunden bei dieser Bank verloren[220]. So schlussfolgert Huber[221], dass das heutige Bankengeld höchst unsicheres Geld und das Bankensystem ein höchst unsicheres System ist.

Um das Vertrauen der Kunden in den Bankensektor zu erhöhen und einem Bank-run vorzubeugen, haben sich die Banken in der Schweiz zum Einlagensicherungsfonds „Esisuisse“ zusammengeschlossen. Diesem gehören sämtliche Banken an, die eine Geschäftsstelle in der Schweiz betreiben. Sie verpflichten sich, im Falle eines Bankkonkurses innerhalb von fünf Tagen Beiträge bis zu einer Obergrenze von *insgesamt* sechs Milliarden Franken in den Fonds zu überweisen. Geht eine Bank Konkurs, so garantiert der Fonds, jedem Kunden bis zu 100`000 Franken seiner Ersparnisse auszubezahlen[222]. Das klingt solid. Um zu ermitteln, ob es dies auch ist, soll der Fonds näher unter die Lupe genommen werden. Heruntergerechnet würden die Fondsbeiträge ausreichen, um an maximal 60`000 Kunden je 100`000 Franken auszubezahlen. Betrachtet man beispielsweise die Valiant Bank, welche gemessen an der Bilanzsumme die 13. Grösste Bank der Schweiz ist, so stellt man fest, dass diese rund 400`000 Kunden betreut[223]. Angenommen, die Valiant Bank ginge Konkurs, so wäre der Einlagensicherungsfonds demzufolge keinesfalls fähig, sein Versprechen einzuhalten. Er könnte sein Versprechen nur bei 15 Prozent der Kunden einhalten. Wir können daher schliessen, dass der Einlagensicherungsfonds „Esisuisse“ sehr solid klingt – dies in Tat und Wahrheit aber nicht ist. Er verspricht viel mehr,

[219] Danthine (2004, S. 4)
[220] Huber (2013, S. 85-86)
[221] Huber (2013, S. 85-86)
[222] Esisuisse (2015)
[223] Finanzmonitor (2013) Finanzen.ch (2015)

als er tatsächlich zu halten im Stande ist. Demgemäss schreibt auch Huber[224], dass Einlagensicherungsfonds bestenfalls kleine Insolvenzen zu tragen vermögen, nicht aber grosse und schon gar nicht mehrere zusammen. So ist in der Praxis eines Krisenfalls der Staat zum Einspringen gezwungen, indem er verspricht, für die Einlagen der Kunden zu bürgen[225]. So soll das Vertrauen in den Bankensektor gestärkt werden. Es fragt sich jedoch, ob die teilweise hoch verschuldeten Staaten im Ernstfall in der Lage sind, innerhalb weniger Tage hunderte Milliarden aufzubringen. Ausserdem steht es mit den Prinzipien liberalistischen Denkens in Konflikt, wenn ein Staat und schlussendlich der Steuerzahler einspringt, um für Fehlkonstruktionen des Bankensystems zu bürgen.

Das Kapitel 4 hat gezeigt, dass aus der Ausgestaltung des heutigen Geldsystems ernsthafte Probleme erwachsen können. Der Leser ist nun für die Problematiken sensibilisiert, die das fraktionale Reservesystem mit sich bringen kann. Im folgenden Kapitel soll ein Reformansatz diskutiert werden, der verspricht, die bisher behandelten Probleme zu lösen: Das Vollgeldkonzept.

[224] Huber (2013, S. 86)

[225] Reinhardt (2014, S. 1), Deutsche Bundesbank (2014, S. 106)

5 Wie die Vollgeldreform die Probleme des heutigen Geldsystems zu lösen verspricht

„Die Macht, Geld in Umlauf zu bringen, muss den Banken entrissen und an das Volk zurückgegeben werden, dem sie von Rechts wegen zusteht“.

Thomas Jefferson, 3. Präsident der USA im Jahre 1809

Nachdem aufgezeigt wurde, wie das derzeitige Geldsystem funktioniert und welche Probleme dieses mit sich bringt, soll ein Reformansatz, dessen Implementierung die dargelegten Probleme des heutigen Geldsystems zu beheben verspricht, näher belichtet werden: Das Vollgeld-Konzept nach Huber[226]. Vollgeld bedeutet vollwertiges, gesetzliches Zahlungsmittel, da sämtliches Geld, also neu auch das Giralgeld, zu gesetzlichem Zahlungsmittel erklärt wird. Das Privileg der Banken, selber Geld zu schöpfen, wird damit unterbunden[227]. Die Vermischung der Kreditvergabe mit der Geldschöpfung wird beendet. Die Banken führen das Kreditgeschäft zwar weiterhin aus, jedoch verleihen sie nur noch Geld, das bereits existiert und das sie von Kunden zur Verfügung gestellt bekommen oder selber erwirtschaftet haben[228]. Die Geldschöpfung wird vollumfänglich in die Hände der unabhängigen Zentralbank gelegt. Sowohl das Bargeld, als auch das unbare Geld werden dem Staat von der Zentralbank zins- und tilgungsfrei zur Erstverwendung überlassen. Der Staat bringt dieses Geld sodann über öffentliche Ausgaben in Umlauf[229]. Der Gewinn aus der Geldschöpfung kommt damit nicht mehr den privatwirtschaftlichen Banken zugute, sondern fliesst vollumfänglich der Öffentlichkeit respektive dem Staatshaushalt zu[230]. Die Vollgeldreform verspricht, dass die Umstellung von Giralgeld auf Vollgeld keine grosse Sache sei. Keine Guthaben und keine Schulden gehen verloren, niemand wird enteignet, der Zahlungsverkehr und alle anderen finanziellen Angelegenheiten bleiben praktisch unverändert[231]. Vollgeld würde sowohl im in- wie auch im ausländischen Zahlungsverkehr genau gleich benutzt werden wie das heutige Geld. Die Reform verheisst daher, dass Bankkunden und Geschäftspartner nichts von einer Umstellung merken, ausser sie würden darauf hingewiesen[232]. Ob dies tatsächlich so zutrifft und welche Bedenken die Kritiker einwenden, wird in Kapitel 8 behandelt. Bevor der Leser diese kritische Expertendiskussion verstehen kann, muss ihm die Theorie des Vollgeldes verständlich gemacht und aufgezeigt werden, welche Vor-

[226] Huber (2013)
[227] Huber (2013, S. 9-10)
[228] Huber (2013, S. 101)
[229] Huber (2013, S. 101)
[230] Huber (2013, S. 9-10)
[231] Huber (2013, S. 133)
[232] Huber & Robertson (2008, S. 59)

teile gegenüber dem heutigen System die Vollgeldreform verspricht. Die von den Vollgeldreformern meistgenannten Vorteile sind die Wiedererlangung des staatlichen Geldmonopols, die damit einhergehende Verstetigung von Wirtschaftszyklen, der schnelle Abbau der Staatsverschuldung, der fortlaufende Geldschöpfungsgewinn für den Staatshaushalt sowie die Verhinderung von Bank-runs[233]. In diesem Kapitel wird daher gezeigt, wie das Vollgeld diese in Kapitel 4 genannten Probleme des heutigen Geldsystems lösen will.

5.1 Zentralbank erlangt Kontrolle über die Geldmenge zurück

Die Schweizerische Nationalbank ist bereits heute zuständig, die Geldversorgung zu steuern. Sie ist daher rechtlich bereits die oberste Geld- und Währungsbehörde des Landes[234]. Nur kann sie diesen Auftrag, wie in Kapitel 4.1 dargelegt, im heutigen System aufgrund der Giralgeldschöpfung der Banken nicht mehr effektiv umsetzen. Das Vollgeldsystem gibt den Zentralbanken ihr Geldmonopol zurück. So ist im Vollgeldsystem das staatliche Vorrecht zur Geldschöpfung nicht mehr auf die Banknoten, Münzen und Zentralbankreserven beschränkt, sondern es wird auf das Giralgeld ausgedehnt[235]. Die Banken verlieren damit ihre Möglichkeit zu nur mit fraktionalen Reserven gedeckten Giralgeldschöpfung[236]. Das bisherige Banknotenmonopol der Zentralbank wird zu einem generellen Geldmonopol erweitert[237]. Im Unterschied zum heutigen System wird die Zentralbank in einem Vollgeldsystem nicht mehr nur rund 10 Prozent der Geldmenge schöpfen, sondern 100 Prozent und somit wieder die vollständige Kontrolle über die Geldmenge zurückerlangen[238]. Die Zentralbanken können dadurch direkt entscheiden, wie viel neues Geld geschöpft wird. Ihre Bemühungen werden nicht mehr durch die eigenwillige Giralgeldschöpfung der Banken untergraben. So müssen die Zentralbanken nicht länger versuchen, über eine indirekte Zinssteuerung Einfluss auf die unkontrollierte Giralgeldschöpfung der Banken zu nehmen. Stattdessen bekommen sie die Möglichkeit einer wirksameren, direkten Geldmengensteuerung zurück[239]. Gleichsam dem illegalen drucken von Noten oder dem illegalen Prägen von Münzen wird auch die Herstellung von Giralgeld durch andere Akteure als der Zentralbank als Betrug oder Geldfälschung unter Strafe gestellt[240].

Die Vollgeldreform vollzieht im Grunde den nächsten historischen Schritt, der im 19. Jahrhundert bereits mit den Banknoten vollzogen wurde[241]. Der Staat hatte damals zwar das alleinige

[233] Huber (2013, S. 183)
[234] Huber (2013, S. 182)
[235] Huber & Robertson (2008, S. 19, 23)
[236] Huber & Robertson (2008, S. 50)
[237] Huber (2013, S. 103-104)
[238] Huber (2013, S. 182)
[239] Huber (2013, S. 149)
[240] Huber & Robertson (2008, S.51)
[241] Huber & Robertson (2008, S. 25)

Vorrecht für die Ausgabe der Münzen, jedoch nicht für die Banknoten. So begannen die Banken, eigene Privatbanknoten in Umlauf zu bringen[242]. Dieses Recht wurde ihnen in der Schweiz im Jahr 1891 aufgrund einer Volksabstimmung entrissen und das Notenmonopol vollumfänglich in die Hände des Staates gelegt[243]. Seither gelten nebst den Münzen auch die Banknoten als gesetzliches Zahlungsmittel[244]. Mittlerweile hat sich mit dem Giralgeld wiederum ein von den Banken erschaffenes Privatgeld herausgebildet, welches sich durch die wachsende Beliebtheit elektronischer Zahlungssysteme immer weiter ausbreitet. Die Entwicklung geht gar soweit, dass Banken und namhafte Ökonomen das Bargeld vollständig abschaffen wollen[245]. Damit würde das gesetzliche Geld vollständig vom elektronischen Bankengeld verdrängt. Die Vollgeldreform trägt diesen veränderten Rahmenbedingungen Rechnung, indem es heute denselben Schritt, der vor über 100 Jahren mit den Noten vollzogen wurde, nun auch mit dem elektronischen Giralgeld vollziehen will. Auch das Giralgeld soll zu gesetzlichem Zahlungsmittel erklärt und dessen Schöpfung vollumfänglich in die Hände einer öffentlichen, dem Gemeinwohl verpflichteten Institution gelegt werden[246]. Die Vollgeld-Initianten argumentieren daher, dass sie mit ihrer Initiative keine völlig neuen Ideen realisieren wollen, sondern der Zentralbank beziehungsweise dem Staat diejenigen Rechte wieder zurückgegeben, die er in den letzten hundert Jahren zusehends zu verlieren begann.

5.2 Abbau der öffentlichen und privaten Verschuldung

Durch die Umstellung auf das Vollgeldsystem verändert sich die Art und Weise, wie neues Geld geschöpft wird: Neues Geld wird geschöpft, indem die Zentralbank dieses als zins- und tilgungsfreien, ewigen Kredit auf ein Regierungskonto gutschreibt[247]. Der Staat erzielt dadurch eine öffentliche Einnahme aus der Geldschöpfung in Form einer originären Seignorage[248]. Muss die Zentralbank der Wirtschaft Geld entziehen, so geschieht dies, indem der Staat einen Teil der Steuereinnahmen an die Zentralbank abzweigt und diese Gelder dadurch vernichtet werden[249]. Da die Nationalstaaten durch die Einführung des Vollgeldsystems das Geldmonopol zurückerlangen, werden sie von der Abhängigkeit geldgebender Finanzinstitute befreit[250]. Sie können sich aus den Fesseln der Schuldenlast befreien und sind nicht mehr darauf angewiesen,

[242] Huber (2013, S. 105)
[243] Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (1891, S. 136-137)
[244] Huber & Robertson (2008, S. 25)
[245] Galbiati (2014, S. 1), Plickert (2014, S. 1)
[246] Huber & Robertson (2008, S. 25)
[247] Huber & Robertson (2008, S. 14-15)
[248] Huber (2013, S. 147)
[249] Huber (2013, S. 159)
[250] Huber & Robertson (2008, S. 43)

sich für die Finanzierung der staatlichen Investitionen bei privaten Finanzakteuren zu verschulden. Die Demokratien bekommen ihre immer mehr verloren gegangenen Handlungsspielräume zurück.

In der Umsetzung der Vollgeldreform nimmt die Gesamtverschuldung einer Gesellschaft langfristig um die Geldmenge M1 ab. Das Geld kommt eben nicht mehr durch Kredite in Umlauf sondern durch Staatsausgaben oder direkte Auszahlung an die Bürgerinnen und Bürger. Dies findet konkret so statt: Nach der Umstellung auf Vollgeld haben die Banken entsprechend der Giralgeldmenge höhere Verbindlichkeiten bei der Zentralbank, aber genauso viel geringere Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden. Diese Schulden gegenüber der Nationalbank werden von den Banken während einer Umstellungsphase kontinuierlich abbezahlt: Bezahlt ein Kunde einen Giralkredit an die Bank zurück, so überweist die Bank dieses Geld weiter an die Zentralbank. Dieser Gläubigerwechsel ist wichtig, damit in den Bilanzen der Banken kein Bruch entsteht. Würden die von den Kunden an die Bank zurückbezahlten Giralkredite nicht an die Zentralbank weitergeleitet, so könnten die Banken riesige Gewinne verbuchen. Durch den Gläubigerwechsel werden die bisherigen Giralgeldbestände Schritt für Schritt gelöscht[251]. Die Dauer dieser Umstellungsphase hängt von der Restlaufzeit der alten Kredite ab. Diese beträgt für den Grossteil der Kredite etwa 5 Jahre[252]. Um eine Geldknappheit zu vermeiden, bringt die Zentralbank entsprechend der zurückbezahlten Beträge neues Geld schuldfrei in Umlauf. So werden während der Umstellungsphase die alten Giralgeldbestände schrittweise in Vollgeld umgetauscht, bis diese auf null abgeschmolzen sind Auf das neu emittierte Geld erzielt der Staat eine originäre Seignorage[253]. Werden alle mit der Vollgeldreform verbundenen zusätzlichen Einnahmen miteingerechnet, so könnte die Schweiz ihre Staatsschulden rund zweifach tilgen. Die Schweiz würde dadurch als erstes Land auf der Welt frei von Staatsschulden. In stärker verschuldeten EU Ländern könnte die Staatschuld im Durchschnitt immerhin um 60 Prozent reduziert werden, womit das Problem der Staatsschuldenkrise massiv entschärft würde. Dies ist der in Kapitel 4.4 angekündigte dritte Weg, der das Problem der Staatsverschuldung reibungslos, ohne Kapitalverlust von Gläubigern und ohne massive Sparmassnahmen zu entschärfen verspricht[254]. Es sei hierbei aber angemerkt, dass die Zusatzeinnahmen durch den Wechsel auf das Vollgeldsystem keinesfalls ausreichend sind, um beispielsweise Steuern zu ersetzen. Ebenso wird der Staat auch in einem Vollgeldsystem Kredite aufnehmen, um in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten über die notwendigen liquiden Mittel zu verfügen[255].

[251] Huber (2013, S. 108-109)
[252] Huber (2013, S. 177)
[253] Huber (2013, S. 108-109)
[254] Huber (2013, S. 176-177)
[255] Huber (2013, S. 17)

Aber nicht nur die öffentliche, sondern auch die private Verschuldung könnte durch die Umstellung auf das Vollgeldsystem erheblich abgebaut werden. Neues Vollgeld wird zins- und tilgungsfrei hergestellt. Da die Geldherstellung nicht mehr an eine gleichzeitige Erhöhung der Schulden gekoppelt ist, wird der Verschuldungsmechanismus bei der Geldschöpfung entfallen. Da das Vollgeld zinsfrei in die Wirtschaft gebracht wird, wird auch der Zinsmechanismus bei der Geldbasis ausser Kraft gesetzt. Die Wirtschaftsteilnehmer können so entlastet werden. Es wird prognostiziert, dass der Wohlstand der Staaten, Firmen und Haushalte durch die Vollgeldreform ansteigen und sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhen wird[256]. Es sei an dieser Stelle allerdings explizit darauf hingewiesen, dass in einem Vollgeldsystem lediglich die neu geschöpfte Geldbasis zinsfrei in Umlauf kommt. Die Vergabe von Krediten gegen Zins durch die Banken wird weiterhin eine wichtige Funktion für das Wirtschaftsleben erfüllen[257].

Wie aus dem oben Beschriebenen hervorgeht, finanziert die Geldschöpfung der Zentralbank den Staat und die Allgemeinheit. Kritiker wenden an dieser Stelle berechtigterweise ein, dass Regierungen keine Macht auf die Geldpolitik ausüben sollten, da sonst Missbrauchs- und Inflationsgefahr besteht[258]. Aus diesem Grund muss in einem Vollgeldsystem dringend sichergestellt werden, dass der Staat keinerlei Einflussmöglichkeiten auf die Geldpolitik der Zentralbank hat[259]. Um die Zentralbank vor solchem staatlichen Einfluss zu schützen, wird diese zu einer eigenständigen Staatsgewalt aufgewertet: Der Monetative. Neben die Legislative, Exekutive und Judikative tritt mit der Monetative als oberste staatliche Geld- und Währungsinstanz eine vierte Gewalt hinzu[260]. Diese strikte Gewaltentrennung stellt sicher, dass die unabhängige Zentralbank die Geldmenge einzig und allein aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages nach Massgabe der gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse festlegt. Sie alleine entscheidet, ob und wie viel neues Geld an den Staat ausgegeben wird[261]. Ungeachtet der finanziellen Bedürfnisse eines Staates schöpft die Zentralbank nur diejenige Menge an neuem Geld, die zur Erreichung der geldpolitischen Ziele nötig ist[262]. Wie die Gerichte ist auch die Monetative verpflichtet, ihren gesetzlichen Auftrag nach bestem professionellem Wissen umzusetzen[263]. Wer in diesem gewaltenteiligen System an der Unabhängigkeit der Monetative zweifelt, müsste im Grunde die Unabhängigkeit der Legislative, Exekutive und Judikative gleichermassen in Frage stellen. Kapitel 8.2.4 wird zeigen, dass es praktische Gründe gibt, diese Unabhängigkeit der Zentralbank in Frage zu stellen.

[256] Huber & Robertson (2008, S. 37)
[257] Huber & Robertson (2008, S. 36-37)
[258] Huber & Robertson (2008, S. 9)
[259] Huber (2013, S. 128)
[260] Huber (2013, S. 102)
[261] Huber (2013, S. 128)
[262] Huber (2013, S. 17)
[263] Huber (2013, S. 146)

Dass das Geld wie oben dargestellt dem Staat gratis überlassen wird und von diesem zins- und tilgungsfrei über öffentliche Ausgaben in Umlauf gebracht wird, ist der Regelfall. Es gibt aber auch Ausnahmesituationen, in denen eine schnellere und flexiblere Anpassung der Geldmenge nötig wird. Sollten die Banken beispielsweise unter Geldknappheit leiden, so kann die Zentralbank den Banken direkten, verzinsten Zentralbankkredit gewähren[264]. Der Autor erachtet dieses Vorgehen einerseits als wichtig, um kurzfristigen Liquiditätsverknappungen des Bankensektors entgegen wirken zu können, jedoch sollte dieses Vorgehen nur im Notfall angewendet werden, weil sonst die Vorteile des Vollgeldsystems in Form der zins- und schuldfreien Geldbasis untergraben würden. Zudem würde der Staat dadurch anstatt einer originären Seignorage nur noch eine viel kleinere Zinsseignorage erzielen können (vgl. Kap. 4.3).

5.3 Geldschöpfungsgewinne gehören der Allgemeinheit

Eine grundlegende Frage für die Entscheidung zwischen dem Vollgeldsystem und dem fraktionalen Reservesystem ist, ob Geld ein im öffentlichen Interesse stehendes Allgemeingut oder ein privaten Gewinninteressen dienendes Erzeugnis sein soll. Konkret, ob die Geldherstellung ein Vorrecht des Staates oder der Banken sein soll[265]. Die Geldschöpfung und die Kontrolle der zirkulierenden Geldmenge haben weitreichende Folgen für die Wirtschaft, Gesellschaft und den Staat[266]. Genauso wie die staatlich organisierte Energieversorgung oder die Verkehrsinfrastruktur für das Funktionieren des öffentlichen Lebens elementar sind, ist das Geld das Schmieröl für ein reibungslos funktionierendes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Huber[267] schlussfolgert, dass Geld aus diesen Gründen als ein Allgemeingut betrachtet und die für die Allgemeinheit so folgenreiche Aufgabe der Geldschöpfung eine öffentliche sein sollte[268]. Die Geldschöpfung sollte nicht mehr von privatwirtschaftlichen Banken, sondern durch eine demokratisch und verfassungsmässig legitimierte, gesamtwirtschaftlichen Interessen verpflichtete Institution gewährleistet werden[269]. So sollte auch der Gewinn aus der Geldschöpfung vollständig der Allgemeinheit gehören[270]. Im heutigen System können die Banken selber Giralgeld herstellen und die damit verbundenen Extragewinne einnehmen. Dies ist ein Privileg, das keinem anderen Wirtschaftsteilnehmer offensteht[271]. Im Vollgeldsystem ist es den Banken nicht mehr

[264] Huber (2013, S. 126-127).
[265] Huber (2013, S. 59)
[266] Huber (2013, S. 99-100)
[267] Huber (2013, S. 99-100)
[268] Huber (2013, S. 99-100)
[269] Huber (2013, S. 146)
[270] Huber & Robertson (2008, S. 34-35)
[271] Huber (2013, S. 143)

möglich, Kredite zu vergeben und diese nur fraktional zu refinanzieren. Wie jeder andere Wirtschaftsteilnehmer müssen sie sich stattdessen das Geld, das sie verleihen wollen, zuerst selber am Markt gegen Bezahlung eines Zinses auf den vollen Geldbetrag besorgen oder durch eigene Erlöse erwirtschaften. Die Erzielung eines Extragewinns aus der Giralgeldschöpfung ist damit nicht mehr möglich[272]. Durch den Wegfall des Geldschöpfungs-Extragewinns würde sich in Deutschland der Gesamtertrag der Banken um zirka einen Sechstel reduzieren[273]. Dieses Geld fliesst stattdessen vollumfänglich der Allgemeinheit respektive dem Staatshaushalt zu.

So wird das von der Zentralbank geschöpfte Geld dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt und durch öffentliche Ausgaben in Umlauf gebracht[274]. Die Entscheidung, über was für konkrete Ausgaben das Geld in den Wirtschaftskreislauf gelangt, obliegt der demokratischen Entscheidung des Parlaments[275]. Denkbare Verwendungsmöglichkeiten sind öffentliche Investitionen in Bildungs- und Forschungsprogramme, die Tilgung von Staatsschulden, Steuersenkungen, die Gewährung zinsloser Darlehen oder eine Bürgerdividende, welche die staatlichen Einnahmen aus der Geldschöpfung gleichermassen auf die Bevölkerung verteilt. So eine Bürgerdividende würde sich in der Schweiz, je nach der Höhe des jährlichen Geldmengenzuwachses, auf zirka 5000 Franken pro Jahr, respektive 416 Franken pro Monat belaufen[276]. Aus Sicht des Verfassers dieser Zeilen ist es jedoch sekundär, auf welche Art und Weise das Geld in Umlauf kommt, entscheidend ist seiner Meinung nach viel mehr, dass der Geldschöpfungsgewinn der Allgemeinheit zufliesst. Wenn die SNB neues Geld schuldfrei über den Staat oder Bürgerinnen und Bürger in Umlauf bringt, landet dieses Geld über Spareinlagen teilweise bei den Banken. Wie die Banken diese Vollgeldanlagen als Kredite an andere Kunden verleihen, wird im nächsten Kapitel erklärt. In Abbildung 7 sind die bisher erklärten Zusammenhänge dargestellt. Es wird daraus ersichtlich, dass es im Vollgeldsystem keine Trennung zwischen Interbanken- und Publikumskreislauf mehr gibt. Das Geldsystem ist

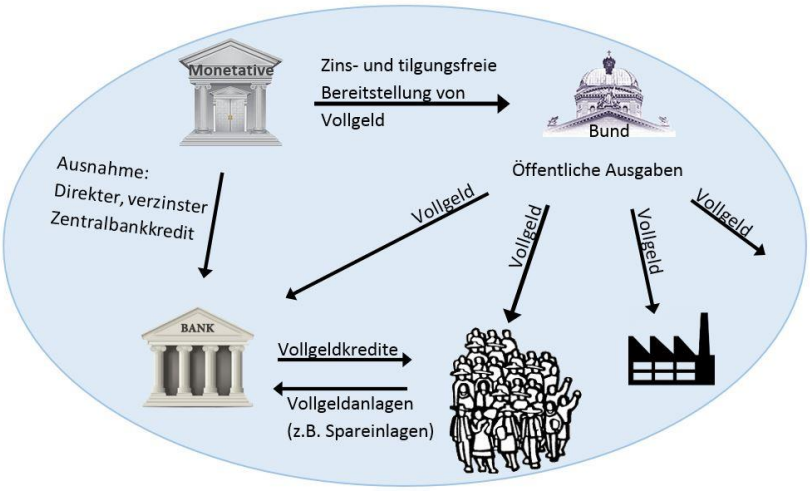

Abbildung 7: Keine Trennung in Publikums- und Interbankenkreislauf mehr (Eigendarstellung)

[272] Huber (2013, S. 138)
[273] Huber (2013, S. 139)
[274] Huber (2013, S. 109)
[275] Huber & Robertson (2008, S. 14-15)
[276] Huber (2013, S. 130-132), Huber & Robertson (2008, S. 14-15)

kein zweistufiges, sondern nur noch ein einstufiges. Die Zentralbank kann die Geldmenge wieder direkt steuern und kontrollieren. Als alleinige zur Geldschöpfung berechtigte Instanz ist sie unabhängig von den Entscheidungen weiterer Akteure. Das System als Ganzes wird transparenter und auch für den Normalbürger einfach verständlich.

5.4 Gemässigtere Konjunkturzyklen

Im heutigen System wird die Geldmenge direkt von den Banken gesteuert. Vergeben sie neue Kredite, so wird die Wirtschaft mit zusätzlichem Geld versorgt. Vergeben sie keine Kredite, so bleibt die Geldmenge in der Wirtschaft stabil. Werden Kredite zurückbezahlt, so wird dieses Geld gar vollumfänglich vernichtet und die Publikumsgeldmenge schrumpft dahin. Im Vollgeldsystem ist das anders: Neues Geld entsteht nicht mehr über die Vergabe verzinster Kredite (vgl. Kapitel 3.2), sondern durch eine zinsfreie, ewige Überlassung der Zentralbank an den Staat (vgl. Kapitel 5.2)[277]. Somit ist die Geldmenge im Vollgeldsystem nicht mehr vom Volumen der vergebenen Bankkredite abhängig[278]. Die Kreditgeldschöpfung der Banken gehört damit der Vergangenheit an. Die prozyklisch über- beziehungsweise unterschiessende Kreditgeldschöpfung der Banken hat somit keinen Einfluss auf die umlaufende Geldmenge mehr, wodurch Spekulationsblasen und einer in Krisenzeiten monetär austrocknenden Wirtschaft wirksam entgegengewirkt wird[279]. Weil die Banken das für den Eigenhandel oder Spekulationszwecke benötigte Geld nicht mehr selber herstellen können, verliert der Kasinokapitalismus seinen Reiz und es entfällt ein wichtiger Treiber für Finanzblasen. Mehr Geld wird stattdessen für die Finanzierung realwirtschaftlicher Projekte bereitgestellt[280]. In einer Rezession wird das Geld nicht mehr durch die Rückzahlung von Krediten vernichtet, sondern die Geldmenge bleibt in voller Höhe erhalten. So werden Krisen nicht mehr zusätzlich durch Geldverknappung verstärkt[281]. Im Gegenteil: Der Zentralbank wird es möglich, die Geldmenge in Krisenzeiten wirkungsvoll und direkt zu erhöhen. Die Steuerungsversuche der Zentralbank sind nicht mehr von den Kreditentscheidungen der Banken abhängig. Die Zentralbank bekommt stattdessen die vollständige Kontrolle über die gesamte Geldmenge zurück (vgl. Kap. 5.1). Die Geldmengenpolitik der Zentralbank orientiert sich im Vollgeldsystem konsequent am realwirtschaftlichen Wachstums- und Produktionspotential. Das heisst, die Geldpolitik ist in der Regel prozyklisch, während sie in ausgeprägten Hoch- beziehungsweise Tiefphasen antizyklisch wird und so konjunkturelle

[277] Huber & Robertson (2008, S. 28)
[278] Huber & Robertson (2008, S. 38)
[279] Huber (2013, S. 154)
[280] Huber (2013, S. 157, 159)
[281] Huber (2013, S. 155)

Übertreibungen nach oben wie nach unten glätten kann[282]. Die Vollgeldmenge wird in Hochphasen weniger stark ausgedehnt, als es die übertriebene Nachfrage verlangt[283]. Schlussfolgernd kann festgehalten werden, dass es Wirtschaftszyklen selbstverständlich auch in einem Vollgeldsystem geben wird, die extremen Spitzen jedoch effektiv geglättet und die Zyklen insgesamt verstetigt werden können.

Es soll nun genauer darauf eingegangen werden, wie sich die Vollgeldreform auf die Kreditvergabe der Banken auswirkt. Kredite vergeben die Banken in einem Vollgeldsystem weiterhin, jedoch erschaffen sie damit kein Geld mehr[284]. Wie jeder andere Wirtschaftsakteur müssen sie dasjenige Geld, mit dem sie arbeiten wollen, vorher zu 100 Prozent besitzen. Sie können dieses Geld entweder selber erwirtschaften oder über die Bezahlung von Zinsen das Publikum dazu bewegen, ihnen ihr Vollgeld als Geldanlage zur Verfügung zu stellen[285]. Das Vollgeld des Kunden wird in diesem Fall auf das Konto der Bank übertragen. So herrscht nach der Vollgeldreform eine strikte Trennung zwischen Vollgeld und Geldanlagen: Vollgeld befindet sich im alleinigen Besitz des Kontoinhabers auf einem Vollgeldkonto ausserhalb der Bankbilanz und dient als laufendes, liquides Zahlungsmittel[286]. Die Ausgliederung des Vollgeldes aus der Bilanz macht es den Banken buchungstechnisch unmöglich, je wieder selber unbares Geld zu erschaffen[287]. So kann Giralgeld nicht mehr wie bisher als Verbindlichkeit auf die Auszahlung von Geld auf der Passivseite der Bankbilanz verbucht werden[288]. Da das Vollgeld dafür krisensicheres Geld ist, das selbst beim Konkurs einer Bank nicht verloren gehen kann, haben die Kunden aber auch keinen Anspruch auf die Verzinsung ihrer Guthaben auf Vollgeldkonten[289]. Geldanlagen hingegen sind Teil der Bankbilanz und die Bank hat die Erlaubnis des Kunden, mit diesem Geld zu arbeiten[290]. Der Kunde gibt sein explizites Einverständnis, dass die Bank mit seinem Geld Geschäfte tätigt und es beispielsweise als Kredit an Dritte verleiht. Er nimmt damit bewusst ein Verlustrisiko in Kauf, welches mit einem Zins entschädigt wird[291]. Was viele glauben, sei bereits heute der Fall, wird erst durch das Vollgeldsystem verwirklicht: Die Banken arbeiten mit den Geldern ihrer Kunden, indem sie nur dasjenige Geld weiterverleihen, das sie von diesen zur Verfügung gestellt bekommen haben[292]. Wie eine Kreditvergabe im Vollgeldsystem abläuft, ist in Abbildung 8 anhand der Vergabe eines Kredits in der Höhe von 10`000

[282] Huber (2013, S. 150)
[283] Huber (2013, S. 159)
[284] Huber (2013, S. 59)
[285] Huber (2013, S. 138, 134-135)
[286] Huber & Robertson (2008, S. 41-42)
[287] Huber & Robertson (2008, S. 27-28)
[288] Karwat (2009, S. 4)
[289] Huber (2013, S. 134-135)
[290] Huber & Robertson (2008, S. 41-42)
[291] Huber (2013, S. 134-135)
[292] Benes & Kumhof (2012, S. 5)

Euro dargestellt. Die Bank muss den gesamten Kredit in der Höhe von 10`000 Euro vollumfänglich aus ihrem eigenen Vollgeldbestand entnehmen. Der Vollgeldbestand der Bank reduziert sich somit um 10`000 Euro, dafür erhöhen sich die Forderungen an Kunden um 10`000 Euro. Dies entspricht einem Aktivtausch. Wird der Kredit wieder zurückbezahlt, läuft umgekehrt derselbe Mechanismus: Es reduzieren sich die Kreditforderungen der Bank und ihre Vollgeldguthaben steigen dafür an. Im Gegensatz zur Kreditvergabe im fraktionalen Reservesystem, hat im Vollgeldsystem die Kreditvergabe genauso wie die Kreditrückzahlung keinen Einfluss auf die Geldmenge mehr. Durch diese Veränderung soll die Finanz- und Realwirtschaft stabilisiert werden[293].

5.5 Bank-runs sind nicht mehr möglich

Wie in Kapitel 3.1 erklärt wurde, ist die Schöpfung und Emission gesetzlicher Zahlungsmittel im heutigen System einzig dem Staat beziehungsweise der vom Staat dazu bevollmächtigten Zentralbank erlaubt. Als gesetzliche Zahlungsmittel zählen jedoch nur die Banknoten, Münzen und die Zentralbankreserven[294]. Das von den Banken geschöpfte Giralgeld ist im derzeitigen System kein Geld, sondern nur ein Versprechen der Bank an die Kunden, die Giralgelder jederzeit in echtes Geld umtauschen zu können. Da im fraktionalen Reservesystem nur ein Bruchteil der Giralgelder mit echtem Zentralbankgeld gedeckt ist, stellt das Bankengeschäft eine Spekulation darauf dar, dass stets nur wenige Kunden gleichzeitig ihr Giralgeld in gesetzliche Zahlungsmittel umtauschen wollen. Dies mag in wirtschaftlich guten Zeiten funktionieren. In einer allgemeinen Vertrauenskrise rennen die Kunden jedoch panikartig zur Bank, um ihr unsicheres

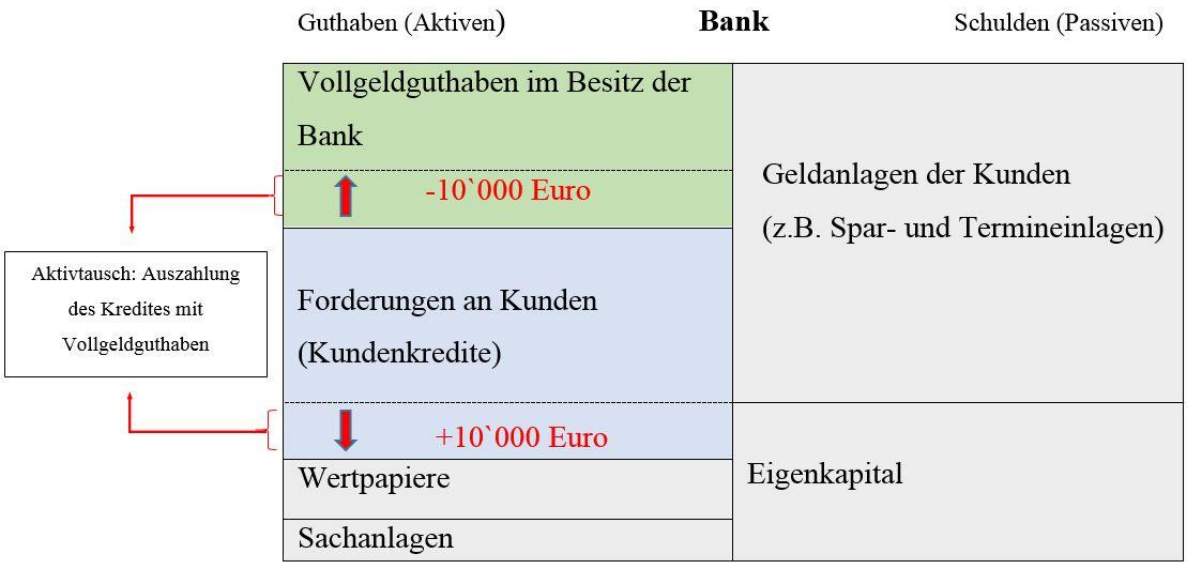

Abbildung 8: Kreditvergabe und Geldschöpfung sind im Vollgeldsystem voneinander getrennt (Eigendarstellung, stilisierte Bankbilanz mit fiktiven Grössenverhältnissen

[293] Huber (2013, S. 143)

[294] Huber & Robertson (2008, S. 23)

Geld in sichere, gesetzliche Zahlungsmittel einzutauschen. Dies bringt die Finanzmärkte in Aufruhr und lässt Banken sehr rasch zusammenbrechen. Die Ersparnisse der Kunden bei dieser Bank gehen damit verloren und das gesamte Finanzsystem kann zum Einsturz gebracht werden. Deshalb ist unser Geld im heutigen System sehr unsicheres Geld und das Bankensystem ein krisenanfälliges, instabiles System. Die Vollgeld-Initiative verlangt aus diesem Grund, dass die staatliche Geldschöpfungshoheit auf das Giralgeld ausgedehnt wird, indem auch dieses zu vollwertigem gesetzlichem Zahlungsmittel erklärt wird[295]. Da das Giralgeld bereits heute den Grossteil des Geldes ausmacht und tagtäglich so verwendet wird, als ob es ein gesetzliches Zahlungsmittel wäre, wird mit dieser Gesetzesänderung rechtlich nur das nachvollzogen, was in der täglichen Praxis seit langem ein Faktum ist[296]. Giralgeld wird im Vollgeldsystem demzufolge nicht abgeschafft, sondern sein rechtlicher Status wird geändert – es wird weiterhin geschöpft, aber nicht mehr von den Banken, sondern nur noch von der Zentralbank. So wird Vollgeld selber vollwertiges gesetzliches Zahlungsmittel und muss als solches nicht mehr durch eine andere Geldart gedeckt werden. Es stellt kein Versprechen auf die Auszahlung von Geld mehr dar, sondern ist selber echtes, vollständig liquides Geld. Die Existenz des Giralgeldes als privat emittiertes Geldsurrogat ist damit beendet. So stellt Vollgeld – im Gegensatz zum Geld im fraktionalen Reservesystem - auch keine Schuld mehr dar, sondern nur noch einen Vermögenswert im alleinigen Eigentum des Besitzers[297]. Der Besitzer von Vollgeld hat weder eine Forderung an jemanden, noch eine Verbindlichkeit gegenüber jemandem. Um Sicherzustellen, dass der Kunde jederzeit im alleinigen Besitz dieses komplett liquiden Vollgeldes ist, werden seine Giroguthaben zu Vollgeld umdeklariert, aus der Bankbilanz ausgegliedert und auf ein Vollgeldkonto bei der Zentralbank überführt[298]. Die Banken verwalten die Vollgeldguthaben lediglich noch im Auftrag der Kunden[299]. Genauso wie Bargeld im Portemonnaie oder die von den Banken für den Kunden verwalteten Wertschriftendepots kein Bestandteil der Bankbilanz sind, ist auch das Giralgeld in einem Vollgeldsystem kein Bestandteil der Bankbilanz mehr[300]. In Gefahr sind bei einer Bankinsolvenz nur noch das eigene Geld der Banken und die Geldanlagen der Kunden. Die Geldanlagen haben die Kunden bewusst und explizit einem Verlustrisiko ausgesetzt, für das sie mit Zinsen entschädigt wurden[301]. Die Vollgeldguthaben der Kunden hingegen sind nicht mehr Teil der Konkursmasse einer Bank und können bei einer Insolvenz

[295] Huber & Robertson (2008, S. 23)
[296] Huber & Robertson (2008, S. 25)
[297] Huber & Robertson (2008, S. 28)
[298] Huber & Robertson (2008, S. 27, 134-135)
[299] Huber & Robertson (2008, S. 28)
[300] Huber & Robertson (2008, S. 27-28), Deutsche Bundesbank (2014, S. 91)
[301] Huber & Robertson (2008, S. 41-42)

nicht mehr verloren gehen. Das Geld wird damit krisensicher und die Bank-run Problematik aus der Welt geschafft. Staatsgarantien für die Kundengelder sind nicht mehr nötig[302].

Durch die Eliminierung der Gefahr von Bank-runs wird das Wirtschaftssystem nach der Vollgeldreform viel stabiler und krisensicherer als unter dem heutigen, fraktionalen Reservesystem. Das Geschäftsmodell der Banken beruht nicht mehr auf einem Spekulationsgeschäft mit den Guthaben ihrer Kunden, sondern die Banken arbeiten nur noch mit dem Geld, das sie auch tatsächlich besitzen. Sie werden damit zu grundsoliden und zuverlässigen Betrieben. Als solche führen sie ihre für das Funktionieren einer Gesellschaft so essentiellen Aufgaben aus. Der Staat ist in Krisenzeiten nicht mehr genötigt, als Feuerwehrmann und Retter in der Not einzuspringen, weil bei einem allfälligen Konkurs einer Bank die Kundenvermögen nicht mehr mit auf dem Spiel stehen. Die Folgen einer Bankinsolvenz würden somit viel milder ausfallen. Der Staat kann marode Banken Konkurs gehen lassen und die too-big-to-fail Problematik wird entschärft. Die Öffentlichkeit ist nicht mehr gezwungen, für die Misswirtschaft einer Bank geradezustehen. Die Banken würden ihre Risiken zurückfahren, da ihnen bewusst ist, dass sie alleine die Konsequenzen für ihre Geschäfte zu tragen haben. So wird das Vertrauen in das Bankensystem durch die Vollgeldreform vermutlich gestärkt werden.

Zusammenfassend hat Kapitel 5 aufgezeigt, wie das Geldsystem nach der Vollgeldreform funktionieren würde und wie es die die genannten Probleme des heutigen Geldsystems zu lösen verspricht. Die theoretischen Verheissungen sehen sehr vielversprechend und weitgehend schlüssig aus. Ob die Theorie sich aber so reibungslos in die Praxis übersetzen lässt, wie es in den Ausführungen den Anschein macht, wird dann in der Expertendiskussion in Kapitel 8 evaluiert. Das Ziel des folgenden Kapitels ist es, dem Leser die historische Herausbildung des Vollgeld-Konzeptes aufzuzeigen.

[302] Huber (2013, S. 134-135)

6 Historische Entwicklung des Vollgeldes

Der historische Vorläufer des Vollgeldes ist das von Fisher[303] konzipierte 100%-Geld. Sowohl die Vollgeldreform als auch das 100% Geld sind beides Reaktionen auf verheerende Wirtschaftskrisen. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Vollgeld-Initiative im Juni 2014, also nur wenige Jahre nach Ausbruch der Finanz- und Staatsschuldenkrise (vgl. Kap. 1) lanciert wurde. Mehrere Jahrzehnte früher ist nämlich bereits das 100% Geld als Reaktion auf die Grosse Depression der 1930er Jahre konzipiert worden. Das Vollgeld ist aus den Ideen des 100% Geld hervorgegangen. In diesem Kapitel wird dem Leser näher gebracht, auf welchem Nährboden das 100% Geld erwachsen ist und wie dieses bereits vor Jahrzehnten das Geldsystem reformieren wollte.

Der Startpunkt der Grossen Depression war der schwarze Donnerstag vom 24. Oktober 1929. Von Amerika ausgehend wurden auch andere Länder erfasst und mit in die Weltwirtschaftskrise hineingezogen. Auslöser war das Platzen einer über Jahrzehnte hinweg aufgebauten spekulativen Blase, welche die Aktienmärkte innerhalb von vier Jahren auf 15 Prozent ihres Höchstwertes zusammen fallen liess. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen waren schlimm: Die Arbeitslosigkeit schnellte zwischen 1929 und 1933 von 3.2 Prozent rasant auf 24.9 Prozent hoch. Die Investitionen kamen zum Erliegen und die Produktionseinbussen waren mit bis zu minus 15 Prozent pro Jahr massiv[304]. Wie im heutigen System stellte auch damals das unbare Geld lediglich ein Versprechen der Bank dar, dieses jederzeit in Bargeld umtauschen zu können. Bekanntlich ist dies in einem fraktionalen Reservesystem jedoch völlig unmöglich, da nur ein kleiner Bruchteil dieses Geldes durch Bargeldreserven gedeckt ist[305]. Die Leute wussten dies und jeder wollte panisch sein unsicheres Geld in sicheres Bargeld umtauschen, bevor es zu spät ist[306]. Das Resultat war ein verheerender Dominoeffekt, der viele Banken zusammenbrechen liess und mit ihnen die gesamten Guthaben zahlreicher Menschen auf einen Schlag vernichtete[307]. Die Menschen wurden von einem Tag auf den anderen vor die bittere Erkenntnis gestellt, dass das Geld, das auf ihrem Bankkonto hätte sein sollen, in Tat und Wahrheit gar nicht existiert[308]. Da die Menschen den Banken nicht mehr trauten und immer mehr sicheres Bargeld halten wollten, kam die Kreditgeldschöpfung der Banken beinahe zum Erliegen. Das Geldangebot schrumpfte zusehends. In derjenigen Zeit, in der die Wirtschaft zusätzliches Geld dringendst benötigt hätte, wurde ihr dieses zu allem Übel auch noch entzogen. Die Zentralbank

[303] Fisher (1935/2007)
[304] Blanchard & Illing (2009, S. 691, 693)
[305] Huber & Robertson (2008, S. 42)
[306] Blanchard & Illing (2009, S. 694)
[307] Huber & Robertson (2008, S. 66)
[308] Huber & Robertson (2008, S. 42)

versuchte mit einer expansiven Geldpolitik Gegensteuer zu geben. So weitete sie zwischen 1929 und 1933 die Zentralbankgeldmenge M0 um 15 Prozent aus. Ihre Bemühungen waren jedoch erfolglos, sank die Geldmenge M1 in derselben Zeit doch um satte 27 Prozent. So schlittelte die amerikanische Wirtschaft schliesslich in eine tiefe Deflation hinein[309]. Erst mit dem Ende des zweiten Weltkrieges im Jahre 1944 begann sich die Wirtschaft zu erholen und die Arbeitslosigkeit sank seit langem wieder einmal auf ein normales Niveau (4.7 Prozent)[310].

Die grosse Depression war der Auslöser für eine tiefgründige öffentliche Diskussion, in der sich Menschen jeglicher Bildungsschichten substanzielle Gedanken über das Kernproblem der verheerenden Wirtschaftskrise machten. Das grosse Problem wurde in der Funktionsweise des fraktionalen Reservesystems mit der privaten Geldschöpfung durch gewinnorientierte Banken gesehen. So legten die führenden Wirtschaftsdenker der damaligen Zeit die Fehler des Geldsystems schonungslos offen, um diese ein für alle Mal zu beseitigen. In dieser Diskussion der 1930er Jahre findet das Vollgeld-Konzept nach Huber seine Wurzeln. Die führenden Denker dieser Zeit waren namhafte Ökonomen wie Henry Simons, Milton Friedman oder Irving Fisher. Bekannt wurden deren Ideen unter Namen wie Chicago Plan, 100% Geld oder full-reserve banking[311]. Das 100% Geld nach Fisher war von diesen Ideen die einflussreichste und meistbeachtete[312]. Obwohl diese Ökonomen, wie beispielsweise Milton Friedman, prominente Verfechter einer strikten laissez-faire Ökonomie waren, wurden selbst von ihnen die Gefahren gesehen, die eine von privaten, gewinnorientierten Bankeninteressen kontrollierte Geldschöpfung mit sich bringt und wollten diese deshalb unter staatliche Kontrolle legen[313]. Fisher[314] hielt fest, dass die Kontrolle über die Geldmenge eines Landes ein verfassungsmässiges Vorrecht des Staates sein muss und zog daher eine klare Grenze zwischen der Geldschöpfungsfreiheit und der Wirtschaftsfreiheit. Diesen Gedanken brachte er seinerzeit prägnant zum Ausdruck: „Nationalization of money, yes; of banking, no“.

Die Geldreformer erkannten, dass ein wichtiger Grund für das verheerende Ausmass der Grossen Depression im Jahre 1929 die jahrzehntelange, überexpansive Kreditexpansion und damit einhergehende Geldmengenausweitung durch die Banken war. Dieses für die Banken in guten Zeiten höchst lukrative Geschäft befeuerte eine riesige Investitionsblase. Die grossen Übertreibungen in der Hochphase führten zu einem umso zerstörerischen Zusammenbruch, als die Blase

[309] Blanchard & Illing (2009, S. 694, 695)
[310] Blanchard & Illing (2009, S. 691)
[311] Huber (2013, S. 119)
[312] Huber & Robertson (2008, S. 26)
[313] Benes & Kumhof (2012, S. 17)
[314] Fisher (1935/2007, S. 20)

platzte[315]. Der Kern ihrer Reform war, die Kreditvergabe strikt von der Geldschöpfung zu trennen. Daher sollte den Banken erstens die Pflicht auferlegt werden, ihre Kredite zu 100% mit staatlich emittiertem Geld zu hinterlegen[316]. So müssten diese für jeden Franken, den sie verleihen, einen Franken bei der Zentralbank als Reserve hinterlegen. Die Zentralbank könnte dadurch die Geldmenge wieder effektiv steuern[317]. Wir wären daher nicht mehr in einem fraktionalen Reservesystem, sondern in einem 100%-Reservesystem. Zweitens sollten Banken nur noch dasjenige Geld als Kredit vergeben dürfen, das sie zuvor selber erwirtschaftet oder von anderen Wirtschaftsteilnehmern ausgeliehen hatten[318]. Sie wären so nicht mehr in der Lage, die Geldmenge zu beeinflussen. Drittens wollte Fisher die Kundenkonten in eine separate, sogenannte Scheckbank auslagern und so vom sonstigen Bankengeschäft trennen[319]. Dadurch wären die Kundengelder selbst bei einem Konkurs der Bank erhalten geblieben. Das Geld auf den Bankkonten wäre durch diese Massnahmen zu sicherem Geld geworden. Fisher[320] nannte weitere Vorteile, die sein 100% Geld mit sich bringt: Gemässigtere Konjunkturzyklen, weniger Bankzusammenbrüche und komplette Verhinderung von Bank-runs, ein vereinfachtes Banken- und Geldsystem, eine drastische Reduktion der Staatsschulden und schlussendlich eine bessere Inflations- und Deflationskontrolle. Zwei Forscher des Internationalen Währungsfonds (IWF) übertrugen das 100% Geld modellhaft auf die heutige Zeit und fanden Evidenz, dass die von Fisher genannten positiven Auswirkungen auch in der heutigen Zeit auftreten würden[321]. Zusätzlich prognostizierten sie durch die Einführung des 100% Geldes einen einmaligen Wachstumszuwachs von 10 Prozent sowie Nullinflation[322].

Trotz all dieser vielversprechenden Aussichten und obwohl die Reformatoren der 30er Jahre in regelmässigem Austausch mit Präsident Roosevelt standen[323], konnten diese Pläne bis heute nie gesetzlich verankert werden. Der Widerstand der Bankenlobby war damals wie heute zu stark[324]. Eine stetige Gemeinsamkeit sowohl der grossen Depression wie auch jeder weiteren seither entstandenen Krise ist der Aufbau des Wirtschaftssystems auf dem Grundpfeiler des fraktionalen Reservesystems. Eigentlich war die grosse Depression ein warnendes Beispiel für die Gefährlichkeit einer von privaten, gewinnorientierten Bankinteressen dominierten Geldversorgung. Leider wurden aus diesen Erkenntnissen bis heute keine Konsequenzen gezogen. Viele, zumeist eher oberflächliche Veränderungen und Regulierungen wurden vorgenommen, das wackelige Fundament hingegen blieb stets unangetastet. Den Autor dieser Zeilen stimmt es

[315] Benes & Kumhof (2012, S. 16)
[316] Benes & Kumhof (2012, S. 4)
[317] Siedenbiedel (2012, S. 3)
[318] Benes & Kumhof (2012, S. 4)
[319] Huber (2013, S. 222)
[320] Fisher (1935/2007, S. 16-17)
[321] Benes & Kumhof (2012, S. 1)
[322] Benes & Kumhof (2012, S. 8)
[323] Benes & Kumhof (2012, S. 17)
[324] Benes & Kumhof (2012, S. 19)

besonders nachdenklich, dass als Reaktion auf die Grosse Depression zumindest eine intensive öffentliche Debatte über die aus dem fraktionalen Reservesystem erwachsenden Probleme geführt wurde und ernsthafte Bemühungen seitens der zu dieser Zeit namhaftesten Ökonomen stattfanden, das Geldsystem zu reformieren. Aus den in Anhang 11.1 zusammengestellten Zitaten wird zudem ersichtlich, dass sich sehr einflussreiche Menschen schon vor sehr langer Zeit tiefgründige Gedanken über das Geldsystem gemacht haben und diese auch öffentlich geäussert haben. Nach Ansicht des Autors kann von einer solchen Debatte heute nicht mehr die Rede sein. Medien, Politiker und auch viele Ökonomen lassen eine kritische Würdigung der Grundlagen unseres Geldsystems weitgehend aussen vor. Die Diskussionen dringen nach subjektivem Empfinden des Autors nur sehr selten zum Kern des Problems. Wäre das 100%-Geld in den 30er Jahren in die Tat umgesetzt worden, würde die Bankengeldschöpfung längst der Vergangenheit angehören, die Vollgeld-Initiative wäre überflüssig geworden und der Autor geht davon aus, dass wir unter diesen Umständen die heutige Finanz- und Staatsschuldenkrise nicht in ihrem verheerenden Ausmass hätten erleben müssen. Was wir in der vergangenen Finanzkrise erleben mussten, ist von der Ursache her gesehen eine Wiederholung desjenigen, was sich vor beinahe 100 Jahren bereits durchgespielt hat. So wird mit der Vollgeld Initiative im Sinne einer Geldreform ein neuer Anlauf genommen. Huber[325] nennt verschiedene Kritikpunkte am 100%-Geld, welche er mit seinem Vollgeld-Konzept behebt. Das Grundanliegen bleibt jedoch bei beiden Konzepten dasselbe. Was Fisher mit seinem 100% Geld erreichen wollte, soll mit dem Vollgeld auf eine konzeptionell erweiterte, etwas einfachere und auf die heutigen Verhältnisse angepasste Art und Weise erreicht werden[326].

Es wurden in diesem Kapitel die historischen Gegebenheiten aufgezeigt, die in den 1930er Jahren den Ruf nach einer grundlegenden Geldreform laut werden liessen. Viele Gedanken, die damals bereits öffentlich diskutiert wurden, finden sich heute im Vollgeldkonzept wieder. Es wurde in diesem Kapitel die These aufgestellt, dass die tiefgründigen Diskussionen über das Geldsystem heutzutage nur noch selten stattfinden. Im folgenden Kapitel wird diese These weiter begründet. Wenn diese zutrifft, so sollte sich dies in einer erheblichen Wissenslücke der Menschen über die Funktionsweise unseres Geldsystems widerspiegeln. Aus diesem Grund wurde eine flächendeckende Umfrage bei den Stimmberechtigten der Schweiz zu diesem Thema durchgeführt. Es wird im nachfolgenden Kapitel detailliert erklärt, wie diese aufgebaut war und welche neuen Erkenntnisse sie hervorgebracht hat.

[325] Huber (2013, S. 121)

[326] Huber & Robertson (2008, S. 28)

7 Bevölkerungsbefragung über die Funktionsweise des Geldsystems

Es gibt Dinge, die sind so selbstverständlich, dass man nicht darüber nachdenkt. Zu ihnen gehört das Geld. Tagtäglich führen wir elektronische Zahlungen aus, heben Noten an Bankomaten ab und kaufen uns Dinge damit, die wir für unser tägliches Leben benötigen. Woher unser Geld kommt, sprich wer es herstellt und in Umlauf bringt, wissen jedoch nur wenige. Zudem erliegen viele, die es zu wissen glauben, falschen Vorstellungen. Sich eine fundierte Meinung über ein Thema bilden zu können bedingt jedoch, dass man sich den Fakten bewusst ist. Gerade im Hinblick für den Ausgang einer allfälligen Volksabstimmung über die Vollgeld-Initiative ist es von höchster Relevanz, wie gut die Menschen in der Schweiz über das gegenwärtige Geldsystem Bescheid wissen. Die englische Zentralbank hält fest, dass es viel Irrglauben darüber gibt, wie Geld geschaffen wird[327]. Im Theorieteil hat sich zudem gezeigt, dass selbst wissenschaftliche Lehrbuchmodelle wie das Kreditmultiplikatormodell von falschen Annahmen ausgehen und den Geldschöpfungsprozess damit verzerrt und unvollständig darstellen. Zudem hat sich einer der Interviewpartner des Autors bemerkenswert geäussert: Dr. Michael Kumhof vom internationalen Währungsfonds und Autor eines Papers über das 100% Geld, welches er ranghohen Mitgliedern der amerikanischen, englischen und schweizerischen Zentralbank vorstellte. Nachdem er sich intensiv mit dem Chicago Plan und der öffentlichen Diskussion der 1930er Jahre auseinandergesetzt hatte, ist er zum Schluss gekommen, dass früher viel fundamentaler und auf höherem Niveau darüber diskutiert wurde, was für ein Geldsystem die Menschen überhaupt haben wollen, damit eine solche Grosse Depression gar nicht mehr auftreten kann. Er führte weiter aus, dass diese tiefgründige Debatte damals nicht nur zwischen den Gelehrten, sondern auch zwischen den Arbeitern und auf der Strasse geführt worden ist. So ist er der Meinung, dass die Leute damals in Bezug auf die Geldschöpfungsdebatte viel intellektueller waren im Vergleich zu heute. Heute sei die Diskussion viel oberflächlicher geworden, die Akademiker seien auf ihren ganz kleinen Bereich fokussiert und würden die ganz grossen Fragen nicht mehr fragen. Er verstehe jetzt, nachdem er sich mit dem Chicago Plan intensiv befasst hat, mehr vom Geld als jeder seiner Professoren während der Studienzeit, weil die Geldtheorie heute viel zu formalisiert sei und dafür viel zu wenig Substanz habe. So liegt seiner Meinung nach in den heutigen Wirtschaftsmodellen nur noch wenig Verständnis über die philosophischen Grundlagen des Geldes und Geldwesens darin. Je mehr man das Geldsystem an der Uni studiere, desto mehr werde man durch die mathematischen Methoden verbildet und desto weniger wisse man

[327] McLeay et al. (2014, S. 14)

darüber Bescheid, wie das Geldsystem wirklich funktioniert[328]. Aber auch zwei weitere Interviewpartner, Prof. Dr. Baumberger und Dr. Fabian Schnell finden, dass die Menschen besser über die Funktionsweise des heutigen Geldsystems aufgeklärt werden müssten[329]. Es ist daher von grossem Interesse herauszufinden, wie es um den Wissensstand der Menschen über unser Geldsystem steht. Es ist aber gerade im Hinblick auf eine Abstimmung über die Vollgeld-Initiative von Interesse, was für ein Geldsystem die Stimmberechtigten als optimal erachten und ob sie wesentlichen Punkten der Vollgeld-Initiative zustimmen würden.

Bisher sind dem Autor drei Umfragen bekannt, welche den Wissensstand der Befragten über das heutige Geldsystem prüfen, die Frage nach dem optimalen Geldsystem stellen oder aber sich mit der Vollgeld-Initiative beschäftigen. So führte der Tagesanzeiger eine kurze Online-Umfrage über die Vollgeld-Initiative durch, in welcher 58 Prozent der Teilnehmer angaben, die Vollgeld-Initiative an der Urne annehmen zu wollen. An der Umfrage nahmen 1679 Personen teil[330]. In der Finanzmetropole Frankfurt führte der britische Ökonomieprofessor Richard Werner mit 1000 Teilnehmern eine Kurzbefragung durch, mittels welcher er den Wissensstand der Bevölkerung über das Geldsystem prüfte. Er fand heraus, dass 84 Prozent der Teilnehmer fälschlicherweise der Meinung sind, die Zentralbank oder die Regierung produziere und verteile das Geld. Zusätzlich fragte er die Menschen, ob sie einem System zustimmen würden, in dem die Mehrheit der Geldmenge durch meist private, profitorientierte Unternehmen produziert und verteilt wird und nicht durch staatliche Organe. Über 90 Prozent antworteten mit „nein, das wollen wir nicht“[331]. Die letzte, dem Autor bekannte Studie prüfte das Verständnis der britischen Parlamentarier über die Funktionsweise des heutigen Geldsystems, indem über eine Online-Umfrage 100 Parlamentarier befragt wurden. Die Studie offenbarte, dass rund 70 Prozent der britischen Parlamentarier fälschlicherweise meinen, dass einzig und alleine der Staat oder die Zentralbank Geld herstellen können. Zudem sind sich nur 10 Prozent der Parlamentarier bewusst, dass die Banken über die Kreditvergabe neues Giralgeld schöpfen und dieses mit jeder Kreditrückzahlung wieder vernichtet wird[332].

Die Ergebnisse dieser Studien stimmen sehr nachdenklich und werfen die Frage auf, wie künftige Finanzkrisen verhindert werden sollen, wenn weder Parlamentarier noch die Bevölkerung die grundlegendsten Fakten und Zusammenhänge über die Geldschöpfung kennen und stattdessen erheblichem Unwissen und Aberglauben erliegen. Es zeigt jedoch, wie wichtig weitere Stu-

[328] M. Kumhof (Interview, 26. März 2014)
[329] J. Baumberger (Interview, 18. November 2014), F. Schnell (Interview, 27. November 2014)
[330] Tagesanzeiger (2014)
[331] Dohmen (2013, S. 1)
[332] Dysen (2014, S. 1-9)

dien in diesem Bereich sind, denn es fehlt bisher eine gross angelegte und wenigstens ansatzweise repräsentative Umfrage zu diesem Thema. Insbesondere für die Schweiz ist solch eine Umfrage besonders relevant weil, sofern die 100`000 Unterschriften zusammenkommen, die schweizerische Stimmbevölkerung im Jahr 2019 an der Urne über die Einführung von Vollgeld abstimmen muss. Diese Forschungslücke wurde durch die vorliegende Arbeit geschlossen, indem erstmals eine mehrere Fragen umfassende Online-Befragung bei Schweizer Stimmberechtigten durchgeführt wurde, an welcher 1146 Personen aus sämtlichen 26 Kantonen der Schweiz teilnahmen. Die Daten wurden so gewichtet, dass die Studie hinsichtlich der Kantonszugehörigkeit Repräsentativität erreicht. Das heisst, dass jeder Kanton der Schweiz gemäss seinem wahren Anteil in der Umfrage vertreten ist. Aus dieser sehr soliden Datenbasis heraus können verlässliche Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung gezogen werden. Das Ziel der Studie war, einerseits herauszufinden wie die Menschen glauben, dass das heutige Geldsystem funktioniert und was für eine optimale Ausgestaltung eines Geldsystems sie sich wünschen würden. Andererseits sollten die Chancen der Initiative bei einer Abstimmung abgeschätzt werden, indem geprüft wurde, ob das Interesse der Menschen am Thema vorhanden ist, so dass diese bei einer Abstimmung mobilisiert werden können und indem die konkrete Frage gestellt wurde, ob sie einer Volksabstimmung zustimmen würden, die die Geldschöpfungshoheit einzig und alleine dem Staat überträgt und den Geschäftsbanken damit untersagt, selber Geld herzustellen. Die detaillierten Hypothesen sind der besseren Übersichtlichkeit zuliebe direkt in den Resultatteil eingeflossen.

7.1 Methodik und Versuchsaufbau

In diesem Kapitel wird erklärt, nach welcher Methode die Bevölkerungsbefragung durchgeführt wurde und wie die gesamte Umfrage aufgebaut und realisiert wurde. So wird zuerst begründet, warum die vorliegende Bevölkerungsbefragung nach der Methode der Quotenauswahl ausgeführt wurde, wie die entsprechenden Quoten errechnet wurden und was die Vor- und Nachteile dieser Methode gegenüber einer Zufallsauswahl sind. Danach wird dargelegt, wie die Daten gewonnen wurden und wie sich die Stichprobe hinsichtlich ihrer demographischen Merkmale und der Stichprobengrösse zusammensetzt.

Da sich die vorliegende Arbeit mit der Vollgeld-Initiative befasst, sind im Hinblick auf eine Volksabstimmung gesamtschweizerische Daten von Interesse. Daher wurden die stimmberech-

tigten Schweizerinnen und Schweizer als Grundgesamtheit definiert. Gemäss Gabler & Ganninger[333] ist die Grundgesamtheit „die Menge von endlich vielen Elementen, über die Aussagen gemacht werden sollen“. Eine Vollerhebung, also eine Befragung sämtlicher Personen der Grundgesamtheit ist bei rund 5 Millionen Stimmberechtigten nicht möglich. Daher wurde nur ein Teil der Grundgesamtheit, also eine Stichprobe analysiert und über diese wurden Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit gezogen[334]. Um unverfälschte Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit zu ziehen, muss eine Stichprobe repräsentativ, also stellvertretend für die Grundgesamtheit sein. Dies ist dann der Fall, wenn die Stichprobe bezüglich wesentlicher Merkmale (z.B.: Kantonszugehörigkeit, Alter, Geschlecht) eine identische Struktur wie die Grundgesamtheit aufweist[335]. Um dieses Ziel zu erreichen, stehen dem Forschenden zwei verschiedene Methoden zur Verfügung: Die Zufallsauswahl oder die bewusste Auswahl (Quotenauswahl). Bei der Zufallsauswahl muss jedes Element der Grundgesamtheit dieselbe Chance haben, in die Stichprobe aufgenommen zu werden[336]. Da es dem Autor weder möglich war, über einen Zufallsgenerator aus einer vollständigen und aktuellen Adressdatei der Schweizer Stimmbevölkerung Personen zu kontaktieren, noch die zeitlichen Ressourcen dazu vorhanden gewesen wären und die Gefahr einer starken Verzerrung der Resultate durch eine geringe Rücklaufquote als sehr hoch eingeschätzt werden musste, wurde von dieser Methode abgesehen.

Die vorliegende Bevölkerungsbefragung wurde daher nach der Quotenauswahl durchgeführt. Hierbei wird Repräsentativität über Quotenmerkmale hergestellt, so dass die relative Häufigkeit der Merkmalsausprägungen in der Stichprobe identisch ist mit derjenigen in der Grundgesamtheit. Bei Bevölkerungsbefragungen sind diese Merkmale oftmals die Wohnregion, das Alter und das Geschlecht[337]. Weil Studien gezeigt haben, dass es je nach Generation unterschiedliche Wertvorstellungen gibt, wurden für das Quotenmerkmal „Alter“ drei Kategorien festgelegt: 18-33 Jahre (Generation Y), 34-49 Jahre (Generation X) und 50+ Jahre (Generation Baby Boomers und Traditionalists zusammengefasst)[338]. Die prozentualen Anteile dieser Quotenmerkmals-Ausprägungen (Alterskategorie, Kanton, Geschlecht) in der Grundgesamtheit wurden anhand der Daten des Bundesamtes für Statistik für die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz im Jahr 2012 errechnet[339]. Daraus wurde in Abhängigkeit der Stichprobengrösse die Anzahl der benötigten Teilnehmer für jede Merkmalsausprägung abgeleitet. Die entsprechende Tabelle dazu ist im Anhang 11.5 ersichtlich. Der Vorteil dieser Quotenauswahl gegenüber der Zufallsauswahl ist, dass Personen, die nicht an der Umfrage teilnehmen wollen durch andere Personen

[333] Gabler & Ganninger (2010, S. 145)
[334] Ter Hofte-Fankhauser & Wälty (2012, S. 33)
[335] Ter Hofte-Fankhauser & Wälty (2012, S. 33)
[336] Ter Hofte-Fankhauser & Wälty (2012, S. 36)
[337] Ter Hofte-Fankhauser & Wälty (2012, S. 36)
[338] United Nations (2014, S. 4)
[339] Bundesamt für Statistik (2012b)

mit denselben Merkmalsausprägungen ersetzt werden können und die Durchführung unkomplizierter und weniger aufwändig ist. Als Nachteil sind Einbussen in der Repräsentativität zu nennen und die Schwierigkeit, im Voraus zu wissen, welche Quotenmerkmale für die Fragestellung relevant sind[340].

Falls die angestrebten Quoten in der Umfrage nicht erreicht werden, können sie durch spätere unterschiedliche Gewichtungen „manipulativ" hergestellt werden[341]. Dies wurde in der vorliegenden Studie gemacht. So konnte Repräsentativität hinsichtlich der Kantonszugehörigkeit erreicht werden, indem die Daten in den jeweiligen Kantonen entsprechend gewichtet wurden. Diese Gewichtungsfaktoren liegen zwischen 0.3 und 2.0. Es kann vorweggenommen werden, dass die Resultate durch die Gewichtung nicht verzerrt wurden, da diese nur einen sehr minimen Einfluss auf die Resultate hatte. So unterscheiden sich die Antwortverteilungen bei den einzelnen Fragen mit und ohne Gewichtung im Maximalfall um rund zwei Prozentpunkte. Dafür weisen nach der Gewichtung sämtliche Kantone in der Stichprobe eine identische relative Häufigkeit auf wie in der Grundgesamtheit. Es sind demzufolge sämtliche Sprachregionen repräsentativ mit eingeflossen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass sich die Sprachregionen in ihrem Abstimmungsverhalten oftmals unterscheiden[342]. Die angestrebte Repräsentativität hinsichtlich der Altersgruppen und der Geschlechterverteilung konnte jedoch nicht erreicht werden, da junge Personen in der Umfrage stark übervertreten sind und die Geschlechterverteilung je nach Kanton sehr unterschiedlich ausfällt. Diese beiden Quotenmerkmale sind somit *ohne* Gewichtung in den Datensatz übernommen worden. Im Anhang in Tabelle 11.5 ist die Zusammensetzung der Stichprobe hinsichtlich der Quotenmerkmale „Alterskategorie", „Geschlecht" und „Kantonszugehörigkeit" dargestellt. In der Tabelle sind ebenfalls die Gewichtungen für die einzelnen Merkmalsausprägungen ersichtlich, die erforderlich wären um Repräsentativität herzustellen.

Die Befragungsmethode war eine Online-Umfrage, welche über das Umfragetool „Limesurvey" erstellt und durchgeführt wurde[343]. Der Fragebogen bestand aus 15 mehrheitlich geschlossenen Fragen mit vorgegebenen Antwortkategorien, aus denen eine ausgewählt werden musste. Hinzu kamen noch zwei halboffene Fragen mit der Möglichkeit für Mehrfachantworten. Um möglichst viele Personen zur Teilnahme zu motivieren, wurde der Fragebogen möglichst kurz gehalten, so dass das Ausfüllen ungefähr 5 Minuten in Anspruch nahm. Die Zielgruppe in den jeweiligen Kantonen wurde erreicht, indem der Link zur Umfrage per Email versendet wurde,

[340] Ter Hofte-Fankhauser & Wälty (2012, S. 35-36)
[341] Ter Hofte-Fankhauser & Wälty (2012, S. 35)
[342] Hungerbühler (2010, S. 1)
[343] Link zur Online-Umfrage: http://vollgeld.limequery.org/index.php/413343/lang-de

die Umfrage in Facebook-Gruppen gepostet oder über die Smartphone-App „What`s up“ an Freunde verschickt wurde. Es wurden auch Flyer mit dem Link an Passanten und Bekannte verteilt und auf der Strasse einige schriftliche Befragungen mit ausgedruckten Fragebögen durchgeführt. Die per Email kontaktierten Personen und Gruppierungen waren hauptsächlich Freunde, Verwandte, sämtliche Studentenverbindungen der Schweiz, diverse Universitäten und Fachhochschulen der Schweiz, verschiedene studentische Organisationen wie beispielsweise der „Bündnerclub“, der „Französische Verband der Studierenden in Zürich“, „Associazione Studenti Ticinesi a Zurigo“ und ähnliche. Auf Facebook wurde die Umfrage mehrmals in verschiedenen Gruppen gepostet wie beispielsweise in der Gruppe des Schweizerischen Studentenvereins „CC.SChw.StV“, „Sharing is Caring Universities of Zurich / ETH / HSG“, „La bonne affaire en Valais / Jura / Lausanne / Neuchâtel / …“, „Die Gemeinschaft Region Schaffhausen“, „ALUMNI UniGE“, „HES-SO Valais“, „Sports universitaires UNIL-EPFL“, „Objets à donner ou vendre sur lausanne et region“ und ganz viele ähnliche. Um die Rücklaufquote zu erhöhen, wurde ein Reminder gemacht. So wurde die Umfrage beispielsweise zweimal in denselben Gruppen gepostet. Insgesamt wurden rund 80 Emails mit dem Link zur Umfrage und der Aufforderung zur Weiterleitung an Freunde und Bekannte versendet. Da der Autor bei den Informatikdiensten der Universität Zürich (UZH) arbeitet, konnte der Link zusätzlich an das gesamte Informatikdepartement der UZH versandt werden. Auf Facebook wurde der Link insgesamt in rund 50 verschiedenen Gruppen gepostet und von zahlreichen Freunden weiterverbreitet. Zudem wurde das Vollgeld-Initiativkomitee angefragt, ob parallel zur Unterschriftensammlung der Fragebogen an die Leute verteilt werden könne, was vom Initiativkomitee jedoch aus Kapazitätsgründen abgelehnt wurde. Da das Vollgeld eines Tages der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird, wurde darauf geachtet, dass möglichst alle Personen unabhängig ihrer spezifischen Kenntnisse im Finanz- und Bankenwesen befragt werden konnten. Um einer adversen Selbstselektion aufgrund des komplexen Themas entgegenzuwirken, wurde bei Posts beispielsweise auf Facebook ganz bewusst nur knapp beschrieben, um was es bei der Umfrage überhaupt geht. Obwohl die Fragen so einfach wie nur möglich formuliert wurden, ist sich der Autor bewusst, dass sich die Fragen für viele Teilnehmer auf einem intellektuell sehr hohen Niveau befanden. Dies ist alleine schon durch den komplexen Untersuchungsgegenstand bedingt, was jedoch kein Problem darstellt, da die Schweizer Stimmbevölkerung eines Tages über genau dieses Thema abstimmen können muss. Daher ist die für die Abstimmung relevante Frage nicht, wie das Geldsystem tatsächlich funktioniert, sondern wie die Menschen glauben, dass das System funktioniert und wie sie intuitiv möchten, dass es funktionieren sollte.

Insgesamt füllten 1145 Personen die Umfrage vollständig aus und 276 Personen haben die Umfrage bereits nach wenigen Fragen wieder abgebrochen. In die Stichprobe flossen nur die Daten der 1145 vollständig ausgefüllten Umfragen ein. Durch die Gewichtung wies der Datensatz schlussendlich 1146 Personen aus. Der gewichtete Datensatz besteht zu 47.5 Prozent aus Frauen und zu 52.5 Prozent aus Männern. Die Altersgruppe der 18-33 jährigen ist mit 60 Prozent übervertreten, während die 34-49 jährigen und die 50+ jährigen je rund 20 Prozent der Teilnehmer ausmachen. Die Kantone sind so gewichtet worden, dass deren Verteilung repräsentativ ist und daher mit der effektiven, prozentualen Verteilung laut der Volkszählung des Bundesamtes für Statistik übereinstimmt[344]. Rund 60 Prozent der Teilnehmer sind in einer grösseren Stadt oder direkt daran angrenzend wohnhaft und 40 Prozent wohnen auf dem Land. Dies kommt der effektiven Verteilung laut der Volkszählung des Bundesamt für Statistik einigermassen nahe, laut der 74 Prozent der Bevölkerung in einer städtischen und 26 Prozent in einer ländlichen Gegend beheimatet sind[345].

7.2 Messung und Analyse

Die Bevölkerungsbefragung war als quantitative Befragung mit überwiegend geschlossenen Fragen ausgestaltet. Der Vorteil dieser Methode besteht in der raschen und einfachen Auswertung grosser Datenmengen und in der Erlangung von mit Zahlen untermauerten Fakten. Als Nachteil ist die geringe Flexibilität zu nennen[346]. Um die Flexibilität zu erhöhen, waren bei gewissen Fragen offene Antworten möglich, so dass interessante Zusatzinformationen gewonnen werden konnten. Bei den geschlossenen Fragen bestanden die Antwortmöglichkeiten meist aus den Kategorien „Ja“, „Nein“ und „Weiss nicht“. Grösstenteils bestand der Fragebogen aus Einfachantworten, bei einzelnen Fragen waren aber auch Mehrfachantworten möglich. Der gesamte Fragebogen wurde zudem auf Französisch übersetzt, was unter der gütigen Mithilfe zweier französisch sprechenden Kolleginnen des Autors geschah. Der vollständige Fragebogen ist im Anhang 11.2 in der Deutschen und in Anhang 11.3 in der Französischen Fassung ersichtlich. Vor Beginn der Umfrage wurde mit 20 Personen ein Pretest durchgeführt. Als Reaktion darauf wurden zu komplexe Fragen entfernt oder besser verständlich formuliert. Da beim Pretest Missverständnisse auftauchten, was genau unter Geld zu verstehen ist, wurde genauer und besser sichtbar auf jeder Seite des Online-Fragebogens ausdrücklich definiert, dass unter „Geld“ stets die Noten, Münzen sowie das elektronische Geld verstanden wird.

[344] Bundesamt für Statistik (2012b)
[345] Bundesamt für Statistik (2014)
[346] Ter Hofte-Fankhauser & Wälty (2012, S. 58)

Die Daten wurden mit der Statistiksoftware IBM SPSS Statistics 22 ausgewertet. Die Daten sind hauptsächlich nominalskaliert. Zuerst wurden reine Häufigkeitsauswertungen gemacht, um die prozentualen Anteile jeder Antwortmöglichkeit zu ermitteln. Die Resultate dazu wurden in Diagrammen veranschaulicht. Um zu überprüfen, ob sich die Antworthäufigkeiten signifikant unterscheiden, wurden Kreuztabellen und Chi-Quadrat (χ^2) Tests verwendet. Da der Chi-Quadrat Test alleine noch nichts über die Stärke des Zusammenhangs aussagt, wurde bei einigen Fragen zusätzlich ein Zusammenhangsmass verwendet. Zusammenhangsmasse ermöglichen die Stärke des Zusammenhangs zweier Variablen zu messen und durch die Berechnung eines Kennwerts zu quantifizieren. Dazu wurde das Cramer`s V verwendet. Die Werte für das Cramer`s V liegen zwischen 0 und 1, wobei Werte nahe bei 1 auf einen starken Zusammenhang hindeuten[347].

7.3 Resultate der Bevölkerungsbefragung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung erläutert. Wird nachfolgend auf einzelne Fragen verwiesen, so ist der entsprechende Interviewleitfaden in Anhang 11.4 ersichtlich. So werden im folgenden Kapitel die Resultate zum Wissensstand der Bevölkerung über das heutige Geldsystem dargestellt. Danach wird gezeigt, was für eine Ausgestaltung eines Geldsystems die Menschen als optimal erachten und schlussendlich wird gezeigt, ob die Menschen dem Grundanliegen der Vollgeldreform zustimmen würden.

7.3.1 Die Menschen meinen, wir würden bereits in einem Vollgeldsystem leben

Hypothese 1a) Die Mehrheit der befragten Stimmberechtigten geht davon aus, dass das Geld ausschliesslich vom Staat oder der Schweizerischen Nationalbank erschaffen wird. Die Bankengeldschöpfung respektive das Ausmass derselben ist ihnen nicht bekannt (Fragen 9 und 9.1)

Das derzeitige Geldsystem zeichnet sich dadurch aus, dass rund 90 % des Geldes von den Banken hergestellt wird. In Frage 9 wurden die Menschen daher gefragt, wer unser Geld (Noten, Münzen und elektronisches Geld) erschafft. Die Ergebnisse dazu sind in Abbildung 9 dargestellt. Die Antworthäufigkeiten unterscheiden sich signifikant, χ^2 (3, N = 1146) = 1560.209, p

[347] Brosius (1998, S. 410)

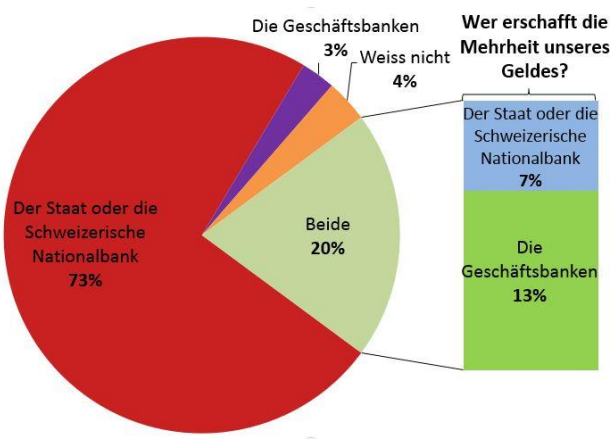

Abbildung 9: Wer erschafft unser Geld? (Frage 9), N=1146, gewichtete Daten

< .001. Nur 4 Prozent geben an, dass sie *nicht* wissen, wer unser Geld erschafft. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass 96 Prozent der Befragten zu wissen *glauben*, wer unser Geld erschafft oder aber dass sie einfach geraten haben. Es kann vorweggenommen werden, dass der Glaube der Menschen in erheblichem Widerspruch zu den realen Tatsachen steht. So sind 73 % der Befragten fälschlicherweise der Meinung, dass unser Geld *einzig und alleine* vom Staat oder von der Schweizerischen Nationalbank erschaffen wird. In einem Vollgeldsystem wäre dies tatsächlich so. Es glauben daher 73 % der Befragten, wir würden bereits heute unter einem Vollgeldsystem leben. Weitere 7 % wissen zwar, dass sowohl der Staat *als auch* die Nationalbank unser Geld herstellen - jedoch sind sie der Meinung, dass dies *mehrheitlich* durch die Nationalbank geschieht. Lediglich 13 % der Befragten wissen, dass das Geld im heutigen System mehrheitlich von den Geschäftsbanken geschöpft wird. Zusammengefasst wissen 87 % der Befragten nicht, woher unser Geld kommt oder sie erliegen falschen Vorstellungen darüber. Zudem glauben 73 % der Befragten, wir würden bereits heute unter einem Vollgeldsystem leben, so dass sie der Meinung sind, unser Geld werde ausschliesslich vom Staat oder der Schweizerischen Nationalbank hergestellt und in Umlauf gebracht. Dass die Zentralbanken Geld herstellen, hört und liest man oft. Das Bild der obersten Geld- und Währungsbehörde, welche bestimmt, wie viel Geld in die Wirtschaft hinausgegeben wird, ist offenbar fest in den Köpfen der Menschen eingeprägt. Die Vollgeld-Initiative will demzufolge etwas einführen, von dem die Meisten meinen, dass es bereits heute so sei. Die Hypothese 1a kann daher bestätigt werden.

Hypothese 1b) Die befragten Stimmberechtigten sind sich der Kreditgeldschöpfung der Banken mehrheitlich *nicht* bewusst, so dass sie glauben, von den Banken werde durch die Kreditvergabe *kein* neues Geld erschaffen (Frage 10).

Die Kreditgeldschöpfung ist der Weg, wie im heutigen System neues Geld entsteht. So hat die Kreditgeldschöpfung für die Geldversorgung und das Funktionieren der Wirtschaft eine zentrale Bedeutung. In Frage 10 wurde deshalb geprüft, ob die Menschen wissen, dass neues Geld entsteht, wenn die Bank einem ihrer Kunden einen Kredit vergibt. Die Antworthäufigkeiten

Abbildung 10: Wenn eine Bank einem ihrer Kunden einen Kredit gibt, entsteht neues Geld, das vorher noch nicht existierte? (Frage 10), N=1146, gewichtete Daten

dazu unterschieden sich signifikant, χ^2 (2, N = 1146) = 669.164, p < .001. Die Antworten sind in Abbildung 10 visualisiert. Es zeigte sich, dass lediglich 24 % der Befragten die Kreditgeldschöpfung kennen. 8 % kreuzten „weiss nicht“ an. 68 % der Befragten sagten, dass durch die Kreditvergabe *kein* neues Geld erschaffen wird. Demzufolge ist sich die grosse Mehrheit der Teilnehmer (76 %) der Kreditgeldschöpfung der Banken nicht bewusst. Die Hypothese 1b kann folglich bestätigt werden.

Hypothese 1c) Die befragten Stimmberechtigten glauben mehrheitlich, dass ihr Geld auf der Bank sicher ist. So gehen sie davon aus, dass genügend Geld vorhanden ist, wenn alle Kunden ihr Geld gleichzeitig abheben wollen (Fragen 11 und 11.1).

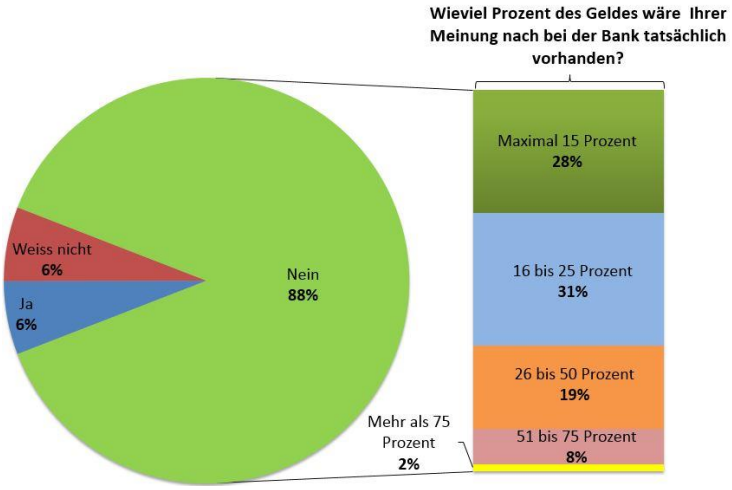

Abbildung 11: Wenn alle Kunden einer Bank gleichzeitig ihr Geld abheben würden: Wäre dann für alle genügend Geld vorhanden? (Frage 11), N=1146, gewichtete Daten

Wenn im heutigen System rund 4 bis 10 % der Giroguthaben von den Kunden einer Bank gleichzeitig in Bargeld umgetauscht würden, so würde eine durchschnittliche Bank zusammenbrechen. Ob sich die Menschen dessen bewusst sind, wurde in Frage 11 abgeklärt. Die Antworthäufigkeiten dazu unterscheiden sich signifikant, χ^2 (2, N = 1146) = 1581.572, p < .001. In Abbildung 11 sind die Resultate dargestellt. Überraschenderweise sind sich fast alle Teilnehmer (88 %) dessen bewusst, dass bei einem Bank-run nicht genügend Geld für alle Bankkunden vorhanden wäre. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung weiss folglich ganz genau, dass ihr Geld bei der Bank im Krisenfall nicht sicher ist. Lediglich 6 % der Befragten sind fälschlicherweise der Meinung, dass es auch bei einem Bank-run für alle Kunden genügend Geld hätte. Weitere 6 % kreuzten „weiss nicht“ an. Die Hypothese 1c muss somit verworfen werden. Nachträglich betrachtet ist dieses Resultat nur logisch: Bank-runs stellen in der Realität eine Gefahr dar. Dies beweist, dass die Menschen um die Unsicherheit ihres Geldes wissen. Wüssten sie dies nämlich *nicht*, so würden sie auch im Krisenfall in die Sicherheit ihres Geldes vertrauen. Es würde dann

keine Panik ausbrechen und somit auch *kein* Bank-run stattfinden.

In Frage 11.1 wurde weiter nach einer Schätzung gefragt, wie viel Prozent des Geldes bei einer Bank tatsächlich vorhanden ist. Auch hier waren die Schätzungen grösstenteils realistisch. So glauben lediglich rund 10 % der Befragten, dass mehr als die Hälfte des Geldes bei der Bank vorhanden ist. Die Hälfte der Teilnehmer schätzt, dass 16 bis 50 % des Geldes ausbezahlt werden könnte. Die richtige Antwort gaben 28 % der Teilnehmer, indem sie wussten, dass maximal 15 % des Geldes bei der Bank tatsächlich vorhanden ist. Die Menschen sind daher mit ihrer Schätzung mehrheitlich etwas zu optimistisch.

Hypothese 1d) Die Mehrheit der befragten Stimmberechtigten gibt an, dass sie „nicht“ oder „eher nicht“ verstehen, woher unser Geld kommt (Frage 8).

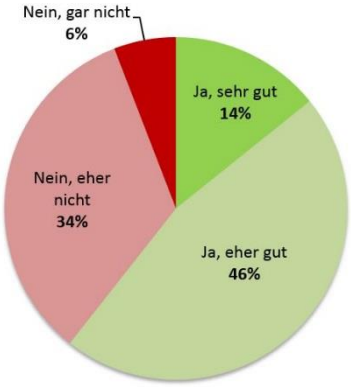

Abbildung 12: Verstehen Sie, woher unser Geld kommt - sprich, wer unser Geld herstellt und wie es in die Wirtschaft kommt? (Frage 8), N=1146, gewichtete Daten

In Frage 8 wurden die Menschen nach einer persönlichen Einschätzung gefragt, ob sie zu verstehen *meinen*, wer unser Geld herstellt und wie es in die Wirtschaft gebracht wird. Die Antworthäufigkeiten unterschieden sich auch hier signifikant, χ^2 (3, N = 1146) = 474.114, $p < .001$. Die Resultate dazu sind in Abbildung 12 ersichtlich. Es zeigt sich, dass 14 % der Teilnehmer ihr Verständnis als „sehr gut“ und 46 % als „eher gut“ einstufen. Demzufolge sind 60 % der Teilnehmer der Meinung, die Geldschöpfung *mindestens* „eher gut“ zu verstehen. 34 % gaben an, „eher nicht“ und 6 % „gar nicht“ zu verstehen, woher unser Geld kommt. Die Hypothese 1d muss somit verworfen werden. Diese Selbsteinschätzungen stehen jedoch, wie die vorangehenden Resultate bereits gezeigt haben, in beachtlichem Widerspruch zum tatsächlichen Verständnis.

Hypothese 1e) Personen, die Ihr Verständnis der Geldschöpfung als „sehr gut“ oder „gut“ einstufen (Frage 8), geben bei der Frage, wer unser Geld erschafft auch öfters die richtige Antwort (Fragen 9 und 9.1).

Personen, die Frage 9 *und* Frage 9.1 richtig beantwortet haben wissen, dass sowohl der Staat *als auch* die Zentralbank Geld erschaffen, dies aber *mehrheitlich* durch die Banken geschieht. Wer etwas anderes ankreuzt, hat eine falsche Antwort gegeben. In Abbildung 13 sind die entsprechenden Resultate abgebildet: Diejenigen, die sehr gut verstehen, woher unser Geld kommt, geben in 28 % der Fälle die richtige Antwort ($\frac{46}{163}$). Wer „eher gut“ versteht, woher

unser Geld kommt, antwortet in 16 % der Fälle korrekt ($\frac{86}{531}$). Diejenigen, die „eher nicht“ verstehen, woher unser Geld kommt, geben nur in 5 % der Fälle die richtige Antwort ($\frac{21}{385}$). und diejenigen, die es „nicht verstehen“, geben gar nie eine richtige Antwort. Es erstaunt, dass selbst diejenigen mit „sehr gutem“ Verständnis über die Geldschöpfung in 70 % der Fälle die falsche Antwort geben. Trotzdem lässt sich feststellen, dass sich das Antwortverhalten unterscheidet, je nachdem wie gut jemand versteht, woher unser Geld kommt. Diese Unterschiede sind signifikant, χ^2 (3, N = 1146) = 65.945, p < .001, Cramer`s V = .240, p < 0.001. Das Korrelationsmass Cramer`s V zeigt eine mittlere positive Korrelation: Ein besseres Verständnis über die Geldschöpfung geht somit auch mit mehr richtigen Antworten einher. Zusammenfassend lässt sich für dieses Kapitel festhalten, dass die Menschen überwiegend zu wissen *glauben*, woher ihr Geld kommt, obwohl sie es in Tat und Wahrheit grossmehrheitlich gar nicht wissen. In der Bevölkerung existiert daher nicht nur sehr viel Unwissen, sondern noch viel mehr Aberwissen über die Funktionsweise unseres Geldsystems. Die befragten Personen wissen jedoch überraschend gut, dass ihr Geld bei der Bank bei einem Bank-run nicht sicher ist.

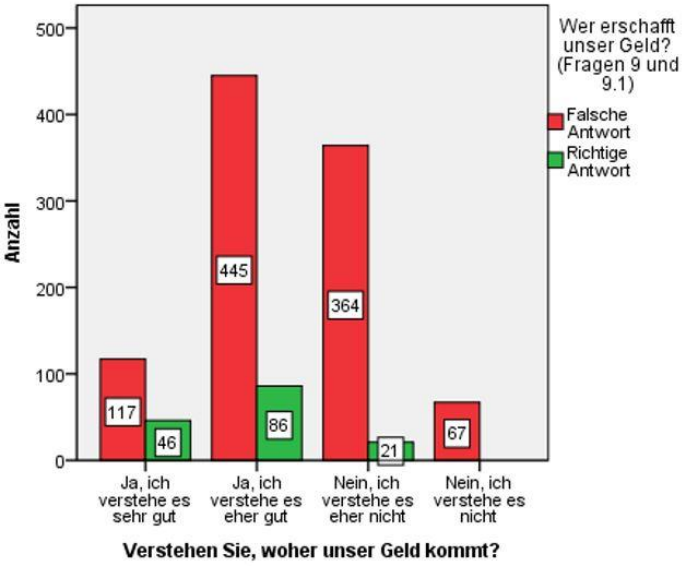

Abbildung 13: Subjektiv wahrgenommenes Verständnis der Geldschöpfung (Frage 8) verglichem mit dem tatsächlichen Verständnis (Fragen 9 und 9.1), N=1146, gewichtete Daten

7.3.2 Das Vollgeldsystem wird mehrheitlich als optimal erachtet

Hypothese 2a) Die befragten Stimmberechtigten sind mehrheitlich der Ansicht, dass das Geld durch eine öffentliche, dem Allgemeinwohl verpflichtete Institution - und nicht durch private, gewinnorientierte Unternehmen - hergestellt werden sollten (Frage 12).

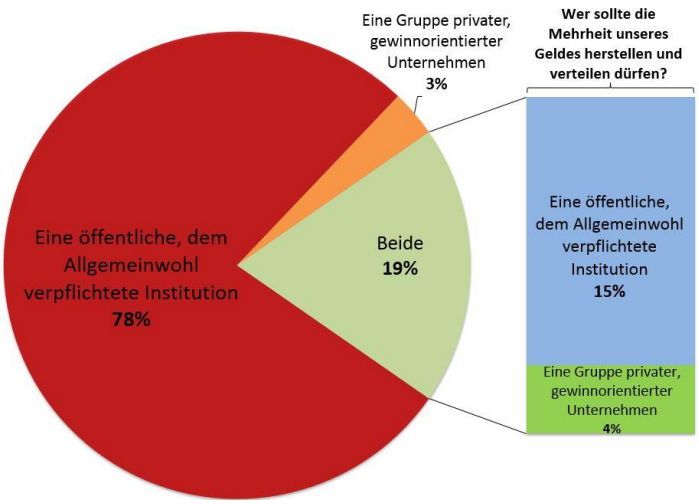

Abbildung 14: Wenn Sie sich ein optimales Finanzsystem vorstellen: Wer sollte unser Geld herstellen und verteilen dürfen? (Frage 12), N=1146, gewichtete Daten

Im heutigen System wird 90 % des Geldes von privaten, gewinnorientierten Banken geschöpft. Nur noch rund 10 % des Geldes wird von der dem Allgemeinwohl verpflichteten Zentralbank geschöpft. In Frage 12 wurden die Stimmberechtigten daher gefragt, wer in einem optimalen Finanzsystem unser Geld herstellen und verteilen *sollte*. Die Resultate dazu sind in Abbildung 14 abgebildet. Die Antworthäufigkeiten unterscheiden sich signifikant, χ^2 (2, N = 1146) = 1058.236, p < .001. So möchten 78 % der Befragten, dass unser Geld *ausschliesslich* durch eine öffentliche, dem Allgemeinwohl verpflichtete Institution hergestellt wird. In einem Vollgeldsystem wäre es so, dass ausschliesslich der Staat respektive die Zentralbank das Geld herstellen und verteilen darf. Ein Vollgeldsystem wird daher von 78 % der Teilnehmer als optimal erachtet. Die Hypothese 2a kann demzufolge angenommen werden. 15 % erachten es weiter als optimal, dass *beide* Akteure Geld herstellen dürfen, dies aber *mehrheitlich* durch die öffentliche Hand geschehen soll. Besonders eindrücklich ist, dass nur 4 % der Befragten möchten, dass das Geld *mehrheitlich* durch private, gewinnorientierte Unternehmen geschöpft wird. Im heutigen Geldsystem geschieht jedoch genau das. Folglich ist für 96 % der Teilnehmer das derzeitige Geldsystem nicht optimal.

Hypothese 2b) Die Mehrheit der befragten Stimmberechtigten ist mit einem System nicht einverstanden, in dem Banken mehr Geld verleihen dürfen, als sie tatsächlich besitzen (Frage 13).

In einem fraktionalen Reservesystem macht das echte Geld in Form des Zentralbankgeldes nur einen kleinen Bruchteil des von den Banken erschaffenen Giralgeldes aus. Dieses Giralgeld ist das Versprechen der Bank an den Kunden, die Giralgelder jederzeit und vollumfänglich in ech-

Abbildung 15: Wären Sie mit einem System einverstanden, in dem Banken mehr Geld verleihen dürfen, als sie tatsächlich besitzen? (Frage 13), N=1146, gewichtete Daten

tes Geld umtauschen zu können. Im Normalfall ist jedoch nur rund 4 bis 10 Prozent des Giralgeldes mit echtem Geld gedeckt. Die Banken vergeben demzufolge im heutigen System 10 bis 25-mal mehr Geld, als sie tatsächlich besitzen. Daher wurden die Menschen in Frage 13 gefragt, ob sie mit einem System einverstanden wären, in dem Banken mehr Geld verleihen dürfen, als sie tatsächlich besitzen. Die Resultate dazu sind in Abbildung 15 ersichtlich. So sind 62 % der Teilnehmer mit einem solchen System nicht einverstanden. 14 % sind sich unschlüssig. Erstaunlicherweise ist nur rund ein Viertel der Befragten mit einem System einverstanden, in dem die Banken mehr Geld verleihen können als sie tatsächlich besitzen. Dies zeigt, dass die Mehrheit der befragten Menschen mit dem, was die Banken im fraktionalen Reservesystem tun, nicht einverstanden sind. Die Antworthäufigkeiten unterscheiden sich signifikant, χ^2 (2, N = 1146) = 471.107, p < .001. Die Hypothese 2b kann daher angenommen werden.

Hypothese 2c) Die befragten Stimmberechtigten finden mehrheitlich, dass die Banken im heutigen System einen zu grossen Einfluss auf die Wirtschaft und Gesellschaft haben (Frage 14)

Abbildung 16: Haben Sie das Gefühl, die Banken haben einen zu grossen Einfluss auf die Wirtschaft und Gesellschaft?(Frage 14), N=1146, gewichtete Daten

Im gegenwärtigen System entscheiden die Banken über die Kreditvergabe, wie viel Geld in den Wirtschaftskreislauf gelangt. Zudem fühlen sich Staaten immer wieder gezwungen, einem Bankrun vorzubeugen, indem sie die Kundeneinlagen staatlich garantieren. Wenn eine Bank im heutigen System nämlich Konkurs geht, gehen mit ihr die Ersparnisse ihrer Kunden verloren. Hinzukommend zeichnet sich das heutige System durch immer weniger grosse, systemrelevante Finanzinstitute aus. Gerade im Hinblick auf die Finanzkrise ist die too-big-to-fail Thematik in aller Munde. Dies sind Beispiele, weshalb die Banken im heutigen System einen grossen Einfluss auf die Wirtschaft und Gesellschaft haben. In Frage 14 wurden die Menschen daher gefragt, ob sie das Gefühl haben, die Banken hätten im heutigen System einen zu grossen Einfluss auf die Wirtschaft und die Gesellschaft. In Abbildung 16 sind die Antworten visualisiert. Es zeigte sich, dass 70 % der Befragten den Einfluss der Banken als zu gross erachten. Das Vollgeldsystem würde den Einfluss der Banken schmälern, indem die Ersparnisse der Kunden ausserhalb der

Bankbilanz aufbewahrt werden und daher in einem Konkursfall nicht mehr verlustgefährdet sind. Die Staaten wären nicht mehr zu Bankenrettungen genötigt. Entsprechend dem Resultat kann vermutet werden, dass die Vollgeld-Initianten rund 70 % der Teilnehmer mit Argumenten für eine solche Einschränkung des Einflusses der Banken für die Vollgeld-Initiative gewinnen könnten. 9 % sind sich hingegen unschlüssig. Jedoch nur gerade 21 % der Teilnehmer finden, dass die Banken *keinen* zu grossen Einfluss haben. Die Antworthäufigkeiten unterscheiden sich signifikant, χ^2 (2, N = 1146) = 717.985, p < .001. Die Hypothese 2c kann somit angenommen werden.

Schlussfolgernd lässt sich festhalten, dass die grosse Mehrheit der Stimmberechtigten mit dem gegenwärtigen Geldsystem grundsätzlich nicht einverstanden ist. Wir leben demzufolge unter einem Geldsystem, das dem Willen der grossen Mehrheit der Bevölkerung deutlich widerspricht. Die Vollgeld-Initiative sollte demgemäss bei einer Abstimmung auf wenig Widerstand stossen. Ob dies tatsächlich so ist, wird im nächsten Kapitel gezeigt.

7.3.3 Die Vollgeld-Initiative hat gute Chancen, angenommen zu werden

Hypothese 3a) Die Mehrheit der befragten Stimmberechtigten kann mit dem Thema der Vollgeld-Initiative abgeholt werden, da sie sich dafür interessieren, woher unser Geld kommt, sprich wer unser Geld herstellt und wie es in die Wirtschaft gelangt (Frage 7).

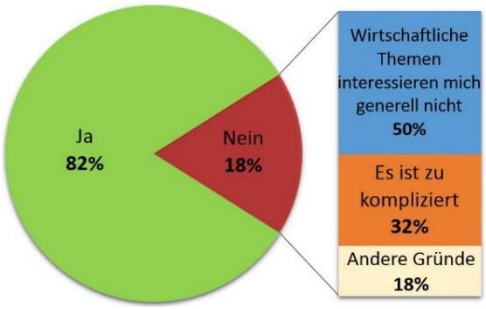

Abbildung 17: Interessiert es Sie, woher unser Geld eigentlich kommt - sprich, wer unser Geld herstellt und wie es in die Wirtschaft gelangt? (Frage 7), N=1146, gewichtete Daten

Wenn die Vollgeld-Initianten die benötigten 100`000 Unterschriften rechtzeitig zusammenbringen, wird die Schweizer Stimmbevölkerung im Jahr 2019 über das Vollgeld abstimmen können. Für den Erfolg der Initiative ist es entscheidend, dass die Menschen sich für den Inhalt der Abstimmungsvorlage interessieren. Dies wurde in Frage 7 erhoben, indem die Menschen gefragt wurden, ob es sie interessiert, wer unser Geld herstellt und wie es in die Wirtschaft gelangt. Die entsprechenden Resultate sind in Abbildung 17 dargestellt. Es zeigt sich, dass sich 82 % der Teilnehmer dafür interessieren. Angesichts der hohen Komplexität des Themas ist dieses Resultat sehr erstaunlich. 18 % interessiert es jedoch nicht, woher unser Geld kommt. Die Antworthäufigkeiten unterscheiden sich signifikant, χ^2 (1, N = 1146) = 527.162, p < .001. Die Hypothese 3a wird somit angenommen.

Was der Grund dafür ist, dass es jemanden nicht interessiert, wurde in Frage 7.1 erfragt. Die am häufigsten angegebenen Gründe sind, dass sich die Menschen für wirtschaftliche Themen generell nicht interessieren (50 Prozent) oder dass ihnen das Thema der Geldschöpfung zu kompliziert ist (32 %). Es wurden auch andere Gründe genannt (18 %). Der wichtigste davon ist, dass das Thema als unwichtig empfunden wird.

Hypothese 3b) Die befragten Stimmberechtigten nehmen eine Volksinitiative mit den wesentlichsten Forderungen der Vollgeld-Initiative an. So stimmen sie einer Vorlage zu, die fordert, dass einzig und alleine der Staat, genauer gesagt die Schweizerische Nationalbank Geld herstellen darf, den Geschäftsbanken jedoch verboten wird, selber Geld herzustellen (Frage 15).

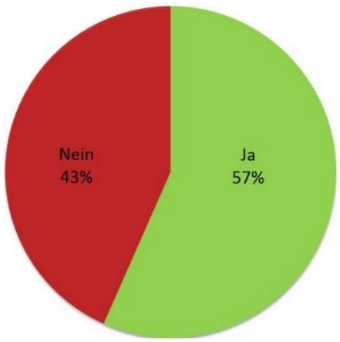

Abbildung 18: Würden Sie einer Volksabstimmung zustimmen, die fordert, dass einzig und allein der Staat, genauer gesagt die Schweizerische Nationalbank, Geld herstellen darf und den Banken die Geldherstellung verboten wird? (Frage 15), N=1146, gewichtete Daten

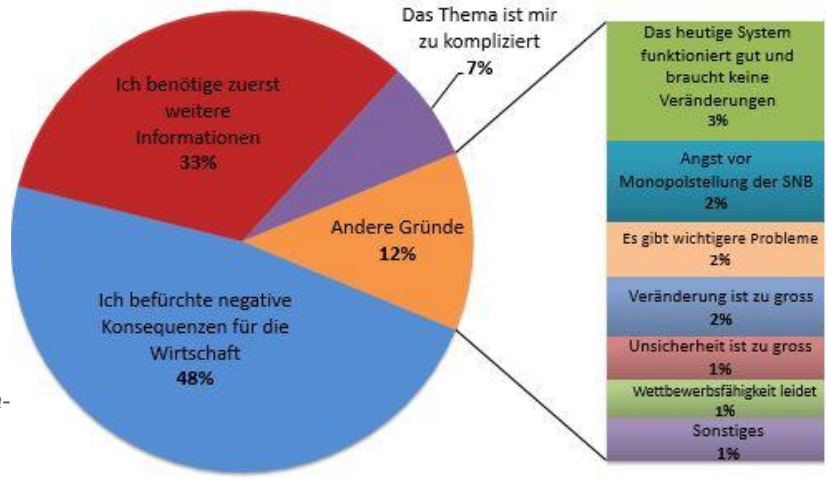

Abbildung 19: Warum würden Sie bei einer Volksabstimmung "Nein" stimmen? (Frage 15.1), N=1146, gewichtete Daten

In Frage 15 wurden die Menschen konkret gefragt, ob sie einer Volksabstimmung zustimmen würden, die fordert, dass einzig und alleine der Staat, genauer gesagt die Schweizerische Nationalbank, Geld herstellen darf und den Banken die Geldherstellung verboten wird. Dies ist die Hauptforderung der Vollgeld-Initiative. Die Resultate dazu sind in Abbildung 18 dargestellt. Es stellt sich heraus, dass 57 % der Befragten eine solche Volksinitiative an der Urne annehmen würden. Die Hypothese 3b kann somit bestätigt werden. Der wesentlichste Inhaltspunkt der Vollgeld-Initiative ist also mehrheitsfähig. 43 % lehnen eine solche Volksinitiative jedoch ab. Die Antworthäufigkeiten unterscheiden sich signifikant, χ^2 (1, N = 1146) = 17.095, $p < .001$. Die ausschlaggebenden Gründe, die zur Ablehnung der Initiative führen, sind in Frage 15.1 erfragt worden. Das Resultat dazu ist in Abbildung 19 veranschaulicht. Es zeigt sich, dass von denjenigen, welche eine solche Initiative ablehnen 48 % negative Konsequenzen für die Wirt-

schaft befürchten. Für einen Drittel ist der ausschlaggebende Punkt zur Ablehnung der Initiative, dass sie zuerst weitere Informationen benötigen. Die Vollgeld-Initianten könnten diese „unschlüssigen“ Personen demzufolge über die Bereitstellung von genügend Informationsmaterial möglicherweise zu Befürwortern des Vollgeldes bekehren. Weitere wichtige Gründe, die gegen die Vollgeld-Initiative sprechen sind, dass das Thema zu kompliziert ist (7 %), das heutige System gut funktioniert und daher keiner Veränderung bedarf (3 %) oder dass sich die Leute vor einer Monopolstellung der SNB fürchten und es ihrer Meinung nach wichtigere Probleme zu lösen gibt (je 2 %).

Die Resultate zu den Hypothesen 3a und 3b zeigen, dass die Mehrheit der Menschen mit dem Hauptanliegen der Vollgeld-Initiative abgeholt werden kann. Nachfolgend soll mit interessanten Quervergleichen abgeklärt werden, ob das Antwortverhalten von demographischen Faktoren oder von den bei anderen Fragen gegebenen Antworten abhängt.

Hypothese 3c) Personen aus unterschiedlichen Sprachregionen (Romandie, Deutschschweiz, Tessin) unterscheiden sich in ihrem Abstimmungsverhalten bei der Volksinitiative (Frage 15) ✗

Bei der Betrachtung der Sprachregionen[348] fällt auf, dass nur das Tessin die Initiative knapp ablehnt. Die Antworthäufigkeiten fallen jedoch nicht signifikant unterschiedlich aus, so dass sich die Menschen unterschiedlicher Sprachregionen in ihrem Abstimmungsverhalten nicht unterscheiden, χ^2 (2, N = 1146) = 3.81, p = .149. Dementsprechend gibt es auch keinen Zusammenhang zwischen den Regionen und ihrem Abstimmungsverhalten, *Cramer`s V* = .058, p = .149. Die Hypothese 3c muss daher verworfen werden.

Hypothese 3d) Personen aus unterschiedlichen Kantonen unterscheiden sich in ihrem Abstimmungsverhalten bei der Volksinitiative (Frage 15) ✗

Betrachtet man die Kantone isoliert, so fällt auf, dass die Volksinitiative nur in den Kantonen Tessin, Aargau, Jura und Basel-Stadt abgelehnt wird. Alle anderen Kantone nehmen sie an. Aber auch diese Unterschiede in den Antworthäufigkeiten zwischen den Kantonen sind nicht signifikant, χ^2 (25, N = 1146) = 34.775, p = .092. Dasselbe gilt für das Zusammenhangsmass, *Cramer`s V* = .174, p = .092. Die Hypothese 3d wird demzufolge verworfen.

Hypothese 3e) Männer und Frauen haben ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten bei der Volksinitiative (Frage 15) ✗

[348] Einteilung gemäss Bundesamt für Statistik (2000, S. 109)

Des Weiteren gibt es auch zwischen den Männern und Frauen keine signifikanten Unterschiede in den Antworthäufigkeiten, χ^2 (1, N = 1146) = .026, p = .871. Es gibt daher auch keinen signifikanten Zusammenhang, *Cramer`s V* = .005, p = .871. Die Hypothese 3e wird somit verworfen.

Hypothese 3f) Personen unterschiedlicher Alterskategorien (18-33 Jahre, 34-49 Jahre, 50+ Jahre) unterscheiden sich in ihrem Abstimmungsverhalten bei der Volksinitiative (Frage 15)

Signifikant sind hingegen die Unterschiede in den Antworthäufigkeiten zwischen den Alterskategorien, χ^2 (2, N = 1146) = .16.191, p < .001. Zwar wird die Initiative von allen Altersgruppen angenommen, jedoch wird die Zustimmung mit zunehmendem Alter immer grösser. Während bei den 18 bis 33-jährigen die Zustimmung bei 53 % liegt, steigt diese bei den 50+ jährigen auf 68 % an. Die Hypothese 3f wird somit bestätigt. Der Zusammenhang ist zwar positiv und signifikant, aber nicht sehr stark, *Cramer`s V* = .119, p < .001.

Hypothese 3g) Das Verständnis der Geldschöpfung (Frage 8) führt zu einem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten bei der Volksinitiative (Frage 15).

Es fällt auf, dass diejenigen, die ihr Verständnis der Geldschöpfung (Frage 8) als „sehr gut“ einstufen, die Initiative (Frage 15) zu 68 % ablehnen ($\frac{111}{163}$), diejenigen die „eher gut“, „eher nicht“ oder „gar nicht“ verstehen, woher unser Geld kommt, die Initiative hingegen annehmen. Dies ist in Abbildung 20 dargestellt. Diese Unterschiede in den Antworthäufigkeiten sind signifikant, χ^2 (3, N = 1146) = 60.179, p < .001. Die Hypothese 3g wird deshalb angenommen.

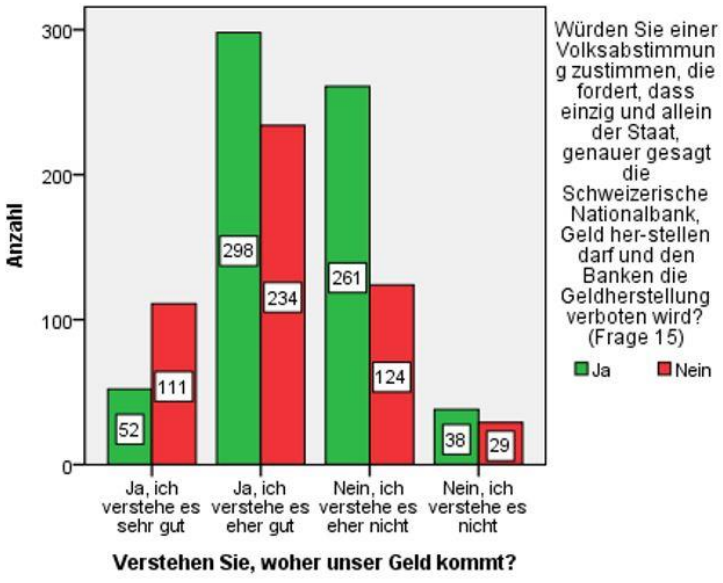

Abbildung 20: Abstimmungsverhalten (Frage 15) in Abhängigkeit des Verständnisses der Geldschöpfung (Frage 8), N=1146, gewichtete Daten

Praktisch bedeutet das in Abbildung 20 dargestellte Resultat, dass es dem Initiativkomitee vermutlich sehr schwer fallen wird, Banker, Finanzwissenschaftler oder Ökonomen als Unterstützer der Vollgeld-Initiative zu gewinnen, da die prozentuale Ablehnung mit zunehmendem Verständnis des Geldsystem zunimmt. Dies wird auch aus dem Cramer`s V ersichtlich, welches

einen signifikanten und positiven, mittleren Zusammenhang zwischen dem Antwortverhalten in den beiden Fragen zeigt, *Cramer`s V* = .229, $p < .001$.

Schlussfolgernd lässt sich festhalten, dass das Abstimmungsverhalten je nach Altersklasse und Verständnis der Geldschöpfung unterschiedlich ausfällt. Das Geschlecht, die Kantonszugehörigkeit oder die Sprachregion hingegen zu keinem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten führen.

Hypothese 3h) Der Anteil derjenigen, die aus einer rein abstrakten, hypothetischen Betrachtungsweise heraus ein Vollgeldsystem befürworten (Fragen 12 und 12.1), liegt signifikant höher als der Anteil derjenigen, die in einer konkreten Volksabstimmung denselben Forderungen zustimmen würden (Fragen 15).

Es wurde bei den Fragen 12 und 12.1 bereits gezeigt, dass 78 % der Stimmberechtigten ein Finanzsystem dann als optimal empfinden, wenn das Geld einzig und alleine von einer öffentlichen, dem Allgemeinwohl verpflichteten Institution hergestellt und verteilt wird. Diese Frage wurde hypothetisch und abstrakt formuliert. Sie erfragt aber im Grunde exakt dasselbe, das auch in Frage 15 erfragt wird. Bei Frage 15 wird es jedoch konkret und real, indem die Menschen nach ihrem Abstimmungsverhalten bei einer Volksinitiative gefragt werden. Auffällig ist, dass dann nur noch 57 % möchten, dass das Geld einzig durch die Zentralbank hergestellt wird. Die Unterstützung für ein Vollgeldsystem sinkt demzufolge signifikant, sobald es ernst wird, χ^2 (2, N = 1146) = 99.761, $p < .001$. Die Hypothese 3h kann deshalb bestätigt werden. Ein Blick auf das Cramer`s V zeigt einen signifikanten und positiven Zusammenhang zwischen dem Antwortverhalten in den beiden Fragen, *Cramer`s V* = .295, $p < .001$. Der Zusammenhang ist mit einem Wert von 0.295 als mittel einzustufen. Die Interpretation dieses Resultates führt wenig Überraschendes zu Tage: Personen, die möchten, dass das Geld durch eine öffentliche, dem Allgemeinwohl verpflichtete Institution hergestellt wird (Frage 12), nehmen eine Volksinitiative mit diesen Forderungen (Frage 15) auch überdurchschnittlich häufig an. Die Resultate zur Hypothese 3h zeigen, dass viele Menschen, welche die Forderungen der Vollgeld-Initiative eigentlich befürworten würden zurückschrecken, sobald es konkret wird. Ein wichtiger Grund dafür ist, wie bei Hypothese 3b gesehen, dass viele Menschen Stand heute zu wenig gut über das Vollgeld informiert sind und deswegen die Initiative ablehnen. Denkbar ist auch, dass die davor, etwas konkret zu verändern, die Zustimmung bei der Volksinitiative sinken lässt.

7.4 Diskussion der Umfrageergebnisse

Die Resultate haben unter anderem gezeigt, dass lediglich 13 % der Befragten wissen, dass unser Geld mehrheitlich durch die Banken hergestellt wird. Ein solches System wird aber nur von 4 % der Befragten als optimal erachtet. So bevorzugen 78 % der Teilnehmer ein System, in dem das Geld ausschliesslich durch den Staat oder eine dem Allgemeinwohl verpflichtete Institution hergestellt wird. Sie erachten demzufolge ein Vollgeldsystem als optimal. Daraus kann weiter geschlossen werden, dass die befragten Personen überwiegend mit der Ausgestaltungsweise des gegenwärtigen Geldsystems *nicht* zufrieden sind. Dies widerspiegelt sich auch darin, dass 57 % der Teilnehmer dem wesentlichen Inhaltspunkt der Vollgeld-Initiative zustimmen würden und die Geldschöpfungshoheit damit vollumfänglich in die Hände des Staates respektive der Zentralbank legen wollen. Die wichtigsten Gründe für die Ablehnung einer solchen Initiative ist die Angst vor negativen wirtschaftlichen Konsequenzen (48 %) und dass die Menschen noch zu wenig über das Thema informiert sind (33 %).

Die Resultate zeigen in beinahe erschreckender Deutlichkeit, dass die befragten Menschen überwiegend keine Ahnung haben, wer unser Geld erschafft und in Umlauf bringt. Angesichts dessen, dass Geld wohl eines der wichtigsten und einflussreichsten Güter einer modernen Gesellschaft ist, müsste man eigentlich davon ausgehen können, dass das Verständnis über dessen Herstellung zum Allgemeinwissen gehört. Die eingangs aufgestellte These, dass heutzutage eine tiefgründige, öffentliche Diskussion über die optimale Ausgestaltung eines Geldsystems nur noch selten stattfindet, muss hierbei bestätigt werden. Sich eine fundierte Meinung über ein Thema bilden zu können bedingt nämlich, dass man sich den zugrundeliegenden Fakten bewusst ist. Ist dies nicht erfüllt, so ist eine tiefgründige Diskussion gar nicht möglich. Auch für eine umfassende Krisenbewältigung wäre es nach Ansicht des Autors nötig, die aus dem Geldsystem erwachsenden Problematiken in die Überlegungen mit einzubeziehen. Er findet es deshalb als sehr wichtig, dass die Menschen viel besser über die Funktionsweise des Geldsystems aufgeklärt werden. Die Ergebnisse zeigen nämlich, dass das Interesse der Menschen an diesem Thema sehr gross ist. Das Geldsystem sollte daher kein Randthema sein, sondern häufiger in die Berichterstattung der Massenmedien einfliessen. Damit erst kann die Grundlage für eine sachlich-seriöse Abstimmungsdiskussion über das Vollgeld geschaffen werden. Der Autor erachtet die Lancierung der Vollgeld-Initiative daher als wichtig, um die öffentliche Diskussion anzustossen und die Menschen über das Geldwesen aufzuklären.
Wenn es den Vollgeld-Initianten gelingt, den Stimmberechtigten glaubwürdig zu erklären, dass sie bisher falschen Vorstellungen über die Funktionsweise des Geldsystems erlegen sind

und das Vollgeldsystem nur etwas einführen will, wovon die meisten meinen, dass es heute bereits der Fall ist, so stehen die Chancen für die Annahme der Vollgeld-Initiative gut.
Ebenso zeigen die Resultate, dass zu erwartende, negative wirtschaftliche Konsequenzen das am meisten genannte Argument gegen die Vollgeld-Initiative ist. Die Vollgeld-Gegner können daher solche Argumente im Abstimmungskampf besonders wirkungsvoll einsetzen.
Wenn die Vollgeld-Initianten der Initiative zum Durchbruch verhelfen wollen, so wird es entscheidend sein, glaubhaft aufzeigen zu können, weshalb die Einführung von Vollgeld *keine* negativen wirtschaftlichen Konsequenzen mit sich ziehen würde.
Die vorliegende Studie ist international gesehen die erste dem Autor bekannte, grossflächig und mit vielfältigen Fragen versehene Bevölkerungsbefragung über das Geldsystem. Ihre Ergebnisse bestätigen die Resultate der vorangehenden, in Kapitel 7 erläuterten Studien. Die Datengrundlage kann mit 1146 stimmberechtigten, anteilsmässig über sämtliche Kantone der Schweiz verteilten Teilnehmern als sehr aussagekräftig angesehen werden. Zudem fielen die Resultate grösstenteils überaus eindeutig aus. Der Autor findet es daher gut vertretbar, aus den Umfrageresultaten Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung zu ziehen.

Einschränkend soll aber festgehalten werden, dass Interpretationen hinsichtlich eines möglichen Ausgangs der Abstimmung relativiert und mit Vorsicht genossen werden sollten. Die öffentliche Diskussion über das Vollgeld ist, wie bereits gesagt, noch nicht wahrnehmbar in Gang getreten. Daher kannten wohl die wenigsten der befragten Personen die Vollgeld-Initiative und sie wurden auch noch nicht mit den Argumenten der Vollgeld-Kritiker konfrontiert. Wären die Teilnehmer bei den Fragen über die optimale Ausgestaltung eines Geldsystem zudem vorgängig über die Funktionsweise des *heutigen* Systems aufgeklärt worden, so vermutet der Autor, dass die Antworten weniger deutlich ausgefallen wären. Es hätten dann vermutlich mehr Personen den Status quo als das optimale System erachtet.
Aber auch hinsichtlich der Selektion der Teilnehmer gibt es einige Einschränkungen. Bei der Auswahl der Teilnehmer wurde zwar darauf geachtet, dass diese möglichst heterogen bezüglich ihrer Weltanschauungen und Berufen sind. Weil gewisse Regionen der Schweiz jedoch nur sehr schwierig zu erreichen waren, mussten bei der Teilnehmerauswahl Kompromisse eingegangen werden. So konnte nicht verhindert werden, dass Akademiker in der Stichprobe tendenziell übervertreten sind und fast ausschliesslich Internetbenutzer erreicht werden konnten. Junge, gut ausgebildete Personen sind in der Umfrage deshalb übervertreten. Der Autor ist sich bewusst, dass dies die Repräsentativität etwas einschränkt. Jedoch erstaunt es auch umso mehr, dass selbst bei einer Stichprobe, in der Akademiker übervertreten sind, kein besseres Verständnis über die Geldschöpfung vorhanden ist.

Weitere Studien könnten prüfen, ob die Antworten bei der Frage nach dem optimalen Geldsystem anders ausfallen, wenn die Menschen vorgängig darüber aufgeklärt werden, wie das gegenwärtige Geldsystem funktioniert. Die bisherigen Studien zeigen zudem, dass die Menschen weder in Deutschland, noch in England oder der Schweiz wissen, woher das Geld kommt. Daher wäre es spannend, diese Studien auf weitere Länder auszuweiten. Ebenso könnte diese Umfrage ausschliesslich bei Studierenden durchgeführt werden. Man könnte beispielsweise Psychologiestudierende und Wirtschaftsstudierende denselben Fragebogen vorlegen und schauen, ob sich Wirtschaftsstudierende erheblich besser auskennen oder nicht. Falls nicht, könnte man die wirtschaftliche Grundausbildung in Frage stellen.

8 Experteninterviews über die praktischen Auswirkungen der Vollgeld-Initiative auf die Schweiz

Obwohl die Vollgeld-Initiative immer mehr mediale Aufmerksamkeit erhält, ist eine öffentliche Diskussion zwischen den Befürwortern und Gegnern noch nicht zustande gekommen. Zu viele wichtige Parteien haben sich bis anhin der Debatte entzogen oder noch gar nicht erst eine offizielle Stellungnahme zum Vollgeld abgegeben. Die vorliegende Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag in diese Richtung, indem sie die Diskussion zwischen den betroffenen Interessengruppen in Gang setzt. So wird dem Leser ein Einblick in die in einem allfälligen Abstimmungskampf zu erwartende Argumentation der beiden Seiten gewährt. Diese Interviews machen es möglich, das Vollgeld einer kritischen Prüfung hinsichtlich seiner praktischen Auswirkungen zu unterziehen.

In Kapitel 6 wurde die historische Entwicklung des Vollgeldes erklärt. Es konnte gezeigt werden, dass mitunter dieselben Forderungen, die heute von den Vollgeld-Initianten gestellt werden, auch schon vor bald 100 Jahren von den namhaftesten Ökonomen gestellt worden sind. Der Leser kann dank dieser Ausführungen besser verstehen, von welchen historischen Gedanken die Vollgeld-Initiative geprägt wurde. Es sind aber nicht nur die Gedanken der Vollgeldreform, die sich über bald 100 Jahre hinweg gebildet haben, sondern auch unser heutiges Geldsystem hat sich über die Zeit hinweg immer enger mit der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur verwoben. Die Schweizerische Nationalbank[349] hält dazu folgendes fest: „Angesichts der grossen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Geldordnung ist es legitim und notwendig, diese immer wieder zu überprüfen. Allerdings ist zu beachten, dass die bestehende Ordnung historisch gewachsen ist und nicht von Grund auf umgestellt werden kann. Selbst gutgemeinte Verbesserungsvorschläge, die in der Theorie als funktionsfähig erscheinen mögen, können in der realen Welt schwerwiegende unbeabsichtigte Folgen haben“. So funktioniert das Geldsystem seit nunmehr 500 Jahren praktisch überall auf der Welt nach dem Prinzip des fraktionalen Reservesystems[350]. Auch wenn der Autor der dezidierten Meinung ist, dass das fraktionale Reservesystem ein problematisches System ist und daraus gewichtige Probleme erwachsen, muss in den Überlegungen miteinbezogen werden, dass die Schweiz das erste und bisher einzige Land auf der Welt wäre, das ein Vollgeldsystem einführt. Aufgrund dieser fehlenden empirischen Evidenz und der bisher zu wenig intensiv zustande gekommenen öffentlichen Debatte kann bislang nur vage abgeschätzt werden, welche

[349] Schweizerische Nationalbank (Interview, 16.12.2014)

[350] Huber & Robertson (2008, S. 7)

konkreten Folgen die Einführung von Vollgeld für die Schweiz haben würde. Trotz der edlen Bestrebungen, das Geldsystem in den Dienst der Menschen zu stellen und trotz der in der Theorie sehr verheissungsvollen Argumente ist nicht klar, welche praktischen Konsequenzen die Einführung von Vollgeld auf die Gesellschaft, Wirtschaft und den Bankenplatz der Schweiz hätte. So stellt sich die pragmatische Frage, ob ein diesbezüglicher Alleingang der Schweiz in einer globalisierten Welt sinnvoll ist. Es wurde daher die folgende Hypothese aufgestellt:

Hypothese 4: Wenn die Schweiz als einziges Land auf der Welt vom fraktionalen Reservesystem abkommt und ihre mitunter im globalen Wettbewerb agierenden Banken dem Vollgeldsystem unterstellt, hat dies unbeabsichtigte Nebenwirkungen für die Schweizerische Wirtschaft und Gesellschaft, so dass die Vollgeld-Initiative trotz ihrer in der Theorie zahlreichen, positiven Verheissungen einer praktischen Prüfung nicht standhält. Sie ist daher aus einer rein pragmatischen Betrachtungsweise heraus zur Ablehnung zu empfehlen.

Diese Hypothese wird getestet, indem die diesbezüglich wichtigsten Argumente der Befürworter und Gegner einander gegenübergestellt werden. Dies erlaubt dem Autor, die jeweiligen Argumente kritisch zu würdigen und eine Schlussfolgerung zu ziehen, wie sich die Annahme der Vollgeld-Initiative in der Praxis auswirken könnte.

8.1 Methodik und Versuchsaufbau

Im Gegensatz zur Bevölkerungsbefragung wurde bei den Interviews darauf geachtet, dass es sich bei den Interviewpartnern um ausgewiesene Experten handelt, die sich mit dem heutigen Geldsystem und der Vollgeldreform bereits eingehend beschäftigt haben. Die Wahl der Interviewpartner zieht die unterschiedlichen Blickwinkel der von der Vollgeld-Initiative betroffenen Stakeholder mit ein. So leisten Vertreter der Wissenschaft, der Banken, der Schweizer Unternehmen, die Schweizerische Nationalbank, der internationale Währungsfonds und auch ein Vertreter des Initiativkomitees ihren Diskussionsbeitrag. Bei den Befürwortern konnten die folgenden Personen für ein Interview gewonnen werden:

- Dr. Michael Kumhof, langjähriger Professor an der Stanford Universität, heute stellvertretender Chef der Modellierungsabteilung im Forschungsdepartment des Internationalen Währungsfonds (IWF), Autor des Papers: „The Chicago Plan Revisited“, in welchem er die Ideen des 100%-Geldes auf die heutige Zeit übertrug und zu einem sehr

positiven Fazit gelangte. Er präsentierte seine Arbeit bereits ranghohen Mitgliedern der Bank of England, der FED, der SNB und Wissenschaftlern auf der ganzen Welt. Interviewort und Datum: Hochschule St. Gallen, 26. März 2014.

- Dr. Prof. Sergio Rossi, Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomie und Geldpolitik an der Universität Freiburg. Er ist regelmässiger Gast in TV- und Radiosendungen, wo er zu aktuellen ökonomischen Themen befragt wird und Mitglied diverser Gremien, die sich mit geldpolitischen Themen befassen. Er wurde mehrmals von Zeitungen über das Vollgeld interviewt. Die Interviewfragen hat er am 20. November 2014 per Email beantwortet.
- Thomas Mayer, Kampagnenleiter der Vollgeld-Initiative. Er nahm zu den Gegenargumenten der Vollgeld-Kritiker Stellung. Die Fragen hat er am 29. Dezember 2014 per Email beantwortet.

Bei den Gegnern konnten Interviews mit den folgenden Experten geführt werden:

- Dr. Prof. Jörg Baumberger, Titularprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen, Verfasser des Positionspapieres „Leere Vollgeld-Hoffnungen“ im Namen von „Avenir Suisse“. Interviewort und Datum: Hochschule St. Gallen, 18. November 2014.
- Economiesuisse, Dachverband der Schweizer Unternehmen, Interview geführt mit Herr Dr. Fabian Schnell. Interviewort und Datum: Zürich, 27. November 2014.
- Schweizerische Nationalbank (SNB), die SNB hat bisher in der Öffentlichkeit noch keine Stellung zum Vollgeld bezogen und versteht ihre Antworten daher lediglich als Diskussionsbeitrag. Sie will damit zur Klärung von Sachfragen beitragen. Die Interviewfragen konnten am 04. Dezember 2014 per Email an Frau Irma Cruz gerichtet werden.
- Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg), Spitzenverband des Schweizerischen Finanzplatzes, Interview geführt mit Herr Dr. Martin Hess, Leiter der Wirtschaftspolitik und Mitglied der Direktion. Interviewort und Datum: Bern, 04. Dezember 2014.

Für das Interview wurde die Methode der qualitativen, persönlichen Befragung mittels offener Fragen gewählt. Diese Methode gibt dem Interviewer einen grossen Spielraum, individuell auf den Befragten einzugehen, bei Unklarheiten nachzufragen und so tiefgründige Erkenntnisse aus einer Person herauszuholen und neue Denkanstösse zu gewinnen. Als Nachteil ist die aufgrund

der tiefen Stichprobenzahl und der Selektion der Interviewpartner nicht gegebene Repräsentativität zu nennen[351]. Die Themen der Interviews waren das fraktionale Reservesystem, die damit einhergehenden Probleme, Fragen über die ethische Legitimation der Bankengeldschöpfung, allgemeine Fragen zum Vollgeld und dessen praktische Auswirkungen auf die schweizerische Wirtschaft sowie spezifische Fragen zu den von den Vollgeld-Initianten genannten Hauptvorteilen des Vollgeldes. Der entsprechende Gesprächsleitfaden ist im Anhang 10.4 ersichtlich. Um die Qualität der Antworten zu erhöhen, wurde der Fragebogen den Interviewpartnern vorgängig zugestellt. Als einzigem wurde dem Kampagnenleiter der Vollgeld-Initiative, Herr Thomas Mayer, ein anderer Fragebogen vorgelegt. So wurde ihm die Gelegenheit gegeben, zu den wichtigsten von den Vollgeld-Gegnern geäusserten Argumenten Stellung zu nehmen. Die Interviews dauerten jeweils ein bis zwei Stunden und wurden auf Tonband aufgezeichnet. Die entsprechenden Tonaufnahmen sind der Arbeit auf CD gebrannt beigelegt. Die Schweizerische Nationalbank, Enzo Rossi und Thomas Mayer konnten nur schriftlich per Email interviewt werden. Ihre Antworten befinden sich ebenfalls auf der gebrannten CD. Aus jedem einzelnen Interview wurde eine nach Themen gegliederte Zusammenfassung erstellt, welche schlussendlich in eine ausführliche Gesamtzusammenfassung sämtlicher Interviewantworten überführt wurde. Diese spannende Gesamtdiskussion ist in Anhang 11.6 zu finden. Wichtige Themen daraus werden auf den nächsten Seiten diskutiert.

8.2 Resultate der Experteninterviews

In diesem Abschnitt werden die Argumente der Vollgeld-Gegner denjenigen der Vollgeld-Befürworter gegenübergestellt. Wegen der besseren Übersichtlichkeit sind die Argumente der Vollgeld-Befürworter kursiv geschrieben. Zuerst wird auf die generellen Ansichten der Interviewpartner zur Vollgeld-Initiative eingegangen. Danach erhält der Leser einen Einblick in die kontroverse Diskussion zur Frage, wie die Finanzmärkte auf die Einführung von Vollgeld reagieren würden. In einem nächsten Schritt wird ein Ausblick auf die vermuteten Auwirkungen auf die Kreditzinsen, die Bankgebühren und die Kreditmenge gegeben. Abgeschlossen wird das Kapitel durch einen Einblick in die Diskussion über die Unabhängigkeit der Zentralbank und die damit verbundene Inflationsgefahr gewährt.

[351] Ter Hofte-Fankhauser & Wälty (2012, S. 58-59)

8.2.1 Generelle Ansichten zur Vollgeld-Initiative

Herr Hess findet es wichtig, dass man nach jeder Krise alles durchleuchtet und anschaut. Bei der Komplexität der Vollgeld-Initiative sieht er jedoch die Gefahr, dass eine sachlich-seriöse Abstimmungsdiskussion nicht möglich ist. Es würden deshalb wohl vor allem Stellvertreterdiskussionen geführt werden. So ginge es bei der Abstimmung möglicherweise nur noch darum, wie sympathisch oder unsympathisch einem die Banken sind. Für ihn würde die Annahme der Vollgeld-Initiative jedoch eine Revolution darstellen, die das heutige Bankensystem zum implodieren bringen würde. Das Vollgeld ist für ihn, wie wenn man eine Autobahn hat, aber nicht darauf fahren darf. Er vergleicht das System mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Autobahn. Wenn die Tempolimite dort 50 ist, macht eine Autobahn keinen Sinn, dafür ist das System, also die Autobahn sicher. Das Risiko wird zwar minimiert, und Bankenkrisen gäbe es keine mehr. Aber das System wird nicht optimiert, führt also zu einer ineffizienten Allokation von Kapital und schädigt den Wohlstand.

Herr Rossi ist ein Unterstützer der Vollgeld-Initiative, weil es ihm ein Anliegen ist, dass die Menschen aufgeklärt werden, dass ihr Geld auf dem Bankkonto im heutigen System risikobehaftet und gar nicht vollständig vorhanden ist. Diese öffentliche Diskussion will er unterstützen. Er würde hingegen bei einer Volksabstimmung gegen das Vollgeld stimmen, weil es in der Realität Krisen nicht verhindern und das System gar noch instabiler machen kann. Auch Herr Baumberger und Herr Schnell finden es wichtig, dass die Menschen über die Funktionsweise des Geldsystems aufgeklärt werden. Sie finden es deshalb gut, wenn dies klarer kommuniziert wird. Gemäss Herr Baumberger löst das Vollgeld zwar bestimmte Probleme, es tut dies aber sehr radikal. Für die SNB ist die Einführung des Vollgeldes ein gigantisches Experiment, das einen fundamentalen Umbau des Geldsystems bedingt. Da der Initiativtext ihrer Meinung nach einen relativ breiten Gestaltungsspielraum mit vielen interpretationsbedürftigen „Kann“-Bestimmungen enthält, gibt es viele offene Fragen betreffend der Umsetzung. Die SNB kann daher derzeit keine konkreten Aussagen zu den Auswirkungen der Vollgeld-Initiative machen.

Herr Kumhof und Herr Mayer widersprechen den Befürchtungen. Herr Kumhof erachtet das Vollgeld als eine gute Lösung, da es auf lange Sicht verspricht, dass unser Finanzsystem nie mehr dorthin kommt, wo es heute steht. Die Annahme der Vollgeld Initiative schätzt er derzeit aber als unrealistisch ein. Die Chancen für die Einführung von Vollgeld sieht er erst dann gegeben, wenn die Nationen und die Banken finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen. Dann wird der Widerstand der Regierungen und Finanzinstitute gering sein, weil sie einsehen, dass

alles nur noch besser werden kann. Dies könnte nach der nächsten Finanzkrise der Fall sein. Herr Mayer ist der Meinung, dass an der Vollgeldreform fast alle gewinnen. Es gäbe aber auch einige Verlierer und diese argumentieren natürlich gegen die Vollgeldreform. Er führt weiter aus, dass es in der Argumentation gegen die Vollgeld-Initiative viele Falschdarstellungen, vorgeschobene Argumente, Aufbauschungen und Emotionalisierungen gibt. So teilt er die Aussage nicht, dass das Vollgeld einen gigantischen Systemwechsel mit sich bringt. Mit der Vollgeldreform wird in Wahrheit nichts Neues erfunden. Dass der Staat das Geld erzeugt, ist eine Jahrtausende alte Idee. Und die praktische Umsetzung der Vollgeldreform geht relativ einfach. Die Vollgeld-Initiative ist daher gemäss Herr Mayer kein grosser Systemeingriff.

8.2.2 Reaktion der Finanzmärkte

Herr Kumhof und Herr Baumberger sehen in der Übergangsphase vom heutigen System in das Vollgeldsystem das grösste Problem, denn es hängt vieles von der Reaktion der Finanzmärkte ab. Herr Kumhof erklärt, dass es keine Probleme geben sollte, wenn die Finanzmärkte das Vollgeld ganz rational analysieren. Es sollte für jedermann klar ersichtlich sein, dass die entsprechende Nation durch die Einführung des Vollgeldes zu einer Ökonomie mit einem tiefen Schuldenstand und sehr solidem Staatshaushalt wird. Rein rational beurteilt würde das Vollgeldsystem den Franken viel sicherer machen. So würden wohl viele neue Anleger ihr Geld in den sicheren Schweizer Franken investieren. Aber Finanzmärkte haben ihre eigenen Gesetze und Erwartungen. Finanzmärkte sind nicht immer rational und beurteilen nicht immer alles richtig. Die Ignoranz oder die Tatsache, dass sie das Vollgeld nicht richtig verstehen, reicht dazu aus, Turbulenzen zu verursachen. So könnte das Geld aus dem betreffenden Land abgezogen werden, weil die Anleger dem Vollgeldsystem nicht vertrauen. Die Finanzmärkte haben die Macht, ihre eigenen Befürchtungen zur Realität werden zu lassen. Eine solche selbsterfüllende Prophezeiung könnte die Finanzmärkte zusammenbrechen lassen. Herr Baumberger ergänzt, dass der Schweizer Franken durch die Einführung des Vollgeldes entweder abstürzen, oder noch weiter ansteigen würde. Würde er steigen, so würde der SNB die Verteidigung des Euromindestkurses erheblich erschwert werden. Daher betrachten sowohl Herr Baumberger wie auch Herr Kumhof die Einführung von Vollgeld als ein Risiko, weil es für niemanden vorhersehbar ist, was genau passieren wird.

Herr Mayer beruhigt indem er sagt, dass die Nationalbank im Vollgeldsystem alle nötigen Werkzeuge zur Hand hat, um adäquat und wirkungsvoll auf Unvorhergesehenes zu reagieren. Sie kann daher im Vollgeldsystem einen Zusammenbruch der Schweizer Finanzmärkte jederzeit

verhindern. Er bestätigt, dass das Vollgeldsystem die Gefahr eines starken Devisenzuflusses und damit verbundenem Aufwertungsdruck auf den Schweizerfranken mit sich bringt. Dann müsste die Nationalbank den Wechselkurs wie bislang durch Aufkäufe stabilisieren. Die SNB kann solche Auslandswährungen in unbegrenzter Menge aufkaufen. Um den übermässigen Geldzufluss zu stoppen, könnten zusätzlich Negativzinsen für ausländische Anleger oder Kapitalverkehrsbeschränkungen eingeführt werden. Und falls die Finanzmärkte in ihrer Irrationalität aus dem Schweizer Franken fliehen, so kann das der Nationalbank nur recht sein, da sie dann den Wechselkurs nicht mehr stützen muss. Stattdessen kann sie damit beginnen, ihre grossen Devisenbestände abzubauen.

8.2.3 Auswirkungen auf Zinsen, Bankgebühren und Kreditmenge

Die Herren Hess, Schnell und Baumberger erinnern daran, dass die Banken den Kunden Dienstleistungen wie beispielsweise die kostenlose Abwicklung des Zahlungsverkehrs anbieten. In einem Vollgeldsystem hätte die Bank keinen Anreiz mehr, den Zahlungsverkehr gratis anzubieten. Der inländische Zahlungsverkehr würde dadurch zusammenbrechen. Es bräuchte in der Folge den Service Public, um den Zahlungsverkehr sicherzustellen.

Herr Mayer entgegnet, dass die Vollgeldreform keine direkten Auswirkungen auf die Kontogebühren hat und sich daher auch nichts Definitives über die Auswirkungen auf die Bankgebühren sagen lässt. Der Markt beziehungsweise der Wettbewerb unter den Dienstleistungsanbietern bleibt auch im Vollgeldsystem bestehen, so dass die Kontogebühren nicht zu stark ansteigen sollten. Aber selbst dann, wenn die Banken die Kontoführung nicht mehr gratis anbieten würden, sollte die Mehrbelastung für die Kunden nicht mehr als etwa 6 bis 12 Franken pro Monat betragen. Solche Kontogebühren sind in den meisten Industrieländern bereits heute üblich und wären für die Kunden verkraftbar. Gerade wenn man bedenkt, dass die Kunden dafür von 100 Prozent sicherem Geld profitieren.

Herr Baumberger, Herr Hess und Herr Schnell sehen dies wesentlich weniger optimistisch. Wenn eine Bank ihren Kunden für jede Zahlung Kosten berechnet, so würden die Kunden zu ausländischen Banken wechseln oder ihre Gelder im Ausland zu günstigeren Konditionen verwalten lassen. Herr Schnell findet, dass den Banken auch das Kreditgeschäft durch den Wechsel auf das Vollgeldsystem erschwert würde. Herr Hess und Herr Rossi argumentieren weiter, dass die Zinsen auf Kredite respektive die Zinsschwankungen durch die Vollgeldreform steigen wür-

den. Diese Befürchtungen führt Herr Hess weiter aus. So erklärt er, dass das Schweizer Bankensystem wegen der Einführung von Vollgeld im internationalen Wettbewerb nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Ihre Kredite würden sich die Bankkunden im Ausland zu günstigeren Konditionen besorgen. So würde sich die Schweiz durch den Wechsel auf das Vollgeldsystem vom internationalen Finanzgeschäft selber ausschliessen. Als Reaktion darauf müssten die Banken ihre Kredittätigkeit notgedrungen einstellen, was Arbeitsplatzverluste zur Folge hätte. Weil die Banken ihre Kredittätigkeit einstellen würden, müsste eine staatliche Bank diese Aufgaben übernehmen. Wenn jedoch Staatsbeamte über die Kreditvergabe entscheiden so würde dies zu extrem vielen Fehlinvestitionen führen.

Herr Mayer entgegnet dem, dass es nicht die Aufgabe der Geldpolitik ist, unrentable Projekte zu verhindern. Dies muss von den jeweiligen demokratischen Gremien oder durch Referenden erledigt werden. Er versichert aber, dass alle einzelnen Kredite auch im Vollgeldsystem von den Banken vergeben werden. Keinesfalls werden die Banken nach der Vollgeldreform verstaatlicht. Die Nationalbank ist im Vollgeldsystem gar explizit beauftragt, zu gewährleisten, dass die Banken ausreichend Kredite vergeben können. Wenn eine Bank am Geldmarkt nicht genügend Geld erhält, kann sie sich an die Nationalbank wenden. Nach sorgfältiger Prüfung aller ihr zur Verfügung stehenden Informationen entscheidet die Nationalbank, ob ein gesamtwirtschaftlicher Bedarf besteht und die Geldmenge somit erhöht werden soll. So können mögliche Kreditklemmen in der Realwirtschaft jederzeit von der Nationalbank verhindert werden. Herr Kumhof bestätigt zwar, dass sich die Kreditmenge im Vollgeldsystem etwas reduzieren würde. Dies findet er jedoch gut und nötig, weil die Kreditmenge im heutigen System in gewissen Sektoren übermässig ausgeweitet wird. Die Gefahr einer Kreditklemme sieht er jedoch nicht. Er ist auch nicht der Meinung, dass die Banken ihre Tätigkeit einstellen würden.
Herr Kumhof und Herr Mayer sehen zudem nicht, warum die Zinsen im Vollgeldsystem steigen sollten. Weil sich durch den Wechsel auf das Vollgeldsystem die öffentliche und private Verschuldung reduziert, würden die Risikoprämien sinken. Damit würde sich auch das generelle Zinsniveau senken. Herr Mayer erwähnt zwar, dass die Auswirkungen auf das Zinsniveau sehr schwierig vorhersehbar sind, da diese am Markt gemäss Angebot und Nachfrage gebildet werden. Er ist aber der Meinung, dass durch den direkten Wettbewerb der freien Marktwirtschaft die Banken weiterhin gezwungen sind, Kredite zu günstigen Konditionen anzubieten. Die Banken in der Schweiz hätten durch die Einführung von Vollgeld gar einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Ausland. Mit dem fortan sichersten Geld der Welt könnten neue Kunden im Bereich der Vermögensverwaltung gewonnen und somit auch neue Arbeitsplätze in diesem Be-

reich geschaffen werden. Im spekulativen Investment-Banking hingegen würden seiner Meinung nach Arbeitsplätze abgebaut, weil die Banken das dafür benötigte Geld nicht mehr selber erfinden können. Herr Kumhof findet zudem, dass die Banken kleiner werden und damit auch ihre Gewinne sinken. Trotzdem könnten die Renditen steigen: Als Grund dafür nennt er, dass das makroökonomische Umfeld im Vollgeldsystem besser ist, wodurch das Kreditrisiko reduziert wird und sich die Renditen auf das Eigenkapital erhöhen.

8.2.4 Unabhängigkeit der Nationalbank und Inflation

Herr Hess, Herr Baumberger und Herr Schnell erläutern, dass die Nationalbank heute unabhängig ist und man sie einfach in Ruhe lässt. Sie steht nicht im Fokus der Medien und sucht diesen auch nicht. Im Vollgeldsystem legt die Nationalbank fest, wie viel Geld in die Wirtschaft kommt. Alle Lobbyorganisationen werden Schlange stehen, um den grössten Teil des Geldes für sich zu bekommen. Das Direktorium der Nationalbank (Jordan, Danthine, Zurbrügg) würde permanent in der Presse sein. Es wird einen extremen politischen Druck auf die Nationalbank geben. Die Unabhängigkeit ist das höchste Gut der Nationalbank. Diese würde in einem Vollgeldsystem verloren gehen. Eine rechtlich unabhängig gestellte Monetative hin oder her - was das Gesetz sagt, spielt dabei für Herr Baumberger keine Rolle. Der Druck auf die Zentralbank und die Empörung der Öffentlichkeit und Politik wären im Vollgeldsystem enorm, wenn die Zentralbank in wirtschaftlich guten Zeiten die Geldmenge drosseln würde. Der Staat, die Kantone und die Wirtschaft planen fest mit dem neuen Geld. Es ist gemäss Herr Baumberger ein politökonomischer Widerspruch, zu glauben die Zentralbank sei noch unabhängig, wenn sie gleichzeitig den Staat finanziert. So fürchten sich alle Vollgeld-Kritiker davor, dass das Vollgeldsystem zu verschwenderischen Staatsausgaben und Inflation führen würde.

Für Herr Mayer geht aus den vorangehenden Äusserungen ein fundamentales Misstrauen gegenüber der Demokratie und deren Institutionen hervor. So erklärt er, dass die Nationalbank im Vollgeldsystem von der Regierung rechtlich völlig unabhängig ist wie ein Gericht, klaren gesetzlichen Vorgaben folgt und die Geldmenge nicht aufgrund der Bedürfnisse der Regierung sondern allein aus geldpolitischen Überzeugungen festlegt. Es seien viele öffentliche Institutionen, die trotzdem unter versuchter Beeinflussung durch Interessengruppen stehen. Dies gelte aber für Gerichte oder Bauämter genauso wie für die Nationalbank. Laut dem Verfassungstext der Vollgeld-Initiative kann die Nationalbank neues Geld in Umlauf bringen, indem sie dieses dem Bund, den Kantonen oder direkt den Bürgerinnen und Bürgern übergibt. Um jährlich wiederkehrende Diskussionen über die Geldverteilung zu vermeiden, sollte im Nationalbankgesetz eine fixe Aufteilung geregelt sein, wie zum Beispiel dass je ein Drittel an Bund, Kantone und

Bürgerinnen und Bürger geht. Wie das Geld konkret verwendet wird, müssen die jeweiligen demokratischen Gremien entscheiden. Das liegt nicht in der Kompetenz der Nationalbank. So sagt er weiter, dass die Nationalbank seit über 100 Jahren Nationalbank seriös und zuverlässig arbeitet. Er findet es absurd zu unterstellen, sie würde plötzlich damit beginnen, systematisch die Gesetze zu brechen. Die Überlassung der Geldschöpfung an den Markt ist für ihn auf jeden Fall die schlechtere Alternative, weil die Interessengruppen dort freies Spiel haben und sich die Stärkeren durchsetzen.

Von den Vollgeld-Kritikern wurde als weiterer Kritikpunkt die Angst vor einer erhöhten Inflation genannt. Diesen Befürchtungen entgegnet Herr Kumhof, dass es historisch nicht wahr ist, dass Regierungen mehr Inflation erzeugen als Banken. So sagt er, dass sich die Kreditmenge im heutigen System genauso inflationär ausweitet und dies gerade deshalb nötig sei, damit nicht alles Geld in die Finanzmärkte abwandert sondern auch in die Realwirtschaft gelangt. Herr Mayer fügt hinzu, dass der Staat im heutigen System von den Banken Kredite in nahezu unbegrenzter Höhe zur Verfügung gestellt bekommt. Dies ist nur möglich, weil die Banken das dazu benötigte Geld selber herstellen können. Im Vollgeldsystem können die Banken jedoch nur noch so viel Geld verleihen, wie ihnen über Einlagen von Kunden zur Verfügung gestellt wird. Inflation kann daher erst mit dem Vollgeldsystem nachhaltig verhindert werden. Er geht noch weiter indem er sagt, dass im Vollgeldsystem "Null" monetäre Inflation möglich wird. Er verweist dabei auf das Ergebnis der von Michael Kumhof verfassten Studie (Benes & Kumhof, 2012).

Herr Hess sieht hingegen nicht ein, wie die drei Personen des Direktoriums der SNB (Danthine, Jordan, Zurbrügg) in einem Vollgeldsystem bessere Entscheidungen treffen sollen als es der Markt im heutigen System tut. Die SNB fügt hinzu, dass auch ein Vollgeldsystem die Zentralbank nicht vor allfälligen Fehleinschätzungen bewahren kann.

Herr Mayer entgegnet darauf, dass die Nationalbank die volkswirtschaftlichen Daten erfasst, die besten Statistiken und so den besten Überblick über die Wirtschaft und die Finanzmärkte hat. Sie kann ihre Geldpolitik daher laufend auf tägliche Veränderungen anpassen. Zudem folgt sie einem klaren gesetzlichen Auftrag und arbeitet aus volkswirtschaftlicher Gesamtverantwortung heraus. Einzelne Banken hingegen richten sich nicht nach den volkswirtschaftlichen Daten, sondern agieren aus einem eingeschränkten betriebswirtschaftlichen Blickwinkel. Er ist daher klar der Meinung, dass die Zentralbank im Vollgeldsystem bessere Entscheidungen trifft als die Banken im heutigen System.

Herr Rossi und Herr Baumberger erachten es als ein Problem, dass das Geld im Vollgeldsystem durch den Staat in Umlauf gebracht wird. Sie begründen dies damit, dass die demokratisch-parlamentarische Entscheidung, für was das Geld verwendet werden soll sehr lange dauert. So käme das Geld gemäss Herr Rossi zur falschen Zeit oder es wäre zu wenig Geld für dringend benötigte Investitionen im Wirtschaftssystem. Herr Schnell und Herr Kumhof fügen hinzu, dass der grosse Vorteil des heutigen Systems seine Flexibilität ist. So können die Banken dank ihrer Fähigkeit zur Geldschöpfung sehr schnell und flexibel auf kurzfristige Schwankungen der Kreditnachfrage reagieren.
Herr Mayer stellt die Flexibilität des heutigen Systems nicht in Frage. Er sagt aber, dass das Vollgeldsystem genauso schnell und flexibel wäre. Die Zentralbank könnte jederzeit den Banken direkten, verzinsten Zentralbankkredit gewähren, wenn eine schnelle und flexible Anpassung der Geldmenge notwendig wird. Ausserdem argumentiert er, dass nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Investitionen keine Blitzentscheide benötigen, sondern jahrelang vorbereitet werden - ganz im Unterschied zur Finanzspekulation und dem Hochfrequenzhandel.

8.3 Diskussion der Experteninterviews

Es lässt sich generell festhalten, dass die Befürworter und die Gegner sich in vielen Punkten diametral widersprechen. Dies führt zu einer sehr kontroversen Diskussion: Die Gegner erachten das Vollgeld als eine Revolution oder ein gigantisches Experiment, das einen fundamentalen Umbau des Geldsystems bedingt, während die Befürworter von einer relativ einfachen Umsetzung und keinem grossen Systemwechsel reden. Rein theoretisch gesehen haben die Befürworter Recht. Es bräuchte nur einige Umbuchungen und der Systemwechsel wäre vollbracht. In der Praxis wiegen für den Autor jedoch die Argumente der Vollgeld-Kritiker schwerer. Seit 500 Jahren funktioniert das Bankenwesen überall auf der Welt nach dem Prinzip des fraktionalen Reservesystems und die Geldschöpfung ist ein wesentlicher Bestandteil des täglichen Geschäfts einer Bank. Zudem konkurrieren die Schweizer Banken mitunter mit ausländischen Banken. Der Autor erachtet es daher als gegeben, dass das Vollgeldsystem einen starken Einschnitt in die Geschäftstätigkeit einer Bank und in ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit bedeuten würde.
Es geht für den Autor zudem aus den Interviewantworten hervor, dass weder die Befürworter noch die Gegner vorhersagen können, wie die Finanzmärkte auf das Vollgeld reagieren. Es wird

gesagt, dass wenn die Finanzmärkte das Vollgeldsystem verstehen und sie es rein rational betrachten, so müssten sie zum Schluss kommen, dass die Schweiz ein Land mit solidem Staatshaushalt und tiefer Verschuldung ist. Durch die Einführung von Vollgeld hätte die Schweiz zudem das „sicherste Geld der Welt“. Ihr würden sodann neue Gelder aus dem Ausland zufliessen, was den Schweizer Franken weiter in die Höhe treiben würde. Der Autor möchte hierbei jedoch anfügen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich heute schon eines der solidesten und sichersten Länder mit tiefer Staatsverschuldung ist. Ausserdem erachtet er es angesichts der momentanen Frankenstärke als gefährlich für die Schweizer Exportwirtschaft, wenn sich der Franken noch weiter aufwerten würde. Die Vollgeld-Befürworter argumentieren, die Schweizerische Nationalbank könne dieser Aufwertung mit unbegrenzten Devisenkäufen entgegenwirken. Darauf möchte der Autor entgegnen, dass die Schweizerische Nationalbank dies zum Zeitpunkt des Interviews tat - dies inzwischen jedoch nicht mehr tut. So ist der Autor der Meinung, dass wenn die Schweizerische Nationalbank problemlos unbegrenzt Devisen aufkaufen könnte, so hätte sie den Euromindestkurs vermutlich nicht aufgehoben. Wenn es in der Realität so herauskommt, dass der Schweiz aufgrund der Umstellung zum Vollgeld viel neues Geld zufliesst, so würden diese Devisenzuflüsse nach Ansicht des Autors ein ernsthaftes Problem für die Schweiz darstellen.
Als realistischer erachtet der Verfasser dieser Zeilen hingegen das Argument, dass die Finanzmärkte die Vollgeldreform nicht wirklich verstehen oder ihre Auswirkungen nicht prognostizieren können und der Wechsel zum Vollgeldsystem für sie daher vor allem eines bedeutet: Ein neuer Unsicherheitsfaktor in einer turbulenten, komplexen Welt. Die von Befürwortern und Gegnern genannten Folgen reichen von positiven Auswirkungen für die Schweiz aufgrund eines sich abwertenden Frankens, bis hin zu einem Zusammenbruch des Banken- und Finanzwesens. Der Autor möchte als Zwischenfazit festhalten, dass ein sich aufwertender Schweizer Franken aufgrund des „sichersten Geldes der Welt“ für die Schweizer Wirtschaft verheerend wäre. Eine Abwertung des Frankens wäre grundsätzlich zu befürworten - jedoch nicht, wenn dies aufgrund eines generellen Vertrauensverlustes in das Schweizerische Vollgeldsystem passiert. Dann würden nämlich nicht nur die Bankkunden ihre Gelder aus der Schweiz abziehen, sondern auch die Investoren würden das unsichere Klima meiden. Aus diesem Blickwinkel und spezifisch für die Schweiz betrachtet, würde das Vollgeldsystem mehr Gefahren als Chancen mit sich bringen.

Nun soll diskutiert werden, wie sich die Einführung von Vollgeld in der Schweiz auf die Bankgebühren, die Zinsen und die Kreditmenge auswirken würde. Die Gegner sind der Meinung, dass sich die Bankgebühren genauso wie die Kreditzinsen durch das Vollgeld erhöhen würden.

Die Befürworter vertreten hingegen den Standpunkt, dass sich bezüglich der Auswirkungen auf die Bankgebühren und die Zinsen nichts Definitives aussagen lässt. Sie gehen aber davon aus, dass die Bankgebühren aufgrund des Wettbewerbs zwischen den Banken höchstens moderat ansteigen, die Zinsen wegen tieferer Risikoprämien sogar sinken könnten. Der Autor möchte ausführen, warum ihm die Argumentation der Gegner schlüssiger erscheint: Die Banken können in einem Vollgeldsystem kein eigenes Geld mehr herstellen, sondern müssen dieses am Markt gegen die Bezahlung eines Zinses auf den *vollen* Kreditbetrag aufnehmen. Folglich steigen ihre Finanzierungskosten stark an. Die Banken hätten fortan einen Kostennachteil gegenüber ihrer internationalen Konkurrenz. Huber[352] schreibt dazu, dass sich durch den Wechsel auf das Vollgeldsystem der Gesamtertrag der Banken um zirka einen Sechstel reduzieren würde. Es erscheint dem Autor daher wahrscheinlich, dass die Banken diese höheren Kosten zumindest teilweise in Form von höheren Zinsen und Bankgebühren an ihre Kunden weitergeben. In einer globalisierten Welt mit weitgehend freiem Kapitalverkehr ist es realistisch, dass die Bankkunden ihre Kredite zu günstigeren Zinskonditionen bei ausländischen Banken aufnehmen oder den Zahlungsverkehr von diesen gebührenfrei abwickeln lassen würden. Die Kreditvergabetätigkeit der Banken würde darunter leiden, was negative Auswirkungen auf die gesamte Schweizer Wirtschaft mit sich bringen würde. Der Finanz- und Wirtschaftsstandort der Schweiz würde geschwächt werden.

Als weiteren praktischen Einwand führen die Gegner schliesslich die Befürchtung an, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank im Vollgeldsystem verloren gehen würde. Im Vollgeldsystem übergibt nämlich die Zentralbank das neu geschöpfte Geld zins- und tilgungsfrei an den Staat. Dieser bringt das Geld über öffentliche Investitionen in Umlauf. Die daraus resultierenden Gewinne gehören dem Staat. Die Zentralbank finanziert demzufolge den Staat. Die Gegner argumentieren, dass die Politik und die Öffentlichkeit fest mit diesen Geldzuflüssen budgetieren und der Druck auf die Zentralbank damit so hoch würde, dass diese gar keine unabhängigen Entscheide mehr fällen könnte. Das Resultat wäre eine inflationäre Geldpolitik. Die Befürworter entgegnen diesen Ängsten, dass die Zentralbank rechtlich völlig unabhängig gestellt ist und die Geldmenge einzig und alleine nach ihren geldpolitischen Zielen und ihrem gesetzlichen Auftrage richte. Erst dieser Wechsel zum Vollgeldsystem erlaube, monetäre Phänomene wie Inflation wirksam zu verhindern. Aus Sicht des Autors stellt jedoch weniger die Art und Weise wie das neue Geld in den Wirtschaftskreislauf kommt ein Problem dar, sondern vielmehr, wie die Geldmenge wieder reduziert werden könnte. Huber[353] sagt dazu, dass die Zentralbank der

[352] Huber, 2013, S. 139

[353] Huber, 2013, S. 159

Wirtschaft Geld wieder entzieht, indem der Staat einen Teil seiner Steuereinnahmen an die Zentralbank abzweigt und diese Gelder dadurch vernichtet werden. Übersetzt heisst dies, dass wenn die Zentralbank den Märkten Geld entziehen will, so werden die Staaten doppelt „bestraft“. Einerseits bleiben die fest budgetierten Einnahmen aus der Geldschöpfung aus und zusätzlich müssen auch noch die Steuereinnahmen an die Zentralbank abgeliefert werden, welche dieses Steuergeld sodann vernichtet. In diesem Fall finanziert nicht die Zentralbank den Staat, sondern der Staat die Zentralbank. Die fix eingeplanten Staatsbudgets müssten heruntergefahren werden. Darin sieht der Autor ein weiteres, praktisches Problem des Vollgeldsystems.

Dies führt ihn zu seinem persönlichen Fazit über die Sinnhaftigkeit der Durchführung einer Vollgeldreform. Die Vollgeldreform verheisst in der Theorie glaubhaft und schlüssig einen gestärkten und sicheren Finanzplatz – währenddessen in der Praxis vermutlich das Gegenteil des eigentlich bezweckten passieren würde. Der Grund dafür liegt nicht etwa an konzeptionellen Schwächen des Vollgeldsystems, sondern vielmehr darin, dass ein solcher Systemwechsel einem einzelnen Land seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber den ausländischen Finanzinstituten nehmen würde. Das Vollgeldsystem wäre ein gutes System. Es ist auch praxistauglich – aber nur dann, wenn es international koordiniert von mehreren Ländern gemeinsam eingeführt wird. Er möchte deshalb abschliessend festhalten, dass eine Einführung von Vollgeld in der Praxis unbeabsichtigte Nebenwirkungen für die Schweizerische Wirtschaft und Gesellschaft nach sich ziehen würde, so dass die Vollgeld-Initiative trotz ihrer in der Theorie zahlreichen, positiven Verheissungen einer praktischen Prüfung nicht standhält und daher aus einer rein pragmatischen Betrachtungsweise heraus zur Ablehnung zu empfehlen ist. Die in Kapitel 8 aufgestellte Hypothese ist demzufolge zu bestätigen.

9 Persönliches Gesamtfazit

Die Vollgeld-Initiative will das fraktionale Reservesystem abschaffen. Das fraktionale Reservesystem ist nach Ansicht des Autors ein fehlkonstruiertes und den Prinzipien solider, ethischer Geschäftsführung widersprechendes System. Die Banken versprechen, die Giroguthaben der Kunden jederzeit und vollumfänglich in Bargeld umtauschen zu können - wohlwissend, dass das Bargeld nur einen kleinen Bruchteil des Giralgeldes beträgt und es demzufolge bei einer leicht erhöhten Nachfrage unmöglich wird, diesem Versprechen nachzukommen. Die Kunden wissen um dieses Spekulationsgeschäft, weshalb sie in einer Vertrauenskrise ihre Geldbestände schnellstmöglich in Sicherheit bringen wollen. Ohne staatliche Interventionen entsteht daraus ein panikartiger Bank-run, der die Bank zusammenbrechen lässt und die Ersparnisse der Kunden auf einen Schlag zerstört. So basiert das Geschäftsmodell des fraktionalen Reservesystems darauf, dass die hart erarbeiteten Ersparnisse der Kunden ganz bewusst einem Verlustrisiko ausgesetzt werden.

Die Kreditvergabetätigkeit der Banken bestimmt aber auch, mit wie viel Geld die Wirtschaft versorgt wird. Da die Bereitschaft zur Kreditvergabe von den Profiterwartungen abhängig ist, wird die Wirtschaft in Hochphasen mit Geld überversorgt, währenddessen sie in Krisenzeiten monetär auszutrocknen droht. So begünstigt das gegenwärtige System Spekulationsblasen genauso wie es Krisen verstärkt. Dieses System gibt dem Bankensektor als einzigem Sektor die Möglichkeit, mit selbst erzeugtem Geld Geschäfte zu machen. Dies privilegiert ihn gegenüber den Nichtbanken, denen diese Möglichkeit nicht offensteht. Benötigen beispielsweise Staaten Geld, so sind sie gezwungen, sich bei den Finanzinstituten zu verschulden. Die daraus entstehenden, stetig zunehmenden Zinskosten werden vom Bürger über die Steuergelder getragen. Angesichts der vorangehenden Ausführungen ist es auch nicht verwunderlich, dass die vom Autor durchgeführte Bevölkerungsbefragung gezeigt hat, dass nur gerade 4 % der befragten Personen ein System als optimal erachten, in dem die Mehrheit des Geldes von privaten, gewinnorientierten Unternehmen erschaffen wird. Hingegen fänden es 78 % der Teilnehmer ideal, wenn die Geldschöpfung vollumfänglich dem Staat respektive der Zentralbank obliegen würde.

Diesem Wunsch kommt das Vollgeldsystem nach. So entzieht es den Banken die Möglichkeit zur Geldschöpfung und übergibt dieses Vorrecht ausschliesslich der unabhängig gestellten Zentralbank. Das neu geschöpfte Geld übergibt diese zins- und tilgungsfrei an den Staat, welcher das Geld über öffentliche Ausgaben in Umlauf bringt. Der daraus erzielte Geldschöpfungsgewinn gehört dem Staat und seinen Bürgern. Die Staaten können sich dadurch aus ihrer stetig steigenden Schuldenlast befreien. Das Vollgeld befindet sich als krisensicheres Geld jederzeit

im alleinigen Eigentum des Besitzers, sicher aufbewahrt ausserhalb der Bankbilanz. Bank-runs werden dadurch verunmöglicht. Zudem ist es den Banken nicht mehr möglich, über die Kreditvergabe neues Geld herzustellen. Stattdessen hat die Zentralbank stets die vollständige Kontrolle über die umlaufende Geldmenge. So kann Spekulationsblasen und einer in Krisenzeiten mit Geld unterversorgten Wirtschaft effektiv entgegengewirkt werden. Das Vollgeld verspricht somit, die aus dem fraktionalen Reservesystem erwachsenden Probleme zu lösen und den krisengeschüttelten Bankensektor zu einem grundsoliden Wirtschaftszweig zu machen. Das Geldsystem soll in den Dienst der Menschen gestellt werden. Dies ist ein edles Vorhaben. Verständlicherweise trifft daher die Idee, die alleinige Geldschöpfungshoheit an den Staat respektive die Zentralbank zu übergeben, in der Bevölkerung auf Anklang. So hat die Bevölkerungsbefragung gezeigt, dass 57 % der befragten Stimmberechtigten bei einer Abstimmung einem solchen System zustimmen würden. Um das in der Theorie weitgehend schlüssige und mit vielen Vorteilen verbundene Konzept einer praktischen Prüfung zu unterziehen, wurden Experteninterviews mit Befürwortern und Gegnern geführt.
Es zeigt sich dabei, dass die Einführung von Vollgeld in der Schweiz mit viel mehr Problemen verbunden ist, als es in der Theorie den Anschein macht. Die Grundproblematik liegt in der Praxis darin, dass die Schweiz als einziges Land auf der Welt das Vollgeldsystem einführen würde. Die Schweizer Banken dürften selber kein Geld mehr herstellen, die ausländischen Banken hingegen schon. Der Autor erachtet es als gegeben, dass dies mit höheren Finanzierungskosten für die Banken und einem erheblichen Nachteil im internationalen Wettbewerb einhergeht. Ebenso ist der Autor der Meinung, dass die Banken in der Praxis ihre gestiegenen Kosten auf die Kunden abwälzen, so dass diese höhere Bankgebühren und Kreditzinsen bezahlen müssen. In einer globalisierten Welt mit weitgehend freiem Kapitalverkehr besteht die Gefahr, dass die Kunden ihre Kredite bei ausländischen Banken zu günstigeren Zinskonditionen aufnehmen oder dass sie ihr Geld aus der Schweiz abziehen und stattdessen ihr Konto bei ausländischen Banken zu tieferen Gebühren halten. Dies könnte dem Schweizer Finanz- und Wirtschaftsstandort schaden.

Das Vollgeld an und für sich ist eine gute Idee und es sollte eingeführt werden – aber nicht nur in der Schweiz, sondern weltumspannend. In einer dem globalen Wettbewerb unterliegenden Welt hätte die Einführung des Vollgeldsystems zu viele negative Konsequenzen für ein einzelnes Land. Es würde sich gegenüber den ausländischen Konkurrenten selber empfindlich schwächen. Der Autor findet jedoch die durch die Vollgeld-Initiative in Gang tretende öffentliche Diskussion sehr wichtig, er würde bei einer Abstimmung aus oben genannten Gründen jedoch gegen das Vollgeld stimmen.

10 Literatur- und Quellenverzeichnis

Admati, A. & Hellwig, M. (2013). The bankers` new clothes. Princeton: Princeton University Press.

Baumann, J. (2013). *Einlagensicherung – kein Mittel gegen die Krise.* Abgerufen am 20. Januar 2015 von: http://www.srf.ch/news/wirtschaft/einlagensicherung-kein-mittel-gegen-die-krise

Benes, J. & Kumhof, M. (2012). *The Chicago Plan revisited. IMF working paper 12/202.* Washington: International Monetary Fund.

Berry, S., Harrison, R., Ryland, T., De Weymarn, L. (2007). Interpreting movements in broad money, *Bank of England Quarterly Bulletin*, 47(3), 376-388.

Blanchard, O. & Illing, G. (2009). Makroökonomie. München: Pearson Education Deutschland GmbH.

Brosius, F. (1998). SPSS 8. Professionelle Statistik unter Windows. Bonn: MITP-Verlag GmbH.

Bundesamt für Statistik BfS (2014). *Räumliche Verteilung: Agglomerationen, Stadt und Land.* Abgerufen am 29. November 2014 von http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/02/blank/key/raeumliche_verteilung/agglomerationen.html

Bundesamt für Statistik BfS (2012a): *BIP gemäss Produktionsansatz.* Abgerufen am 26.August 2014 von: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/04/02/01/key/bip_ gemaess_produktionsansatz.html

Bundesamt für Statistik BfS (2012b). *STAT-TAB: Die interaktive Statistikdatenbank.* Abgerufen am 05. August 2014 von http://www.pxweb.bfs.admin.ch/Dialog/varval.asp?ma=px-d-01-2A01&ti=St%E4ndige+und+nichtst%E4ndige+Wohnbev%F6lkerung+nach+institutionellen+Gliederungen%2C+Geschlecht%2C+Staatsangeh%F6rigkeit+und+Alter&path=../Database/German_01%20-%20Bev%F6lkerung/01.2%20-%20Bev%F6lkerungsstand%20und%20-bewegung/&lang=1&prod=01&openChild=true&secprod=2

Bundesamt für Statistik BfS (2000). *Eidgenössische Volkszählung 2000: Die Raumgliederungen der Schweiz.* Abgerufen am 01. Januar 2015 von: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.html?publicationID=1881

Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (1891). *Bundesbeschluss betreffend Revision von Art. 39 der Bundesverfassung.* Abgerufen am 18.12.2014 von: http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?id=10015402

Bundeszentrale für politische Bildung BPB (2010). *Grössere Finanzkrisen seit 1970.* Abgerufen am 26. August 2014 von: http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52625/finanzkrisen-seit-1970

Börse-Express (2014). *Draghi zündet die Bombe – ifo-Chef Sinn spricht von "Liquiditätsfalle".* Abgerufen am 10. Dezember 2014 von: http://www.boerse-express.com/pages/1480511/newsflow

Danthine, J. (2014). *Referat: Hat Bargeld eine Zukunft?* Abgerufen am 30. August 2014 von: http://www.snb.ch/de/mmr/speeches/id/ref_20140508_jpd/source/ref_20140508_jpd.de.pdf

Deutsche Bundesbank (2002): *Monatsbericht Dezember 2002.* Abgerufen am 26. August 2014 von: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/ Monatsberichte /2002/2002_12_monatsbericht.pdf?__blob=publicationFile

Deutsche Bundesbank (2013a): *Zeitreihe: Deutschland / Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt.* Abgerufen am 26. August 2014 von: http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomische_Zeitreihen/its_details_value_node.html?listId=www_s311_lr_bip&tsId=BBNZ1.A.DE.N.H.0000.L

Deutsche Bundesbank (2013b): *Monatsbericht Dezember 2013.* Abgerufen am 26. August 2014 von: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/ Monatsberichte/2013/2013_12_monatsbericht.pdf?__blob=publicationFile

Deutsche Bundesbank (2014). Geld und Geldpolitik. Frankfurt am Main: Deutsche Bundesbank.

Dohmen, C. (2013). *Vollgeld statt Buchgeld.* Abgerufen am 29. November 2014 von http://www.deutschlandfunk.de/vollgeld-statt-buchgeld.724.de.html?dram:article_id=233065

Dohms, H. G. (2015). *Quantitative Easing: So funktioniert der 1140-Milliarden-Plan.* Abgerufen am 24.01.2015 von: http://www.tagesschau.de/wirtschaft/ezb-anleihen-103.html

Dysen, B. (2014). *Positive Money Poll – Email your MP now!* Abgerufen am 15.10.2014 von: http://www.positivemoney.org/2014/08/7-10-mps-dont-know-creates-money-uk/

Esisuisse (2015). *Einlagensicherung.* Abgerufen am 15. Januar 2015 von http://www.e-sisuisse.ch

Famous Quotations on Banking (2014). *Presidents.* Abgerufen am 10.11.2014 von: http://www.themoneymasters.com/the-money-masters/famous-quotations-on-banking/

Finanzmonitor (2013). *Übersicht grösste Schweizer Banken.* Abgerufen am 15. Januar 2015 von http://www.finanzmonitor.com/geld-anlegen/schweizer-banken-liste-uebersicht-tabell/

Finanzen.ch (2015). *Profil Valiant Holding AG.* Abgerufen am 15. Januar 2015 von http://www.finanzen.ch/aktien/Valiant-Aktie

Fisher, I. (2007). 100% Geld (K. Karwat, Übers.). Kiel: Gauke (Originalwerk publiziert 1935).

Gabler, S. & Ganninger, M. (2010). Gewichtung. In C. Wolf & H. Best (Hrsg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse* (S. 143-164). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Galbiati, S. (2014). *Schweizer Banken wollen das Bargeld abschaffen.* Abgerufen am 08. Januar 2014 von: http://www.aargauerzeitung.ch/wirtschaft/schweizer-banken-wollen-das-bargeld-abschaffen-128047156

Ganslmeier, M. (2015). *Anleihenkäufe in den USA: Geglücktes Experiment?* Abgerufen am 24.01.2015 von: http://www.tagesschau.de/wirtschaft/ezb-anleihen-103.html

Guggenbühl, H. (2014). *Staatsschulden wachsen schneller als Wirtschaft.* Abgerufen am 15.12.2014 von: http://www.infosperber.ch/Artikel/Home/Europa-USA-Staatsverschuldung-Wachstum#

Huber, J. & Robertson, J. (2008): Geldschöpfung in öffentlicher Hand. Kiel: Gauke.

Huber, J. (2013). Monetäre Modernisierung. Zur Zukunft der Geldordnung: Vollgeld und Monetative (3. Aufl.). Marburg: Metropolis.

Hudson, M. (2011a). *Was sind Schulden?* Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Hudson, M. (2011b). *Der Krieg der Banken gegen das Volk.* Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Hungerbühler, R. (2010). *Medien und sprachregionale Unterschiede bei Abstimmungen.* Abgerufen am 30.11.2014 von http://www.nfp56.ch/d_portraet_resultate.cfm?Projects.Command=resultate&pid=17

Hypothekenbörse AG (2014). *Leitzinsen Schweiz und USA unverändert!* Abgerufen am 05.1.2015 von: http://www.hypotheken-boerse.ch/index.php/leitzinsen-schweiz-und-usa-bleiben-unveraendert/

Hypothekenbörse AG (2015). *Nationalbank hebt Mindestkurs auf und senkt Zins auf -0.75 Prozent.* Abgerufen am 21. Januar 2015 von: http://www.hypotheken-boerse.ch/index.php/nationalbank-hebt-mindestkurs-auf/

Hübner, G. (2014). *Risikofaktor Banken: Die tickende Zeitbombe der weltweiten Derivate.* Abgerufen am 20. Januar 2015 von: http://www.finanzen100.de/finanznachrichten/wirtschaft/risikofaktor-banken-die-tickende-zeitbombe-der-weltweiten-derivate_H842895196_74709/

Karwat, K. (2009): *Vom fraktionalen Reservesystem zur Monetative: Eine Darstellung in Bilanzform.* Abgerufen am 26. August 2014 von: https://static.squarespace.com/static/515eaee9e4b0daad6e7d3fac/t/51c7f5c1e4b02caa31fe468f/1372059073169/Karwat%20Klaus%20%27Vom%20Reservesystem%20zur%20Monetative.%20Darstellung%20in%20Bilanzen%27%20Sep%202009.pdf

Keister, T. & McAndrews, J. (2009). Why are banks holding so many excess reserves? *Federal Reserve Bank of New York Staff Report,* (380), 1-12.

Kloter, M. (2007). *Goldwährung.* Abgerufen am 29. August 2014 von: http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13742.php

Kuepper, J. (2012). *What is a bank reserve ratio? Bank reserve ratios and what they mean.* Abgerufen am 28. Oktober 2014 von http://internationalinvest.about.com/od/glossary/a/What-Is-A-Bank-Reserve-Ratio.htm

McLeay, M., Radia, A., Ryland, T. (2014). Money creation in the modern economy. *Bank of England Quarterly Bulletin,* 54(1), 14-27.

Perumal, P. (2014). *Government lies about inflation: It is not hoarders or monsoons, but rampant money creation that explains price rise over the decades.* Abgerufen am 21. Januar 2015 von: http://www.livemint.com/Opinion/n41Tonq0w15y4IJMINqJzJ/Government-lies-about-inflation.html

Plickert, P. (2014). *Ökonom Rogoff will Bargeld abschaffen.* Abgerufen am 08. Januar 2014 von: http://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/geld-ausgeben/nachrichten/oekonom-rogoff-will-bargeld-abschaffen-13274912.html

Reinhardt, D. (2014). *Staatliche Einlagensicherung: Sparer-Garantie gilt nicht für Strafzinsen.* Abgerufen am 20. Januar 2015 von: http://www.focus.de/finanzen/banken/in-der-zinsfalle-staatliche-einlagensicherung-sparer-garantie-gilt-nicht-fuer-strafzinsen_id_4299652.html

Schweizerische Nationalbank (2014a). *Glossar*. Abgerufen am 25. August 2014 von http://www.snb.ch/de/system/glossary#__G

Schweizerische Nationalbank (2014b). *Statistische Monatshefte August & Oktober 2014*, Abgerufen am 25. Oktober 2014 von http://www.snb.ch/de/iabout/stat/statpub/statmon/id/statpub_statmon_hist

Schweizerische Nationalbank (2014c). *Die aktuelle Banknotenserie – Kosten.* Abgerufen am 26. August 2014 von http://www.snb.ch/de/iabout/cash/current/id/cash_current_costs

Schweizerische Nationalbank (2014d). *Fragen und Antworten zur Geldpolitik.* Abgerufen am 28. Oktober 2014 von: http://www.snb.ch/de/ifor/public/qas/id/qas_gp_ums#t10

Schweizerische Nationalbank (2014e). *Geldmengendefinitionen.* Abgerufen am 27. August 2014 von: http://www.snb.ch/de/mmr/reference/monpol_monstat_definition/source/ monpol_monstat_definition.de.pdf

Schweizerische Nationalbank (2014f). *Geldmengenstatistik.* Abgerufen am 28.08.2014 von: http://www.snb.ch/ext/stats/statmon/pdf/defr/B2_Geldmengen.pdf

Schweizerische Nationalbank (2014g). *Unabhängigkeit, Rechenschaftspflicht und Verhältnis zum Bund.* Abgerufen am 15.12.2014 von: http://www.snb.ch/de/iabout/snb/org/id/snb_org_indep

Schweizerische Nationalbank (2014h). *Glossar Geldschöpfung.* Abgerufen am 15.01.2015 von: http://www.snb.ch/de/system/glossary#__G

Schweizerische Nationalbank (2007): *Historische Zeitreihen. Notenbankgeldmenge und Geldmengen M1, M2 und M3.* Abgerufen am 28.08.2014 von: http://www.snb.ch/de/mmr/ reference/histz_geldmengen_book/source/histz_geldmengen_book.de.pdf

Schweizerische Nationalbank (1995). *Die Revision der Geldmengenstatistik im Jahre 1995.* Abgerufen am 25. August 2014 von http://www.snb.ch/de/mmr/reference/monpol_monstat_revision/source/monpol_monstat_revision.de.pdf

Sheard, P. (2013). *Repeat after me: Bank cannot and do not "lend out" reserves (Standard & Poor`s Economic Research).* Abgerufen am 09.12.2014 von: http://www.positivemoney.org/2013/08/repeat-after-me-banks-can-not-and-do-not-lend-out-reserves-sp-report/

Siedenbiedel, C. (2012). *Wie kommt Geld in die Welt?* Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Statista (2013): *Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in jeweiligen Preisen von 1970 bis 2013.* Abgerufen am 26. August 2014 von: http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14397/ umfrage/deutschland-bruttoinlandsprodukt-bip/

Straubhaar, T. (2013). *Inflation gibt es nur noch in Geschichtsbüchern.* Abgerufen am 17. November 2014 von http://www.welt.de/wirtschaft/article121805628/Inflation-gibt-es-nur-noch-in-Geschichtsbuechern.html

Tagesanzeiger (2014). *Onlineumfrage: Hat die Vollgeldinitiative Ihre Unterstützung an der Urne?* Zürich: Tagesanzeiger.

Tagesanzeiger (2015). *SNB hebt Euromindestkurs auf.* Abgerufen am 15.01.2015 von: http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/SNB-hebt-Euromindestkurs-auf/story/17825151

Ter Hofte-Fankhauser, K. & Wälty, H. F. (2012). Marktforschung: Grundlagen mit zahlreichen Beispielen, Repetitionsfragen mit Antworten und Glossar. Zürich: Compendio Bildungsmedien AG.

United Nations (2014). *Traditionalists, Baby Boomers, Generation X, Generation Y (and Generation Z) Working Together.* Abgerufen am 10.08.2014 von: http://www.un.org/ staffdevelopment/pdf/Designing%20Recruitment,%20Selection%20&%20Talent%20 Management%20Model%20tailored%20to%20meet%20UNJSPF%27s%20Business%20 Development%20Needs.pdf

Gesetzestexte

BV: Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 9. Februar 2014), SR 101.

NBG: Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank, Nationalbankgesetz vom 3. Oktober 2003 (Stand am 1. März 2012), SR 951.11.

NBV: Verordnung zum Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank vom 18. März. 2004 (Stand am 1. Juli 2013), SR 951.131.

WZG: Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel vom 22. Dezember 1999 (Stand am 1. Januar 2007), SR 941.10.

11 Anhang

11.1 Zitate berühmter Persönlichkeiten über die Geldschöpfung[354]

Dieser Abschnitt soll aufzeigen, dass die Frage, wer unser Geld herstellen und kontrollieren soll, in der Geschichte stets ein intensiv debattiertes Thema war. Wenn den Zitaten auch der Kontext fehlt, so zeigen sie trotzdem auf, wie intensive Gedanken sich Staatsmänner, Bänker und Ökonomen schon vor langer Zeit über das Geldsystem gemacht haben. Heute, so hat der Autor das Gefühl, hört man nur noch sehr selten, dass sich Politiker öffentlich über die optimale philosophischen Grundlagen des Geldsystems Gedanken machen

- "Eigentlich ist es gut, dass die Menschen der Nation unser Banken- und Geldsystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh." - *Henry Ford, amerikanischer Industrieller, 1863-1947*

- "Gib mir die Kontrolle über das Geld und es ist mir egal, wer die Gesetze macht." - *Mayer Amschel Rothschild, Gründer der Rothschild-Banken-Dynastie, 1744-1812*

- "Die Wenigen, die das System verstehen, werden dermaßen an seinen Profiten interessiert oder so abhängig von seinen Vorzügen sein, dass aus ihren Reihen niemals eine Opposition hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, geistig unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne je Verdacht zu schöpfen, dass das System ihnen feindlich ist." -
Mayer Amschel Rothschild, Gründer der Rothschild-Banken-Dynastie, 1744-1812

- „Ich bin davon überzeugt, dass die Bankinstitute eine größere Bedrohung für unsere freiheitliche Ordnung darstellen als stehende Armeen… Sollte das amerikanische Volk je zulassen, dass private Banken erst durch Inflation, dann durch Deflation die Kontrolle über die amerikanische Währung erobern, werden die Banken und die in ihrem Umfeld entstehenden Unternehmen… die Menschen all ihres Reichtums berauben, bis ihre Kinder eines Tages auf dem Kontinent, den ihre Väter erobert haben, ohne ein Dach über dem Kopf aufwachen… Die Macht, Geld in Umlauf zu bringen, muss den Banken entrissen und an das

[354] U.a. aus: Famous quotations on banking (2014)

Volk zurückgegeben werden, dem sie von Rechts wegen zusteht“ -
Thomas Jefferson, 3. Präsident der USA im Jahre 1809

● “If congress has the right under the Constitution to issue paper money, it was given them to use themselves, not to be delegated to individuals or corporations”. -
Andrew Jackson, 7. Präsident der USA, 1767-1845

• “When a government is dependent upon bankers for money, they and not the leaders of the government control the situation, since the hand that gives is above the hand that takes. Money has no motherland; financiers are without patriotism and without decency; their sole object is gain”. - Napoleon Bonaparte, Emperor of France, 1815

• “The government should create, issue and circulate all the currency and credits needed to satisfy the spending power of the government and the buying power of consumers. By adoption of these principles, the taxpayers will be saved immense sums of interest. Money will cease to be master and become the servant of humanity”. - Abraham Lincoln, 16th US President, he created government issued money during the American Civil War and was assassinated, 1861

• “Banks lend by creating credit. They create the means of payment out of nothing“. -
Ralph M Hawtry, former Secretary of the British Treasury, 1879-1975

• “The study of money, above all other fields in economics, is one in which complexity is used to disguise truth or to evade truth, not to reveal it. The process by which banks create money is so simple the mind is repelled. With something so important, a deeper mystery seems only decent”. -
John Kenneth Galbraith, former professor of economics at Harvard, 1975

• “In the real world, banks extend credit, creating deposits in the process, and look for the reserves later”. - Alan R. Holmes, then Senior Vice President of the Federal Reserve Bank of New York, 1969

- „Wir werden niemals Nachhaltigkeit schaffen, während wir in das gegenwärtige Finanzsystem verstrickt sind“. – Dennis Meadows, Club of Rome, 2013.

- “It is argued by some that financial institutions would be free to instantly transform their loans from the central bank into credit to the non-financial sector. This fits into the old theoretical view about the credit multiplier according to which the sequence of money creation goes from the primary liquidity created by central banks to total money supply created by banks via their credit decisions. In reality the sequence works more in the opposite direction with banks taking first their credit decisions and then looking for the necessary funding and reserves of central bank money”. - Vitor Constancio, vice president of the ECB, 2011.

- “Der Zinseszinseffekt ist das achte Weltwunder”. –
Mayer Amschel Rothschild, Gründer der Rothschild-Banken-Dynastie, 1744-1812

- „Unser Geld bedingt den Kapitalismus, den Zins, die Massenarmut, die Revolte und schließlich den Bürgerkrieg, der zur Barbarei zurückführt. Wer es vorzieht, seinen eigenen Kopf etwas anzustrengen statt fremde Köpfe einzuschlagen, der studiere das Geldwesen.” - Silvio Gesell, Deutsch-Argentinischer Kaufmann, Begründer der Freiwirtschaftslehre, 1862 – 1930

- „Eine große Industrienation wird von ihrem Kreditsystem kontrolliert. Unser Kreditsystem liegt konzentriert in den Händen einiger Weniger. Wir sind zu einer der schlecht regiertesten, eine der am meist kontrollierten und dominierten Regierung der Welt geworden. Nicht länger eine Regierung der freien Meinung, nicht länger eine Regierung der Überzeugung und Wahlen der Mehrheit, sondern eine Regierung der Meinung und Zwang einer kleinen Gruppe dominierender Menschen”.
- Theodore Roosevelt, 26. Präsident der USA über die Gründung der Fed, 1912

- „Ich bin ein höchst unglücklicher Mann. Ich habe unbeabsichtigter Weise mein Land ruiniert. Eine große Industrienation wird nun von ihrem Kreditsystem beherrscht. Unsere Regierung basiert nicht länger auf der freien Meinung, noch auf der Überzeugung und des Mehrheitsbeschlusses, es ist nun eine Regierung, welche der Überzeugung und dem Zwang einer kleinen Gruppe marktbeherrschender Männer unterworfen ist”. - Woodrow Wilson,

28. Präsident der USA unterschrieb den Federal Reserve Act (Gesetz zur Gründung der Fed), 1913

- „Es gibt zwei Wege, eine Nation zu erobern und zu versklaven. Einerseits durch das Schwert. Andererseits durch Schulden". - John Adams, 2. Präsident der USA, 1735 – 1826

- „Der dritte Weltkrieg hat bereits begonnen – ein geräuschloser, aber deshalb nicht weniger unheilvoller Krieg. Es ist ein Krieg gegen den lateinamerikanischen Kontinent und gegen die gesamte Dritte Welt, ein Krieg um die Auslandsschulden. Seine schärfste Waffe ist der Zinssatz, und sie ist tödlicher als die Atombombe". –
Luis Ignacio Lula da Silva, Präsident Brasiliens, 2003 – 2011

- „99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als "nicht existent". Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirkliche ökologische Wende möglich". – Prof. Hans-Christoph Binswanger, schweizerischer Wirtschaftswissenschaftler, geboren 1929

- "Banking was conceived in iniquity and was born in sin. The Bankers own the Earth. Take it away from them, but leave them the power to create deposits, and with the flick of a pen they will create enough deposits to buy it back again. However, take it away from them, and all the fortunes like mine will disappear, and they ought to disappear, for this world would be a happier and better world to live in. But if you wish to remain slaves of the Bankers and pay for the cost of your own slavery, let them continue to create deposits". - Sir Josiah Stamp, then President of the Bank of England, second richest man in Britain, 1920

- "Money is a new form of slavery, and distinguishable from the old simply by the fact that it is impersonal - that there is no human relation between master and slave". - Leo Tolstoy, Russian writer.

- „Wenn der Staat Pleite macht, dann geht natürlich nicht der Staat Pleite, sondern seine Bürger". – Carl Fürstenberg, deutsch-jüdischer Bankier, 1850-1933

- „Jeder, der glaubt, dass exponentielles Wachstum in einer endlichen Welt für immer weitergehen kann, ist entweder verrückt oder ein Wirtschaftswissenschaftler."

- Kenneth Ewart Boulding (1910-1993), US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler

11.2 Fragebogen der Bevölkerungsbefragung – Deutsche Version

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen meiner **Masterarbeit an der Universität Zürich** führe ich diese Bevölkerungsbefragung bei Schweizer Stimmberechtigten durch.
Die Umfrage dauert **ca. 5 Minuten**.

Es werden Ihnen ein paar Fragen über die Funktionsweise des Geldes gestellt. Für die Beantwortung der Fragen ist **kein Vorwissen** nötig.
Lesen Sie die Fragen bitte genau durch und kreuzen Sie das an, was Ihrer Meinung nach am ehesten zutrifft.

Es ist wichtig, dass Sie jede Frage beantworten. Wenn Sie die Antwort nicht kennen oder die Frage nicht genau verstehen, dann kreuzen Sie bitte ‚weiss nicht' an. Die Umfrage ist selbstverständlich **vollkommen anonym**.
Es ist wichtig, dass Sie pro Frage nur eine Antwort ankreuzen – ausser dort, wo explizit geschrieben steht, dass mehrere Antworten erlaubt sind.
Nehmen Sie bitte nur einmal an der Umfrage teil.

Jede Beantwortung zählt und leistet einen wichtigen Beitrag für die Ergebnisse der Masterarbeit! Sehr froh bin ich daher, wenn Sie den Link zum Fragebogen an Ihre Familie und Freunde **weiterleiten könnten.**
Alternativ kann der Fragebogen auch ausgedruckt und per Post an mich retourniert werden (siehe Link zum Word Dokument am Ende der Umfrage).
Je durchmischter die Personen bezüglich Alter / Kanton / Geschlecht sind, desto besser!

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Silvan Nietlisbach

Für Fragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung:
silunietli@hotmail.com
+41 79 604 75 26

Masterarbeit
Universität Zürich
Institut für Banking and Finance

Silvan Nietlisbach
Haldenweid 26
6214 Schenkon
silunietli@hotmail.com
+41 79 604 75 26

Befragung zur Funktionsweise des Geldes

1. Sind Sie stimmberechtigt in der Schweiz (mind. 18 Jahre alt und Schweizer Bürger)?

☐ Ja
☐ Nein (dann brechen Sie die Umfrage bitte ab!)

2. Geben Sie bitte Ihr Geschlecht an

☐Weiblich ☐ Männlich

3. In welchem Kanton sind Sie stimmberechtigt?

☐ Aargau	☐ Appenzell Ausserrh.	☐ Appenzell Innerrh.
☐ Basel-Landschaft	☐ Basel-Stadt	☐ Bern
☐ Freiburg	☐ Genf	☐ Glarus
☐ Graubünden	☐ Jura	☐ Luzern
☐ Neuenburg	☐ Nidwalden	☐ Obwalden
☐ Schaffhausen	☐ Schwyz	☐ Solothurn
☐ St. Gallen	☐ Tessin	☐ Thurgau
☐ Uri	☐ Waadt	☐ Wallis
☐ Zug	☐ Zürich	

4. Wählen Sie bitte Ihre Alterskategorie:

☐ 18-33 Jahre ☐ 34-49 Jahre ☐ 50+ Jahre

5. Wohnhaft:

☐ Städtische Gegend (grössere Stadt oder direkt daran angrenzend)
☐Auf dem Land

6. Wie gut sind Ihre Kenntnisse im Finanz- und Bankenwesen?

☐ Sehr gut ☐ Gut ☐ Weniger gut ☐ Schlecht

Generelle Anmerkung: Unter Geld werden die Noten, Münzen und das elektronische Geld verstanden. Elektronisches Geld ist das Geld, das Sie nicht im Portemonnaie halten sondern das beispielsweise auf Ihrem Kontoauszug als Zahl ersichtlich ist.

7. *Interessiert* es Sie, woher unser Geld eigentlich kommt – sprich, wer unser Geld herstellt und wie es in die Wirtschaft kommt?

☐ Ja ☐ Nein

7.1 *Anmerkung: Bitte nur dann beantworten, falls Sie bei Frage 7 „Nein" angekreuzt haben*
Warum interessiert es Sie nicht, woher unser Geld kommt?
(MEHRERE Kreuze sind hier möglich.)

☐ Es ist zu kompliziert

☐ Wirtschaftliche Themen interessieren mich generell nicht

☐ Andere Gründe:

_____

_____

8. *Verstehen* Sie, woher unser Geld kommt – sprich, wer unser Geld herstellt und wie es in die Wirtschaft kommt?

☐ Ja, ich verstehe es sehr gut

☐ Ja, verstehe es eher gut

☐ Nein, ich verstehe es eher nicht

☐ Nein, ich verstehe es nicht

Anmerkung: Kreuzen Sie bei den folgenden Fragen die Antwort an, von der Sie glauben, dass sie am ehesten zutrifft!

9. Wer erschafft unser Geld?

☐ Der Staat oder die Schweizerische Nationalbank

☐ Die Geschäftsbanken (UBS, Credit Suisse, etc.)

☐ Beide

☐ Weiss nicht

9.1 *Anmerkung: Bitte nur dann beantworten, falls Sie bei Frage 9 „*Beide*" angekreuzt haben.*
Wer erschafft die MEHRHEIT unseres Geldes?

☐ Der Staat oder die Schweizerische Nationalbank

☐ Die Geschäftsbanken (UBS, Credit Suisse, etc.)

10. Wenn eine Geschäftsbank (UBS, Credit Suisse, etc.) einem Kunden einen Kredit gibt, entsteht neues Geld, das vorher noch nicht existierte.

☐ Ja, das stimmt

☐ Nein, das stimmt nicht

☐ Weiss nicht

11. Wenn alle Kunden einer Bank gleichzeitig ihr Geld abheben würden: Wäre dann für alle genügend Geld vorhanden?

☐ Ja

☐ Nein

☐ Weiss nicht

11.1 *Anmerkung: Bitte nur beantworten, falls Sie bei Frage 11 „*Nein*“ angekreuzt haben.*

Wie viel Prozent des Geldes wäre Ihrer Meinung nach bei der Bank tatsächlich vorhanden? (Persönliche Schätzung)

☐ Maximal 15%

☐ 16 bis 25% (maximal ein Viertel)

☐ 26 bis 50% (maximal die Hälfte)

☐ 51 bis 75% (maximal drei Viertel)

☐ Mehr als 75% (mehr als drei Viertel)

Anmerkung: Bei den folgenden Fragen gibt es kein „richtig“ oder „falsch“.

12. Wenn Sie sich ein optimales Finanzsystem vorstellen:
Wer sollte Ihrer Meinung nach unser Geld herstellen und verteilen dürfen?

☐ Eine öffentliche, dem Allgemeinwohl verpflichtete Institution

☐ Eine Gruppe privater, gewinnorientierter Unternehmen

☐ Beide

12.1 *Anmerkung: Bitte nur dann beantworten, falls Sie bei Frage 12 „*Beide*“ angekreuzt haben.*

Wer sollte die MEHRHEIT unseres Geldes herstellen und verteilen dürfen?

☐ Eine öffentliche, dem Allgemeinwohl verpflichtete Institution

☐ Eine Gruppe privater, gewinnorientierter Unternehmen

13. Wären Sie mit einem System einverstanden, in dem Banken mehr Geld verleihen dürfen, als sie tatsächlich besitzen?

☐ Ja

☐ Nein

☐ Weiss nicht

14. Haben Sie das Gefühl, die Banken haben einen zu grossen Einfluss auf die Wirtschaft und die Gesellschaft?

☐ Ja

☐ Nein

☐ Weiss nicht

… Fortsetzung auf der nächsten Seite …

Wichtig: Gehen Sie nun bitte NICHT mehr zu den vorherigen Fragen zurück!

15. *Erklärung*: Heute ist es so, dass fast alles Geld (ca. 90%) von den privaten, gewinnorientierten Geschäftsbanken (UBS, Credit Suisse, etc) hergestellt wird. Nur ein kleiner Teil des Geldes kommt vom Staat beziehungsweise von der Schweizerischen Nationalbank.

Würden Sie einer Volksabstimmung zustimmen, die fordert:

● Dass einzig und allein der Staat, genauer gesagt die Schweizerische Nationalbank, Geld herstellen darf.

● Den Geschäftsbanken (UBS, Credit Suisse, etc.) verboten wird, selber Geld herzustellen.

☐ Ja

☐ Nein

15.1 *Anmerkung: Bitte nur beantworten, falls Sie bei Frage 15 „*Nein*“ angekreuzt haben.*

Warum würden Sie bei einer Volksabstimmung „Nein“ stimmen?
(MEHRERE Kreuze sind hier möglich.)

☐ Ich befürchte negative Konsequenzen für die Wirtschaft

☐ Das Thema ist mir zu kompliziert

☐ Ich benötige zuerst weitere Informationen

☐ Andere Gründe:

_____

_____

!! Vielen Dank für Ihre Teilnahme und Ihren wertvollen Beitrag an meine Masterarbeit !!

Ich bin sehr froh, wenn Sie den Link zum Fragebogen an Ihre Familie, Freunde und weitere Bekannte **weiterleiten könnten.** Danke!

Link zum Online-Fragebogen (Deutsch & Französisch):
Deutsch: http://vollgeld.limequery.org/index.php/413343/lang-de
Französisch: http://vollgeld.limequery.org/index.php/413343/lang-fr

Umfrage als Word Dokument zum Ausdrucken:
Deutsch: https://www.dropbox.com/s/2051hzxff2akcts/Fragebogen_Masterarbeit_final.docx?dl=0
Französisch: https://www.dropbox.com/s/zmhixo3cr8kc26n/Fragebogen_Masterarbeit_final_Franz%C3%B6sisch.docx?dl=0

Für diese repräsentative Studie benötige ich gesamthaft 400 Teilnehmer:

- Aus sämtlichen Kantonen der Schweiz
- Aus allen Altersstufen (ab 18 Jahren)
- Gleich viele Männer wie Frauen
- Aus möglichst unterschiedlichen Bildungsschichten / Berufen / Weltanschauungen

Je mehr Antworten, desto aussagekräftiger wird die Studie!

Die Volksinitiative zu diesem Thema heisst „Vollgeld-Initiative“. Weitere Informationen dazu finden Sie unter:
www.vollgeld-initiative.ch und http://www.vollgeld.ch/index.php

Für weitere Fragen oder für die Rücksendung von Fragebögen kontaktieren Sie bitte:

Silvan Nietlisbach
Haldenweid 26
6214 Schenkon
silunietli@hotmail.com
079 604 75 26

11.3 Fragebogen der Bevölkerungsbefragung – Französische Version

Madame, Monsieur

Dans le cadre de mon **mémoire à l`Université de Zurich** je fais ce sondage représentatif.
Le questionnaire dure env. 5 minutes.
Vous êtes posés quelques questions sur le fonctionnement de l`argent. Il ne vous faut **pas de connaissances préalables** pour répondre aux questions.

Je vous prie de bien vouloir lire les questions de manière précise et de cocher la réponse qui vous paraît la plus correcte. Il est important que vous répondiez à toutes les questions. Si vous ne connaissez pas la réponse ou la question n`est pas claire, veuillez cocher l`option `je ne sais pas`.
Le sondage est **complètement anonyme**.
Il est important de cocher seulement une réponse par question – sauf indication contraire explicite.
Je vous prie de <u>ne pas remplir ce questionnaire plus qu`une fois.</u>

Chaque questionnaire rempli est une contribution importante pour le succès de mon mémoire.
Je vous serais très reconnaissant si vous **pouviez faire passer le lien du questionnaire en ligne à votre famille et amis.**
Le questionnaire peut également être imprimé et envoyé par courrier (voir lien pour le document Word à la dernière page).
Plus grande la diversité relative à l`âge / appartenance cantonale / sexe des participants, meilleur le résultat du sondage!

Merci beaucoup pour votre support!
Silvan Nietlisbach

Je reste à votre disposition pour toute question éventuelle.
silunietli@hotmail.com
+41 79 604 75 26

Mémoire de Master
Université de Zurich
Institut pour Banking and Finance

Silvan Nietlisbach
Haldenweid 26
6214 Schenkon
silunietli@hotmail.com
+41 79 604 75 26

Sondage sur le fonctionnement de l`argent

1. Avez-vous le droit de vote en Suisse? (Majorité de 18 ans et nationalité suisse)

☐ Oui
☐ Non (Veuillez arrêter le questionnaire)

2. Veuillez indiquer votre sexe

☐ féminin ☐ masculin

3. Dans quel canton avez-vous le droit de vote?

☐ Argovie	☐ Appenzell Rh.-Ext.	☐ Appenzell Rh.-Int.
☐ Bâle Campagne	☐ Bâle Ville	☐ Berne
☐ Fribourg	☐ Genève	☐ Glaris
☐ Grisons	☐ Jura	☐ Lucerne
☐ Neuchâtel	☐ Nidwald	☐ Obwald
☐ Saint-Gall	☐ Schaffhouse	☐ Schwyz
☐ Soleure	☐ Thurgovie	☐ Tessin
☐ Uri	☐ Valais	☐ Vaud
☐ Zoug	☐ Zurich	

4. Veuillez indiquer votre groupe d`âge

☐ 18-33 ans ☐ 34-49 ans ☐ 50+ ans

5. Domicile:

☐ Région urbaine (grande ville ou agglomération directe)
☐ À la campagne

6. Mes connaissances du secteur financier et bancaire sont:

☐ Très bonnes ☐ Bonnes ☐ Moins bonnes ☐ Mal

Commentaire général: Comme argent sont considérés: Les billets, les pièces de monnaie et la monnaie électronique. La monnaie électronique est celle que vous n`avez pas dans votre porte-monnaie mais qui apparait comme chiffre sur votre relevé de compte par exemple.

7. Vous intéressez-vous pour la question: D`où notre argent vient? C`est-à-dire qui crée notre argent et comment elle entre dans l`économie.

☐ Oui ☐ Non

7.1 *Commentaire: Seulement en cas de réponse „Non" à la question 7.*
Pourquoi cela ne vous intéresse pas d`où vient notre argent?
(PLUSIEURES réponses possibles)

☐ C`est trop compliqué

☐ Je ne m`intéresse pas aux sujets économiques en générale

☐ Autre: _____

_____

8. Savez-vous d`où vient notre argent – c`est-à-dire qui crée notre argent et comment elle entre dans l`économie?

☐ Oui, je suis très sûr(e)

☐ Oui, je suis plutôt sûr(e)

☐ Non, je suis peu sûr(e)

☐ Non, je ne sais pas

Commentaire: Pour les questions suivantes, veuillez cocher la réponse qui vous semble d`être la plus correcte.

9. Qui crée notre argent?

☐ L`Etat ou la Banque nationale suisse

☐ Les banques commerciales (UBS, Credit Suisse, etc.)

☐ Les deux

☐ Je ne sais pas

9.1 *Commentaire: Seulement en cas de réponse „Les deux" à la question 9.*
Qui crée la MAJORITE de notre argent?

☐ L`Etat ou la Banque nationale suisse

☐ Les banques commerciales (UBS, Credit Suisse, etc.)

10. Quand une banque commerciale (UBS, Credit Suisse, etc.) donne un crédit à un client, cela crée de nouvel argent qui n`existait pas avant.

☐ C`est vrai

☐ C`est faux

☐ Je ne sais pas

11. Si tous les clients d`une banque retiraient leur argent en même temps: Est-ce qu`il y aurait assez d`argent pour tous?

☐ Oui

☐ Non

☐ Je ne sais pas

11.1 *Commentaire:* Seulement en cas de réponse „Non“ à la question 11.
Quel pourcentage de l`argent serait effectivement disponible? (Estimation personnelle)

☐ Max. 15%

☐ 16 à 25% (max. un quart)

☐ 26 à 50% (max. la moitié)

☐ 51 à 75% (max. trois quarts)

☐ Plus que 75% (plus que trois quarts)

Commentaire: Pour les questions suivantes il n`y a pas de réponse juste ou fausse.

12. Si vous vous imaginez un système financier optimal:
Qui devrait, selon votre opinion, créer et distribuer notre argent?

☐ Une institution publique tenue d`agir dans l`intérêt général

☐ Un groupe d`entreprises privées gérant ses affaires à but lucratif

☐ Les deux

12.1 *Commentaire:* Seulement en cas de réponse „Les deux“ à la question 12.
Qui devrait créer et distribuer la MAJORITE de notre argent?

☐ Une institution publique tenue d`agir dans l`intérêt général

☐ Un groupe d`entreprises privées gérant ses affaires à but lucratif

13. Seriez-vous d`accord avec un système dans lequel les banques peuvent prêter plus d`argent qu`elles possèdent effectivement?

☐ Oui

☐ Non

☐ Je ne sais pas

14. Pensez-vous que les banques ont une influence trop grande sur l`économie et la société?

☐ Oui

☐ Non

☐ Je ne sais pas

… Continuation sur la page suivante …

Important: Ne veuillez PAS retourner aux questions précédentes!

15. *Explication*: Aujourd`hui, presque tout l`argent (env. 90%) est créé par les banques privées gérant ses affaires à but lucratif (UBS, Credit Suisse, etc). Seulement une petite partie est créé par l`Etat, respectivement par la Banque nationale suisse.
Consentiriez-vous à une votation populaire qui demande:
● Que uniquement l`Etat, ou plus précisément la Banque nationale suisse, puisse créer de l`argent.
● Qu`il soit interdit aux banques commerciales (UBS, Credit Suisse, etc) de créer de l`argent.

☐ Oui

☐ Non

15.1 *Commentaire:* Seulement en cas de réponse „Non“ à la question 15.
Pourquoi voteriez-vous „Non“ lors d`une votation populaire?
(PLUSIEURES réponses possibles)

☐ Je crains qu`il y ait des conséquences négatives pour l`économie.

☐ Parce que le thème est trop complexe

☐ J`ai besoin de plus d`information

☐ Autre: _____
_____
__

!! Merci beaucoup pour votre participation et contribution importante pour mon mémoire !!

Je vous serais très reconnaissant si vous **pouviez faire passer le lien du questionnaire en ligne à votre famille et amis.** Merci!

Lien du questionnaire (allemand & français):
En allemand: http://vollgeld.limequery.org/index.php/413343/lang-de
En français: http://vollgeld.limequery.org/index.php/413343/lang-fr

Questionnaire sous format Word pour imprimer:
En allemand: https://www.dropbox.com/s/2051hzxff2akcts/Fragebogen_Masterarbeit_final.docx?dl=0
En français: https://www.dropbox.com/s/zmhixo3cr8kc26n/Fragebogen_Masterarbeit_final_Franz%C3%B6sisch.docx?dl=0

Pour ce sondage représentatif j`ai besoin d`un total de 400 participants:

- De tous les cantons de Suisse
- De tous les groupes d`âge (à partir de 18 ans)
- D`un nombre égale d`hommes et de femmes
- De niveaux d`éducation / métiers / idéologies les plus divers que possible

Plus je recevrai de réponses, plus pertinente l`étude!

L`initiative populaire correspondante s`appelle „initiative monnaie pleine“. Pour plus d`informations:
www.initiative-monnaie-pleine.ch et www.vollgeld.ch/fr

Pour toute question ou le renvoi du questionnaire:

Silvan Nietlisbach
Haldenweid 26
6214 Schenkon
silunietli@hotmail.com
079 604 75 26

11.4 Interviewleitfaden `Vollgeld`

Das heutige Geldsystem ist ein `fraktionales Reservesystem mit multipler Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken`. Der Name rührt daher, dass die Banken nur einen kleinen Bruchteil ihrer Giroeinlagen mit Zentralbankgeld hinterlegen müssen und dies ihnen ermöglicht, aus einer gegebenen Zentralbankreserve heraus ein Vielfaches (`multiples`) an Giralgeld herzustellen. So besteht in der Schweiz die Publikumsgeldmenge M1 heute zu 90% aus von Banken geschaffenem Giralgeld.

Kritiker sehen im gegenwärtigen Geldsystem den Grund verschiedener Probleme für Wirtschaft und Gesellschaft. Beispielsweise:

- *Der Verlust des staatlichen Geldmonopols und der Steuerungshoheit der Zentralbank über die Geldmenge.*
- *Die Gefahr von Bank-runs aufgrund einer nur fraktionalen Reservehaltung der Banken.*
- *Die Verstärkung von Krisen aufgrund der eigennutzenorientierten, prozyklischen Giralgeldschöpfung der Banken.*
- *Dem Staat entgehen Einnahmen aus der Geldschöpfung, welche von privaten Akteuren vereinnahmt werden.*

Daher wurde in der Schweiz die Vollgeld-Initiative lanciert, welche die Einführung des Vollgeldes fordert und damit die Bankengeldschöpfung beenden würde. Durch die Einführung von Vollgeld würde das Monopol für die Geldschöpfung und Geldmengensteuerung wieder vollumfänglich in die Hände einer demokratisch legitimierten, öffentlichen Institution gelegt. Dazu würde die Zentralbank zur vierten Staatsgewalt – der Monetative – erhoben, welche unabhängig und frei von staatlicher Einflussnahme über die Geldpolitik entscheidet. Den Geschäftsbanken würde verboten, je wieder selber Geld herzustellen. Die Zentralbank würde das neu geschöpfte Geld dem Staat als Einnahme aus der Geldschöpfung überweisen. Beispielsweise über öffentliche Investitionen gelangt das Geld in den Wirtschaftskreislauf.
Die Idee des Vollgeldes entstammt den Gedanken namhafter Ökonomen wie M. Friedman oder I. Fisher als Reaktion auf die Grosse Depression von 1929 in Amerika. Bekannt wurden diese Reformvorschläge unter Namen wie Chicago Plan oder 100%-Geld. Der Vater des Vollgeldes, Joseph Huber, entwickelte diese Gedanken weiter und übertrug sie auf die heutige Zeit.
Weitere Infos über das Vollgeld und die Vollgeld-Initiative:
- Infoseite von Joseph Huber: http://vollgeld.de/
- Informationen zur Vollgeld Initiative:
http://www.vollgeld-initiative.ch/ und http://www.vollgeld.ch/index.php

---

Allgemeine Angaben

Datum/Ort:	xxx
Experte:	xxx
Berufliche Stellung:	xxx
Position:	Kritiker / Befürworter des Vollgeldes
Gattung:	Qualitatives Interview
Medium:	Tonbandaufnahme
Ziel:	Kritische Beurteilung des Vollgeldes und dessen Auswirkungen auf die Schweiz

Einführung

- Wer bin ich und was studiere ich?
- Zu welchem Thema schreibe ich meine Masterarbeit?
- Was ist das Ziel der Arbeit?
- Was ist das Ziel des Interviews?

- Sprachform: Mundart oder Hochdeutsch?
- Darf ich das Interview auf Tonband aufnehmen?
- Darf ich Ihre Zitate in personalisierter Form in meiner Arbeit verwenden?

➔ Einschalten der Diktiergeräte!!!

Einstiegsfrage

1. Vor ein paar Monaten wurde in der Schweiz die Vollgeld-Initiative lanciert. Wie stark und in welchem Zusammenhang haben Sie sich bisher mit dem Thema `Vollgeld` auseinandergesetzt?

   Ziel: Vertrautheitsgrad mit dem Vollgeld herausfinden

Fragen zum fraktionalen Reservesystem

1. Teilen Sie die Ansicht der Vollgeld-Initianten, dass das heutige Geldsystem an grundlegenden Funktionsproblemen leidet und dementsprechend angepasst werden sollte? Bitte begründen Sie.

   Ziel: Betrachtungsweise des Geldsystems

2. Das Geld kommt im heutigen System nie direkt durch die Zentralbank in den Wirtschaftskreislauf, sondern stets über die dazwischengeschalteten Banken. Sind die Banken trotz tiefer Leitzinsen nicht gewillt, Geld in den Wirtschaftskreislauf fliessen zu lassen, so sind der Zentralbank die Hände gebunden. Zudem besteht 90% der Geldmenge M1 heutzutage aus von Banken selber geschaffenem Giralgeld. Die Vollgeld-Initianten argumentieren, dass die Zentralbank nicht mehr in der Lage ist, die **Geldmenge effektiv zu steuern**. Wie denken Sie darüber?

   Ziel: Wahrnehmung der Steuerungsmacht der Zentralbank

3. Welche Veränderungen, falls überhaupt, sollten aus Ihrer Sicht vorgenommen werden in Bezug auf das aktuelle Geldsystem?

   Ziel: Abklärung des Reformbedarfs

Fragen zum Vollgeld

4. Die Vollgeldreform will den Geschäftsbanken verbieten, selber Geld zu schöpfen und das Monopol der Geldschöpfung stattdessen vollständig auf die Zentralbank übertragen. Was halten Sie von einer Stärkung der Position der SNB innerhalb des Wirtschaftssystems?

Ziel: Konkrete Meinung über die Erlangung des Monopols zur Geldschöpfung durch die SNB

5. A) Wie würde sich die Einführung von Vollgeld auf das **Geschäftsmodell der Banken** auswirken? Welche positiven **und** negativen Auswirkungen sehen Sie?

   B) Erwarten Sie bei Grossbanken andere Auswirkungen als bei kleineren Regionalbanken?

   C) Welche positiven **und** negativen Auswirkungen prognostizieren Sie für den **Finanzplatz Schweiz**?

      a. (Könnten die Banken die Umstellung finanziell verkraften? Wären sie noch Konkurrenzfähig gegenüber ausländischen Banken? Wie könnte sich das Vollgeld auf die Bankgebühren und Zinsen auswirken? Könnten die Banken das Verbot, selber Geld herzustellen, umgehen? Etc.)

   D) Welche positiven **und** negativen Auswirkungen prognostizieren Sie für die **Gesellschaft**?

Ziel: Möglichst objektive Beurteilung der Auswirkungen auf die tägliche Praxis der Banken, den Finanzplatz Schweiz und die Gesellschaft

Spezifische Fragen zum Vollgeld

Ziel: Konkrete Meinung über von den Vollgeld-Befürwortern vorgetragene Kritikpunkte am heutigen System

6. Benötigen die Staaten Geld, so sind sie im heutigen Geldsystem gezwungen, sich bei den Banken zu verschulden. Das Resultat sind gigantische **Schuldenberge** gegenüber ihren Gläubigern und die Neuverschuldung verschiedener Staaten übersteigt ihr Wachstum. Welche Auswege aus dieser Schuldenproblematik sehen Sie?
   Die Vollgeld-Initiative verspricht, die Schweiz durch die Annahme der Initiative zum ersten schuldenfreien Staat der Welt zu machen, in dem die Geldschöpfung vollumfänglich in die Hände der Zentralbank gelegt wird und das neu geschöpfte Geld dem Staat als Einnahme aus der Geldschöpfung zur Erstverwendung übergeben wird. Denken Sie, dass die Staatsschuldenproblematik über die Vollgeld-Initiative entschärft werden würde?

7. Im fraktionalen Reservesystem brechen die Banken zusammen, sobald viele Kunden gleichzeitig ihr Giralgeld in Bargeld umtauschen wollen (**Bank-run**). Die Vollgeld-Initianten sprechen von unsicherem Geld und von einem krisenanfälligen und instabilen System. Wie denken Sie darüber?

8. Die Publikumsgeldmenge besteht heute überwiegend aus von Geschäftsbanken geschöpftem Giralgeld. Es sind daher die Banken, die nach gewinnorientierten Kriterien darüber entscheiden, wie viel Geld in den Wirtschaftskreislauf gelangt. Die Vollgeld-Initianten argumentieren, die Wirtschaft werde in guten Zeiten mit Geld überversorgt, während sie in Krisenzeiten monetär austrocknet. In dieser **prozyklischen Geldversorgung** sehen sie den Grund für die Verstärkung von Krisen und Spekulationsblasen.

Ethische Frage

9. Im gegenwärtigen Geldsystem wird die Mehrheit unseres Geldes von einer auserwählten Gruppe privater, gewinnorientierter Institutionen geschöpft. Wie beurteilen Sie unser Geldsystem aus einer rein ethischen Perspektive?

   Ziel: Rein ethische Beurteilung des Geldsystems

Abschlussfragen

10. Zusammenfassend: Wie würden Sie bei einer Volksabstimmung über das Vollgeld abstimmen und was sind Ihre wichtigsten Gründe dafür?

    Ziel: Kurz und bündige Zusammenfassung der kräftigsten Argumente

11. Glauben Sie, dass die Vollgeld Initiative vom Volk angenommen würde?

    Ziel: Herausspüren, ob die Initiative von den Gegnern ernst genommen wird

12. Fällt Ihnen im Zusammenhang mit diesem Thema noch etwas ein, das Sie gerne loswerden möchten?

    Ziel: Mehr Wissen von einem Experten bekommen

11.5 Gewichtungstabelle

Stichprobengrösse:														
1146														
benötigte Anzahl für Representativität (R) vs. Stichprobenverteilung	18-33		34-49		50+		Gewichtung Alterskategorien für Repräsentativität			**Total pro Kanton**		**Gewichtung Total Kantone für Repräsentativität**	Stichprobenverteilung Geschlecht, nach Kanton	
	R	SV	R	SV	R	SV	18-33	34-49	50+	**R**	**SV**		SV Mann	SV Frau
Aargau	21	34	24	12	45	11	0.62	2.00	4.09	**90**	**57**	**1.58**	30	27
Appenzell Ausserrh.	2	4	2	0	4	0	0.50	#DIV/0!	#DIV/0!	**8**	**4**	**2.00**	1	3
Appenzell Innerrh.	1	8	1	1	1	0	0.13	1.00	#DIV/0!	**3**	**9**	**0.33**	1	8
Basel-Stadt	5	18	5	1	14	1	0.28	5.00	14.00	**24**	**20**	**1.20**	11	9
Basel-Landschaft	8	18	11	6	23	8	0.44	1.83	2.88	**42**	**32**	**1.31**	22	10
Bern	36	62	42	55	83	78	0.58	0.76	1.06	**161**	**195**	**0.83**	119	76
Freiburg	10	31	12	9	20	8	0.32	1.33	2.50	**42**	**48**	**0.88**	22	26
Genf	12	27	13	12	25	1	0.44	1.08	25.00	**51**	**40**	**1.28**	10	30
Glarus	1	4	1	3	3	2	0.25	0.33	1.50	**6**	**9**	**0.67**	0	9
Graubünden	7	37	8	4	16	9	0.19	2.00	1.78	**30**	**50**	**0.60**	24	26
Jura	3	2	3	2	6	3	1.50	1.50	2.00	**11**	**7**	**1.57**	4	3
Luzern	15	102	16	20	28	21	0.15	0.80	1.33	**59**	**143**	**0.41**	85	58
Neuenburg	6	11	6	5	12	3	0.55	1.20	4.00	**24**	**19**	**1.26**	11	8
Nidwalden	2	2	2	1	3	1	1.00	2.00	3.00	**7**	**4**	**1.75**	2	2
Obwalden	1	2	2	1	3	3	0.50	2.00	1.00	**6**	**6**	**1.00**	3	3
Schaffhausen	2	8	3	3	6	2	0.25	1.00	3.00	**11**	**13**	**0.85**	5	8
Schwyz	5	12	6	2	11	2	0.42	3.00	5.50	**22**	**16**	**1.38**	10	6
Solothurn	9	21	10	6	20	11	0.43	1.67	1.82	**39**	**38**	**1.03**	28	10
St. Gallen	18	33	18	4	34	8	0.55	4.50	4.25	**70**	**45**	**1.56**	25	20
Thurgau	9	15	10	6	18	2	0.60	1.67	9.00	**36**	**23**	**1.57**	12	11
Tessin	9	39	13	4	25	1	0.23	3.25	25.00	**47**	**44**	**1.07**	23	21
Uri	1	4	2	2	3	2	0.25	1.00	1.50	**6**	**8**	**0.75**	3	5
Waadt	21	67	24	7	45	8	0.31	3.43	5.63	**91**	**82**	**1.11**	35	47
Wallis	11	23	12	3	24	4	0.48	4.00	6.00	**47**	**30**	**1.57**	8	22
Zug	4	13	5	7	8	6	0.31	0.71	1.33	**16**	**26**	**0.62**	8	18
Zürich	46	84	56	56	95	37	0.55	1.00	2.57	**197**	**177**	**1.113**	104	73
Total	265	681	306	232	575	232				**1146**	**1145**		606	539
benötigte Anzahl für Representativität (R) wurde errechnet anhand der offiziellen Bevölkerungszahlen vom Bundesamt für Statistik	Stellt dar, wie die Verteilung nach Alterskategorien in den jeweiligen Kantonen aussehen müsste (=GG) und stellt diese meiner Stichprobenverteilung (SV) gegenüber.						Zeigt, wie stark die Stichprobe gewichtet werden müsste, damit sie repräsentativ bezüglich der Alterskategorien wäre.			**Stellt das Total der benötigten Teilnehmer pro Kanton dem Total der in jedem Kanton befragten Personen gegenüber.**		**Zeigt, wie stark die Stichprobe gewichtet werden muss, damit sie repräsentativ bezüglich der Kantone ist.**	Zeigt, wie sich die Stichprobe hinsichtlich Mann / Frau in den jeweiligen Kantonen zusammensetzt.	

11.6 Expertendiskussion: Zusammenfassung

11.6.1 Erzielte Renten aus der Geldschöpfung und Ethik

Für Herr Kumhof ist die ethische Frage der Geldschöpfung vor allem eine Frage nach der damit erzielten Rente. Die Interviewpartner sind sich jedoch nicht einig, ob die Banken eine solche Rente erzielen und wie hoch diese ist. Herr Schnell und Herr Baumberger sind der Ansicht, dass die Banken Zinsänderungen vollumfänglich an ihre Kunden weitergeben und die Banken keinen unmittelbaren Profit aus der Geldschöpfung haben. Herr Hess, Herr Kumhof und Herr Mayer sind hingegen der Meinung, dass die Banken einen Gewinn aus der Geldschöpfung erzielen. Herr Kumhof sagt, dass die Banken diesen Gewinn *vollumfänglich* für sich selber behalten. Aber wenn ein Wirtschaftsakteur eine Rente hat, so ist das volkswirtschaftlich sehr ineffizient. Deshalb müssen solche Renten seiner Meinung nach beseitigt werden, was einerseits effizient und andererseits gerecht ist. Ethik und Effizienz sind für ihn deshalb sehr gut miteinander vereinbar.

Herr Mayer und Herr Hess hingegen finden, dass die Banken die Rente teilweise an die Kunden weitergeben. Für Herr Hess ist dies eine win-win Situation, weil auch die Nichtbanken (Firmen, Privatkunden) am Gewinn durch die private Geldschöpfung teilhaben. Er empfindet die Geldschöpfungsgewinne deshalb auch nicht als unethisch. Im Gegenteil, von einem ethischen Standpunkt ist das heutige System aufgrund der transparenten Preisfindung, der effizienten Kapitalallokation und der Generierung von Wohlstand einem Vollgeldsystem klar überlegen. Würde den Banken nämlich verboten, eigenes Geld herzustellen, so würden sich die Kredite und Bankgebühren verteuern. In einem Vollgeldsystem würden deshalb sowohl die Banken als auch das Publikum zu den Verlierern zählen. Er empfindet deshalb ein Vollgeldsystem als unethisch, weil dieses seiner Ansicht nach die wirtschaftliche Aktivität abwürgt und die Schaffung von gesellschaftlichem Wohlstand verhindert. Risikominimierung alleine ist keine Qualifikation für ethisches Handeln.

Herr Mayer ist da grundsätzlich anderer Meinung, indem er sagt dass der von den Banken aus der Geldschöpfung erzielte Gewinn eine staatliche Subvention der Banken in Milliardenhöhe ist. Da sich die Gross- und Investmentbanken an diese staatliche Bevorteilung gewöhnt haben, kämpfen sie natürlich gegen die Abschaffung dieser Subvention.

11.6.2 Giralgeldschöpfung als Ausfluss der Vertragsfreiheit?

Herr Baumberger und Herr Schnell argumentieren, dass es nichts anderes als privatwirtschaftliche Verträge sind, wenn Kunden im heutigen System mit Giralgeld bezahlen. Anstatt in Giralgeld zu bezahlen, könnten zwei Wirtschaftsteilnehmer auch selber ein eigenes Geldsurrogat miteinander erschaffen und die Bezahlung damit abwickeln. Surrogatgeld ist das Versprechen auf das Basisgeld. Die Wirtschaftsteilnehmer bestimmen daher selber und sind frei darin, was sie als Geld verwenden wollen. So erläutern sie, dass die Banken den Vertrag zwar in Giralgeld vorschlagen, aber niemand gezwungen ist, diesen Vertrag einzugehen. So vertreten sie den Standpunkt, dass die Geldschöpfung der Banken kein Privileg ist, sondern ein Ausfluss der Vertragsfreiheit.

Herr Mayer ist hier anderer Meinung. So könne von Vertragsfreiheit nur dann gesprochen werden, wenn alle Vertragspartner bewusst und aus freien Stücken einem Vertrag zustimmen. Das sei im heutigen System bei der Verwendung von elektronischem Geld aber nicht der Fall. Erstens wisse fast niemand, dass die Banken Geld erzeugen. Die meisten Menschen denken, dass die Nationalbank das Geld erzeugt. Fast alle Bürgerinnen und Bürger meinen, dass ein Guthaben auf einem Privatkonto echte Schweizer Franken seien. Fast niemand weiss, dass dies nur eine Forderung an eine Bank und eben kein gesetzliches Zahlungsmittel ist (Anm. des Autors: Diese Argumentation wird von den Umfrageergebnissen bei der Schweizer Stimmbevölkerung in Kapitel Xy gestützt). So schlussfolgert er, dass die heutige Bankengeldschöpfung eine Verbrauchertäuschung ist und sich das Bankengeld nur durchsetzen konnte, weil es in der Verkleidung eines staatlichen Geldes daherkommt. Die Vollgeld-Initiative hingegen will diese Verbrauchertäuschung beenden. So darf alles Geld, das den Anschein erweckt, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein, nur noch von der Nationalbank erzeugt werden. Als weiteren Kritikpunkt an der Argumentation der Vollgeld-Gegner fügt er hinzu, dass sich in der Realität niemand der Verwendung von elektronischem Bankengeld entziehen kann. Welcher Unternehmer kann sich leisten, auf elektronische Überweisungen zu verzichten? Welcher Angestellte kann heute die Barauszahlung seines Lohnes verlangen? Selbst die Barzahlung von Verkehrsbussen und Steuern ist fast nicht mehr möglich. Wer kein Bankkonto hat, ist von weiten Teilen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ausgeschlossen. Dies führt ihn zum Fazit, dass keine bewussten und freien Vertragsabschlüsse stattgefunden haben und die Geldschöpfung der Banken daher auch keine Folge der allgemeinen Vertragsfreiheit sein kann.

11.6.3 Fraktionales Reservesystem

Wenig überraschend finden alle Gegner des Vollgeldes, dass das fraktionale Reservesystem keiner grundlegenden Veränderung bedarf. Die SNB ist gar der Meinung, dass dieses historisch gewachsene System auch gar nicht von Grund auf umgestellt werden *könnte*. Würde man es trotzdem tun, so könnte dies unbeabsichtigte, schwerwiegende Folgen haben. Herr Schnell findet, dass das heutige Geld- und Bankensystem hervorragend funktioniert, weil es uns zu einem hohen Wohlstand gebracht hat und wir bisher gut damit gefahren sind. So sieht er auch kein System, das sich besser bewähren würde.

Die Befürworter der Vollgeld Initiative sind natürlich der Meinung, dass das bestehende Geldsystem fehlerhaft ist und daher einer Reform bedarf. So führen Herr Kumhof und Herr Rossi aus, dass das Hauptproblem des fraktionalen Reservesystems darin liegt, dass die Kreditvergabe und die Geldschöpfung aneinandergekoppelt sind.

Herr Schnell sagt, dass im heutigen System Kreditklemmen entstehen können. Dies kann wegen den Banken sein, kann aber auch daran liegen, dass das volkswirtschaftliche Potential zur Kreditaufnahme nicht gegeben ist. Dass die Geldmenge immer eine Bestimmung des Marktes ist, findet auch Herr Hess. Er sieht den Grund für die aktuelle Kreditklemme in Europa aber beim Publikum, weil dieses zu wenige Kredite nachfragt. Es ist seiner Meinung nach nicht so, dass die Geschäftsbanken sagen, so jetzt erhöhen wir mal die Geldmenge. Vielmehr bieten die Banken genau die Geldmenge an, die auch effektiv nachgefragt wird.

Herr Mayer widerspricht der Argumentation von Herrn Hess vehement. Er sagt, dass damit die Verantwortung der Banken bei der Geldherstellung verschleiert werden soll. Es seien in der Realität die Banken, die mit ihren Kreditbedingungen (verlangte Sicherheiten, Zinshöhe) die Geldmenge massgeblich bestimmen. Auf dem Geldmarkt werde die Geldmenge durch das Angebot bestimmt und nicht etwa durch die Nachfrage. Denn Geld ist keine Ware, sondern mit Geld wird das Wirtschaftsleben organisiert. Mit Geld können fast alle Waren und Vermögensgüter gekauft werden. Deshalb gibt es immer eine fast unbegrenzte Nachfrage nach Geld. Vor allem die Finanzmärkte sind in ihrer Geldnachfrage unersättlich. Er sagt weiter, dass fast jede Finanzkrise dadurch zustande kommt, dass die Banken in euphorischen Phasen die Ansprüche an die Kreditnehmer senken. Beispielsweise konnten in der Finanzkrise nur durch diese aggressive Ausweitung der Geldmenge die Immobilienpreise weiter steigen. So erhielten in den USA gar Arbeitslose einen Hauskredit. *Der Autor möchte hierbei festhalten, dass*

es angesichts dessen im Grunde ja ein gutes Zeichen ist, dass sich die Banken mit der Kreditvergabe etwas zurückhalten. So verhindern sie derzeit den Aufbau einer weiteren Finanzblase.

11.6.4 Geldpolitik der Nationalbank

Für die SNB ist entscheidend, dass sie ihren gesetzlichen Auftrag im Rahmen des herrschenden Geldsystems erfüllen kann. Das oberste Ziel der Nationalbank ist es, die Preisstabilität sicherzustellen und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Dies ist der SNB, wie auch Herr Hess bestätigt, über die Jahre insgesamt gut gelungen. Die Preise waren noch nie so stabil wie in den letzten Jahren. Das heisst, dass das mit der Geldmenge gut funktioniert hat, da wir ansonsten Inflation oder Deflation gehabt hätten. Herr Hess und die SNB sehen daher im derzeitigen System kein geldpolitisches Problem.

Herr Mayer widerspricht dieser Argumentation. In der Schweiz wuchs von 1990 bis 2012 die Menge an kaufkräftigem Geld (Geldmenge M1) durchschnittlich jährlich um 7,8%! Es gab aber nur 1,4% Wirtschaftswachstum. Das zusätzliche, überflüssige Geld floss vor allem in Spekulationsblasen, was auch `Asset price inflation` genannt wird. Da es dafür keinen offiziellen statistischen Index gibt, fällt die Inflation der Vermögensgüter nur nicht so stark auf, wie die Inflation der Konsumgüter. Es gab aber auch eine bemerkbare Geldentwertung bei Konsumgütern. So hat sich von 1977 bis 2013 die Kaufkraft des Schweizer Frankens halbiert (siehe: http://www.portal-stat.admin.ch/lik_rechner/d/lik_rechner.htm). Zudem geht es bei der Vollgeldreform nicht alleine um die Sicherstellung der Preisstabilität. Durch die Vollgeldreform soll vor allem erreicht werden, dass das Geld- und Bankensystem krisensicherer wird, Finanzblasen verhindert werden, das "Too big to fail" Problem gelöst wird und alle Geldschöpfungsgewinne den Bürgerinnen und Bürgern zu Verfügung stehen.

Alle Vollgeld-Gegner vertreten die Meinung, dass die Nationalbank im heutigen System auch die Publikumsgeldmengen hinreichend präzis steuern kann (SNB, Schnell, Hess, Baumberger). Die SNB fügt hinzu, dass eine effektive Implementierung der Geldpolitik unabhängig von der Reservedeckung des Giralgeldes möglich ist. Die Zentralbank steuert diesen Prozess, indem sie den Zinssatz setzt, der sowohl das Kreditangebot der Banken als auch die Kreditnachfrage der Privaten beeinflusst. Damit steuert die SNB die Schöpfung von Geld durch die Geschäftsbanken.

Herr Rossi, Herr Kumhof und Herr Mayer bestreiten dies. Sie sind klar der Meinung, dass die Zentralbanken die Geldschöpfung der Banken nicht kontrollieren können (Rossi, Kumhof, Mayer). Herr Kumhof und Herr Mayer legen dar, dass die Zentralbanken noch lange nicht

die Geldmengen kontrollieren, bloss weil sie den Zinssatz festlegen. Herr Mayer erklärt weiter, dass Geld vor allem durch Bankkredite entsteht und daher die Banken über die Geldmenge bestimmen und nicht die Nationalbank. So besteht der grösste Teil (ca. 90%) der Zahlungsmittel aus von den Banken geschöpftem Giralgeld. Die Zentralbank versucht lediglich noch über den Zinssatz die Kreditvergabe der Banken und damit die Geldmenge indirekt zu beeinflussen. Doch das funktioniert nur sehr ungenau, weshalb die Nationalbank seit dem Jahr 2000 gar keine Geldmengenziele für die Geldmenge M1 mehr vorgibt. Die Zentralbanken in anderen Ländern tun es ihr gleich. Herr Kumhof und Herr Mayer führen weiter aus, dass der Geldschöpfungsprozess startet, indem die Banken Geld durch die Kreditvergabe schöpfen. Erst nachher kommt die Zentralbank ins Spiel, indem sie die Banken mit den benötigten Reserven versorgt. Die Zentralbanken stellen den Banken jedoch jede von ihnen geforderte Menge an Reserven bereit. Herr Mayer erklärt weiter, dass die Sicherheiten in Form der gesetzlichen Mindestreserven mit einer Höhe von lediglich 2.5 Prozent viel zu tief sind, um die Geldschöpfung der Banken zu steuern. Dies entspricht einem "Hebel" von 1:40, was marginal ist und für eine Steuerung im gesamtwirtschaftlichen Interesse bei weitem nicht ausreicht. So schlussfolgern Herr Kumhof und Herr Mayer, dass die Initiative sowohl zur Schöpfung der Reserven als auch der Publikumsgeldmenge bei den Banken – und nicht bei der Zentralbank – liegt. So sind es die Banken, die den Geldschöpfungsprozess im heutigen System weitgehend alleine kontrollieren. Gemäss Herr Mayer werden diese Probleme mit der Vollgeldreform behoben, weil dann alles Geld alleine von der Nationalbank erzeugt wird und diese damit die vollständige Kontrolle über die Geldmenge hat. Da im Vollgeldsystem neues Geld sowohl durch Bankkredite also auch durch schuldfreie Auszahlungen an Bund, Kantone oder direkt an die Bürgerinnen und Bürger in Umlauf kommt, kann die SNB immer genügend Geld in Umlauf bringen.

Herr Hess bemerkt, dass es bei der Nationalbank die drei Personen des Direktoriums (Danthine, Jordan, Zurbrügg) sind, welche über den Zins die Geldmenge steuern. Er sieht nicht ein, wie diese in einem Vollgeldsystem bessere Entscheidungen treffen können als es der Markt im heutigen System tut. Die Zentralbank muss immer noch die Inflation steuern, in einem Vollgeldsystem aber neu auch noch die Geldmenge und die Wirtschaftsentwicklung. Die Zentralbank müsste zusätzliche Aufgaben übernehmen, die bisher vom Markt geregelt worden sind. Dadurch würde alles viel komplexer werden. Die SNB ist der Meinung, dass auch ein Vollgeldsystem die Zentralbank nicht vor allfälligen Fehleinschätzungen bewahren könnte. Herr Schnell fügt zudem an, dass es einer höheren demokratischen Legitimation bedarf, sobald die Macht der Zentralbank gestärkt wird.

Herr Mayer ist klar der Meinung, dass die Zentralbank im Vollgeldsystem bessere Entscheidungen trifft als die Banken im heutigen System. Die Nationalbank erfasst die volkswirtschaftlichen Daten, hat die besten Statistiken und hat so den besten Überblick über die Wirtschaft und die Finanzmärkte. Sie kann ihre Geldpolitik daher laufend auf tägliche Veränderungen anpassen. Zudem folgt sie einem klaren gesetzlichen Auftrag und arbeitet aus volkswirtschaftlicher Gesamtverantwortung heraus. Einzelne Banken hingegen richten sich nicht nach den volkswirtschaftlichen Daten, sondern agieren aus einem eingeschränkten betriebswirtschaftlichen Blickwinkel. Zudem agieren sie nicht im Sinne des Gemeinwohls, sondern oftmals nur aus einer Shareholder-Value-Perspektive heraus. Er pflichtet bei, dass Zentralbanken aufgrund von Fehlverhalten oft eine Mitverantwortung an Krisen haben. Die Hauptverantwortung für Krisen sieht er jedoch nicht bei der Zentralbank, sondern bei den Banken, welche immerhin für die Schöpfung von 90 Prozent der Geldmenge verantwortlich sind.

11.6.5 Verhinderung von Spekulationsblasen und Krisen

Herr Schnell findet, dass die Zentralbank bereits heute eine antizyklische Zins- und Geldpolitik führen kann. Es braucht keine diesbezüglichen Veränderungen. Der Grund für verstärkte Konjunkturzyklen ist daher auch nicht bei den Banken zu suchen, sondern vielmehr ist eine verfehlte Geldpolitik der Zentralbank dafür verantwortlich. Herr Baumberger fügt an, dass es auch im Vollgeldsystem passieren kann, dass zu wenig Geld in die Realwirtschaft gelangt. So kann das Geld im Vollgeldsystem genauso gehortet werden wie im heutigen System auch. Kreditzyklen wären daher auch in einem Vollgeldsystem nicht aus der Welt geschafft. So hält auch die SNB fest, dass die Vollgeldreform die Problematik einer wiederkehrenden Instabilität des Finanzsystems nicht grundlegend lösen kann. Herr Schnell sieht jedoch, dass im heutigen System in einer Rezession die Steuerung der Kreditvergabe schwierig wird. Zudem findet Herr Hess, dass im Vollgeldsystem die Gefahr besteht, dass die SNB in guten Zeiten die Geldversorgung abwürgt und ein Unternehmen seine rentablen Investitionen nicht mehr finanzieren kann. Die Geldmenge würde seiner Meinung nach rationiert werden. So würde die Konjunkturkurve im Vollgeldsystem zwar geglättet, jedoch würde sich diese auf ein viel tieferes Niveau senken, so dass Abstriche beim Wohlstand gemacht werden müssten. Der gesamte Kuchen würde kleiner werden.

Herr Kumhof entgegnet, dass es Situationen gibt, in denen es besser wäre, wenn die Finanzmärkte abgewürgt werden. Als Beispiel nennt er die Dotcom Bubble. Auch Herr Rossi und Herr Mayer finden, dass das gegenwärtige System krisenanfällig ist, weil Banken zu viele Kredite für die Finanzmärkte breitstellen und daraus Kreditblasen und systemische Krisen

hervorgehen. Im Vollgeldsystem könnte die Zentralbank Finanzblasen verhindern und so Finanzkrisen mit entsprechenden Vermögensverlusten und Unternehmenspleiten verhindern. Herr Mayer fügt an, dass wenn mehr Geld gehortet und damit dem Kreislauf entzogen würde, die SNB im Vollgeldsystem darauf mit zusätzlicher Geldschöpfung reagieren kann um diese Schwankungen direkt auszugleichen.

Weiter sagt Herr Mayer, dass die Banken im Vollgeldsystem ihre Spekulation nicht mehr selbst finanzieren können: Banken brauchen im Vollgeldsystem "richtige" Einlagen, also Spargelder oder Investoren, und können nicht aus Profitinteressen Geld aus der Hosentasche zaubern und für den Eigenhandel oder Spekulationskredite verwenden. Damit entfällt eine wichtige Quelle von Finanzblasen. Nur wenn zum Beispiel die Sparer zustimmen (und somit ein grösseres Risiko eingehen) können noch Gelder in die "Spekulation" fliessen. Es ist wieder Eigenverantwortung und Mitbestimmung gefragt: Nicht mehr die Allgemeinheit haftet für geplatzte Blasen, sondern nur die Menschen welche bereit waren das Risiko einzugehen.

11.6.6 Stärkung der Realwirtschaft anstatt der spekulativen Finanzwirtschaft

Gemäss Herr Rossi gelangen im heutigen System zu wenige Kredite in die Realwirtschaft. Auch Herr Mayer sieht, dass die Finanzmärkte heute leichter an Kredite herankommen als realwirtschaftlich tätige Unternehmen. Dies weil die Banken für Kredite möglichst schnell verwertbare Sicherheiten in Form von Finanzanlagen verlangen. Die Finanzmärkte werden daher mit mehr Geld versorgt als die Realwirtschaft. Zudem erklärt er, dass das im heutigen System über Bankkredite in Umlauf gebrachte Geld mehr der Finanzspekulation als der Realwirtschaft dient. Denn kreditwürdig sind reiche Menschen, die zusätzliches Geld aber nicht für den Konsum brauchen. Dagegen bekommen ärmere Menschen kaum Kredite, deren Ausgaben gehen aber meist voll in die Realwirtschaft. Aus diesem Grund bringen niedere Leizinsen der Zentralbanken meist nur wenig für die Realwirtschaft, sondern füttern Spekulationsblasen. Das stellen die Zentralbanken selbst immer wieder ernüchtert fest. So muss im heutigen System die Geldmenge rasant und inflationär wachsen, weil der Abfluss des Geldes in die Finanzwirtschaft sehr stark ist. Dieser Abfluss in die Finanzmärkte verursacht aber Finanzblasen. Damit die Realwirtschaft leben kann, werden im derzeitigen System Finanzblasen hingenommen. Nachhaltiger Wohlstand kommt aber nicht durch eine Dotcom-Blase, Subrime-Blase oder irgendeine andere Finanzblase zustande. Nachhaltiger Wohlstand entsteht durch tatsächliche Produktion in der Realwirtschaft und hier brauchen die Unternehmen stabile finanzielle Rahmenbedingungen. Die Vollgeldreform sieht deshalb verschiedene Massnahmen vor, um sicherzustellen, dass das Geld in die Realwirtschaft – anstatt in die Finanzmärkte –

gelangt. Wenn die Zentralbank Kredite an Banken gibt, so kann sie diese mit Auflagen versehen. Zum Beispiel, dass diese Gelder nur für Investitionen in die Realwirtschaft bestimmt sind. Das hat beispielsweise auch schon die Europäische Zentralbank gemacht. Am 5.6.2014 hat sie bis zu 400 Milliarden Euro Zentralbankkredite bereitgestellt und mit der Auflage versehen, dass das Geld nur zur Finanzierung von Krediten an Unternehmen verwendet werden darf. Zudem kommt das Geld im Vollgeldsystem über Staats- oder Bürgerausgaben schuldfrei in Umlauf. Indem das Geld über Staats- und Bürgerausgaben in Umlauf gelangt, kommt dieses meistens in der Realwirtschaft an und unterstützt diese. In einem Vollgeldsystem ist die Zentralbank dem Gesamtinteresse des Landes verpflichtet und wird die Realwirtschaft deshalb immer fördern.
Im Vollgeldsystem fällt es zudem viel besser auf, wenn Banken zu viel Geld in spekulative Finanzanlagen stecken und es deshalb zu wenige Kredite in der Realwirtschaft für Unternehmen und Konsumenten gibt. Die Frage kommt dann auf den Tisch: Wo ist das Geld hingekommen? Es war doch genug in Umlauf, wieso fehlt es? Die Banken müssen dann öffentlich Rechenschaft ablegen, warum sie lieber spekulieren als die Realwirtschaft zu finanzieren. Der öffentliche Druck wird sie zu Verhaltensänderungen bewegen. Wenn das nicht ausreicht, muss die Nationalbank oder der Gesetzgeber weitere Maßnahmen treffen. Um das Geld aber dauerhaft in der Realwirtschaft zu halten, reicht das Vollgeld nicht aus. Dazu braucht es viele weitere Gesetze und ein Umdenken in der Gesellschaft. Deshalb sieht die Vollgeld-Initiative als zweites Standbein in Art. 99 der Bundesverfassung vor, dass der Finanzmarkt vom Gesetzgeber geordnet wird. Hier sind Massnahmen angedacht, welche das Versickern des Geldes in der Finanzwirtschaft verhindern sollen.

Herr Rossi ergänzt, dass die Grossbanken weniger unter der Vollgeldreform leiden würden, weil diese auch im Ausland tätig sind. Da das Vollgeld dort nicht eingeführt wird, könnten sie die Regelung besser umgehen als die Regionalbanken. Die kleinen und regionalen Banken würden daher am meisten unter der Reform leiden.

Zudem merkt Herr Mayer an, dass die heutige Beeinflussung des Referenzzinssatzes nicht nur sehr ungenau wirkt, sondern auch viele unerwünschte Nebenwirkungen hat: Um die Kreditvergaben und damit die Geldmenge zu begrenzen, muss die allgemeine Zinshöhe steigen. Doch dann steigen die Zinslasten der Kreditnehmer und gleichzeitig die Zinseinkünfte der Kreditgeber. Die gesellschaftliche Ungleichheit und Umverteilung nimmt dadurch zu. Ausserdem liegt das allgemeine Zinsniveau in vielen Ländern gegenwärtig nahe Null. Würde die

Schweizerische Nationalbank die Zinsen erhöhen, so würde sich der Schweizer Franken wieder aufwerten, da ausländische Investoren die höheren Zinsen ausnutzen und in Franken anlegen werden. Die Zinspolitik wird also für die Sicherung des Wechselkurses benötigt. Deshalb gibt es in der Praxis derzeit gar keinen Spielraum, mit Zinsen die Geldmenge zu beeinflussen

11.6.7 Schulden

Herr Mayer sagt, dass im heutigen Schuldgeldsystem Geld durch Kreditvergabe der Banken entsteht und durch die Kredittilgung wieder verschwindet. Deshalb braucht es immer entsprechend viele Schuldner, damit überhaupt die notwendige Menge an Geld im Umlauf ist. Wenn die Staaten ihre Schulden tilgen würden, würde die umlaufende Geldmenge sinken und die Wirtschaft bekäme Probleme. Deshalb sind viele Staaten zu einer hohen Staatsverschuldung gezwungen. Dieser Zwang würde nur entfallen, wenn sich anstatt der Staaten private Haushalte oder Unternehmen mehr verschulden. Er sieht jedoch, dass die Schweiz viel weniger stark bei den Banken verschuldet ist als beispielsweise Deutschland. In einem Vollgeldsystem würden durch die Geldschöpfung gar keine Schulden mehr entstehen. Das Geld kommt eben nicht mehr durch Kredite in Umlauf sondern durch Staatsausgaben oder direkte Auszahlung an die Bürgerinnen und Bürger. So nimmt die Gesamtverschuldung der Gesellschaft dank der Umstellung auf das Vollgeldsystem um die Geldmenge M1 ab. Herr Mayer empfindet den heutigen Zustand zudem als eine skandalöse Steuerverschwendung. Da der Staat den Banken die Geldherstellung überlassen hat, werden diese von ihm subventioniert. Ein sparsamer Staat sollte sich darum kümmern, dass die Geldschöpfungsgewinne vollständig der Öffentlichkeit und den Bürgerinnen und Bürgern zufliessen. Anstatt die Banken zu subventionieren, sollten lieber Schulden getilgt oder Steuern gesenkt werden. Weniger Zinszahlungen für Staatsschulden heisst weniger Abfluss von Geld in die Finanzwirtschaft. Diese Zinsen auf Kosten der Steuerzahler gingen im Wesentlichen an die Reicheren. Diese kontinuierliche Umverteilung wird durch die Vollgeld-Reform beendet.

11.6.8 Bank-run

Einig sind sich alle Interviewpartner darin, dass unter einem Vollgeldsystem ein klassischer Bank-run nicht mehr möglich wäre und die Kundeneinlagen auch bei einem Bankzusammenbruch sicher wären. Herr Schnell und die SNB sind aber der Meinung, dass der klassische Bank-run heute jedoch kein ernsthaftes Problem mehr darstellt. So argumentiert die SNB, dass in einem modernen Geldsystem die Zentralbank in der Lage ist, einen Bank-run auf eine solvente Bank zu stoppen, indem sie die erhöhte Liquiditätsnachfrage gegen die Verpfändung

angemessener Sicherheiten befriedigt. Bezüglich der Einlagensicherungen, welche für die Verhinderung von Bank-runs eingeführt wurden, sieht Herr Schnell eine Lücke zwischen der Theorie und der Praxis. So ist er der Meinung, dass die Einlagensicherungen in einem allgemeinen Krisenfall nicht mehr funktionieren würden. Herr Hess sieht dies weniger dramatisch. Die Einlagensicherung, welche für die Verhinderung von Bank-runs eingeführt wurde, habe sich bewährt. Nur in einem Weltuntergangs-Szenario würde sie nicht mehr funktionieren.

Herr Mayer steht den Einlagensicherungen skeptischer gegenüber. So hätte der Brunetti Bericht zur Finanzmarktentwicklung gezeigt, dass die Einlagensicherung ungenügend ist und ausgebaut werden sollte (Mayer).

11.6.9 Andere Regulierungen

Alle Interviewpartner sind der Meinung, dass man nach dieser grossen Krise nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Sie sehen, dass die heutige Geld- und Finanzarchitektur nicht perfekt ist und auch problematische Seiten hat. Als namentliches Problem des heutigen Systems wird von Herr Hess und Herr Baumberger die Too-big-to-fail Thematik angesehen. So sei es heute enorm komplex und es verginge sehr viel Zeit, bis eine insolvente Grossbank abgewickelt wäre. Ebenso würden Bankenrettungen falsche Anreize schaffen. Alle Gegner des Vollgeldes erachten es als sinnvoll, die Eigenkapitalanforderungen der Banken zu erhöhen Für Herr Hess ist dies je nach Ausgestaltung etwas Sand ins Getriebe, ohne dass das System zum Stillstand kommt. Als weitere Probleme des heutigen Systems wird von Herr Schnell die Geldpolitik der Zentralbank und die Liquiditätsvorschriften für Banken genannt. Herr Kumhof nennt als weitere sinnvolle Regulierungen die Erhöhung der Mindestreserveanforderungen. Auch staatliche Kreditvergabevorschriften (`window guidance`) würde er begrüssen. So könnte die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten besser gesteuert werden, indem gewisse, für die Gesellschaft wichtige Sektoren bewusst gefördert werden könnten. Der Staat könnte steuern, welche Sektoren über bevorzugte Kreditvergaben besonders gefördert und welche Sektoren in ihrer Aktivität zurückgefahren werden sollten. Alle Vollgeld-Gegner sind jedoch der Meinung, dass das Vollgeldsystem die genannten Probleme des heutigen Systems nicht aus der Welt schafft. Die SNB fügt zudem an, dass auch in einem Vollgeldsystem die Laufzeiteninkongruenz auf der Aktiv- und Passivseite der Bankbilanzen bestehen würde, ja gar verschärft werden könnte. Gerade diese gilt als eine der Hauptursachen für die Bankenkrise. So könnten Banken in einem Vollgeldsystem vermehrt dazu gezwungen sein, ihre langfristigen Kredite durch kurzfristige Schuldverschreibungen finanzieren müssen.

Herr Mayer entgegnet den Kritikern, dass die Vollgeldreform nicht den Anspruch hat, alle Probleme auf einen Schlag zu lösen. Der Initiativtext gibt dem Gesetzgeber jedoch den Auftrag, weitergehende Regulierungen für die Finanzmärkte zu treffen. Durch die Einführung des Vollgeldsystems könnten aber viele Regulierungen stark zurückgenommen werden. Da das Geld selbst sicher ist, müssten die Banken nicht mehr so stark reguliert werden. So sind im Vollgeldsystem wahrscheinlich keine Eigenkapitalregulierungen mehr notwendig. Herr Kumhof fügt im Zusammenhang mit Eigenkapitalregulierungen weiter an, dass höhere Eigenkapitalanforderungen im derzeitigen System für Banken keine allzu bindenden Einschränkungen sind. Banken können dank ihrer Möglichkeit zur Geldschöpfung indirekt selber ihr eigenes Eigenkapital herstellen. Sie können sich dadurch relativ billig selber finanzieren. Liquiditätsregulierungen, wie sie über das Vollgeld geschehen, erachtet er hingegen als viel einschneidender. Wie Herr Mayer weiter erklärt, kann die too-big-to-fail Problematik im Vollgeldsystem entschärft werden, weil der Zahlungsverkehr unabhängig von den Bankbilanzen wird und der Staat insoweit nicht mehr gezwungen ist, Banken zu retten.

12 Eidesstaatliche Erklärung

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit mit dem Thema „Vollgeldreform“ selbständig verfasst und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäss aus veröffentlichten oder nicht veröffentlichen Schriften entnommen sind, habe ich durch Angabe der Quelle als Entlehnung kenntlich gemacht. Die verwendeten Quellen sind im Literatur- bzw. Quellenverzeichnis aufgeführt.

Zürich, den 29. Januar 2015

Silvan Nietlisbach